

# Gemeinderat der Bundeshauptstadt Wien

19. Wahlperiode

21. Sitzung vom 29. März 2012

## Wörtliches Protokoll

### Inhaltsverzeichnis

1. Entschuldigte Gemeinderäte	S. 3		
2. Fragestunde			
1. Anfrage (FSP - 01058-2012/0001 - KU/GM)	S. 3		
2. Anfrage (FSP - 01057-2012/0001 - KVP/GM)	S. 5		
3. Anfrage (FSP - 01055-2012/0001 - KGR/GM)	S. 8		
4. Anfrage (FSP - 01052-2012/0001 - KFP/GM)	S. 12		
5. Anfrage (FSP - 00599-2012/0001 - KSP/GM)	S. 16		
3. AST/00991-2012/0002-KSP/AG: Aktuelle Stunde zum Thema ""Wiener Qualifikationsplan zur Sicherung von Arbeit und Wirtschaftswachstum""			
Rednerinnen bzw Redner:			
GRin Mag (FH) Tanja Wehsely	S. 19		
GR Dkfm Dr Fritz Aichinger	S. 20		
GR Dipl-Ing Martin Margulies	S. 21		
StR DDR Eduard Schock	S. 21		
GR Dr Wolfgang Aigner	S. 22		
GRin Ing Isabella Leeb	S. 23		
GR David Ellensohn	S. 24		
GRin Mag Dr Barbara Kappel	S. 25		
GR Christoph Peschek	S. 26		
4. Mitteilung des Einlaufs	S. 27		
5. Gemäß § 26 WStV ohne Verhandlung angenommene Anträge des Stadtsenates	S. 28		
6. Umstellung der Tagesordnung	S. 28		
7. 05010-2011/0001-GFW; MA 5, P 3: Änderung Bezirksmittelverordnung			
Berichterstatter GR Friedrich Strobl	S. 28		
Redner:			
GR Ing Mag Bernhard Dworak	S. 28		
GR Dipl-Ing Martin Margulies	S. 29		
GR Univ-Prof Dr Herbert Eisenstein	S. 31		
GR Dr Wolfgang Aigner	S. 32		
BV Ing Heinz Lehner	S. 33		
GR Dietrich Kops	S. 34		
GR Siegi Lindenmayr	S. 35		
Abstimmung	S. 36		
8. 00510-2012/0001-GFW; MA 5, P 1: Gemeinsame Kreditaktion 2012			
Berichterstatter GR Franz Ekkamp	S. 36		
Redner:			
GR Dipl-Ing Martin Margulies	S. 36		
GRin Mag Nicole Berger-Krotsch	S. 37		
Abstimmung	S. 38		
9. 00437-2012/0001-GFW; MA 5, P 2: Mitgliedsbeitrag Österreichischer Städtebund 2012			
Berichterstatter GR Friedrich Strobl	S. 38		
Redner:			
GR David Ellensohn	S. 38		
GR Dipl-Ing Rudi Schicker	S. 40		
GR Mag Wolfgang Jung	S. 41		
Abstimmung	S. 42		
10. 00566-2012/0001-GFW; MA 5, P 4: 3. GR-Subventionsliste 2012			
Berichterstatter GR Friedrich Strobl	S. 42		
Rednerin bzw Redner:			
GRin Dr Jennifer Kickert	S. 42		
GR Univ-Prof Dr Peter Frigo	S. 43		
GR Dr Kurt Stürzenbecher	S. 43		
GR Senol Akkilic	S. 44		
GR Mag Wolfgang Jung	S. 45		
Abstimmung	S. 45		
11. 00537-2012/0001-GJS; MA 51, P 5: Subventionen aus Sportförderungsmitteln 2012			
Berichterstatter GR Heinz Vettermann	S. 45		
Rednerinnen bzw Redner:			
GRin Angela Schütz	S. 45		
GRin Mag Ines Anger-Koch	S. 46		
GR Mag Thomas Reindl	S. 46		
GRin Ing Isabella Leeb	S. 47		
Berichterstatter GR Heinz Vettermann	S. 47		
Abstimmung	S. 47		
12. 00546-2012/0001-GJS; MA 10, P 8: Zuschüsse Kinderbetreuungseinrichtungen			
Berichterstatter GR Heinz Vettermann	S. 48		
Rednerin bzw Redner:			
GRin Ing Isabella Leeb	S. 48		
GR David Ellensohn	S. 48		
GR Mag Günter Kasal	S. 50		
GR Christoph Peschek	S. 50		
Abstimmung	S. 51		
13. 00549-2012/0001-GJS; MA 10, P 9: Sommerferienbetreuung 2012			
Berichterstatter GR Christoph Peschek	S. 51		
Rednerinnen bzw Redner:			
GRin Mag Ines Anger-Koch	S. 51		
GR David Ellensohn	S. 52		
GR Dietrich Kops	S. 52		
GR Heinz Vettermann	S. 53		
GR Dominik Nepp	S. 54		
GRin Birgit Hebein	S. 54		
StR Mag Manfred Juraczka	S. 55		
Abstimmung	S. 55		



(Beginn um 9.01 Uhr.)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Einen schönen guten Morgen!

Ich eröffne die 21. Sitzung des Wiener Gemeinderates.

Entschuldigt während des gesamten Tages sind Frau GRin Karner-Kremser und Frau GRin Dr Vana. Und dann gibt es noch einige Entschuldigungen für Zeitabschnitte, die ich nicht namentlich zu erwähnen brauche.

Wir kommen zur Fragestunde.

Die 1. Frage (FSP - 01058-2012/0001 - KU/GM) wurde von Herrn GR Dr Wolfgang Aigner gestellt und ist an die Frau amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke gerichtet. *(Im Zuge einer überraschend durchgeführten Umstrukturierung soll in mehreren Wiener Bezirken, darunter auch in der Brigittenau, die Feuerwache geschlossen werden. In Zukunft müssen die Feuerwehren, um zu Einsätzen in den 20. Bezirk zu gelangen, über Brücken aus Döbling oder aus Floridsdorf anrücken. Wie stellen Sie - auch angesichts der oftmals angespannten Verkehrssituation auf den Zufahrtsrouten - sicher, dass diese Maßnahmen zu keinen Sicherheitseinbußen bei der Brandbekämpfung führen werden?)*

Bitte, Frau Vizebürgermeister.

VBgmin Mag Renate **Brauner**: Vielen Dank, Herr Vorsitzender und einen schönen guten Morgen, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kollegen und Kolleginnen!

Die 1. Frage befasst sich mit einer Umstrukturierung in der Wiener Berufsfeuerwehr bedingt durch ein neues Ausbildungskonzept und die Frage richtet sich danach, ob denn die Sicherheit und die feuerwehrtechnische Abdeckung aller Wiener Gebiete, auch derer, wo jetzt kleine Wachen umgewandelt werden, entsprechend gesichert ist, und, sehr geehrte Damen und Herren, und auch Ihnen, sehr verehrter Herr Fragesteller, kann ich versichern, dass selbstverständlich diese Sicherheit gewährleistet ist. Die Wiener Berufsfeuerwehr evaluiert wie jede gute Organisation natürlich von Zeit zu Zeit ihre Struktur. Man muss immerhin sagen, dass die Struktur der Feuerwachen, so wie sie jetzt vorliegt, teilweise mehr als 80 Jahre alt ist. Selbstverständlich wurde bei der Bemessung der Abdeckung des Gebietes des 20. Bezirks auch berücksichtigt, und auf das zielt Ihre Frage ab, dass die Zufahrt aus der Zentralfeuerwache, der Wache Kaisermühlen und aus der Hauptfeuerwache Döbling über Brücken erfolgt, allein schon deswegen, weil schon bisher diese Wachen Brandeinsätze dort übernommen haben, weil so eine kleine Wache, wie sie bisher im 20. Bezirk vorhanden war, das gar nicht kann, weil da nämlich immer mehr Kollegen im Einsatz sind. Und es ist auch keine Überraschung, dass die Zufahrt über Brücken erfolgt, sondern das war auch bisher schon der Fall. Selbstverständlich wird das, was für ganz Wien gilt, nämlich dass bei einem Einsatz die Wiener Berufsfeuerwehr innerhalb von sieben bis acht Minuten vor Ort ist, auch nach dieser Umstrukturierung eingehalten. Sie dürfen bitte nicht vergessen, dass ein Einsatzfahrzeug nicht dieselbe Situation hat, die Sie als Privatperson

haben, wenn die Brücke verstopft ist oder es sonst Probleme gibt, sondern selbstverständlich kann man ein Einsatzfahrzeug nicht mit normalen Verkehrsteilnehmern vergleichen, weil hier Sonderrechte, zu Recht in diesem Fall Sonderrechte, eingeräumt sind, die normalen Verkehrsteilnehmern wie Ihnen und mir entsprechend versagt sind.

Zusammenfassend: Selbstverständlich sind die Abdeckung und die Sicherheit und die Einsatzbereitschaft innerhalb von sieben bis acht Minuten wie im restlichen Wien auch in der zukünftigen Struktur in ganz Wien, auch im 20. Bezirk, gegeben.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke. Die 1. Zusatzfrage stellt Herr GR Dr Aigner. Bitte schön.

GR Dr Wolfgang **Aigner** (Klubungebundener Mandatar): Schönen guten Morgen, Frau Vizebürgermeisterin!

Vielen Dank für die Beantwortung. Anlass für meine Fragestellung war nicht zuletzt die Tatsache, dass die Schließung der Feuerwache Brigittenau relativ kurzfristig erfolgt ist und zumindest auch in den Medien oder auch in den Bezirksghremien nicht kommuniziert worden ist. Meine Frage geht daher dahin, wie hier die Einbindung auch der Bezirksverantwortlichen, des Bezirksvorstehers, der Bezirksvertretung stattgefunden hat, weil es hier keinerlei Informationen vorab gegeben hat.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Vizebürgermeisterin.

VBgmin Mag Renate **Brauner**: Nun, diese Information hat es gegeben, nämlich indem ich die Öffentlichkeit von dem neuen Strukturkonzept der Wiener Berufsfeuerwehr informiert habe. Erarbeitet wurde es aus rein sicherheitstechnischen, brandsicherheitstechnischen Aspekten, denn zwei Dinge seien angemerkt: Zum einen handelt es sich ja hier nicht um eine Schließung, sondern um eine Umwandlung in ganz, ganz wichtige Sicherheitszentren. Es werden im 20. Bezirk in Zukunft dort auch Rettungsfahrzeuge stehen und es wird ein äußerst intensiv agierendes Sicherheitszentrum sein. Dasselbe gilt nebenbei bemerkt auch für Neubau. Damit, denke ich, dass für die Bevölkerung rundherum für die direkte Information sogar eine Verbesserung eingetreten ist. Und zum Zweiten ist ja der Hintergrund dieser Umstrukturierung ein neues Schulungskonzept, ein neues Ausbildungskonzept, für die Wiener Berufsfeuerwehr, das absolut zukunftsweisend ist und das von der Berufsfeuerwehr selber erarbeitet wurde mit dem Ziel bestmögliche Ausbildung für die Feuerwehrleute und damit bestmögliche Sicherheit für die Wiener und Wienerinnen.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke. Die 2. Zusatzfrage wird von GRin Mag Holdhaus gestellt. Bitte schön.

GRin Mag Karin **Holdhaus** (ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien): Guten Morgen, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Guten Morgen, Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Guten Morgen, Frau Vizebürgermeister!

Selbst wenn Sie sagen, die Anfahrtszeit wird sich nicht verlängern, ist Faktum, dass bei der Anfahrtszeit durch die Staufahrt und durch die Schließung des Standortes zumindest das Risiko einer Zeitverlängerung

jedenfalls gegeben ist. Gleichzeitig, und das finde ich schon ein bisschen makaber, wenn ich mir die Anmerkung erlauben darf und den Herrn Geschäftsführer der „Helfer Wiens“, Wolfgang Kastel, zitieren darf: „Wir wollen eine Lücke schließen. Vom Notfall bis zum Eintreffen der Einsatzkräfte vergeht immer mehr Zeit, in der man Leben retten kann.“ Also einerseits öffne ich quasi eine Lücke, gleichzeitig sage ich, die Anfahrtszeiten sind immer länger, deswegen müssen wir Maßnahmen setzen. Das klingt etwas makaber und heißt, Faktum, dass die Schließung jedenfalls nicht für mehr Sicherheit sorgt. Nachdem auch Synergienutzung immer wieder genannt wurde, kann die Vermutung nur sein, dass hier auf Kosten der Sicherheit der Brigittenuaer Einsparungen erhofft werden. Meine Frage ist, wie viel beziehungsweise warum muss der Standort einer Feuerwache mit einem neuen Sicherheitskompetenzzentrum verknüpft werden, heißt, warum nicht beides, darum muss eines weg? Danke.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Vizebürgermeister.

VBgmin Mag Renate **Brauner**: Liebe Frau Kollegin! Ich werfe es Ihnen nicht vor, weil ich gebe gerne zu, das Sicherheitskonzept und die Arbeit der Wiener Berufsfeuerwehr ist eine äußerst komplexe und ich werfe Ihnen nicht vor, dass Sie offensichtlich keine Ahnung davon haben, lade Sie aber sehr, sehr herzlich ein, dass Sie einmal – und ich möchte ein freundliches Angebot machen – zu uns kommen, Sie haben ja auch Vertreter Ihrer Fraktion bei den „Helfern Wiens“. Ich bin überzeugt davon, dass auch der Herr Landtagspräsident persönlich Sie auch einmal betreut, weil er kennt sich, sage ich auch ganz ehrlich, auch viel besser aus als ich, weil ich glaube, ich habe in den vielen Jahren, die ich für die Wiener Berufsfeuerwehr zuständig war, schon einen Einblick gekriegt. Aber die allerletzten Feinheiten des Einsatzes kennt nur jemand, der auch in diesem Einsatz war. Also beides biete ich Ihnen sehr gerne an, dass Sie sowohl einmal zu uns zu den „Helfern Wiens“ kommen und gemeinsam mit dem Kollegen Kastel sich einmal genau anschauen, wie die Situation ist. Wir machen auch gerne Führungen durch die Wiener Berufsfeuerwehr. Dann würden Sie nämlich wissen, dass diese beiden Dinge, die der Kollege Kastel hier anspricht und das, was wir hier tun, überhaupt nichts miteinander zu tun haben. Die „Helfer Wiens“ sind dazu da, als Zivilschutzorganisation das Individuum, die Menschen, darauf vorzubereiten, dass es entsprechende Notsituationen geben kann. Da gibt es zwei Möglichkeiten, wie man als Betroffener reagiert: Panische Starre, was ich auch niemandem vorwerfen, weil man ja mit dem nicht tagtäglich konfrontiert ist, oder man ist bis zum Eintreffen der professionellen Retter und Retterinnen vorbereitet und kann was tun und genau das hat der Kollege Kastel gemeint.

Dafür sind die „Helfer Wiens“ da und das werden wir jetzt noch besser flächendeckend in Wien machen können, weil wir jetzt eben zwei Sicherheitszentren haben, das in Neubau und das im 20. Bezirk. Da geht es darum, die Menschen darauf vorzubereiten: Was tu ich, wenn neben mir einer umfällt, außer in Panik zu verfallen, was

verständlich ist und ich niemandem vorwerfe. Also das ist das, was der Kollege Kastel angesprochen hat.

Und um nicht zu lang zu werden, weil es wirklich nicht böse gemeint ist, sondern es ist wirklich ein äußerst komplexes Modell, deswegen nur in aller Kürze die Frage: Warum ist denn das jetzt notwendig, diese Umstrukturierung? Das hat einerseits damit zu tun, das Einsatzgebiet der Wiener Berufsfeuerwehr richtet sich nicht nach Bezirken. Wir haben ein ganz anderes System, ein viel komplexeres System, das sich eben jetzt verändert hat. Und zum Zweiten ist unser Problem gewesen, dass wir bisher die Leute im Laufe des normalen Branddienstes ausgebildet haben, das heißt, die Leute waren normal im Dienst und sind nebenbei ausgebildet worden. Das geht, solange die technischen Einsätze und die Spezialeinsätze nicht überhand nehmen. Das ist aber mittlerweile passiert. Es ist nicht einmal ein Drittel aller Einsätze, die wir haben, wirklich Feuer. Alles andere sind hochkomplexe technische Einsätze. Deswegen braucht es eine neue Ausbildung, deswegen braucht es eine neue Struktur und deswegen diese Umstrukturierungen. Aber bitte wirklich nicht böse gemeint. Kommen Sie, schauen Sie sich das an. Wir zeigen Ihnen das wirklich von Herzen gern und das gilt im Übrigen auch für alle anderen, die sich einmal das System der „Helfer Wiens“ und der Wiener Berufsfeuerwehr anschauen wollen.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke. Die 3. Zusatzfrage wird von GR Ellensohn gestellt. Bitte schön.

GR David **Ellensohn** (*Grüner Klub im Rathaus*): Frau Vizebürgermeisterin!

Wir wissen alle, dass das Herzblut von Ihnen an der Feuerwehr hängt. Die begleiten sie ja über die Ressorts, also über viele Jahre hinweg, und man kann hier wirklich davon ausgehen, dass bei der Feuerwehr nichts gemacht wird, was der Frau Vizebürgermeisterin nicht passt. Das schließe ich tatsächlich aus. Und im Sicherheitsbereich braucht man der Wiener Feuerwehr nicht nur nichts vorwerfen, die machen exzellente Arbeit und von ganz Europa kommen tatsächlich Feuerwehren hierher und schauen sich an, wie die hier arbeiten.

Deswegen eine ganz eine andere Frage, die zur Feuerwehr passt: Die gehen ja auch in Schulen und machen sehr früh Präventionen, erklären auch Kindern, wie das geht, es gibt aber kein Maskottchen. Ist schon einmal daran gedacht worden, so was wie ein Grisu für die Wiener Volksschulkinder einzuführen für die Feuerwehr? (*Allgemeine Heiterkeit.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Vizebürgermeister!

VBgmin Mag Renate **Brauner**: Es ist richtig, dass es ganz wichtig ist, schon von Anfang an den Kindern hier auch ein entsprechendes Bewusstsein beizubringen. Die Frage des Maskottchens greifen wir gerne auf. Ich finde, es muss dem Harry Kopietz ähnlich schauen. Und wir werden daran arbeiten. (*Weitere allgemeine Heiterkeit.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke. Die 4. Zusatzfrage wird vom GR Haslinger gestellt. Bitte schön.

GR Gerhard **Haslinger** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja, guten Morgen, Frau Stadträtin!

Als verantwortlicher Gemeinderat kann man die

Schließung der Gruppenwachen in Wien nicht so hinnehmen. Wir im 20. Bezirk protestieren dagegen. Das hat uns auch eingebracht, dass wir uns offenbar nicht auskennen und die Bevölkerung in Angst versetzen. Was mich in diesem Zusammenhang wirklich ängstlich stimmt, ist, dass die Ausfahrt- und Einrückzeit der Wiener Feuerwehr jahrelang mit fünf Minuten festgesetzt war. Sie wurde jetzt auf sieben bis acht Minuten erhöht. Zwei Minuten, drei Minuten, die offenbar in der Sicherheit keine Rolle spielen. Ich denke hier an Christbaumbrände, in der Vorweihnachtszeit wird immer davor gewarnt, in zwei, drei Minuten ist ein Zimmer in Vollbrand. Was mich in diesem Zusammenhang auch ängstlich macht, ist, dass immer behauptet wird, wie Sie es auch gemacht haben, dass die Gruppenwachen keine Brände löschen. Die Gruppenwachen fahren, zumindest die Gruppenwache Brigittenau fährt mit der Löschbereitschaft Leopoldstadt oder mit Döbling aus und ist in sehr vielen Fällen oft als Erste am Einsatzort und kann Schlimmeres verhindern, damit andere gar nicht mehr intervenieren müssen. Und was mich noch ängstlich macht in diesem Zusammenhang, ist diese Bewerbung des Sicherheitszentrums, dass die Sicherheit im Bezirk noch mehr erhöht wird. Man könnte fast glauben, die Feuerwehrgruppenwache Brigittenau verhindert derzeit die Sicherheit und man muss froh sein, dass sie wegkommt.

Aber meine Frage ist: Es gibt viele Gruppenwachen in Wien und warum beginnen Sie gerade bei den zwei einsatzstärksten zu sparen, wenn es sowieso keine Rolle spielt, welche Gruppenwache man zusperrt, weil sie ja keine Brände löschen, sondern nur für technische Einsätze herangezogen werden? Neubau und Brigittenau sind die einsatzstärksten Gruppenwachen.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Vizebürgermeister!

VBgmin Mag Renate **Brauner**: Dass in Ihrer Wortmeldung das Wort Angst so oft vorkommt, überrascht mich nicht, denn jawohl, es ist leider so, dass Sie den Menschen Angst machen, Ihre ganze Politik basiert darauf, den Menschen Angst zu machen, und es ist sehr bedauerlich. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Ich habe mir auch berichten lassen, was Sie in Ihrem Bezirk herumerzählen, dass alte Menschen verbrennen werden und ähnliche Gemeinheiten und das ist natürlich absolut falsch, sondern selbstverständlich ist es so, und das hatte ich vorher schon gesagt, dass die Wiener Berufsfeuerwehr mit all ihrer Kompetenz, mit all ihrer Ausbildung, mit all ihrer Sicherheit für ganz Wien und selbstverständlich auch weiter für die Brigittenau zur Verfügung steht. Ich sage deswegen, dass dieses Sicherheitsinformationszentrum und dieses Sicherheitskompetenzzentrum für die Brigittenau und im Übrigen auch für Neubau was Gutes ist, weil diese professionelle Betreuung, diese professionelle Sicherheit, der schnelle Einsatz der Profis absolut gesichert ist, so wie Sie es ja selber gesagt haben. Es war bei Brandeinsätzen auch bisher schon so, dass die Löschbereitschaft einer der umliegenden Hauptfeuerwachen dazugekommen ist, weil wir da eben immer mehr Leute im Einsatz haben und nur dann war der Einsatz möglich. Ja, mag sein, dass bei

„Kleintier in Zwangslage“ die einzelne Gruppe im Bezirk alleine ausgerückt ist, aber die Themen, die Sie ansprechen, wenn es um Menschenleben retten geht, da waren auch schon bisher alle gemeinsam unterwegs. Und was aber jetzt dazukommt, ist genau der Aspekt, den ich vorher angesprochen habe, dass wir jetzt die Chance haben, die Bevölkerung besser einzubinden, besser zu informieren und das, was eben die Aufgabe auch des Zivilschutzverbandes, der „Helfer Wiens“ ist, die Betroffenen noch besser zu schulen, dass wir das jetzt machen können. So ist es gemeint, dass das ein Vorteil ist und zu dem stehe ich auch und das bestätigen auch die Experten und Expertinnen.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke. Die 5. Zusatzfrage wird von GRin Rubik gestellt. Bitte schön.

GRin Silvia **Rubik** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Ja, guten Morgen, Frau Vizebürgermeisterin!

Ich möchte mich einmal nach den Fragen von meinen VorrednerInnen herzlich bei der Feuerwehr bedanken und bei allen, die diese Einsätze machen, dass sie tagtäglich ihr Leben riskieren, um Leben retten zu können. Das ist hervorragende Arbeit, die in Wien geleistet wird und auf die wir sehr stolz sein können.

Meine Frage an Sie jetzt speziell: Sie haben in den Medien im Zuge der Reform ein Ausbildungskonzept vorgeschlagen und angekündigt. Mich würde interessieren, wie das im Detail näher ausschauen soll.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Vizebürgermeisterin!

VBgmin Mag Renate **Brauner**: Das ist richtig. Das ist nämlich genau der Hintergrund auch dieser Strukturreform. Es hat sich das Bild der Einsätze der Feuerwehr, ich habe das vorher schon angedeutet, radikal geändert. Als Laie denkt man Feuerwehr - Feuer. Stimmt nicht. Es ist weniger als ein Drittel der Einsätze, die Feuerwehreinsätze sind. Alles andere erfordert höchste technische Ausbildung. Wir haben immer mehr und mehr Spezialeinsätze. Wir haben etwa auch Feuerwehrttaucher. Also es gibt eine Vielzahl von Verwendungen, ich will das jetzt aus Zeitgründen nicht alles aufzählen, und deswegen, um diese Ausbildung bestmöglich gewährleisten zu können, bekommt Wien eine eigene Feuerweherschule. Das war bisher nicht möglich und durch diese Umstrukturierung wird es möglich, dass Wien eine eigene Feuerweherschule bekommt. Und nur um eine Zahl noch zu nennen, warum das so wichtig ist. In der Vergangenheit war die Ausbildung der Feuerwehrleute, die Basisausbildung, drei Jahre. Mittlerweile ist es schon notwendig, das fünf Jahre zu machen. Das geht nicht mehr nebenbei bei all dieser Qualität, die Sie dankenswerterweise angesprochen haben. Diese eigene Feuerweherschule wird in Floridsdorf situiert sein, wird, wie man bei uns in Wien sagt, „alle Stückerln spielen“ und damit weiterhin die hohe Qualität der Wiener Berufsfeuerwehr sichern. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke für die Beantwortung der 1. Frage.

Wir kommen nun zur 2. Frage *(FSP - 01057-2012/0001 - KVP/GM)*. Sie wurde von Frau GRin Ing

Leeb gestellt und ist an den Herrn Bürgermeister gerichtet. (*Laut Bericht der Kronen Zeitung vom 7. März 2012 liegt nunmehr die Stellungnahme des zuständigen Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur zur Frage des Weltkulturerbes des Ensembles Otto Wagner Spital vor. Aus diesem Artikel geht auch hervor, dass ein entsprechender Antrag in der Kompetenz von Wien liege. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass das Ensemble Otto Wagner Spital den Weltkulturerbe-Status erhält?*)

Bitte, Herr Bürgermeister! Bgm Dr Michael **Häupl**: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin!

Zunächst einmal will ich Ihnen und natürlich auch mir die Auszüge aus meiner Biographie ersparen, was Steinhof betrifft. Zum Zweiten erlauben Sie mir nur den überschriftsartigen Hinweis, dass es selbstverständlich in keiner wie immer gearteten Weise darum geht, eine Beeinträchtigung oder Zerstörung des Otto-Wagner-Ensembles hier durchzuführen oder auch nur vorzuschlagen. Und zum Dritten denke ich, dass die Diskussion, die es in Folge eines Wohnprojekts, eines geplanten Wohnprojekts gegeben hat, nunmehr in Bahnen gelenkt und geführt wurde, von denen ich davon ausgehe, dass es zu einer, ich würde einmal sagen, erheblichen Veränderung der Vorstellungen einer entsprechenden Flächennutzung dort auch kommt.

Oder anders formuliert: Das ursprünglich vorgelegte Projekt wird es in der Form sicher nicht geben. Ich denke, dass eine Diskussion begonnen wurde, die man unter dem Titel der Mediation zusammengefasst hat. Ich denke, dass diese Diskussion bei allen Holprigkeiten solcher Mediationsverfahren in eine gute Richtung läuft und wir sollten alle miteinander das Ergebnis dieses Mediationsverfahrens abwarten, bevor wir eine Diskussion darüber führen, ob nun die Stadt Wien, was ja ohnehin unbestritten ist, den Antrag an die Bundesregierung stellt, dass dieses Projekt auf die Liste des Weltkulturerbes zu stehen kommt. Es gibt ja noch viele andere Wünsche auch, etwa Grinzing, das immer wieder an mich herangetragen wird. Also ich denke, dass man das langsam, aber auch sicher mit einer gewissen Gelassenheit sehen kann. Die Diskussion läuft an sich sehr gut aus meiner Sicht.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke. Die 1. Zusatzfrage wird von GRin Ing Leeb gestellt, bitte.

GRin Ing Isabella **Leeb** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Ja guten Morgen, Herr Bürgermeister, vielen Dank für die Beantwortung. Ich möchte auch die Zuhörer heute auf der Galerie recht herzlich begrüßen. Es sind Mitglieder der Bürgerinitiative der Steinhof-Gründe. Man sieht an ihrer Anwesenheit, dass das ein Thema ist, das man natürlich mit der notwendigen Gelassenheit sowie man jedes wichtige Thema meiner Meinung nach mit der notwendigen Gelassenheit diskutieren sollte. Aber wie gesagt, die Bürgerinnen und Bürger weit über die Steinhof-Gründe und die Anrainer hinaus sind ja interessiert, wie es dort weitergeht. Denn immerhin sind bisher 40 000 Unterschriften für dieses schützenswerte Ensemble gesammelt worden. Mediation ist gut, Mediation ist wichtig.

Wir haben Sie aber gefragt und deswegen setze ich jetzt meine 2. Frage da noch nach, ob Sie sich persönlich dafür einsetzen werden, dass dort ein Weltkulturerbestatus erreicht wird. Was ist Ihre persönliche Einschätzung dazu? Ihrer Beantwortung entnehme ich, dass das „Zurück an den Start“, das Sie in der Pressekonferenz vom 28.10. erwähnt haben, jetzt auch wirklich so passiert für die weitere Bebauung. Aber noch einmal die Frage: Werden Sie sich persönlich für den Weltkulturerbestatus einsetzen?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Herr Bürgermeister.

Bgm Dr Michael **Häupl**: Also sehr geehrte Frau Gemeinderätin, ich habe mich des Eindrucks nicht erwehren können, dass im Hinblick auf die sachliche und mit Gelassenheit geführte wichtige Diskussion ob des ganzen Areals der Steinhof-Gründe durchaus ein Potenzial „nach oben hin offen“ gewesen ist. Das heißt, ein höheres Ausmaß an Gelassenheit, so wie wir es jetzt erreicht haben, ist wünschenswert gewesen, ist jetzt erreicht und ist letztendlich auch gut so. Meine persönliche Meinung zum Weltkulturerbe, nehme ich mal an, kennen Sie aus einem anderen Themenzusammenhang auch, nämlich aus dem Bereich Innere Stadt. Ich habe auch bei diesem Themenzusammenhang darauf hingewiesen, dass man ja nicht zufällig einen Weltkulturerbestatus zuerkannt bekommt. Das heißt, da muss man ja auch etwas getan haben. Das heißt, wir waren offensichtlich in der Vergangenheit sehr gut in der Lage, allen modernistischen Anfechtungen zum Trotz auf unsere gebaute Geschichte entsprechend zu achten, sonst würden wir ja nicht eben die Situation haben, dass wir etwa die Innere Stadt oder natürlich jetzt auch das ganze Ensemble rund um Schönbrunn mit einem Weltkulturerbestatus bedacht bekommen hätten. Man muss sich jetzt die Frage stellen, und das ist etwas, was wir durchaus auch gemeinsam tun können, ob es nun Sinn macht beziehungsweise ob zu erwarten ist, dass nun in der Tat man auch diesen Weltkulturerbestatus zuerkannt bekommt, denn eine Ablehnung wäre weder in Ihrem noch in meinem Interesse. Daher insistiere ich auf die Antwort, die ich vorher auch dazu gegeben habe, nämlich: Jetzt warten wir die Diskussion, das Diskussionsergebnis dieses Mediationsverfahrens ab und wenden uns dann der Frage zu: Soll man neben den Maßnahmen, die natürlich auf Grund des Ergebnisses des Mediationsverfahrens so oder so zu treffen sind, in dieses Maßnahmenbündel auch die Frage oder das Ansuchen an die Bundesregierung aufnehmen, dies auf die Liste der Weltkulturerbewünsche der Republik zu geben? Also ich glaube, das ist eine durchaus vernünftige und auch nachvollziehbare Vorgangsweise.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke. Die 2. Zusatzfrage wird von GRin Dr Kickert gestellt, bitte.

GRin Dr Jennifer **Kickert** (*Grüner Klub im Rathaus*): Guten Morgen, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Guten Morgen, VertreterInnen der Bürgerplattform und auch von der Aktion 21!

Ich danke Ihnen für den Hinweis auf die Mediation und vor allem auf den geäußerten Respekt für die Er-

gebnisoffenheit dieses Verfahrens. Wenn ich jetzt die Frage der Frau Kollegin Leeb im besten Fall interpretiere, dann steht ja dem Wunsch nach Schutz des Ensembles und des Areals die Befürchtung gegenüber, dass es zu einer Zerstörung dieses Kulturerbes kommen könnte.

Wie sehen Sie die bestehenden Möglichkeiten des Schutzes oder auch andere Möglichkeiten über diesen Weltkulturerbestatus hinaus für das Areal?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Herr Bürgermeister.

Bgm Dr Michael **Häupl**: Also nun zunächst einmal, es ist ja nicht schutzlos. Wir haben in Österreich, vielen sei Dank und ich würde auch niemals daran rütteln, einen sehr starken Denkmalschutz. Wir haben es zusätzlich auch hier mit Beschluss als Schutzzone ausgewiesen. Das sind sehr starke Schutzinstrumentarien, die die Stadtverwaltung zur Verfügung hat, und ich denke, das ist fürs Erste auch hinreichend, um die Ergebnisoffenheit des Diskussionsprozesses zu gewährleisten. Aber ich wiederhole einmal mehr: Ja, wenn man das gesamte Areal als schutzwürdige Zone interpretiert, dann ist in der Tat mit dem ursprünglich vorgelegten Projekt eine Gefährdung im Ostbereich gegeben, wobei ich dazusagen muss, dass wenn man sich ein bisschen mit der Geschichte dieses Areals vertraut gemacht hat, dann weiß man, dass es in diesem Ostbereich des Areals eine ganze Reihe von Baulichkeiten gegeben hat und gibt. Und noch einmal: Die Beeinträchtigung oder Zerstörung des historischen Otto-Wagner-Ensembles ist nicht angedacht, war nicht angedacht und wird jedenfalls solange ich für dieses Wort auch geradestehen kann, nicht angedacht werden. Denn es ist überhaupt keine Frage, dass dies ein ganz besonderes Kulturdenkmal in unserer Stadt auch darstellt. Und nicht zuletzt hat ja die Stadt auch ziemlich viel Geld ausgegeben, um etwa die Jugendstilkirche entsprechend wiederherzustellen, um sie in den Zustand, in dem sie heute ist, zu versetzen, ein echtes und großartiges Juwel. Also ich denke, wir kommen mit den derzeitigen Schutzeinrichtungen aus. Ich stehe dafür, dass dieser Diskussionsprozess bestmöglich geführt wird. Selbstverständlich werden wir uns dann mit dem Ergebnis auch auseinandersetzen und die entsprechenden Maßnahmen, die sich aus diesem Ergebnis heraus ableiten lassen, so hoffe ich, möglichst einhellig beschließen.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke. Die 3. Zusatzfrage wird von GR Ing Rösch gestellt, bitte.

GR Ing Bernhard **Rösch** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Guten Morgen, Herr Bürgermeister!

Zum Weltkulturerbe und zum Denkmalschutz gehören nicht nur die Gebäude, sondern auch das damit verbundene Inventar und die Einrichtungen, so auch die Kapelle in der ehemaligen Prosektur. Und in dieser Kapelle befinden sich Holzskulpturen, die von Koloman Moser sein sollen und ich wollte fragen: Wem gehören eigentlich diese wertvollen Skulpturen und wird auch dieses ganze Gebäude innen nach Denkmalschutzrichtlinien renoviert werden?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Herr Bürger-

meister.

Bgm Dr Michael **Häupl**: Den ersten Teil der Frage kann ich mit jener Sicherheit, die man in der Beantwortung in einer Fragestunde haben sollte, so nicht beantworten. Ich reiche Ihnen aber gerne die Eigentumsverhältnisse der Inneneinrichtung nach. Und was die zweite Frage betrifft, so ist außer jedem Zweifel, dass dies genau nach den Denkmalschutzrichtlinien zu behandeln ist wie in jedem anderen Denkmalschutzfall. Ich sage nur dazu, nachdem die ganze Prosektur ja ein großartiges architektonisches Gesamtkunstwerk darstellt, wird man sich hier sehr genau überlegen müssen, was in Zukunft damit auch passieren soll.

Denn es ist ja überhaupt gar keine Frage und da stimmen wir ja, so nehme ich an, auch mit Ihnen überein, dass nach der Dezentralisierung in der Organisation auch die räumliche Dezentralisierung der Psychiatrie zu erfolgen hat. Daher ergeben sich natürlich in verschiedenen Bereichen auch Nachnutzungsfragen und da soll man in aller Ruhe und in aller Gelassenheit auch darüber nachdenken. Die Zielsetzung allen Nachdenkens hat allerdings zu sein, dass wir auch dieses Kunstwerk, auch die etwas abseits stehende Prosektur, in ihrer Schönheit und ihrer Attraktivität entsprechend erhalten. Sie ist aus meiner Sicht heraus gesehen ein ganz wertvoller Bestandteil unserer Kulturgeschichte.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke. Die letzte Zusatzfrage zu dieser 2. Frage wird von GR Ing Leeb gestellt. Bitte.

GR Ing Isabella **Leeb** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Ja vielen Dank. Sie haben gerade vorhin davon gesprochen, dass die Schutzmechanismen, die derzeit vorhanden sind, eigentlich ja auch ausreichend seien. Ich meine, das liegt im Auge des Betrachters. Wenn man sich die Bebauung jetzt allein durch das Rehabilitationszentrum anschaut, über die Qualität der Architektur ließe sich trefflich streiten, so frage ich mich dann halt schon, wenn alles so klar und so toll ist, warum es dann 40 000 Unterschriften braucht und ein massives Eintreten der Bürger, um da ein Umdenken in der Stadtregierung herbeizuführen.

Aber zum Schluss würde ich Sie gerne fragen: Es hat in der vergangenen Woche ein Treffen der Vorstandsmitglieder der Organisation für Weltkulturerbestätten auf Ihre Einladung hin hier in Wien gegeben und wir würden gerne wissen, ob das Thema Steinhof-Gründe da auch schon besprochen wurde und wenn nein, warum nicht.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bgm Dr Michael **Häupl**: Es war eine rein internationale Veranstaltung, wo weder Zerstörungen, die im Krieg am Hindukusch passieren, besprochen wurden noch Zerstörungen in Afrika, weil im Vergleich dazu ist ja die Diskussion um die Steinhof-Gründe, offen gestanden, ein sehr angenehmer Teil für die Weltkulturerbe-Leute, die international gesehen mit ganz anderen Problemen konfrontiert sind. Und da muss man schon ein bisschen, mit Verlaub gesagt, den Blick über den Tellerrand hinaus erheben.

Aber ich sage es Ihnen noch einmal: Ja, ich verstehe,

wenn man mit Bildern konfrontiert ist, wo de facto die Zerstörung der Jugendstilkirche am Steinhof insinuiert wird, dass man sich hier auch entsprechend engagiert. Das ist überhaupt gar keine Frage. Ich stelle nichts von den Unterschriften in Frage, nichts von den Aktivitäten, alles in Ordnung, auch demokratiepolitisch ist dies in Ordnung. Ich denke aber nur, dass es jetzt höchst an der Zeit ist, nach vorne zu schauen, um zu schauen, dass wir hier gemeinsam in diesen Gesprächen auch Lösungen für die Zukunft finden.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke, Herr Bürgermeister, für die Beantwortung der 2. Frage.

Wir kommen nun zur 3. Frage (FSP - 01055-2012/0001 - KGR/GM). Sie wurde von Herrn GR Senol Akkilic gestellt und ist an die Frau amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Integration, Frauenfrauen, KonsumentInnenschutz und Personal gerichtet. *(Die Stadtregierung bietet derzeit mit dem größten BürgerInnenbeteiligungsprozess 'Wiener Charta - Zukunft gemeinsam leben', der europaweit einzigartig ist, jene Rahmenbedingungen dafür, damit die Wienerinnen und Wiener sich über das Zusammenleben in Wien austauschen können. Die Themenfindungsphase und die Chartagespräche sind wichtige Etappen in diesem Prozess. Wie und in welchem Ausmaß können sich die Wienerinnen und Wiener an diesem Prozess beteiligen?)*

Bitte, Frau Stadträtin!

Amtsf StRin Sandra **Frauenberger**: Einen schönen guten Morgen, meine sehr geehrten Damen und Herren, auch auf der Galerie!

Nun, die „Wiener Charta Zukunft gemeinsam leben“ ist ein sehr großes Projekt, ein großes BürgerInnenbeteiligungsprojekt in einer ganzen neuen Form, für die wir uns oder für das wir uns gemeinsam im Regierungsübereinkommen entschieden haben, weil wir gemeinsam nicht nur die BürgerInnenbeteiligung auch in unsere Organisationsarbeit aufgenommen haben und VBgmin Vassilakou ja für dieses Thema auch in der Stadt zuständig ist, sondern wir haben uns auch sehr genau überlegt, unter welchen Aspekten letztendlich die Bürgerinnen und Bürger einbezogen werden möchten in Entscheidungsprozesse in dieser Stadt auch während Legislaturperioden. Und so ist die Wiener Charta eine völlig neue Form der BürgerInnenbeteiligung. Das Ziel ist, dass hier nicht wie in anderen Charta-Prozessen anderer Städte jetzt Regierungen Chartas formulieren und diese Chartas dann sozusagen kommunizieren in ihren Kommunen, in ihren Wirkungsbereichen, sondern dass diese Wiener Charta von den Wienerinnen und Wienern tatsächlich selbst geschrieben wird. Es wird also nichts verordnet, sondern es geht darum, einen Rahmen zu bieten für einen Prozess, einen Rahmen zu bieten, in dem diese Charta auch letztendlich entsteht. Wien ist eine Weltstadt. Sie basiert in den verschiedensten Lebensbereichen auf einer sehr, sehr sprudelnden Form. Sie ist aber auch eine Weltstadt mit all ihren Problemen, die Weltstädte und Urbanität auch aufweisen, ob das jetzt soziale Probleme sind, ob das Konflikte sind, die es im öffentlichen Raum gibt. Sie ist auf jeden Fall geprägt von den unterschiedlichsten Lebensstilen und Weltan-

schauungen. Und diese Charta soll alle Menschen in dieser Stadt einbeziehen. Sie soll alle Generationen einbeziehen. Sie soll alle unterschiedlichen Lebensformen einbeziehen. Sie soll Menschen einbeziehen, die in Ausbildung stehen, die schon Berufe ausüben, Männer, Frauen, Unternehmerinnen, Unternehmer, Arbeiternehmerinnen, Arbeitnehmer, ja eben die ganze Stadt. Und darum geht es, denn Zusammenleben geht uns ja auch letztendlich alle an.

Die Wiener Charta lebt also von den Vorschlägen und Ideen der Bürgerinnen und Bürger. Sie ist eine Plattform, eine Plattform für die unterschiedlichen Interessen und Themen, die die Bürgerinnen und Bürger bewegt. Und was sie natürlich auch ist, sie ist ein riesengroßes Solidaritätsprojekt. Ich glaube, unsere Gesellschaft hat hier einen enorm hohen Bedarf, einen Bedarf erstens einmal in der Auseinandersetzung mit dem Thema Respekt und Solidarität, aber auch einen hohen Bedarf im Sinn einer Dialogisierung, das heißt, die Charta hat auch das Ziel, die Menschen wieder untereinander ins Gespräch zu bringen.

Anlegen werden wir den Prozess so, dass wir jetzt noch bis zum 1. April Themen sammeln. Diese Themen werden dann in den Osterferien zu Themenblöcken zusammengebunden und ab den Osterferien, also ab dem 13. April, ist es dann so, dass wir diese Themenbereiche in den Wiener Charta-Gruppen diskutieren, in Gesprächsgruppen diskutieren, die von unseren Partnerinnen und Partnern organisiert werden und wo wir bis in den Oktober die Möglichkeit haben, sehr transparent, auch sehr kontroversiell, sehr vielfältig und in vielen, vielen Bereichen dieser Stadt eben darüber zu diskutieren, wie wir Zukunft gemeinsam leben möchten. Es wird dann im November eine Präsentation geben und die Möglichkeit ist eben, über diese gesamte Strecke der Zeit, wie ich sie hier gerade beschrieben habe, an diesem Projekt teilzunehmen. Dieses Projekt lebt von der Beteiligung. Dieses Projekt spannt ein großes Dialognetz über diese Stadt und zwar nicht nur eben, wie ich es schon gesagt habe, ein Dialognetz im Sinne von „die Politik dialogisiert sich mit den BürgerInnen“, das findet ja sowieso permanent statt, sondern das Ziel ist es, dass die BürgerInnen sich untereinander dialogisieren. Das ist ganz, ganz wichtig im Sinne dessen, dass es eben ein ganz großes Solidaritätsprojekt ist.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke. Die 1. Zusatzfrage wird von Herrn GR Akkilic gestellt. Bitte schön.

GR Senol **Akkilic** (*Grüner Klub im Rathaus*): Einen schönen guten Morgen, Frau Stadträtin!

Danke für die ausführliche Information. Die Charta hat eine sehr, sehr übersichtliche Homepage. Ich habe mich da eingesehen und es sind jetzt ungefähr über 900 Themen oder 950 Themen vorgeschlagen worden und es gibt zahlreiche PartnerInnenorganisationen, sehr große Trägerinnen und Träger. Die Kernaussage des Charta-Prozesses ist, die BürgerInnen stellen keine Forderungen an die Politik, sondern die BürgerInnen schlagen selber vor, wie ich dazu beitragen kann, dass das Zusammenleben in der Stadt besser funktionieren

kann.

Nun haben aber einige BürgerInnen auch die Frage: Welche Themen kann ich vorschlagen? Können Sie einen Überblick darüber geben, welche Themen bis jetzt eingegeben worden sind?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Sandra **Frauenberger**: Nun, zuerst einmal zum Grundsätzlichen. Eine Charta ist per Definition eine Selbstverpflichtung, das heißt, die Stadt hat hier nicht vor, irgendeinen neuen Spielregelkatalog oder neue Gesetze zu formulieren, sondern eben die BürgerInnen und Bürger verpflichten sich selbst, wie sie sich die Zukunft und das Leben in der Zukunft, das Zusammenleben in der Zukunft vorstellen. Das ist das Erste.

Das Zweite ist, dass es uns ganz, ganz wichtig war, diese Themen sehr breit zu sammeln, das heißt, dass uns auch Menschen Themenvorschläge machen, die vielleicht üblicherweise jetzt nicht eine E-Mail an das Rathaus schreiben oder sich in einer Interessensorganisation melden und dort engagieren oder organisieren, sondern dass einfach die Wienerin, die jetzt am Weg zur Arbeit ist und vielleicht auf die Charta aufmerksam wird, auch inspiriert wird, ihr Thema abzugeben. Das war uns das wesentliche Ziel, nämlich sehr, sehr breit in dieser Themensammlung zu sein.

Jetzt gibt es die Möglichkeit auf der einen Seite, das im Internet zu tun. Ich meine, ich bin auch zuständige OGD-Stadträtin und muss sagen, ich glaube, ohne diese sozialen Medien kommt man in unserer Gesellschaft gar nicht mehr aus. Aber es war uns auch sehr, sehr wichtig, den Menschen einen Zugang zu diesem Prozess zu geben, die jetzt nicht unbedingt die Online-Menschen sind, das heißt, es gibt nach wie vor die Möglichkeit anzurufen. Das haben auch viele genutzt. Es gibt aber auch die Möglichkeit, die Themen im öffentlichen Raum abzugeben. Da haben wir wirklich versucht, uns an unterschiedliche Orte, an unterschiedliche Zielgruppen zu richten und ihnen auch die Möglichkeit zu geben, hier ihre Themen einzubringen. Genauso breit sind dann auch die Themen geworden. Ich muss zugeben, wir sind selbst sehr überwältigt von dieser hohen Anzahl an Themen, die eingereicht worden sind.

Das freut uns natürlich, weil das zeigt, dass die Wienerinnen und Wiener ein hohes Interesse an dieser Wiener Charta haben. Die Themen gehen über Lärm, über den öffentlichen Verkehr, über das Zusammenleben im öffentlichen Raum, wer nutzt den öffentlichen Raum, über Sauberkeit, über Sauberkeit grundsätzlich in dieser Stadt, über Sauberkeit im Besonderen im Zusammenhang mit unseren öffentlichen Verkehrsmitteln, es geht viel um Respekt, Respekt am Arbeitsplatz, Respekt im Grätzeln, Respekt gegenüber Menschen mit besonderen Bedürfnissen oder anderen sexuellen Orientierungen und es geht natürlich, wie die gesamte Gesellschaft in diesem Themenkomplex ganz intensiv herausgefordert ist, auch um das Thema der Integration und hier im Besonderen um das Thema der Sprache, der gemeinsamen Sprache auf der einen Seite, aber genauso natürlich auch um dieses Gut der Mehrsprachigkeit und des Po-

tenzials. Das heißt, es ist wirklich total breit organisiert. Es gibt sehr konstruktive Postings und Ideen. Es gibt Themen, die nur aufgerissen werden. Es gibt Themen, die gleich mit einer Lösung versehen werden. Es gibt Themen, die sehr kontroversiell zu diskutieren sein werden und das ist gut, denn die Themensammlung ist ja nur der Beginn des gesamten Prozesses. Dass so viele Themen gekommen sind, ist ein großer Erfolg. Und jetzt geht es dann einfach darum, in den Charta-Gruppen diese Breite der Themen, so wie ich sie gerade beschrieben habe, auch zu diskutieren.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke. Die 2. Zusatzfrage wird von GRin Schütz gestellt, bitte.

GRin Angela **Schütz** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Frau Stadträtin, die Charta kann man ja als Beruhigungsspiel für die GRÜNEN in der Koalitionsvereinbarung sehen und sie dient eigentlich ausschließlich der Befriedigung von deren Klientel und dafür wird in Zeiten des Sparens sehr, sehr viel Geld ausgegeben. So ein bisschen Wohlfühlklima erzeugen, einige Liebkinder finanziell unterstützen, aber ändern wollen Sie definitiv oder offensichtlich nichts. Der Wunsch, die Probleme anzupacken, der ist nicht da, weil sonst hätte man das ja in den letzten 15 Jahren schon machen können.

Meine Frage lautet: Wie viele und vor allem wie teuer bezahlte Moderatoren und nach welchen Kriterien werden diese ausgesucht für die Charta und welche weiteren Ausbaustufen und Kosten sind für dieses Projekt noch geplant?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Sandra **Frauenberger**: Nun, zum Ersten muss ich sagen, die Wienerinnen und Wiener beurteilen das offenbar ganz anders als Sie, sonst würden nicht mittlerweile fast 1 000 Themen eingereicht werden und ich bin zuversichtlich, dass wir über die 1 000 Themen kommen werden, wenn wir am Sonntag um Mitternacht den Online-Prozess schließen werden. Das ist gut so. Es sind ganz im Gegenteil nicht immer die Gleichen, die hier bei diesem Prozess mitmachen. Sie können sich gerne davon überzeugen. Wir sind absolut stolz drauf, mittlerweile über 150 Partnerinnen und Partner gefunden zu haben aus den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereichen. So wie ich es vorher beschrieben habe, geht es darum, Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmer genauso anzusprechen wie Betriebe, geht es darum, Leute anzusprechen, die in Vereinen organisiert sind, und es sind eben mittlerweile viele Sportvereine, viele kleine Vereine in den Grätzeln, Partnerinnen und Partner, aber auch große Betriebe, kleine Betriebe, die Sozialpartnerinnen und Sozialpartner sind dabei und sie, in ihrer Breite der Partnerinnen und Partner, werden auch dafür sorgen, dass es sozusagen auf dieser Wiener Landkarte keinen Fleck gibt, wo nicht über das Zusammenleben diskutiert wird und wo sehr konstruktiv über das Zusammenleben diskutiert wird. Das ist ein ganz wesentlicher Aspekt, wenn wir uns anschauen, wie viel Verunsicherung auch unter den Menschen da ist, wie viel Ängste die Menschen auch in unserer Stadt haben, nicht zuletzt auch geschürt durch Sie. Und dieses Projekt hat eben den

Sinn und den Willen, zu verändern. Wir wollen dieses Klima in dieser Stadt verändern und ich lade Sie ein, hier auch Ihren Beitrag zu leisten, das Klima zu verändern in Richtung Solidarität, in Richtung Respekt und in Richtung Wertschätzung, in Richtung, dass sich Menschen als Menschen wahrnehmen und dass Menschen sich als Menschen respektieren. Das wird letztendlich diese Stadt auszeichnen, denn Wien ist ja nur deshalb so lebenswert, weil eben das Zusammenleben im Großen und Ganzen in dieser Stadt gut funktioniert. Aber natürlich hat auch Wien Probleme im Bereich des Zusammenlebens und darüber gilt es zu sprechen. Da gilt es, Barrieren abzubauen, da gilt, es auch Ängste abzubauen, aber da gilt es, auch konstruktiv gemeinsam darüber zu reden. Es ist das Projekt natürlich in seinen ganzen Gesprächsgruppen das Herzstück der Wiener Charta. Aber natürlich kommen auch Wienerinnen und Wiener mit Anregungen an die Verwaltung oder Politik auf uns zu. Das machen wir genauso transparent und gehen hier auch in die Verantwortung. Jedes Anliegen, das von den Wienerinnen und Wienern gebracht wird, in den letzten Tagen war das von der fehlenden Glühbirne bis hin zu einem fehlenden oder einem kritisierten Engagement der Stadt in den Bereichen, jetzt sage ich einmal, Soziales oder auch im Bereich der Bildung, all diese Punkte werden selbstverständlich aufgegriffen und sind in unserer Verantwortung der Umsetzung. Der Prozess selbst wird sich dem Thema des Zusammenlebens und diesem Rahmen widmen, den sich die WienerInnen selbst geben, indem sie in dieser Stadt gerne zusammenleben möchten, um eben diese Stadt auch weiter lebenswert zu erhalten.

Nun, um auch hier jetzt, was Ihre Frage in Richtung Finanzierung betrifft, auch unter Anwesenheit der Damen und Herren der Medien noch einmal konkret zu beantworten: Dieses Projekt ist ein Projekt, das sich letztendlich über April, Mai, Juni, Juli, August, September, Oktober, November zieht, acht Monate. Wir haben für die gesamte technische Instandsetzung dieses Projektes 180 000 Euro vorgesehen inklusive der Bezahlung der Moderatorinnen und Moderatoren. Die Moderatorinnen und Moderatoren sind auch keine hochbezahlten Leute. Wir rekrutieren diese Personen aus den PartnerInnenorganisationen, Partnerorganisationen. Sie brauchen Moderationserfahrungen und bekommen für diesen Prozess noch eine eigene Einführung, eine Einführung in den Prozess. In den Gesprächsgruppen wird in drei Komponenten diskutiert: Welche Probleme gibt es im Zusammenleben? Welche Lösungen finden wir selbst oder regen wir an? Und was hätten wir gerne in der Wiener Charta stehen? Das wird von jeweils zwei Leuten moderiert. Da gibt es eine sehr geringe Entschädigung, was aber bis jetzt für keine einzige Moderatorin oder für keinen einzigen Moderator ein Problem gewesen wäre, weil die Leute machen das nicht, um Geld zu verdienen, sondern die Leute machen das auch, weil sie vom Prozess überzeugt sind und die PartnerInnenorganisationen uns diese zur Verfügung stellen. Was sie dann noch machen, ist, am Ende dieses Gespräches sind sie auch verantwortlich für die Ergebnissicherung, denn jedes

Ergebnis jeder Charta-Gesprächsgruppe wird transparent dargestellt, ist öffentlich einsehbar. Das jetzt einmal zur technischen Organisation des gesamten Projektes.

Wir haben uns auch ganz bewusst entschieden, in diesem Projekt nicht groß in Öffentlichkeitsarbeit zu investieren. Das wird in einer sehr kleinen Form über diese acht Monate passieren. Da rechnen wir jetzt auch noch ein bisschen, was sowas letztendlich kosten kann. Das werden wir uns im nächsten Ausschuss auch anschauen.

Aber ich kann Ihnen jetzt schon versichern, das wird sich Daumen mal Pi in nicht mehr als einer halben Million, 500 000 EUR bewegen, wo man sagen muss und ich glaube, da brauchen wir uns alle hier nichts erzählen, wir sind lange genug auch mit dem beschäftigt, Öffentlichkeitsarbeit über 8 Monate für ein Projekt im Rahmen von 500 000 zeigt, dass wir da nicht mit einem großen Etat fahren. Das ist aber auch gar nicht notwendig, weil das haben wir jetzt schon in der Themensammelungsphase gesehen. Bis auf ein paar so kleine Streifeninserate haben wir jeden Tag eigentlich gute Präsenz gehabt. Auch in den Medien ist es bei den Bürgerinnen und Bürgern gut angekommen, weil erstens die Partnerinnen und Partner dafür sorgen. Die haben ja selber Interesse, dass es gut funktioniert. Und weil zweitens einmal auch die Medien sehr an diesem Prozess interessiert sind und auch kommen, sich das anschauen, mit Leuten ins Gespräch kommen und die Berichterstattung eigentlich tagtäglich gut zu diesem Projekt ist und natürlich auch die Bürgerinnen und Bürger auf diesen Prozess aufmerksam macht.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke. Die 3. Zusatzfrage wird von GRin Hatzl gestellt. Bitte.

GRin Eva-Maria **Hatzl** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Ich hätte die Frage an Sie: An dem Prozess der Wiener Charta haben ja eine Menge PartnerInnenorganisationen teilgenommen. Frau amtsführende Stadträtin, worin besteht deren Aufgabe und was tragen sie zur Entstehung der Wiener Charta bei?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Stadträtin!

Amtsf StRin Sandra **Frauenberger**: Letztendlich tragen die Partnerinnen und Partner die Charta. In ihren Betrieben, indem sie Gruppen organisieren, in ihren Vereinen, indem sie für die Mitglieder Gesprächsgruppen organisieren, in ihren Institutionen, ob es die Bildungseinrichtungen sind wie der Stadtschulrat oder auch große Bildungseinrichtungen, ob es Arbeitsmarktträger sind, die einfach in ihren Kursen mit den Leuten arbeiten, die das in ihre Ausbildungsarbeit aufnehmen, diese Themen in ihre Projektarbeit mit aufnehmen, indem sie Charta-Gruppen organisieren. Zum Beispiel ist die Wirtschaftskammer eine ganz tolle Partnerin, die sich jetzt schon überlegt, wie sie Grätzel und Kleingewerbetreibende sozusagen in eine Partnersituation bringen kann, in eine Gesprächssituation bringen kann. Also da gibt es sehr viel Kreativität, sehr viel Innovation im Dialog der BürgerInnen untereinander. Es gibt auch sehr viel Initiativen,

dass die Partnerinnen und Partner nicht schauen, dass sie im eigenen Saft sozusagen braten, sondern dass sie wirklich sehr bewusst hergehen und schauen, reden junge mit älteren Leuten, reden Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, reden Leute im Grätzl mit den Leuten, die in diesem Grätzl arbeiten, in diesem Grätzl wohnen. Also das heißt, da gibt es ganz unterschiedliche Ideen. Das ist gut, denn die Partnerinnen und Partner tragen es. Und wenn wir jetzt sagen, wir haben mittlerweile 150 PartnerInnen und die PartnerInnen sind ja nicht limitiert, das heißt, es können ja noch doppelt so viele werden. Ich bin sogar zuversichtlich, dass es sogar noch doppelt so viele werden können, und die organisieren dann die Gesprächsgruppen. Das heißt, wir werden von April bis Oktober, jetzt sage ich einmal hier gerne mein Ziel, mit 300 Partnerinnen und Partnern Gesprächsgruppen machen und in diesen Gesprächsgruppen miteinander diskutieren. Das heißt, es wird viele Gesprächsgruppen geben, die über ganz Wien sozusagen dieses Dialognetz spannen, das ich hier beschrieben habe. Sie sind eines der Herzstücke dieser Charta und sind uns ganz, ganz wichtig.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke. Die 4. Zusatzfrage wird von GRin Mag Anger-Koch gestellt. Bitte.

GRin Mag Ines **Anger-Koch** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Frau Stadträtin! Wir hören jetzt von Ihnen die ganze Zeit, dass die Charta quasi die Menschen wieder ins Gespräch bringen soll, dass das Zusammenleben in dieser Stadt besser funktionieren soll und dass auch ein extrem großer Zulauf zu dieser Charta zu verzeichnen ist. Glauben Sie nicht, dass es auch ein Indiz ist, dass bisher die Situation der Wiener und Wienerinnen vielleicht nicht so optimal war, wie es immer dargestellt wurde, auch von Ihnen und auch angesprochen worden ist? Und glauben Sie, dass vielleicht auch die Wiener Charta als Eingeständnis zu verstehen ist, gerade in Fragen der Integrationspolitik, dass man zu lange gewartet hat, einen solchen Prozess zu initiieren?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Stadträtin!

Amtsf StRin Sandra **Frauenberger**: Ich freue mich erstens einmal, dass ihr PartnerInnen seid. Das ist ein schönes Bild auch, glaube ich, für diese Stadt, dass wir in dieser Breite gemeinsam dafür sorgen möchten, dass das Zusammenleben in der Zukunft gut funktioniert. Wir können jetzt gerne darüber reden, ist es der richtige Zeitpunkt, ist es zu früh oder zu spät. Ich glaube, was sich in den letzten Jahren an partizipativen Prozessen in Städten entwickelt hat, zeigt uns, und jetzt auch gerade in Deutschland, die gesamten Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit den Wahlen, mit dem Erstarken von Online-Parteien genauso wie der Piratenpartei und dem, wie sie Menschen abholen können, die sich vielleicht schon längst vom Dialog eher abgewandt haben, dass all das doch Entwicklungen sind, die jetzt nicht nur in Wien gesehen werden können, sondern die eigentlich europaweit gesehen werden müssen. Sie zeigen uns letztendlich eines, dass eben die Wienerinnen und die Wiener, so wie ich es zu Beginn gesagt habe, nicht mehr nur

damit zufrieden sind, alle paar Jahre einmal zur Wahl zu gehen und ihre Meinung kund zu tun. Diese Charta ist ein sehr mutiges Projekt, weil sie eben BürgerInnenbeteiligung innerhalb einer Legislaturperiode vorsieht, die wirklich im wahrsten Sinne des Wortes von den Bürgerinnen und Bürgern kommt. Ich glaube, das ist gut und das steht uns als Stadt und als politisch agierende Menschen in der Stadt gut an, uns auf diese Auseinandersetzung und auch auf diesen Dialog und auf diese Herausforderung einzulassen. Ich glaube, dass alles auch seine richtige Zeit hat. Für die Wiener Charta, für so ein großes BürgerInnenbeteiligungsprojekt, ist jetzt der richtige Zeitpunkt und ist die Zeit gekommen.

In Bezug auf die Integrationspolitik möchte ich Ihnen gerne sagen, wir haben ja mit vielen Projekten wie zum Beispiel „Sei dabei“ schon versucht, das Thema aufzubereiten und die Leute in den Dialog zu bringen sozusagen über Ethnien, über Weltanschauungen, über Herkunft hinaus in das Gespräch zu bringen. Jetzt geht es aber auch darum, dass wir gerade an Menschen, die einen sogenannten Migrationshintergrund haben, ein Partizipationsinstrument richten, an dem sie sich auch einmal wirklich beteiligen können. Denn gerade Menschen mit Migrationshintergrund haben ja doch Schranken in der Partizipation. Die Wiener Charta ist eine Wiener Charta für alle Wienerinnen und Wiener, egal, wie lange sie hier leben, wie viele Generationen sie eben hier sind, egal, ob sie Männer oder Frauen sind, egal, ob sie jung oder alt sind. Es ist eben für alle Wienerinnen und Wiener, es ist partizipativ, es ist spannend, es ist mutig, es ist herausfordernd und es ist zum richtigen Zeitpunkt ein gutes Modell.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke. Die 5. Zusatzfrage wird von GR Akkilic gestellt. Bitte schön.

GR Senol **Akkilic** (*Grüner Klub im Rathaus*): Also ich merke, wie sehr der Begriff Zusammenleben vielfältig sein kann, dass es sich nicht nur auf Inländer/Ausländer reduziert. Ich glaube, das ist eh einer der wesentlichsten Punkte der Wiener Charta, dass wir das Zusammenleben sehr breit gefächert ansehen müssen, jung, alt, Mann, Frau, Kind, Erwachsener und so weiter, Nachbarschaftskonflikte und so weiter, und sofort. Die Charta-Gespräche, die sind sehr wichtig. Wie kann sich eine Bürgerin oder ein Bürger vorstellen, so ein Charta-Gespräch zu organisieren? Wie groß soll das sein und wie kann man sich für ein Charta-Gespräch anmelden? Sind hier auch, Sie haben das erwähnt, alle Bevölkerungsgruppen inklusive der Freiheitlichen Partei eingeladen mitzumachen?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Stadträtin!

Amtsf StRin Sandra **Frauenberger**: Alle Bevölkerungsgruppen sind eingeladen. Funktionieren tut das so: Wir werden eine Landkarte der Stadt haben und unsere Partnerinnen und Partner werden Charta-Gespräche organisieren. Darüber hinaus werden wir auch als Stadt Charta-Gespräche organisieren als Charta-Büro, Gespräche im öffentlichen Raum, in öffentlichen Einrichtungen. Es wird dann auf dieser Landkarte sichtbar sein, wo eine Charta-Gruppe stattfindet und dann kann man sich

zu dieser Charta-Gruppe anmelden. Es wird aber auch Charta-Gruppen geben, die nicht öffentlich sind. Große Betriebe, die mitmachen, möchten zum Beispiel Charta-Gruppen mit ihren eigenen Beschäftigten machen. Das ist legitim, das ist okay. Es wird viele geben, die bewusst die Charta dafür verwenden, sich auch zu öffnen, kleine Vereine, die eben sich im Grätzel an die Bürgerinnen und Bürger wenden, Sportvereine, die sich an vielleicht potenzielle Mitglieder wenden, um hier auch in ein Gespräch zu kommen, in einen Dialog zu kommen. Das heißt, natürlich werden die Partnerinnen und Partner das auch für sich nutzen. Dann sagt man, man möchte gerne an dem und dem Tag eine Charta-Gesprächsgruppe organisieren. Man kriegt dann vom Charta-Büro zwei Moderatorinnen zur Verfügung gestellt, Moderatoren. Wenn man ein Raumproblem hat, kann man sich hier auch Unterstützung im Charta-Büro holen. Viele Partnerinnen und Partner sind aber eher in die Richtung unterwegs, dass sie sogar uns Räumlichkeiten anbieten. Dann trifft man sich. Das dauert ungefähr, sage ich jetzt einmal, an die zwei, zweieinhalb Stunden.

Es sind zwischen, sage ich einmal, 15 und 20 Leute in einer Gruppe. Wie vorher schon beschrieben, gehen die ModeratorInnen hinein, erheben sozusagen einmal grundsätzlich das Problem, stellen die Themen dar, die eingebracht worden sind. Dann wird darüber diskutiert, welche Lösungen oder welche Vorstellungen und Wünsche man hat. Abschließend wird noch darüber diskutiert, was in der Charta drinnenstehen soll. Das Wesentliche ist, dass danach diese Ergebnissicherung aus diesem Gespräch sichtbar ist und dass sich auch alle Wienerinnen und Wiener - das habe ich vorhin schon gesagt - auch wiederfinden. Jeder Beitrag, der geleistet wurde, ob per Telefon, ob auf der Straße, ob im Grätzel, ob in der Gesprächsgruppe, ist transparent und für jeden einsehbar.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Sehr geehrte Frau Stadträtin, ich danke für die Behandlung der 3. Anfrage.

Wir kommen nun zur 4. Anfrage (FSP - 01052-2012/0001 - KFP/GM). Sie wurde von Herrn GR Mag Jung gestellt und ist an die Frau amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung gerichtet. *(Der südliche und südwestliche Bereich von Liesing (Rodaun, Kalksburg, Mauer Süd) sind mit öffentlichen Verkehrsmitteln äußerst schlecht versorgt. Eine Fahrt ins Stadtzentrum dauert über eine Stunde und erfordert mehrmaliges Umsteigen. Die angespannte Lage wird durch den starken Einpendelverkehr aus dem Süden Wiens und dem Wienerwaldbereich (Breitenfurter Straße, Kaltenleutgebner Straße), nunmehr verschärft durch den Bau von ca. 650 Wohnungen an der Kaltenleutgebner Straße, zusätzlich massiv verschärft. Die gegenwärtigen Verkehrsplanungen sehen weder kurz- noch mittel- oder langfristig Lösungen für dieses Problem vor. Durch welche Maßnahmen wollen Sie diese untragbare Situation entschärfen und zumindest mittelfristig verbessern?)*

Bitte, Frau Vizebürgermeisterin.

VBgmin Mag Maria **Vassilakou**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat!

Zur Beantwortung Ihrer Frage möchte ich einen wichtigen und grundsätzlichen Punkt voranstellen. Um die angespannte Verkehrssituation im Bereich Breitenfurter Straße und Kaltenleutgebner Straße zu entschärfen, wie Sie, Herr Gemeinderat, fordern, müsste die Siedlungsentwicklung der letzten Jahrzehnte in den an Wien grenzenden Umlandgemeinden Breitenfurt, Kaltenleutgeben, Perchtoldsdorf und Laab im Walde zurückgedreht werden.

Lassen Sie mich dazu gleich beispielhaft auf die Situation im Kaltenleutgebner Tal eingehen. Derzeit liegt der Modal-Split im Kaltenleutgebner Tal auch ohne das geplante Wohnbauprojekt bei 89 Prozent Autoverkehr und nur 11 Prozent öffentlicher Verkehr. Das heißt, dass die BewohnerInnen der niederösterreichischen Gemeinden ihre Wege nach Wien zu fast 90 Prozent mit dem Auto zurücklegen. Dies ist das Ergebnis einer raumplanerischen Fehlentwicklung der letzten Jahrzehnte. Wir haben es daher mit einem grundsätzlichen Verkehrs- und Raumplanungsproblem zu tun, welches auch unabhängig von dem aktuellen Wohnbauprojekt angegangen werden muss und welches nur gemeinsam mit dem Land Niederösterreich gelöst werden kann. Dazu müssen auch die angrenzenden Gemeinden in die Pflicht genommen werden, welche ihre BewohnerInnen ebenfalls zu einem anderen Verkehrsverhalten bewegen müssen. Denn derzeit sind es die Ein- und Auspendler, die das Kaltenleutgebner Tal in den Morgen- und Nachmittagspitzenzeiten belasten. Um diese gemeindeübergreifende Problematik in den Griff zu bekommen, wurde ein regionales Raumnutzungskonzept für das Kaltenleutgebner Tal im Rahmen der Zusammenarbeit der Länder Niederösterreich und selbstverständlich Wien sowie der Gemeinden Kaltenleutgeben und Perchtoldsdorf in Auftrag gegeben, welches ein Bündel aus kurz-, mittel- und langfristigen Maßnahmen vorsieht, um eine geordnete und abgestimmte Siedlungs- und Verkehrsentwicklung in Zukunft zu bewerkstelligen.

Zum Wohnbauprojekt Waldmühle: Die rechtliche Basis für die Realisierung dieses Wohnbauvorhabens am Gelände der ehemaligen Zementfabrik Rodaun an der Kaltenleutgebner Straße wurde am 18.12.2009 mit der Beschlussfassung des entsprechenden Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes geschaffen. Dieses Plandokument hat mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP die notwendige Mehrheit erhalten. Es sollen nun 450 Wohnungen errichtet werden. Weiters sind ein viergruppiger Kindergarten und Nahversorger geplant.

Kurzfristige Maßnahmen bezüglich Verkehr: Als kurzfristige Maßnahme ist der Umbau von vier Kreuzungen geplant. Diese sind: Kreuzung Kaltenleutgebner Straße/Hochstraße, Kreuzung Hochstraße/Ketzergasse, Kreuzung Willergasse/Breitenfurter Straße, Kreuzung Breitenfurter Straße/Rodauner Straße. Laut Verkehrsuntersuchungen sollen diese Umbauten und optimierten Ampelschaltungen die Verkehrssituation verbessern und nach Meinung der damit befassten Verkehrsexperten auch das prognostizierte Verkehrsaufkommen des Pro-

jekt es Waldmühle kapazitätsmäßig abdecken. Es wird aber ein genaues, begleitendes Monitoring geben, um notwendige Nachbesserungen veranlassen zu können.

Mobilitätskonzept für das Wohnprojekt, jetzt im Besonderen: Weiters planen die Bauträger für die neuen BewohnerInnen Angebote, um Autofahrten zu vermeiden. Dazu zählen: eigener Shuttle für die Schulkinder, Carsharing, Angebot für E-Mobility, darunter E-Bikes und ein E-Auto, Mitfahrbörse.

Zur Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs: Zur Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs halte ich eine Intervallverdichtung der Buslinien kurz- bis mittelfristig für sinnvoll und notwendig. Die Linie 255 verkehrt im Kaltenleutgebner Tal außerhalb der Morgen- und Nachmittagspitze nur im Halbstundentakt. Hier ist eine Attraktivierung der Intervalle sicherlich notwendig, damit sich auch diese Buslinie als brauchbare Alternative zur autozentrierten Mobilität etablieren kann. Mittel- bis langfristig ist das Verkehrsband der Kaltenleutgebner Bahn für eine weitere Verbesserung des Angebots durch den öffentlichen Verkehr abzusichern. Eine Nutzung für den Personenschienenverkehr ist derzeit auf Grund der hohen Umbaukosten von Güterverkehr auf Personenverkehr in der Höhe von rund 30 Millionen EUR und wissend um die budgetäre Lage der ÖBB eher unrealistisch. Mittel- bis langfristig könnte die Trasse als reiner Bus- und Radkorridor genutzt werden, um den ÖV zu beschleunigen und vom Autoverkehr zu entkoppeln. Aber auch da muss es zu einer Investitionskostenteilung zwischen Wien und Niederösterreich kommen.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke für diese Beantwortung. Die 1. Zusatzfrage wird von GR Mag Jung gestellt.

GR Mag Wolfgang **Jung** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Frau Stadträtin!

Sie haben die Situation der Vergangenheit völlig richtig geschildert, Kommentar auch indirekt zum Handkuss, nur die Antwort, die Sie gegeben haben, dürfte offenkundig etwas sein, was Ihnen die Beamten vorgeschrieben haben. Sie kennen wahrscheinlich die Lage vor Ort nicht, denn die von Ihnen vorgeschlagenen Umbaumaßnahmen in der Form sind einfach nicht möglich. Das ist ein sehr dicht verbautes Tal und gerade an den Kreuzungen müsste man zum Beispiel den frisch errichteten Fußweg/Radweg wegbringen, die restlichen, wenigen Parkplätze, die dort noch vorhanden sind, vernichten und vieles mehr, und man müsste die Straße direkt an die Häuser heranführen, weil das Kloster auch nicht großartig verkauft wird. Diese Situation ist noch dazu verschärft durch zwei unmittelbar hintereinanderliegende Kreuzungen. Das ist in der Form nicht zu machen.

Unsere Kritik geht dahin, dass man dieses Projekt in der Form zurückstellen müsste oder zumindest nur in einer sehr reduzierten Form ausführen könnte, weil gerade der Morgenverkehr, den Sie angesprochen haben, mindestens zehn Autobusse mit Schülern bringen würde. Ich weiß nicht, wie Sie dort diese Verkehrsverdichtung herbeiführen würden. Auch die ganze Bezirksvertretung einschließlich Bezirksvorsteher hat sich dagegen ausgesprochen. Er, Wurm, sagt ausdrücklich, wenn es uns

gelingt, zusätzlich den LKW-Verkehr weitgehend wegzubringen und gleichzeitig verkehrsverbessernde Maßnahmen an neuralgischen Punkten, die Sie zitiert haben, zu setzen, dann kann Rodaun mit der neuen Lösung gewinnen.

Glauben Sie allen Ernstes, dass Sie mit dieser Änderung an den Kreuzungen eine wirkliche Verbesserung herbeiführen beziehungsweise keine weitere Verschlechterung damit verursachen können?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Vizebürgermeisterin.

VBgmin Mag Maria **Vassilakou**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat!

Es liegt natürlich auf der Hand, dass, wenn wir es hier mit einem Tal zu tun haben, wir es zugleich mit einer sehr beengten Situation zu tun haben, die noch dazu so gegeben und auch unabänderlich ist, weil es eine dichte Verbauung entlang des Randes gibt. Sie werden verstehen, dass es nicht in meiner Absicht liegt, irgendwelche Häuser, die dort vorhanden sind, irgendwie zum Verduften zu bringen.

Sprich, jene Maßnahmen, die ich setzen kann, muss ich versuchen, zu setzen. Dabei muss ich mich auch auf die Analysen und Untersuchungen jener Experten verlassen, die von der Stadt beauftragt wurden, um dies zu tun. Diese meinen eben, dass eine Vielzahl von weiteren Maßnahmen, wie etwa die Schaffung einer eigenen Busspur, um Ihnen hier ein Beispiel zu geben, nicht möglich ist, eben auf Grund der beengten Raumsituation. Somit bleibt kein anderer Weg übrig, als dass man versucht, die entsprechenden Kreuzungen besser zu ertüchtigen und mittels Ampelschaltungen jene Verbesserung zu erreichen, die hier überhaupt erreichbar ist.

Lassen Sie mich grundsätzlich einmal mehr erwähnen, dass die Situation, mit der wir im Kaltenleutgebner Tal konfrontiert sind, nicht eine ist, die jetzt auf Grund des besagten Projektes entsteht, sondern eine ist, die im Zuge der vergangenen Jahrzehnte entstanden ist, die mit einer Besiedlungspolitik zu tun hat, die das Land Niederösterreich im Besonderen entlang der Wiener Grenzen verfolgt und mit der Verkehr täglich aus allen Richtungen in die Stadt hinein- und abends wieder hinausgeschaufelt wird. Umso mehr hat es eine Vielzahl von Appellen und Initiativen seitens Wiens in den vergangenen Jahren Richtung Niederösterreich gegeben, von dieser Form der Förderung und von dieser Form der Raumordnungspolitik Abstand zu nehmen und einen gemeinsamen Weg mit Wien einzuschlagen, denn nur so können wir die Verkehrsproblematik in den Griff kriegen.

Ansonsten sind wir ständig mit einer Situation konfrontiert, in der Niederösterreich weiter und weiter und weiter an den Grenzen Wiens ausbaut, wir hingegen sämtliche Kosten zu tragen haben, und das ganz allein für sämtliche Ertüchtigungen, Intervallverdichtungen oder sonstige öffentliche Verkehrsmaßnahmen, die erforderlich sind, um diese Situation in den Griff zu bekommen. Von der Parkraumbewirtschaftung jetzt gar nicht zu sprechen, weil darüber werden wir am Nachmittag ausreichend Gelegenheit haben zu diskutieren. Das heißt, in Summe haben wir es hier mit einer Fehlentwicklung zu

tun, wo ich bis jetzt bedauerlicherweise auch keine Anzeichen sehe, eine Abkehr davon zu erreichen, wiewohl es, wie gesagt, erste Gespräche gibt - immerhin ein gemeinsames Raumnutzungskonzept für das Kaltenleutgebener Tal in Ausarbeitung -, die mich sozusagen optimistisch sein lassen, dass es vielleicht in den nächsten Jahren zu einer Besserung kommt.

Im gegenständlichen Fall ist es ausnahmsweise zu einer Widmung gekommen, die nun sozusagen auf Wiener Gebiet stattfindet und hier auch zu einem kleinen Teil einerseits Kaltenleutgeben betrifft und dann natürlich noch im weitesten Sinne insbesondere die Kaltenleutgebener Straße. Ich kann nur sagen, diese Widmung ist, wie gesagt, bereits im Jahr 2009 erfolgt. Sie müssen wissen, und ein anderer Weg führt gar nicht daran vorbei, als dass Sie es wissen, dass eine Widmung erlassen worden ist. Die Wiener Bauordnung gibt auch nicht die Möglichkeit, die Anzahl der Wohnungen, die zu errichten sind, auf Basis einer Widmung zu begrenzen. Wir haben es hier mit gewidmeten Flächen, sozusagen Bruttogeschossflächen, zu tun. Das heißt, in diesem Fall gibt es, einmal mehr, eine gültige Widmung. Auf Basis dieser Widmung erwachsen Privaten dann Rechtsansprüche. Ich habe keinerlei Kompetenz innerhalb meines Ressorts, in irgendeiner Art und Weise das Ausmaß der Bebauung hinterher zu beeinflussen. Das heißt, ich schlage vor, diese Debatte weiterhin insbesondere mit Herrn BV Wurm zu führen. *(GR Mag Wolfgang Jung: Wird geschehen!)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Die 2. Zusatzfrage wird von GR Dipl.-Ing. Stiftner gestellt. - Bitte schön.

GR Dipl.-Ing. Roman **Stiftner** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Guten Morgen, Frau Stadträtin!

In der Analyse stimme ich durchaus mit Ihnen überein. Allerdings sind wir bei den Schlussfolgerungen diametral auseinanderliegend. In der Tat ist es so, dass Ihr Vorgänger eine Zusage gemacht hat, wie diese Widmung erfolgt ist, weshalb auch die ÖVP damals unter Bedingung dieser Zusicherung die Zustimmung gegeben hat, während Ihre Fraktion hier dagegen gestimmt hat und sich jetzt offenbar für dieses Projekt stark macht.

Was ich bedauere, ist Ihre Schlussfolgerung, nämlich in die Richtung, dass Sie den Niederösterreichern vorwerfen, mit dem Auto nach Wien zu fahren. Es ist in der Tat richtig, nur die Frage ist, was die Alternative ist. Wenn sich Menschen ins Umland absiedeln, dann sind es großteils Wiener, die sich halt in Wien nicht mehr wohl fühlen, nicht zuletzt deshalb, weil sie durch Maßnahmen der Verkehrspolitik in Wien das Umland suchen, weil sie in Wien einfach nicht mehr diese Lebensqualität vorfinden, die auch Sie jetzt, nach mittlerweile eineinhalb Jahren, mitzuverantworten haben, die sie sich wünschen. Deshalb kommt es halt zu diesen Absiedelungen. Deshalb hat die Stadt auch die Verantwortung, auch öffentliche Verkehrsverbindungen ins Umland zu finden, um sie dann wieder ordentlich hereinzubekommen. Das ist nämlich die Konsequenz. Diese Verantwortung werden Sie auch nicht los werden.

Frau Stadträtin, ich frage Sie deshalb ganz konkret. Ich freue mich, wenn Sie jetzt diese vier Kreuzungen

umbauen werden, weil es die einzige Möglichkeit sein wird, das tägliche Verkehrschaos, das heute schon herrscht, überhaupt in den Griff zu bekommen. Nur die Frage ist: Wann?

Meine konkrete Frage an Sie: Bitte sagen Sie uns, wann Sie diese vier Kreuzungen konkret umgebaut haben werden, sodass die Menschen, die entlang dieses Tales, das noch eine hohe Lebensqualität aufweist, seit vielen Jahrzehnten wohnen, endlich auch diesem Verkehrskollaps entkommen können.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Vizebürgermeisterin.

VBgmin Mag Maria **Vassilakou**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat!

Menschen ziehen ins Umland aus einem sehr verständlichen Grund. Sie wünschen sich für sich selbst und für ihre Kinder Ruhe, Grünraum, ausreichend Bewegungsmöglichkeit und saubere Luft. Wir könnten das in der Stadt anbieten, wenn wir, alle gemeinsam, mehr auf Verkehrsberuhigungsmaßnahmen setzen würden. Sie wissen allerdings ganz genau, dass es diesbezüglich im Rahmen des Wiener Gemeinderates bedauerlicherweise keinen Konsens gibt, den Weg zu unterstützen, der dazu führen würde, dass wir sehr viel mehr Raum in Wien gewinnen, um Menschen die Möglichkeit zu geben, frei flanieren zu können, bessere Luft zu haben, weniger Lärm zu haben und auch all jene Qualitäten vorzufinden, die bedeuten würden, dass wir junge Paare viel mehr innerhalb Wiens behalten und nicht an Niederösterreich verlieren können. *(Beifall bei den GRÜNEN und von GR Siegi Lindenmayr.)*

Wenn nun Jungfamilien in der Regel nach Niederösterreich ziehen, so finden sie dort eine sehr schwierige Verkehrssituation vor. Nicht überall, es ist ja von Region zu Region unterschiedlich. Aber wir wissen, dass wir hier sozusagen im Bereich der Wiener Umlandkarte bedauerlicherweise einige blinde Flecken haben, bei denen die Öffi-Anbindung eine sehr schlechte, eine absolut nicht ausreichende ist und daher kaum eine Alternative zum Auto besteht. Daher kann man auch niemandem vorwerfen, dass er mit dem Auto fahren muss, wenn er kaum eine Alternative vorfindet.

Der Vorwurf daher, der sehr wohl auch in meiner Stellungnahme erkennbar ist, richtet sich nicht an die Bevölkerung Niederösterreichs *(GR Dipl.-Ing. Roman Stiftner: Warum bauen Sie keine U-Bahn?)*, er richtet sich eindeutig und zu 100 Prozent an die Politik Niederösterreichs, welche in den vergangenen Jahren nicht bereit war, sich auch nur annähernd an den Kosten einer U-Bahn-Verlängerung zu beteiligen. Also ich finde es sehr spannend, dass Sie das möchten. Bitte halten Sie endlich Rücksprache mit Ihren Kollegen in Niederösterreich *(GR Dipl.-Ing. Roman Stiftner: Ich nicht!)*, damit diese in brauchbare Öffi-Anbindungen investieren. Das können Straßenbahnen sein. Das können Busse sein. Das können S-Bahn-Intervallverdichtungen sein. Wenn Sie unbedingt möchten, können es auch U-Bahnen sein. Sie wissen ganz genau, würde man diesen Weg gehen, der von sämtlichen Experten sehr stark hinterfragt wird, ob es jetzt sozusagen die dringendste aller Maßnahmen

ist, selbst wenn wir uns dazu entschließen würden, würde Wien einen sehr geringen Teil der Kosten der U-Bahn-Verlängerungen zu tragen haben. Den Löwenanteil der Kosten würde Niederösterreich zu tragen haben, eines der am höchsten verschuldeten Bundesländer Österreichs. Das heißt, ich bin dafür, die Menschen nicht zu veräppeln, sondern ihnen reinen Wein einzuschenken. *(GR Dipl.-Ing Roman Stiftner: Sie im Stau stecken zu lassen!)*

Zurückkommend zu unserer grundsätzlichen Erörterung, was im Kaltenleutgebner Tal zu tun ist, glaube ich nicht, dass Sie die U-Bahn dorthin führen wollen. Ich glaube auch nicht, dass das Ihre Lösung ist. Im gegenständlichen Fall geht es darum, Menschen à la longue eine brauchbare Alternative zum Autoverkehr zu bieten und daher auch in einem mittelfristigen Maßnahmenkonzept gemeinsam mit Niederösterreich die entsprechenden Busintervalle zu verdichten und allenfalls auch die Trasse der Kaltenleutgebner Bahn, wie gesagt, zu sichern, damit hier eine Alternative entstehen kann. Was den konkreten Umbau der vier Kreuzungen anlangt, damit Sie ertüchtigt werden, können Sie zu 100 Prozent davon ausgehen, dass dieser parallel mit der Bautätigkeit in Kaltenleutgeben erfolgen wird, sodass zu dem Zeitpunkt, wo die ersten Bewohnerinnen und Bewohner in das neue Projekt einziehen, die entsprechenden Maßnahmen fertiggestellt sein werden. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Die 3. Zusatzfrage wird von GR Mag Chorherr gestellt. - Bitte schön.

GR Mag Christoph **Chorherr** (*Grüner Klub im Rathaus*): Frau Stadträtin!

Erlauben Sie mir vorweg noch einen Satz zum Herrn Stiftner. Sie haben sehr zurückhaltend gesagt, wer zugestimmt hat. Es gab einen Grund, warum die GRÜNEN in der letzten Periode diesem Akt nicht zugestimmt haben, weil es in der Tat, da sind wir uns alle einig, ein Problem darstellt. Was die ÖVP geritten hat, dieser Widmung zuzustimmen und damit erst das Problem zu verschärfen, konnten Sie uns jetzt hier nicht erklären. *(GR Dipl.-Ing Roman Stiftner: Dann löst es! Ihr seid in der Regierung!)*

Es gibt schöne Fünfviertelkreuzungen. Aus Hütteldorf kenne ich das. In der Tat haben wir im Kaltenleutgebner Tal das Problem, wenn in eine Literflasche fünf Viertel hineingegossen werden, dann rinnt sie über. Das Problem, das wir dort jetzt schon aus Niederösterreich haben, dass für das enge Tal zu viele Autos fahren, wird mit diesem Projekt verschärft, aber da muss sich auch die ÖVP, die dem zugestimmt hat, bei der Nase nehmen.

Jetzt zu meiner Frage an die Frau Vizebürgermeisterin: Sie haben eine interessante Alternative in Aussicht gestellt, nämlich den Bus zu bevorrangen, indem er vielleicht irgendwann einmal die Busstraße nützen kann. Das wäre eine schöne Vision. Die Autos - dort ist eine einspurige Straße - stehen im Stau, der Bus fährt vorbei. Sie haben aber richtigerweise gesagt, das kann Wien nicht allein tragen, das müssen die niederösterreichischen Gemeinden mitfinanzieren. *(GR Mag Wolfgang Jung: Was ist mit den Bundesbahnen?)*

Meine Frage ist: Gibt es eine Hoffnung, dass hier mitfinanziert wird? Gibt es schon erste Andeutungen? Weil das wäre in der Tat ein Durchbruch. Die Autos aus Niederösterreich stehen im Stau. Das werden wir fünfviertel-mäßig nicht verändern können, weil eine zweite Spur ins Kaltenleutgebner Tal werden wir nicht hineinbauen. Der Bus fährt in einem dichteren Intervall am Stau vorbei und wird direkt angebunden. Das wäre ein toller Switch im Modal-Split. Die Frage ist, wer es zahlt. Gibt es Signale aus Niederösterreich, hier mitzufinanzieren?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Vizebürgermeisterin.

VBgmin Mag Maria **Vassilakou**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat!

Sie stellen hier sehr schwierige Fragen, weil sie mich nötigen, jetzt sehr interpretativ zu werden.

Das regionale Raumnutzungskonzept, das ich vorhin erwähnt habe, das zwischen den Ländern Wien und Niederösterreich und den betroffenen Gemeinden erarbeitet wurde, lässt mich optimistisch sein, dass wir es zunächst mittelfristig schaffen werden, als erste Maßnahme die Busintervalle entsprechend zu verdichten. Ich muss beim Ankündigen von Maßnahmen in diesem Bereich vorsichtig sein, weil besagtes Raumnutzungskonzept aktuell finalisiert wird und es nicht seriös ist, bestimmte Zusagen zu tätigen, bevor es hier eine endgültige Vereinbarung gibt. Meine Gespräche mit Herrn Landesrat Wilfing - das ist mein Pendant in Niederösterreich für Verkehrsfragen - lassen mich ebenfalls optimistisch sein, dass wir innerhalb der nächsten zwei Jahre auf alle Fälle eine grundsätzliche Vereinbarung erreichen werden, mit der wir gemeinsam die eine oder andere Investition vornehmen, etwa um die eine oder andere Verdichtung zu erreichen. Konkret handelt es sich auch um S-Bahn-Intervalle, die hier sozusagen als Joint Venture Wien/Niederösterreich verdichtet werden könnten, um eine entsprechende Abhilfe zu schaffen.

Selbstverständlich wird auch die Kaltenleutgebner Bahn Gegenstand unserer Gespräche sein. Ich weise einmal mehr darauf hin, von den ÖBB ist hier nicht zu erwarten, dass es zu einer Umnutzung kommt. Das heißt, es bleibt nur die Variante, Bus- und Radtrasse. Gespräche werden, wie gesagt, laufend geführt.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Die 4. Zusatzfrage wird von GR Mag Jung gestellt. - Bitte schön.

GR Mag Wolfgang **Jung** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Frau Stadträtin!

Das hört sich alles schön an, ist aber heiße Luft. Denn die Bus- und Radtrasse würde davon abhängig sein, ob die Bundesbahnen ihre Strecke aufgeben. Selbst dann wäre es ein Problem, denn es ist sehr schmal. Das wäre wirklich einspurig. Gegenverkehr bräuchte dann Ausweichmöglichkeiten und alles Mögliche, das äußerst kostspielig ist und sicher in weiter Ferne liegt.

Sie haben vorhin von den Jungfamilien gesprochen, die dort hinausziehen. Ich bin zwar kein Mitglied einer Jungfamilie, aber die Familie Jung wohnt auch dort. Ich kenne anscheinend im Gegensatz zu Ihnen die Situation

recht genau. Es sind nicht nur Niederösterreicher, wie gesagt, die hereinfahren, sondern das sind jetzt eben zusätzlich sehr viele Wiener, die auf einer noch dazu elendigen Straße hereinfahren. Was ich vermisse, ist, und das hätte schon früher ansetzen müssen, sogar schon, das gebe ich zu, bevor Sie Stadträtin geworden sind, dass man, wenn man einen solchen Monsterbau genehmigt, sich vorher und nicht nachher die Infrastruktur überlegt. Denn es gibt Probleme in Schulen und in anderen Bereichen auch in diesem Zusammenhang.

Sie können oder wollen jetzt nicht einmal auf die Frage vom Kollegen Stiftner antworten, wann wirklich mit diesen Verbesserungsarbeiten begonnen wird. Vorher die Möglichkeiten schaffen und dann die Wohnung hinsetzen, und nicht umgekehrt hier das Chaos machen!

Dann kommt der Kollege BV Wurm und empfiehlt, wegen der guten Zusammenarbeit mit den Niederösterreichern Pfortnerampeln als Lösung bei der Stadteinfahrt von Wien, die ab einer gewissen Autoanzahl, die aus Niederösterreich kommt, plötzlich das Einfahren verbieten. Was halten Sie von einer derartigen Lösung?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Vizebürgermeisterin.

VBgmin Mag Maria **Vassilakou**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat!

Einmal mehr, was ich zu diesem Projekt zu sagen hatte, habe ich zu jener Zeit gesagt, als ich Klubobfrau der Grünen Fraktion hier im Wiener Gemeinderat war. Ich sehe keine Notwendigkeit, es zu wiederholen. Man kann es schon im Protokoll inklusive Abstimmungsverhalten dementsprechend nachlesen.

Es ehrt mich sehr, dass man mich jetzt mit Aussagen konfrontiert, die mit einer Reduktion der Bebauung, also seitens des Herrn Bezirksvorstehers, zu tun haben. Sie wissen, einmal mehr, dass mein Ressort für derartige Reduktionsschritte nicht zuständig ist. Das heißt, in gewisser Weise wird mir nahezu eine Allmacht unterstellt, die ich gerne hätte, die ich aber nicht habe. Es ist wahrscheinlich auch gut so. *(GR Mag Wolfgang Jung: Ich habe nach der Ampel gefragt und nicht nach dem Wohnungsbau!)* Ich kann, wie gesagt, die Vergangenheit nicht ändern. Ich kann versuchen, die Zukunft zu ändern.

Im gegenständlichen Fall hat es hier gemeinsame Gespräche mit den betroffenen Gemeinden gegeben. Darüber hinaus wurden Experten beauftragt, sich die Situation genau anzuschauen und Vorschläge zu unterbreiten, die machbar sind. Diejenigen, die von den Experten als machbar bezeichnet und auch als solche qualifiziert wurden, habe ich Ihnen gerade aufgelistet, ebenfalls die Verpflichtung meinerseits, diese umzusetzen. Das wird passieren. Das tun wir auch gerne. *(GR Mag Wolfgang Jung: Wann, habe ich gefragt!)*

Wann, liegt insofern nicht in meinen Möglichkeiten, es ihnen jetzt konkret zu sagen, aus einem sehr simplen Grund. Ich kann nicht wissen, wann genau die Bautätigkeit aufgenommen wird. *(GR Mag Wolfgang Jung: Schon vorher!)* Ich kann nicht wissen, wie lang die Baudauer sein wird, hier und jetzt, wo ich hier stehe. *(GR Dipl.-Ing Roman Stiftner: Wir werden eine schriftliche Anfrage machen!)* Ich kann hier und heute auch nicht wissen,

wann der entsprechende Bau fertiggestellt sein wird. *(GR Mag Wolfgang Jung: Das muss man ja vorher machen!)* Deswegen ist es üblich, das die Beamtinnen und Beamten meines Resorts, namentlich die Abteilungsleiter der MA 28, die für Straßenbau zuständig ist, sowie der MA 33, die für Ampeln und Ampelschaltungen zuständig ist, selbstverständlich bereits dabei sind bei den Planungen in Abstimmung mit dem Bezirk und in Abstimmung auch mit dem Zeitplan, den die Anlage selbst haben wird, den richtigen Zeitpunkt auszuwählen, wo innerhalb der unmittelbaren Zukunft mit den Arbeiten begonnen wird, damit sie zu dem Zeitpunkt fertig sind, wo Bewohnerinnen und Bewohner einziehen. So macht man das. Es ist wahrscheinlich zu früh, um Ihnen jetzt einen konkreten Termin zu nennen. Aber ich kann es selbstverständlich dann, wenn mir das selbst vorliegt, gerne nachreichen. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke, Frau Vizebürgermeisterin, für die sehr ausführliche Darstellung dieser Frage.

Wir kommen nun zur fünften und damit letzten Anfrage der Fragestunde *(FSP - 00599-2012/0001 - KSP/GM)*. Sie wurde von Herrn GR Peschek gestellt und ist an den Herrn amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung gerichtet. *(Herr Stadtrat, Sie haben vor kurzem 'Stadtteilmanagement in Neubaugebieten' als neues Aufgabenfeld der Gebietsbetreuungen Stadterneuerung vorgestellt. Was ist darunter zu verstehen?)*

Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsf StR Dr Michael **Ludwig**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Hoch geschätzter Gemeinderat! Sehr geehrter Herr GR Peschek!

Die Frage richtet sich, inwieweit Stadtteilmanagement in Neubaugebieten im Rahmen der Gebietsbetreuungen Stadterneuerung eine Rolle spielen kann. Ich kann Ihnen antworten, eine immer größer werdende Rolle, aus verschiedenen Gründen, zum einen, weil die Stadt wächst, die Bevölkerung zunimmt. Ich denke, dass es Sinn macht, sich gerade auch in der Stadt mit jenen Gebieten zu beschäftigen, wo es im Zuge von Nachverdichtungen zu innerstädtischen Entwicklungsgebieten kommt. Das sind vor allem Stadtteile, die sogenannte ehemalige Brownfield Areas aufweisen, also Industriegebiete, die nicht mehr verwendet werden, deshalb für den Wohnbau genutzt werden. Das gilt aber in gleicher Weise auch für ehemalige Bahnhofsareale beziehungsweise Kasernengebiete. Ich habe da sehr starkes Interesse daran, auch diese innerstädtischen Entwicklungszonen für den Wohnbau zu nutzen, auch deshalb, weil es in diesen Gebieten eine schon bestehende verkehrstechnische und soziale Infrastruktur gibt. Von daher möchte ich diesen Bereich sehr stark fördern.

Das bedeutet aber, wenn wir in innerstädtischen Lagen sehr starke Neubauzonen haben, dass sich auch Ränder entwickeln, Ränder zu den Altbaugebieten, und es Sinn macht, über diese Randzonen hinweg die Kooperation der Bewohnerinnen und Bewohner zu verdichten. Von daher sehe ich auch in der Stadtteilarbeit, im Stadtteilmanagement, eine gute Möglichkeit, die Kom-

munikation, auch die Vermittlung von Bauprozessen, aber auch die Vernetzung der Bevölkerung zu forcieren. Stadterneuerung ist ein dynamischer Prozess, der auch begleitet werden muss, wenn er sich so positiv wie in der Vergangenheit weiterentwickeln soll.

Wir haben im Bereich der Stadtteilentwicklung in den letzten Jahren neue Aufgabengebiete definiert. Es geht nicht nur mehr darum, dass wir uns mit den baulichen Erneuerungsaufgaben einzelner Wohnhäuser beschäftigen, wie es am Beginn der Stadtteilarbeit war, sondern wir beschäftigen uns jetzt sehr stark auch mit der Entwicklung von Grün- und Freiräumen, beispielweise mit der Ansiedlung von Nahversorgungseinrichtungen. Aber zum Beispiel auch die Förderung des Zusammenlebens der Bevölkerung ist uns in diesem Zusammenhang ganz wichtig.

Ich habe die Neuausschreibung der Gebietsbetreuung jetzt dazu benützt, auch diese Ziele klarer und neu zu definieren, Stadtteilmanagement in den Neubaugebieten als Aufgabe für die Gebietsbetreuungen festzulegen, auch als einen eigenen Arbeitsschwerpunkt. Diesen Arbeitsschwerpunkt habe ich ganz konkret an einigen Neubaugebieten festgemacht. Ich möchte hier einige erwähnen, die auch in der Ausschreibung definiert waren. Das ist im 2. Bezirk das Nordbahnhof-Gelände. Das ist im 3. Bezirk Eurogate, also am früheren Gebiet des Aspanger Bahnhofes. Das sind St Marx und das Paulusviertel. Das ist im 10. Bezirk das Sonnwendviertel, also neben dem Hauptbahnhof. Das ist Monte Laa, ebenfalls in Favoriten. Das ist im 11. Bezirk das Mautner-Markhof-Gelände und das Areal rund um den Gasometer. Das sind, wenn man so will, für mich ganz wichtige Schwerpunkte in der Stadtentwicklung, die mit diesem neuen Stadtteilmanagement begleitet werden sollen, um den Neubau zu forcieren, gleichzeitig aber auch die historische Bausubstanz zu erhalten und damit verbunden, auch mit einem Einsatz der Gebietsbetreuungen, die Bevölkerung laufend über diese Entwicklungsschritte zu informieren und gleichzeitig eine Vernetzung der Bevölkerung herbeizuführen.

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Die 1. Zusatzfrage wird gestellt von Herrn GR Walter. - Bitte.

GR Norbert **Walter**, MAS (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Guten Morgen, Herr Stadtrat!

Prinzipiell ist es zu begrüßen, was Sie gemacht haben. Ihre Definition lautet beim Stadtteilmanagement, Gebiete, die neu bebaut werden oder bei denen in naher Zukunft Änderungen der baulichen Struktur, der Nutzung oder innerhalb der Bevölkerungsstruktur zu erwarten sind, werden künftig durch ein Stadtteilmanagement begleitet. Jetzt sind primär die Bezirke 2, 3, 10 und 11 dabei. Aber Sie wissen, dass gerade im 21. oder im 22. Bezirk die Neubautätigkeit in dieser Stadt eigentlich am größten ist.

Jetzt wollte ich Sie fragen: Können Sie sich vorstellen, dass auch im 21. oder im 22. Bezirk ein Stadtteilmanagement kommt? Wenn ja, wann? Und wenn nein, warum nicht?

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Bitte, Herr Stadtrat.

Amts StR Dr Michael **Ludwig**: Herr Gemeinderat!

Das ist zweifellos eine sehr gute Anregung. Im 21. Bezirk, kann ich sagen, habe ich das jetzt auf Grund der Neuausschreibung der Gebietsbetreuungen auch umgesetzt. Hier gibt es nicht die konkrete Aufgabe des Stadtteilmanagements. Aber wir haben bei der Neuausschreibung erstmals für das Zentrum von Floridsdorf auch eine Gebietsbetreuung vorgesehen, die derzeit in der Arnoldgasse ein Lokal bezogen hat und voraussichtlich noch im April in ein Gebäude in die Matthäus-Jiszda-Straße 3 übersiedeln wird. Also von daher hast du völlig recht. Man muss auch sehen, dass in den großen, sehr dynamischen Bezirken Maßnahmen zu setzen sind.

Mir ist in dem Zusammenhang vor allem wichtig, dass wir uns im Rahmen der Gebietsbetreuung auch um die historische Bausubstanz kümmern. Diese ist zum Beispiel auch im Zentrum von Floridsdorf vorhanden. Da geht es mir jetzt aber nicht nur um den Erhalt dieser historischen Bausubstanz, sondern es geht mir auch darum, dass wir den Bezirksteil, das Zentrum des Bezirkes, so entwickeln, dass es auch in Zukunft im Bereich der Nahversorgung eine Konkurrenz zu den großen Einkaufszentren darstellen kann. Wir wissen, dass dieser Bereich sehr stark in Konkurrenz zu Einkaufszentren auf der grünen Wiese bis hin nach Niederösterreich steht. Wenn wir aber wollen, dass das Zentrum des 21. Bezirks nicht nur erhalten bleibt, sondern auch neue Dynamik gewinnt, dann muss das mit Maßnahmen versehen werden. Die Gebietsbetreuungen haben hier von mir den Auftrag, sich auch um diese Vernetzungsarbeit zu kümmern, natürlich auch in enger Abstimmung mit der Bezirksvertretung, mit dem Herrn Bezirksvorsteher, den ich hier auch begrüßen darf, und anderen Einrichtungen der Stadt.

Es geht um die Bündelung der Kräfte, auch um die Konzentration auf die Erhaltung der historischen Bausubstanz, und gleichzeitig auch darum, Überlegungen anzustellen, Wege zu finden, wie wir in direkter Konkurrenz mit sich neu entwickelnden Einkaufszentren im Bereich der Klein- und Mittelbetriebe bestehen können und auch die Nahversorgung ankurbeln können. Von daher hat für mich Gebietsbetreuung eine viel größere Aufgabe als nur die Beschränkung auf die Beschäftigung zur Sanierung von Einzelgebäuden, sondern weit darüber hinaus. Ich glaube, da wird die neu errichtete Gebietsbetreuung im 21. Bezirk sicher auch einen neuen Schritt in der Entwicklung bedeuten.

Ich gebe dir völlig recht, man muss sich natürlich auch um die anderen Bezirke kümmern. Ich glaube, dass wir da einen Schritt in die richtige Richtung gesetzt haben.

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Die nächste Zusatzfrage wird gestellt von Herrn GR Prof Dr Eisenstein.

GR Univ-Prof Dr Herbert **Eisenstein** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Guten Morgen, Herr Stadtrat!

Als Sie das Stadtteilmanagement vor etwas mehr als einem Monat vorgestellt haben - die Bezirksvorsteherin meines Bezirkes war dabei, Sie erinnern sich daran -, haben Sie nicht zuletzt davon gesprochen, dass die

Einbindung von Anrainern und lokalen Institutionen ein wichtiger Punkt ist, also sozusagen einer der Schwerpunkte des Stadtteilmanagements.

Ich möchte jetzt ein bisschen über das Stadtteilmanagement hinausgreifen und Sie fragen. Es gibt im Zusammenhang mit Wohnen in Wien inzwischen eine Vielzahl von Anlaufstellen für Personen, für Interessierte. Ich nenne jetzt das Wohnservice und die Wohnberatung, das Infocenter, die Wohnpartner, Wiener Wohnen vor Ort, die Fair-Play-Teams, die Mietervertreter und die Hausbesorger und so weiter.

Sehr geehrter Herr Stadtrat, haben Sie nicht den Eindruck, dass diese Vielzahl an Anlaufstellen für die Bewohnerinnen und Bewohner dieser Stadt schon etwas verwirrend ist? Wäre es nicht besser, im Sinne einer Übersichtlichkeit, das ein bisschen mehr zu straffen?

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Herr Stadtrat.

Amtsf StR Dr Michael **Ludwig**: Herr Gemeinderat!

Ich finde, es spricht sehr für die Einrichtungen auch in meinem Ressort, dass wir eine Vielzahl an Anlaufstellen haben. Das gibt es in anderen Städten in dieser Form nicht, hängt aber natürlich auch damit zusammen, dass wir in Wien auch im internationalen Vergleich einen sehr hohen Anteil an geförderten Wohnungen haben. 60 Prozent aller Wienerinnen und Wiener leben in einer geförderten Wohnung, entweder in einer der 200 000 geförderten Miet- oder Genossenschaftswohnungen oder in einer der 220 000 Wiener Gemeindewohnungen. Allein in den Wiener Gemeindebauten leben ungefähr eine halbe Million Menschen. Das ist eine sehr große Anzahl. Wir sind uns auch der Verantwortung als Hauseigentümer sehr bewusst und setzen auch im Rahmen der Verwaltung, wie ich meine, ein sehr breites Serviceangebot, auch für ganz unterschiedliche Bedürfnisse, die es gibt. Das ist im geförderten Wohnbau, wo wir mit dem Wohnservice ein sehr transparentes und gut funktionierendes Zugangssystem haben. Das richtet sich wieder an eine andere Klientel.

Aber wir haben, und da haben Sie sicher recht, Herr Professor, auch die Möglichkeit, dass wir über die einzelnen Institutionen hinweg Informationen bieten. Ich habe vor rund einem Jahr, oder sind es vielleicht schon zwei Jahre, eine Informationsstelle in der Bartensteingasse eingerichtet, wo man alle Informationen zum Thema Wohnen bekommen kann. Zum Beispiel auch, wenn man sagt, man hat ein Problem zu einem bestimmten Wohnthema, egal, ob im Gemeindebau, im geförderten Wohnbereich oder auch in einem privaten Wohnhaus, hat man hier eine Anlaufstelle, wo man hinkommen, sich erkundigen kann und dann auch richtig zu der jeweiligen Institution geschickt wird, die das Problem lösen kann. Die Wohnthemen sind sehr breit gefächert. Es gibt zum Thema Wohnen nicht nur Fragen, die sich unmittelbar mit der Wohnung oder mit dem Gebäude beschäftigen, wo man wohnt, sondern es sind auch sehr viele soziale Fragen, die damit verbunden sind. Von daher ist es wichtig, dass man den Betroffenen den Weg weist und sie zu den zuständigen Institutionen vermitteln kann. Das bietet diese Informationsstelle.

Aber ich nehme Ihre Anregung gerne auf, um manche Einrichtungen, die wir insgesamt haben, stärker zusammenzuführen. Ich würde mich sehr freuen, wenn dieser Prozess umgesetzt wird, wenn ich dann auf Ihre Zustimmung hoffen kann und nehme, wie gesagt, jetzt schon Bezug auf Ihre Anregung, auf die ich dann gerne zurückkomme, wenn ich diesen Prozess einleite.

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Die letzte Zusatzfrage stellt Herr GR Peschek.

GR Christoph **Peschek** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrter Herr Stadtrat!

Welchen Mehrwert aus den Stadtteilmanagements erwarten Sie sich für die Neubaugebiete? Kann es auch Effekte für die Sanierungsbestrebungen der Stadt Wien geben?

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Herr Stadtrat.

Amtsf StR Dr Michael **Ludwig**: Herr Gemeinderat!

Ich erwarte mir hier einen sehr hohen Mehrwert. Wir haben in den letzten 26 Jahren insgesamt 320 000 Wohneinheiten mit Unterstützung der Stadt Wien saniert. Bei diesen 320 000 Wohneinheiten sind insgesamt Gesamtinvestitionen von 6,1 Milliarden EUR eingesetzt worden. Davon hat die Stadt Wien 3,9 Milliarden EUR zur Verfügung gestellt. Also, gerade im Sanierungsbereich haben wir uns als Stadt finanziell sehr stark eingebracht.

Ich sehe den Vorteil im Stadtteilmanagement, und da sehe ich auch den von dir angesprochenen Mehrwert, dass wir uns sehr stark auf die vorhandenen Gebiete konzentrieren, auf der einen Seite die Erneuerung der alten Stadtteile ankurbeln können, gleichzeitig aber auch, wenn man so will, die Ränder zwischen Altbaugebieten und Neubaubereichen überwinden können. Das ist auch der Grund, warum ich bei der Neuausschreibung die Gebiete neu definiert habe, damit wir beispielsweise Trennlinien wie den Gürtel überwinden können, dass nicht nur die Bezirke innerhalb und auf der anderen Seite außerhalb des Gürtels zusammengefasst werden, sondern dass es die Möglichkeit gibt, auch den Gürtel als Trennlinie zu überwinden und Gebietsbetreuungen auch Brückenfunktion haben.

Also, der Mehrwert liegt meines Erachtens nach vor allem darin, dass wir diese Entwicklungsränder überwinden, dass wir der Bevölkerung frühzeitig Informationen über Neubaubereiche, über Sanierungsschritte geben und dass wir zum Dritten auch eine Vernetzung der betroffenen Bevölkerung herbeiführen und damit auch das Zusammenleben in der Stadt Wien weiterentwickeln können.

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Danke. Die Fragestunde ist nunmehr zu Ende.

Wir kommen zur Aktuellen Stunde. Der Klub der Sozialdemokratischen Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates hat eine Aktuelle Stunde mit dem Thema „Wiener Qualifikationsplan zur Sicherung von Arbeit und Wirtschaftswachstum“ verlangt. Das Verlangen wurde gemäß § 39 Abs 2 der Geschäftsordnung ordnungsgemäß beantragt. Ich bitte die Erstrednerin, Frau GRin Mag

Tanja Wehsely, die Aktuelle Stunde zu eröffnen, wobei ich bemerke, dass ihre Redezeit mit zehn Minuten begrenzt ist.

GRin Mag (FH) Tanja **Wehsely** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte KollegInnen! Sehr geehrte Damen und Herren! Hallo auch auf der Galerie! Ich freue mich sehr, dass ihr Zuhörerinnen und Zuhörer da seid.

Ich kann nahtlos ansetzen an die Punkte, über die wir am Montag schon gesprochen haben. Ich hoffe auch, dass sie Eingang gefunden haben, dass sie gemerkt wurden, verstanden wurden. Denn heute kommen wir zu dem, was wir jetzt einmal den Wiener Qualifikationsplan nennen. Ich kann erklären, was das ist und warum das so wichtig ist.

Wir haben in Zeiten der Wirtschaftskrise - wie Sie wissen, seit einigen Jahren sehr verschärfte Bedingungen am Arbeitsmarkt, Finanzkrise, Hypothekarkrise, aus den Vereinigten Staaten zu uns gekommen - angesetzt und eine Wiener Ausbildungsgarantie ins Leben gerufen. Da will ich jetzt gar nicht viel dazu sagen. Das wird wahrscheinlich dann ein bisschen ausführlicher Christoph Peschek machen.

Wir haben versucht, viele Maßnahmen, die für junge Menschen in unserer Stadt wichtig sind, im Rahmen von Bildung und Ausbildung zu einer Wiener Ausbildungsgarantie zusammenzuflechten und insbesondere in Ausbildung und Lehre und im Übergang von der Schule in den Beruf zu setzen, um den Übergang zu erleichtern. Warum? Qualifikation, Ausbildung und Bildung ist der Garant schlechthin, um in unserer dynamischen Wirtschaft und Wirtschaftsstruktur in dieser Stadt Fuß fassen zu können, weiterzukommen und beizutragen, dass diese Stadt eine so schöne Stadt bleibt, wie sie ist.

Qualifikation bedeutet, jeder weitere Abschluss, den ich in der Schule, im Studium, in der Lehre oder sonst wo habe, sichert mir auch selbst ein befriedigendes Arbeitsleben, individuelles Weiterkommen und nicht zuletzt auch mehr in der Kassa und im Börsel. Das ist natürlich jedem Einzelnen und für jede Familie, für jeden Menschen sehr wichtig. Weiterbildung ist der Schlüssel zum Weiterkommen. Weiterbildung bedeutet auch Weiterkommen in unserer Gesellschaft. Wien will es mit dem Qualifikationsplan wissen, wie wir Menschen in unserer Stadt, und dabei ganz besonders gering qualifizierte Menschen in unserer Stadt, unterstützen können.

Wir wollen und wir müssen es bis 2015 geschafft haben, die Quote der gering Qualifizierten in unserer Stadt signifikant zu senken. Das ist keine leichte Aufgabe, aber wir fassen sie gemeinsam mit vollem Elan ins Auge. Wir haben dazu auch die nötigen Partnerinnen und Partner in unserer Stadt. Das sind unsere Bildungseinrichtungen, das ist der Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds, das sind auch unsere Partnerinnen und Partner in der Wirtschaft und in Unternehmungen, genauso wie in den Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmervertretungen.

Abschlüsse, Qualifikation und Weiterbildung sind der Schlüssel zum Weiterkommen. Man kann es gar nicht oft genug sagen. Das bedeutet für Wien die Sicherung von

Arbeitsplätzen. Das bedeutet für Wien, innovationsfähig zu bleiben und Wirtschaftswachstum zu garantieren. Das bedeutet für Wien, den Wohlstand, den wir in dieser Stadt sehr breit haben und den wir sichern wollen, auch sichern zu können. Weiterbildung - ich habe es schon gesagt - bedeutet aber auch, individuelles Weiterkommen. Das ist wichtig für die Persönlichkeit.

Wir werden das durch intensive Koordination und Kooperation erreichen. Auch das haben wir mit der Wiener Ausbildungsgarantie schon vorgelebt. Wir werden alle Einheiten und Organisationen und Institutionen dieser Stadt zusammenspannen und auf das gemeinsame Ziel der Senkung der Quote der gering Qualifizierten einschwören. Das ist glücklicherweise gar nicht so schwer, denn alle diese Kolleginnen und Kollegen in den Einrichtungen, im Magistrat und in Organisationen, sind gewohnt zu arbeiten und tun es gern für die Wienerinnen und Wiener. Es ist, wie ich schon gesagt habe, der WAFF. Es wird uns das Arbeitsmarktservice unterstützen. Es wird die MA 13 sein, das ist die Magistratsabteilung für außerschulische Jugendarbeit und Bildung. Es werden sicherlich Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung an Bord sein. Es wird die MA 17 mit dem Diversitätsprogramm an Bord sein. Und viele mehr.

Wir sagen, die Antwort auf die Herausforderungen des wachsenden Dienstleistungsbereiches, der wachsenden Wissenskultur, die es in der Stadt gibt, die Innovation, die sich nur aus Wissen generieren kann, ist die Herausforderung, die wir annehmen wollen. Unsere Antwort ist Weiterbildung. Wir wollen in dieses Weiterbildungssystem weiterinvestieren, wie wir es bisher gemacht haben. Aber ganz besonders ist dabei die intensive Koordination und Kooperation aller Partnerinnen und Partner in diesem Bereich und vor allem auch die Bündelung der Finanzströme, also schlicht und einfach des Geldes, das wir dafür zur Verfügung haben.

Dieses gemeinsame Ziel, Senkung der gering Qualifizierten, weitere Abschlüsse, höhere Abschlüsse, persönliches Weiterkommen in Bildung und Beruf, ist für uns, Zukunft zu gestalten. Ich denke mir, so werden wir vielen Wienerinnen und Wienern weiterhelfen. Es ist auch das, was wir faktenbasiert, evidenzbasiert nennen. Wir haben im letzten Jahr eine Studie vom WIFO, Wissenschaftsförderungsinstitut, gehabt, die „Dritter Bericht zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit“ geheißen hat. Darin wurde uns die Problemlage sozusagen noch einmal nähergebracht. Was ist diese? Wir haben einen zu geringen Anteil an Akademikerinnen, Akademikern. Wir haben einen zu hohen Anteil an gering qualifizierten Personen. Und wir haben eine zu geringe Nutzung der Fähigkeiten, die Zuwanderinnen und Zuwanderer in unsere Stadt mitbringen. Ich weiß, dass das korrekt ist. Auf dieser evidenzbasierten Basis haben wir die Programme entwickelt und werden sie weiterentwickeln. Eines davon, und das habe versucht, jetzt zu erklären, ist dieser Qualifikationsplan.

Für Unternehmen, denke ich mir, ist auch die betriebliche Weiterbildung ein Schlüssel. Wir versuchen, das als Stadt zu unterstützen, nicht nur durch den WAFF, sondern auch sehr durch unsere Wirtschaftsagentur. Höher-

qualifikation und Höherqualifizierung bedeutet auch ein Weiterkommen für den Betrieb, motivierte MitarbeiterInnen, gut eingesetzte, qualifizierte MitarbeiterInnen. Die Förderinstrumente des WAFF - ich habe es schon gesagt - sind unter anderem auf die Unternehmen ausgerichtet, um sie zu fördern. Wir haben Evaluierungen laufen. Wie wir das gemeinsam mit der Wirtschaftsagentur gezielter, sinnvoll machen können, das ist gar keine Frage, immer unter dem Aspekt, die Budgetmittel, die wir haben, zu bündeln.

Ein ganz wichtiger Baustein dieses Qualifikationsplanes ist neben der Wiener Ausbildungsgarantie und der Themenbündelung, der Zusammenarbeit der verschiedenen Abteilungen und Organisationen auch das Einflechten der Initiative Erwachsenenbildung durch Bundesministerin Claudia Schmied und unseren Stadtrat Oxonitsch. Wir haben gemeinsam eine Vereinbarung zur Basisqualifizierung, für mehr Gelder in der Erwachsenenbildung geschafft, um auch hier wiederum immer höhere Abschlüsse den Menschen gratis zur Verfügung stellen zu können. Das ist ein wichtiger Baustein in diesem Qualifizierungsplan.

Wir haben das Beratungszentrum für Weiterbildung und Weiterkommen im Beruf im WAFF, ein eigenes Förderungsinstrument mit dem Weiterbildungsausender geschaffen, der wiederum besonders gezielt gering Qualifizierte unterstützen wird. Das wird so sein, denn es sind ganz wichtig Strukturmaßnahmen, intelligentes Planen, intelligentes Sparen, intelligenter Mitteleinsatz, die Kräfte zu bündeln und gemeinsam über die Ressortgrenzen hinweg und auch über die Gebietskörperschaften hinweg gering qualifizierte Menschen weiterzubilden, weiterzuqualifizieren und aufzuschulen. Das wird unser aller Wohlstand sichern. Das wird unser aller Arbeitsplätze sichern. Ich sage es noch einmal, weil es mir so wichtig ist, es ist auch für jede einzelne Person, für jede einzelne Persönlichkeit der Schlüssel zum eigenen Erfolg, zum eigenen Weiterkommen und zum eigenen Wohl- und Sicherfühlen.

Das ist uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sehr wichtig. Wir werden das gemeinsam mit unserem Regierungspartner umsetzen. Sie werden sicher in allernächster Zeit noch mehr zum Qualifikationsplan hören. - Danke schön. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Für weitere Wortmeldungen bringe ich in Erinnerung, dass sich die Damen und Herren des Gemeinderates nur ein Mal zum Wort melden dürfen und ihre Redezeit mit fünf Minuten begrenzt ist.

Als nächster Redner hat sich Herr GR Dkfm Dr Aichinger gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

GR Dkfm Dr Fritz **Aichinger** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir von der Wiener ÖVP sind froh, dass Sie heute dieses Thema auf die Tagesordnung gesetzt haben: „Wiener Qualifikationsplan zur Sicherung von Arbeit und Wirtschaftswachstum“.

Frau Kollegin Wehsely, ich kann Ihnen nur beipflichten, die Analyse, die Sie uns hier gegeben haben, stimmt absolut. Was mir jetzt ein bisschen gefehlt hat, sind die konkreten Maßnahmen. Sie haben im Großen und Ganzen auch angeschnitten, wie viele Magistratsabteilungen, wie viele Organisationen hier gebündelt werden müssen, um es konkret zu machen.

Aber lassen Sie mich noch einmal sagen, warum es so notwendig ist, meine Damen und Herren. Ich glaube, dass die Qualifikation und die Kompetenz der Wienerinnen und der Wiener natürlich der beste Garant für den persönlichen Erfolg beziehungsweise für die persönliche soziale Sicherheit ist. Wir wissen auch, dass der Arbeitsmarkt, meine Damen und Herren, dringend qualifizierte Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen braucht, und zwar in allen Berufsschichten, nicht nur in den höher qualifizierten, sondern auch im Facharbeiterbereich und auch in Gewerbe und Handwerk. Überall dort brauchen wir qualifiziertes Personal. Es ist sehr wichtig, dass an diesem Standort Wien natürlich auch Forschung und Entwicklung weiter ausgebaut werden, weil das eine Voraussetzung ist, um der Wirtschaft die dementsprechenden Rahmenbedingungen zu geben.

Wie schaut es aber in Wien wirklich aus? Etwas anders, meine Damen und Herren. Wir stehen zur Mindestsicherung, aber in Wien gibt es leider, und ich sage bewusst, leider, 129 000 Bedarfsorientierte Mindestsicherungsbezieher. Das ist eine Zahl, die wir eigentlich nicht goutieren können, weil es zeigt, dass sehr viele nicht gut qualifiziert sind und große Versäumnisse waren, um diese Personen in den Arbeitsprozess einbringen zu können. Nur eine Vergleichszahl, meine Damen und Herren: In Oberösterreich sind es zirka 7 000 und in Niederösterreich sind es 9 000 Mindestgeldbezieher. Das ist 14 Mal beziehungsweise 18 Mal so viel in Wien. Ich glaube, das kann nicht unser Ziel sein.

Auch am Arbeitsmarkt, meine Damen und Herren, ist im März 2011 die Arbeitslosigkeit am meisten zurückgegangen. In Wien ist sie damals sogar gestiegen. Derzeit haben wir gegenüber dem Vormonat wieder einen Anstieg von 5 Prozent. Wir stehen derzeit bei 90 000 Arbeitslosen.

Das heißt, es ist höchst an der Zeit, dass hier etwas gemacht wird. Sie haben es erkannt, aber die Maßnahmen, die Sie, Frau Kollegin Wehsely, uns gesagt haben, sind, glaube ich, noch viel zu nebulos, wenn ich so sagen darf, oder viel zu oberflächlich, um wirklich ins Detail zu gehen, was wir machen müssen. Es ist eben so, und Sie haben es erwähnt, dass vor allem bei den Maturanten und bei den Uni-Abschlüssen Wien einen wesentlich geringeren Anteil hat als andere Bundesländer. Ich habe es Ihnen schon in der letzten Sitzung am Montag gesagt, dass vor allem in der Region Tschechien und Slowakei, sozusagen auf dem Speckgürtel von Wien, die Qualifikationen wesentlich höher sind. Wir müssen ganz einfach, wie Sie richtig sagen, jetzt endlich angasen und wirklich etwas unternehmen. Es wäre notwendig, nicht nur alle Magistratsabteilungen beziehungsweise alle Organisationen aufzuzählen, die hier mittun sollen, sondern sie an einen Tisch zu setzen, um an einem Strang zu ziehen,

um die finanziellen Mittel im Großen und Ganzen zu bündeln, um eine Offensive zu starten. (GRin Mag (FH) Tanja Wehsely: *Das habe ich ja gesagt!*) - Sie haben es gesagt, aber ich hoffe, dass es auch dementsprechend durchgeführt wird.

Von unserer Seite, meine Damen und Herren, kann ich Ihnen versprechen, dass Sie sicher die Unterstützung haben werden. - Danke schön. (Beifall bei der ÖVP sowie von VBgmin Mag Renate Brauner, Amtsf StR Christian Oxonitsch und GRin Nurten Yilmaz.)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner hat sich Herr GR Dipl-Ing Margulies zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

GR Dipl-Ing Martin **Margulies** (Grüner Klub im Rathaus): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

Es hätte mich gewundert, wenn es seitens der ÖVP nicht zumindest ein bisschen etwas zum Nörgeln gegeben hätte. (GR Dkfm Dr Fritz Aichinger: *Das habe ich von Ihnen gelernt!*) Nichtsdestoweniger, ich habe am Ende sehr gut zugehört und freue mich, dass Sie gemeinsam mit uns versuchen wollen, die Arbeitsmarktsituation in Wien weiter zu verbessern. (GR Dkfm Dr Fritz Aichinger: *Und mitzugestalten!*)

Ich glaube, es geht nicht um Wien oder Bund. Wir müssen endlich klar sehen, dass die Frage Arbeitsmarkt sowohl eine Wiener als auch eine bundespolitische Kompetenz hat. Nur in der Zusammenarbeit kann es funktionieren. In dem Sinn ist es natürlich so, dass weder Wien allein noch der Bund allein dafür verantwortlich ist, wie die Anzahl der Arbeitslosen steigt, sondern wir haben eine Weltwirtschaftskrise, die nach wie vor nicht überstanden ist. Wir befinden uns nach dem kurzen Aufschwung 2011 eigentlich wieder in einer rezessiven Wirtschaftsphase. Das heißt, es ist also nicht mit einem allzu großen Aufschwung zu rechnen. Gerade deshalb ist es selbstverständlich notwendig, noch stärker als bisher und mehr in die Frage der Qualifikation zu investieren.

Man darf trotz allem nicht vergessen, dass gerade in Wien neben dem Anstieg der Arbeitslosigkeit auch ein Anstieg der Beschäftigten zu verzeichnen ist, dass, und das zeigt die Notwendigkeit von großen Städten, sage ich jetzt ganz bewusst dazu, als zentrale Orte auch für die Schaffung von Arbeitsplätzen, gerade in Wien 250 000 EinpendlerInnen tagtäglich ihrer Arbeit nachgehen. Ich glaube, es geht vor allem darum, neben dem Mehr an Qualifikation auch noch mehr Jobs zu schaffen. Das geht in den Bereichen Green Jobs, wobei Green Jobs ganz bewusst über die herkömmlichen Jobs im ökologischen Bereich, im Bereich Energiesparmaßnahmen et cetera hinausgeht. Wir haben auch Notwendigkeiten im Bereich der sozialen Berufe, im Bereich der Kinderbetreuung. Überall ist es notwendig, dass mehr Jobs geschaffen werden, dass wir Menschen dafür qualifizieren.

Aber wir müssen diese Menschen auch anständig bezahlen, und zwar sowohl im Bereich der öffentlichen Wirtschaft als auch im Bereich der Privatwirtschaft. Dazu ist es notwendig, die Voraussetzungen zu schaffen. (GR

Dkfm Dr Fritz Aichinger: *Es gibt Kollektivverträge!*) Wir müssen die Voraussetzungen schaffen, dass es auch der öffentlichen Hand wieder möglich ist, den Menschen mehr zu bezahlen, damit die Kaufkraft wächst, damit die Nachfrage wächst et cetera. Ich will das auch in der Frage Arbeitsmarktpolitik und Wirtschaftswachstum wiederholen. Dazu ist es notwendig, dass wir in Summe mehr Steuern von den Vermögendsten und Reichen einnehmen, damit wir uns das als öffentliche Hand auch leisten können.

Es nutzt nichts, immer nur zu fordern, zu fordern, zu fordern, wie es insbesondere die Kollegen und Kolleginnen von der ÖVP und der FPÖ tun und gleichzeitig sagen, der Staat muss sparen, darf keine Steuern einnehmen, darf keine Abgaben einnehmen et cetera. (GR Dkfm Dr Fritz Aichinger: *Mehr Effizienz!*) Das hat nichts mit Effizienz zu tun. (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: *Vereine einsparen! Beauftragte einsparen!*) Die Quadratur des Kreises ist eines der ungelösten Probleme der Mathematik und wird auch deshalb nicht gelöst, weil es eben unlösbar ist. (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: *Mindestsicherung nur für Inländer!*) Man kann nicht immer weniger Geld zur Verfügung stellen und immer mehr verlangen. (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: *Van der Bellen einsparen!*)

In diesem Sinne, Qualifikationsmaßnahmen, Weiterbildungsmaßnahmen, Green Jobs, Reform der Förder Richtlinien, das alles macht nur gemeinsam Sinn, wenn wir den Staatshaushalt auch so in Ordnung bringen, dass der öffentlichen Hand die finanziellen Mittel zur Verfügung stehen. Dazu bedarf es, und ich werde es wiederholen und wiederholen, bis es auch KollegInnen von ÖVP und FPÖ erkannt haben, einer deutlichen Besteuerung der Reichen und Superreichen. Sie besitzen zusammen ein Vermögen von 1 300 Milliarden EUR und tragen nichts bei. (Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)

Vermögen wird in Österreich so gut wie nicht besteuert. Und was geschieht jetzt auf Bundesebene? Die Belastungspakete werden dem breiten Teil der Bevölkerung umgehängt, und das ist verwerflich angesichts des unanständigen Reichtums, den manche Menschen in Österreich zur Schau tragen. – Ich danke sehr. (Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner hat sich Herr StR DDr Schock gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

StR DDr Eduard **Schock**: Herr Kollege Margulies! Ich glaube, Sie sind bereits entzaubert in dieser Koalition mit der SPÖ! Die Green Jobs, von denen Sie sprechen, die grünen Jobs, gibt es nur für Ihre Parteigenossen. Für grüne Funktionäre gibt es Green Jobs. Für den Chef der Fahrradagentur oder für Herrn Van der Bellen gibt es Green Jobs. Die Green Jobs haben in Wirklichkeit Ihre grünen Parteigänger, die Sie überall unterbringen. Ansonsten belasten Sie die Menschen und schaden genau den jungen Menschen, die da oben sitzen, Herr Margulies! (Beifall bei FPÖ und ÖVP. – GR Dipl-Ing Martin Margulies: *Das ist Schwachsinn!*)

Meine Damen und Herren! Es ist ja eigentlich ein Geschenk für die Opposition, wenn man Arbeitsmarktpo-

litik und Finanzpolitik hier zum Thema macht, denn wenn die SPÖ in irgendeinem Bereich der Politik wirklich gescheitert ist, meine Damen und Herren, dann genau in der Arbeitsmarktpolitik und in der Finanzpolitik!

Meine Damen und Herren! Schauen wir uns das einmal an! Es sind jetzt nur drei Beispiele in aller Kürze möglich.

Zunächst komme ich zur Abschaffung des Blum-Bonus. Die SPÖ hat in der Bundesregierung den Blum-Bonus abgeschafft, der für echte betriebliche Lehrstellen gedacht war. Der Blum-Bonus ist einfach abgeschafft worden, und das Ergebnis ist natürlich, dass es immer weniger Lehrstellen gibt.

Meine Damen und Herren! Und dann kommt Frau Wehsely hier heraus und will uns erzählen, dass Sie etwas für die Ausbildung tun. – Sie tun das Gegenteil!

Ein zweites Beispiel – das Belastungspaket, das Rot-Schwarz gestern im Parlament beschlossen hat: Sie erhöhen die Lohnnebenkosten gigantisch. Sie haben die Lohnnebenkosten auch in Wien mit der Dienstgeberabgabe erhöht. (*GR Dipl-Ing Martin Margulies: Weil es keine Vermögenssteuer gibt, müssen wir es anderswo holen!* – *GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Weniger Zuwanderung, weniger Kosten!*)

Hier erhöhen Sie die Lohnnebenkosten, in den Sonntagsreden sagen Sie aber immer, Sie wollen die Lohnnebenkosten senken. In der Praxis verteuern Sie all das, und dann kommen Frau Wehsely oder Herr Margulies und wollen uns erzählen, dass Sie etwas für die Arbeitsplätze tun!

Drittes Beispiel: Wirtschaftsförderung. (*Zwischenruf von GR Dipl-Ing Martin Margulies.*) Herr Kollege Margulies! Noch ein kurzer Vergleich zur Wirtschaftsförderung. Tun wir hier mehr oder weniger als die anderen Bundesländer? (*GR Dipl-Ing Martin Margulies: Das ist Schwachsinn!*) Schauen wir uns die vom Rechnungshof erhobenen Zahlen an, Herr Margulies: In Niederösterreich gibt es 36 Millionen EUR für KMU-Förderungen, in Oberösterreich 30 Millionen EUR, Sie von Rot-Grün geben aber nur 23 Millionen EUR für Wirtschaftsförderungen aus, obwohl bei uns der größte Bedarf bestünde. Die Arbeitslosigkeit in Wien ist wieder gestiegen. Im Vorjahr hat die Arbeitslosenrate in Wien mit 9,2 Prozent einen Spitzenwert erreicht. Wien ist der Spitzenreiter bei der Arbeitslosenrate, meine Damen und Herren. Und was tut die SPÖ dagegen? – StRin Brauner, die gerade noch hier gesessen, jetzt aber gegangen ist, gibt im Bundesländervergleich – verglichen etwa mit Ober- und Niederösterreich – am wenigstens für die Wirtschaftsförderung aus.

Schauen wir uns jetzt auch noch kurz das Krisenmanagement an, das Sie in der Wirtschaftskrise hier gezeigt haben, meine Damen und Herren! In Niederösterreich hat man im Krisenjahr um 8 Millionen EUR mehr und in Oberösterreich um 7 Millionen EUR mehr für die KMU ausgegeben. All das sind vom Rechnungshof erhobene Zahlen. Sie, meine Damen und Herren, haben hingegen gerade in der Wirtschaftskrise – mitten in der Wirtschaftskrise! – diese Mittel gekürzt! Sie haben sie noch einmal zurückgenommen. Und das heißt, Frau Wehsely, dass Sie im Bundesvergleich am wenigstens für die KMU

in Wien ausgegeben haben. (*Zwischenruf von GRin Mag (FH) Tanja Wehsely.*) Ja, Frau Wehsely! Sie geben am wenigstens aus, und Sie haben die Mittel gerade in der Wirtschaftskrise noch einmal gekürzt! Und Sie schaden mit dieser Politik den jungen Menschen, die da oben sitzen! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Zum Abschluss: Wenn sich die SPÖ dieses Thema für die Aktuelle Stunde aus sucht, dann ist das wirklich ein Geschenk, Frau Wehsely! (*GRin Mag (FH) Tanja Wehsely: Das ist heiße Luft!*) Es ist ein Geschenk von Ihnen für die Opposition, wenn Sie hier angesichts dieser desaströsen Bilanz von Erfolgen sprechen, obwohl wir aufzeigen können, dass Sie gerade in der Finanzpolitik und in der Arbeitsmarktpolitik gescheitert sind und der Jugend in dieser Stadt mit Ihrer Politik schaden, Frau Wehsely! (*Beifall bei FPÖ und ÖVP.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner hat sich Herr GR Dr Aigner zu Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

GR Dr Wolfgang **Aigner** (*Klubungebundener Mandatar*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Es ist immer sehr lohnend, wenn man das Ausbildungsniveau in Wien zum Thema macht.

Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir, dass ich auf die schon wiederholten Behauptungen und Einsichten des Kollegen Margulies, dass Reichtum und Leistung etwas Unanständiges ist, eingehe. (*GR Dipl-Ing Martin Margulies: Dass Sie das Vermögen nicht besteuern, ist unanständig!*) Herr Kollege Margulies! Nehmen Sie doch zur Kenntnis, dass es wenig Länder gibt, wo Arbeit und Leistung so hoch besteuert werden wie in Österreich! (*Zwischenrufe bei den GRÜNEN.*) Das ist eigentlich unanständig! (*Beifall bei FPÖ und ÖVP.*)

Und es ist unanständig, dass Sie sich weigern, die Strukturen zu hinterfragen, die wirklich mehr als genug Speck angesetzt haben und wo das Geld versickert: Es gibt Doppelstrukturen, Doppelförderungen, Mehrfachförderungen, und wir haben die höchste Arbeitslosigkeit Österreichs. Das ist doch keine Erfolgsbilanz! Das ist eine Desaster-Bilanz! Und diese wollen Sie nicht hinterfragen, sondern Sie versuchen, immer noch mehr Geld in solche Strukturen hineinzuschleusen. Das kann es ja nicht sein!

Wenn Frau Kollegin Wehsely sagt, dass man die Menschen in den Wirtschaftsprozess bringen muss, dann hat sie völlig recht. Aber dazu bedarf es auch materieller Leistungsanreize, und diese Leistungsanreize werden den Menschen mit unserem Steuersystem genommen, und deswegen ist die Mindestsicherung leider Gottes für immer mehr Menschen ein Lebensentwurf und keine Absicherung. Das zeigen auch die Zahlen. (*Beifall bei FPÖ und ÖVP.* – *GRin Mag (FH) Tanja Wehsely: Sie haben nicht zugehört!*)

Sie müssen einmal jemandem erklären, warum 130 000 Personen in Wien diese Mindestsicherung beziehen und nur 9 000 in Niederösterreich. Das ist doch nicht erklärbar! Das können Sie doch nicht mit dem sich Genieren für so etwas abtun! Da ist doch etwas struktu-

rell falsch gelaufen!

Wenn Sie über Qualifikations- und Ausbildungsöffensiven sprechen, kommt das Thema Wirtschaft überhaupt nicht vor. Es geht nur um staatliche Einrichtungen. – Es muss doch heute wirklich schon jedem klar sein, dass der Staat an den Grenzen seiner Leistungsfähigkeit angelangt ist und dass es in einer Marktwirtschaft die Unternehmen sind, die die Arbeitsplätze schaffen und nicht der Staat! Das kommt in Ihren Ausführungen aber überhaupt nicht vor! (*GRin Mag (FH) Tanja Wehsely: Das stimmt doch nicht!*)

Wo sind die Anreize, die Sie schaffen? Es wird das Einstellen von Lehrlingen immer mühsamer gemacht und verteuert, und Sie suchen Ihr Heil in den staatlichen und staatsnahen Ausbildungsstätten.

Man findet dann auch immer wieder bezeichnende kleine Symbole, die Politik wird nämlich sehr viel über Symbole gemacht: Wohin führt man den Kommissionspräsidenten Barroso, wenn er in Wien ist? – Man führt ihn nicht in einen funktionierenden Betrieb, sondern in eine staatliche Lehrwerkstätte. (*GRin Mag (FH) Tanja Wehsely: Weil wir die Jugendbeschäftigung schaffen!*) Die Lehrwerkstätten sind sicherlich wichtig, aber die Realität sollte doch in den Betrieben stattfinden!

Oder: Was tun Sie für die zehntausenden Jugendlichen, die nicht einmal den Hauptschulabschluss haben und einfach versickern im System? Wir müssen dann dem WAFF Millionen geben, um diese Jugendlichen wieder irgendwie an die Oberfläche zu bringen. Es darf doch, bitte, nicht wahr sein, dass uns so viele junge Leute einfach abhanden kommen!

Nicht böse sein: Aber nur mit der Schaffung von Beauftragten werden keine Probleme gelöst! Das ist eigentlich eher ein Eingeständnis dessen, dass Sie mit Ihren teuren Strukturen eigentlich nicht mehr weiter wissen und Ihr Heil in der Schaffung von Beauftragten und sonstigen Kommissionen suchen, aber auch da wird nichts herauskommen! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Nur das Produzieren von formalen Abschlüssen hilft auch nichts. Wenn die Bildungsabschlüsse nicht aussagekräftig sind, dann landen die jungen Menschen in den Assessmentcenters, in den betrieblichen Systemen und so weiter. Es geht also nicht um Abschlüsse, sondern es geht um Inhalte, und um die Diskussion über die Inhalte drücken Sie sich herum!

Meine Damen und Herren! Der Staat hat in einem auf dem Subsidiaritätsprinzip aufgebauten System eine sehr wichtige Rolle, aber die Hauptrolle haben die Unternehmerinnen und Unternehmer. Schaffen Sie Unternehmergeist! Behindern Sie die Unternehmerinnen und Unternehmer nicht, und stellen Sie nicht Leistung als etwas Schlechtes dar! (*GRin Mag (FH) Tanja Wehsely: Das ist immer dieselbe Leier!*)

Leistung ist etwas ganz Wesentliches und Wichtiges, und genau das muss man den Jugendlichen mitgeben: Dass Leistung das Entscheidende ist. Lassen Sie den Menschen einfach mehr Geld in der Tasche, das ist der beste Leistungs- und Qualifikationsanreiz! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster

Redner hat sich Frau GRin Ing Leeb zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

GRin Ing Isabella **Leeb** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Vorsitzender!

Es ist von meinen Vorrednern schon sehr viel gesagt worden. Wien ist tatsächlich nicht das Land, wo Milch und Honig fließen. Frau Kollegin Wehsely! Auch wenn Sie das so darstellen wollen: Das ist nicht Realität. Realität ist vielmehr, dass wir die höchste Arbeitslosenrate im Österreichvergleich in Wien haben. Wien ist ... (*Zwischenruf von GRin Mag (FH) Tanja Wehsely*) Ja genau! Städte sind normalerweise Konjunkturmotoren. In Österreich und in Wien ist das jedoch anders, weil Wien anders ist. (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Regen Sie sich nicht so auf! Hören Sie mir zu! Ich wollte Ihnen eigentlich gratulieren zu dem nächsten Schritt, den Sie hier tun, wiewohl es auch hiebei wieder nur um eine Wirkungskämpfung und nicht um eine Ursachenbekämpfung geht! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Hören Sie mir zu! Ich will ja loben, was Sie tun. Es ist an und für sich in Ordnung, dass hier Maßnahmen gesetzt werden. Ich bin jetzt ein bisschen mehr als drei Jahre in diesem Haus, und ich habe mir die Mühe gemacht, mir anzuschauen, was da alles geschehen ist: Es sind Millionenbeträge in die Nachqualifikation geflossen, und zwar größtenteils auch mit Bundesunterstützung, das muss man schon sagen. Ganz Österreich zahlt also für die Versäumnisse in Wien mit. Das muss man immer ganz deutlich formulieren. Das habt nicht ihr erfunden! Viel von dem, was ihr dann als eure Erfindungen verkauft, kommt aus dem Sozialministerium, und viel kommt aus dem Wirtschaftsministerium.

Was ist in dieser Zeit geschehen? Wir haben eine „Kümmer-Nummer“ bekommen, wir haben ein Arbeitsmarktpaket, wir haben ein 70-Millionen-Paket über eine Arbeitsplatzgarantie. Wolfi Aigner hat schon über die überbetrieblichen Lehrlingsausbildungsstätten gesprochen. Trotzdem ist seit 2008 der Anteil der jugendlichen Arbeitslosen von 9,1 auf 12,5 Prozent gestiegen.

Ja. Es ist viel zu tun. Aber man muss sich auch anschauen, was man tut. Man muss sich auch die Ursachen anschauen, und die Ursachen liegen halt nun einmal auch in der verfehlten Bildungspolitik in Wien. Es ist nämlich kein Zufall, dass die Qualifikation der Schulabgänger immer geringer wird, und es kann nicht sein, dass die Unternehmer die Bildungsdefizite ausgleichen. Natürlich ist es notwendig, dass wir nachqualifizieren. Aber bitte: Wo waren die Jugendlichen vorher? Sind die vom Himmel gefallen? Sind sie alle zugewandert? – Sie waren vorher neun Jahre in Wien in einer Pflichtschule, und wir wissen, dass wir zu wenig ... (*Zwischenruf von GR Christoph Peschek.*) Sie kommen nachher noch dran, dann können Sie reden!

Wir haben zu wenig Kindergartenplätze und zu wenige Kindergartenpädagogen. Wir haben zu wenige Lehrer. Jetzt gibt es Gott sei Dank einen Lesetest, denn wir müssen das, was wir eh schon alle gewusst haben, erheben. Die Abgänger der Volksschule können nicht ausreichend lesen. Okay. Jetzt qualifizieren wir sie nach.

Geschieht das sehr sinnvoll? – Sie bekommen jetzt nicht zusätzlich und ergänzend zum Unterricht Förderstunden, nein, sondern sie bekommen diese parallel. Die Kinder werden aus dem Regelunterricht genommen, um sie im Lesen nachzuqualifizieren. Ganz großartig!

Und die gemeinsame Schule ist auch nicht die Eier legende Wollmilchsau, Frau Wehsely: Wir haben schon die gemeinsame Volksschule, und diese funktioniert nicht! Es nützt nichts, wenn man alle Jahre die Taferln austauscht und der Inhalt gleich bleibt, und zwar gleich schlecht. *(Beifall bei ÖVP und FPÖ.)*

Was wir brauchen, ist eine Entlastung der Wirtschaft und ein besserer Kontakt mit der Wirtschaft. Sie werden nämlich all die Maßnahmen, die Sie jetzt ansprechen, ohne die vielen Unternehmerinnen und Unternehmer in Wien nicht umsetzen können. Auch wenn Sie überbetrieblich ausbilden, werden Sie die jungen Damen und Herren später in der Wirtschaft unterbringen müssen, denn sonst haben wir sie im Sozialsystem, und das wollen wir alle nicht! Pflegen Sie also bitte mehr Kontakt mit der Wirtschaft! Wir wissen, was gewünscht ist, und wir wissen, was wir brauchen. Es wäre daher wünschenswert, wenn Sie sich mehr mit uns zusammensetzen würden!

Die Wirtschaftsförderung möchte ich noch kurz ansprechen: Die Wirtschaft braucht nicht mehr Geld, um gefördert zu werden, sondern die Wirtschaft würde gerne entlastet werden. Es kann nicht sein, dass man um eine Betriebsanlagengenehmigung monatelang raufen muss und von Pontius zu Pilatus geschickt wird. Warum setzen wir in Wien die Schwellenwertverordnung nicht um? Warum fördern wir nicht die lokale Wirtschaft und schaffen damit Arbeitsplätze? Das kostet jetzt nicht einmal Geld, denn ausgeschrieben muss es sowieso werden. Wenn wir es aber in Teilbeträgen und in Tranchen ausschreiben und damit die regionale Wirtschaft fördern, dann schaffen wir wiederum Arbeits- und Ausbildungsplätze. In anderen Bundesländern funktioniert das ja auch. Wir müssen das nicht einmal erfinden und neu gestalten.

Noch einmal: Bildung ist der entscheidende Faktor für die Zukunft, und dieser setzt halt nicht nach der Schule an, sondern schon in der Schule. Und wenn der Herr Bürgermeister auch gerne durch die Lande zieht und meint, dass er lieber über ein paar Straßen als über essentielle Zukunftsfragen streitet, dann erhebt sich halt doch die Frage, ob es nicht gescheiter gewesen wäre, sich mit einem vernünftigen Partner auf Augenhöhe über die Zukunftsthemen zu unterhalten, anstatt sich mit einem Grüppchen von Berufspolitikern, die vor lauter Klassenkampf den Blick fürs Wesentliche verloren haben, über Radstraßen und die Ausweitung der Radwege zu unterhalten. Bildungspolitik und Wirtschaftspolitik sind die Zukunftsthemen, und dazu hat Herr Margulies auch nicht wirklich etwas gesagt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner hat sich Herr GR Ellensohn gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

GR David **Ellensohn** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Die Problematik betreffend Arbeit und Wirtschaftswachstum ist bekannt, dieses Thema wurde auch gleich in der ersten Wortmeldung von Tanja Wehsely angerissen: Wir haben zu viele ganz, ganz wenig Qualifizierte, wir haben zu wenig AkademikerInnen, und wir haben ein Potenzial bei den ZuwanderInnen, das wir nicht nützen. – Das sind die drei Probleme in diesem Zusammenhang.

Die Lösung ist einfach: Weiterbildung. Diesbezüglich sind sich angeblich ja alle einig. Aber es erheben sich jetzt halt die Fragen: Wie machen wir die Weiterbildung? Und: Wer bezahlt das? – Und an diesem Punkt ist Ende mit der Einigkeit. Dann kommen die Reichenschützer und die Millionärsbeschützer mit ihren Argumenten.

In Anbetracht dessen muss man, wenn wir schon von Weiterbildung reden, immer wieder sagen: Lesen hilft! – In diesem Sinne gebe ich Ihnen zwei kleine Buchtipps. Es gibt ein Buch, in dem entsprechende Nachweise erbracht werden. Es wird das Wirtschaftswachstum quer über Europa und in der ganzen Welt betrachtet und die Frage gestellt: Wo ist es besser mit dem Wirtschaftswachstum, und wo sind die Arbeitslosenzahlen niedriger? Wenn eine Gesellschaft möglichst ungerecht aufgestellt ist, es einerseits möglichst viele Millionäre und andererseits möglichst viele Menschen gibt, die den Kühlschrank nicht voll bringen, sodass sie nicht einmal genug zum Essen haben: Ist es dort am besten? – Nein! Dort ist es am schlechtesten. Je näher hingegen eine Gesellschaft zusammenkommt, je weniger groß die Schere zwischen Reich und Arm ist, desto besser ist auch das Wirtschaftswachstum. Unintelligenterweise glauben aber ganz viele Leute, genau das andere propagieren zu müssen!

Da hilft das Buch von Kate Pickett und Richard Wilkinson: „Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind.“ – „Für alle“ bedeutet eben wirklich für alle, außer für diejenigen, die das brauchen, dass sie Leute unter sich haben, auf die sie draufsteigen können. Für die ist es nicht besser, aber für alle anderen wäre eine solche Gesellschaft auch ökonomisch intelligenter. Lesen Sie sich das einmal durch und überlegen Sie! Widerlegt wurde das Buch übrigens noch nicht, es wird nur leider nicht genug gelesen.

Das zweite Buch habe ich schon einmal beworben. Sein Titel lautet: „Hurra, wir dürfen zahlen! Der Selbstbetrug der Mittelschicht.“ Das ist eigentlich das Um und Auf, und das trifft auch das Gesprächsklima hier. Ich finde das wahnsinnig gut, denn sehr viele Leute beschützen tatsächlich Menschen, die Millionen haben, ohne eine eigene Leistung zu erbringen. Millionär wird man nämlich nicht durch eigene Leistung. Das muss man den jungen Leuten auch sagen.

Nehmen wir an, jemand verdient ein Leben lang das, was neulich auch Frau Frank von der FPÖ gesagt hat, nämlich 15 000 EUR im Jahr – und das trifft auf die Masse da draußen zu –: Mit 15 000 EUR im Jahr müsste man sehr lange arbeiten, nämlich 45 bis 50 Jahre, um das zusammenzubekommen, was Frau Kappel erwähnt hat. Dabei dürfte man aber niemals einen Euro ausgeben, keine Miete zahlen, nirgends wohnen, keinen Ur-

laub machen, nichts essen, keine Kleidung brauchen, keine Kinder haben, nichts! Wenn man immer alles gespart hat, dann kommt man zu den 800 000 EUR, die Frau Kappel von der FPÖ genannt hat und die angeblich ohnedies alle haben.

Die GRÜNEN sagen, dass Leute reich sind, wenn sie 800 000 EUR haben. Seitens der FPÖ wurde aber vor drei Tagen gesagt: Bei Ihnen fängt bei 800 000 EUR schon der Reichtum an! Was glauben Sie überhaupt? Das hat doch quasi ein jeder! – Daher sollten sich alle da oben, die noch nicht 800 000 EUR haben, bei Frau Kappel anstellen. Sie sagt Ihnen beziehungsweise euch, wie das geht! Offensichtlich ist das der Normalzustand

Und genau das ist es: Diesfalls betrügt sich die Mittelschicht selber. Es gibt einen Haufen Leute, die ein bisschen besser gebildet sind. Sie steigen in der Gesellschaft ein bisschen auf, und dann dürfen sie hin und wieder bei den ganz Reichen sitzen. Dann dürfen sie vielleicht einmal auf eine Jagd mitgehen, weil sie gerade ein politisches Amt haben. (*Heiterkeit und Beifall von GRin Nurten Yilmaz.*)

Dann glauben diese Leute, sie gehören dort dazu. – Die Wahrheit ist: Die Reichen lassen diese Menschen in Wirklichkeit am Katzentisch daneben verhungern, sie dürfen nur die Bröseln essen, die übrig sind, und zur Jagd dürfen sie halt ausnahmsweise einmal mit. Und wie über diese Leute geredet wird, das weiß man auch! Es gibt Millionäre in England, die auch in den Zeitungen zitiert werden. Sie sagen: „Abgeordneter wird man nicht, Abgeordnete hält man sich.“ – Ob die den österreichischen Skandal rund um die Telekom gemeint haben, weiß ich nicht! Ich weiß nicht, wie viel Geld man in England zahlen muss, damit man ein Gesetz von einem Abgeordneten kaufen kann. Aber ich weiß sehr wohl, dass das in Österreich üblich ist und vorkommt!

Der gesamte Korruptionssumpf, in dem die FPÖ und die ÖVP hängen, ist ein Zeichen dafür, dass zumindest die Volkspartei auch wirklich das tut, wofür sie bezahlt wird: Sie schützt die Reichen. Das ist ihr Job. Deswegen sind die 10 Prozent, die Sie in den Umfragen hin und wieder in Wien gerade noch „derglängen“, genau das, was Sie haben sollen! Die obersten 10 Prozent sind die Schützlinge der Volkspartei. Sie werden hier verteidigt, und dazu passt auch die neueste Umfrage wunderbar!

Nun noch kurz zu den Arbeitsplätzen: Wenn in Wien 250 000 Leute einpendeln und hier arbeiten, dann sind das doch viele Arbeitsplätze! Nehmen wir einmal an, all diese Leute würden in Niederösterreich bleiben und dort Arbeit suchen. Wie ginge denn das? Hören wir also auf, die Bundesländer gegeneinander auszuspielen! Seien wir doch froh, dass wir hier auch zahlreiche leistungsfähige Unternehmen haben und das gemeinsam machen können! Diejenigen, die glauben, dass sie ganz oben dabei sind, sollten sich einmal überlegen, ob es nicht doch vielleicht gesünder wäre, wenn man denjenigen, die sich im obersten Prozentsatz befinden, etwas mehr herausreißen und damit für mehr Gerechtigkeit sorgen würde! Das würde auch der Mittelschicht und dem Mittelstand nützen! Herr Aigner und manche andere, die immer glauben, dass sie selbst dazu gehören, und doch

nur solange auf die Jagd dürfen, so lange sie Landeshauptmann sind ...

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik** (*unterbrechend*): Herr Kollege! Ich bitte um Ihren Schlusssatz.

GR David **Ellensohn** (*fortsetzend*): Sonst dürfen sie eh nicht mehr mitfahren. Herr Platter wird nicht mehr eingeladen werden, wenn er fertig ist mit seiner jetzigen Funktion. Jetzt darf er halt noch hin und wieder mit Herrn Mensdorff-Pouilly und anderen auf Jagd gehen.

Das werden wir abstellen. Vielen Dank.

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner hat sich Frau GRin Dr Kappel zu Wort gemeldet. Ich erteile ihr das Wort.

GRin Mag Dr Barbara **Kappel** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Das Themenspektrum des Herrn Ellensohn wird leider immer kleiner, denn eine Debatte über das Qualifikationsprogramm in Wien, eine Debatte über Bildung und Ausbildung also, in einer solchen Debatte geht es um ein sehr, sehr wichtiges Thema. Insbesondere auch für die vielen jungen Leute auf der Tribüne ist das ein sehr wichtiges Thema. Aber selbst bei einem so wichtigen Thema wie Bildung und Ausbildung fällt Ihnen nichts Besseres ein, als über Klassenkampf und über Korruption zu reden! (*Zwischenruf von GR David Ellensohn.*) Das langweilt uns alle schon, denn Sie sagen jedes Mal dasselbe. Es wird deshalb nicht anders, und es hilft nichts!

Wir haben Konsens darüber, dass Bildung und Ausbildung wichtig sind, und deshalb sind auch entsprechende Maßnahmen grundsätzlich zu unterstützen. Das haben Sie zu Beginn gesagt, und dazu wollte ich Ihnen sogar gratulieren! Sie haben nämlich gesagt, dass sich bei Maßnahmen zur Unterstützung von Bildung und Ausbildung nur die Frage erhebt, um welche Maßnahmen es geht und was diese Maßnahmen kosten. (*GR Dipl-Ing Martin Margulies: Genau!*)

Und genau da beginnt der Unterschied zu greifen. Wir sagen nämlich, wir wollen ein Anreizsystem und ein Fördersystem, das Wettbewerb zulässt, und nicht ein System der staatlichen Ausbildung und der staatlichen Eingriffe. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Wir wissen aus dem Bericht des Internationalen Forschungsinstitutes, dass Ausbildung im öffentlichen Bereich, nämlich Ausbildung im überbetrieblichen Bereich, genau drei Mal so teuer ist wie im privaten Bereich. Das heißt, ein Unternehmen braucht in etwa 5 000 EUR, um einen Lehrling auszubilden, während das im öffentlichen Bereich über 17 000 EUR kostet. Es ist also, wie gesagt, drei Mal so teuer, und das heißt, das System ist ineffizient. Deshalb müssen wir hier umdenken. Wir müssen nämlich an die Kosten denken. Dieses Thema geht Ihnen allerdings nicht nahe. Es interessiert Sie schlicht nicht, genauso wie Sie die strukturellen Probleme, die wir haben, geflissentlich übersehen.

Ein Beispiel für ein solches strukturelles Problem finden wir im Bereich des Bildungssystems. Denn im Bildungssystem versagen wir leider komplett in Österreich. Und dabei wird jetzt schon über Jahre hinweg diskutiert,

wo angesetzt werden soll. Allerdings haben wir außer Diskussionen hier bisher nicht viel erlebt!

Vielmehr erleben wir heute in Wien, dass jeder fünfte Schüler, der die Pflichtschule verlässt, ein Risikoschüler ist. Viele dieser Schüler können den Lehrstoff der Schule nicht mehr aufnehmen und finden aus diesem Grund auch keinen Ausbildungsplatz in der Wirtschaft. Für Unternehmen ist es schwierig, solche Schüler aufzunehmen, denn wie sollen beispielsweise eine Bürokauffrau oder eine Einzelhandelskauffrau ihre Arbeit zufriedenstellend erledigen, wenn sie nicht sinnerfassend lesen können? Oder wie soll ein Fliesenlegerlehrling Fliesen verlegen können, wenn er keine Fläche berechnen kann? Sie sehen, das geht nicht! Denn dazu braucht der Lehrling Kenntnisse der Grundrechnungsarten und diese müssen vermittelt werden. Nur dazu ist unser Schulsystem bedauerlicherweise nicht mehr in der Lage!

Mehr als ein Viertel aller Wiener Schüler kann heute nicht mehr sinnerfassend lesen, eine Problematik, die aus mehreren PISA-Studien bekannt ist. Das ist wirklich ein Problem, aber es geschieht nichts! Sie setzen keinerlei strukturelle Maßnahmen in diesem so wichtigen Bereich! Unser Schulsystem versagt und es werden hier keine Maßnahmen gesetzt. In der Lehrlingsausbildung agiert die öffentliche Hand ebenfalls nicht erfolgreich. Es muss zu den Privaten übergegangen werden. Und wie können wir das tun? – Indem Sie Unternehmen fördern und nicht zusätzlich belasten! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wir erleben aber das Gegenteil. Wir haben schon im Rahmen der Sitzung vom Montag darauf hingewiesen, dass die Wiener Unternehmen und die Wiener Bürger im vergangenen halben Jahr mit 150 Millionen EUR an zusätzlichen Belastungen konfrontiert waren und auf Bundesebene mit 800 Millionen EUR im Bereich der Lohnnebenkosten. Das sind Maßnahmen, die nicht förderlich sind für die Aufnahme neuer Lehrlinge oder für zusätzliche Ausbildungsmaßnahmen, sondern das Gegenteil ist der Fall: Sie schädigen die Unternehmen, denn Unternehmen schaffen Arbeitsplätze und nicht die öffentliche Hand! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Es gibt in Wien 4 500 Lehrbetriebe, die über 19 000 Lehrlinge ausbilden. Im öffentlichen Bereich, das heißt, in den überbetrieblichen Lehrwerkstätten, werden knapp 6 Prozent dieser Lehrlinge ausgebildet. Das heißt, wir reden nicht über das Gros, sondern wir reden über Minderheiten, wenngleich auch diese 6 Prozent wichtig sind.

Jede Maßnahme zur Förderung von Bildung und Ausbildung ist wichtig. Es muss aber auch die Frage nach Effizienz und Sinnhaftigkeit gestellt werden. Deshalb sagen wir, es sind notwendige Maßnahmen zu setzen und strukturelle Reformen im Bereich des Schulsystems einzuleiten. Es sind Bildungs- und Ausbildungsmaßnahmen im Pflichtschulbereich zu setzen. Fächer wie Mathematik, Informatik, Technik und Innovation sind - von der Pflichtschule an - verpflichtend einzuführen, und das duale System ist an den tertiären Sektor anzupassen. Nur so können ein gedeihliches, effizientes und erfolgreiches Miteinander und eine erfolgreiche Beschäftigung für Jugendliche möglich sein, nicht aber mit Ihrem System der Finanzierung durch die öffentliche

Hand, die nicht mehr in der Lage ist, zusätzliche Planstellen zu schaffen, und die dazu auch nicht in der Lage sein soll.

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als letzter Redner der Aktuellen Stunde hat sich Herr GR Peschek zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

GR Christoph **Peschek** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

Frau GRin Kappel hat von einer Minderheit gesprochen, nämlich von der Minderheit der Auszubildenden in den überbetrieblichen Ausbildungseinrichtungen im Rahmen der Ausbildungsgarantie. – Ich möchte den Freundinnen und Freunden von der BFI-Jugendwerkstatt, die im Rahmen der Ausbildungsgarantie eine entsprechende Unterstützung erhalten, zunächst einmal sagen: Herzlich willkommen! Es freut uns, dass ihr da seid! Für uns – ich darf das wohl im Namen der GRÜNEN und meiner Fraktion, der Sozialdemokraten, sagen. Ihr seid keine Minderheit, sondern ein ganz wichtiger Teil unserer Gesellschaft. Umso schöner ist es, dass ihr hier seid! Willkommen! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Nun aber zum eigentlichen Thema, sehr geehrte Damen und Herren, zum Wiener Qualifikationsplan: Ich denke, wir sollten noch mal in Erinnerung rufen, wieso dieser Qualifikationsplan für uns so wichtig ist und wir diesen mit verschiedenen Maßnahmen umsetzen. Ich höre immer, wenn es um Ausbildung und Qualifikation geht, von der FPÖ und der ÖVP ausschließlich: Es braucht mehr Gelder an die Firmenchefs, es braucht mehr Steuergeschenke an die Reichen und viele mehr, und dann fallen auf einmal die Lehrstellen wie die Schneeflocken vom Himmel, alle sind glücklich und die Glückseligkeit ist vorhanden.

Ich sage Ihnen sehr offen, uns geht es nicht darum, irgendjemanden noch reicher zu machen, sondern uns geht es in diesem Qualifikationsplan vor allem darum, dass alle Menschen bestmögliche Chancen auf Bildung haben, und zwar aus einem sehr einfachen Grund: Wir wollen nämlich, dass möglichst jeder Mensch die Möglichkeit bekommt, seinen Wunschberuf auszuüben und somit auch Zufriedenheit in seinem Leben zu erlangen. Es geht dabei nicht darum, dass ein paar wenige immer reicher werden, wie Sie das ständig fordern, sondern dass wirklich jeder Mensch, unabhängig von seiner Herkunft, die bestmöglichen Chancen erhält. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Mehr Qualifikation bedeutet natürlich auch eine Senkung der Arbeitslosigkeit. Und selbstverständlich bedeutet mehr Qualifikation auch für die Wirtschaft sehr viele Vorteile. Auch dafür ist sie von Wichtigkeit. Aber ich meine, man sollte vor allem an die Menschen und ihre Bedürfnisse denken.

An dieser Stelle sei einmal mehr in Erinnerung gerufen, dass gerade die Hauptstadt Wien im Bereich der Arbeitsmarktpolitik große Kraftanstrengungen vollzieht. So ist beispielsweise der Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds, der WAFF, in seiner Struktur einzigartig.

So etwas gibt es in keinem anderen Bundesland. Und wer einen Beweis benötigen sollte, um zu sehen, wie ernst wir es mit der Arbeitsmarktpolitik und Ausbildungspolitik nehmen, der braucht nur einmal in den WAFF zu schauen. Dann kann er sehen, dass dort mit großem Engagement und viel Herz und Leidenschaft für die Wienerinnen und Wiener gearbeitet wird.

Etwas sei auch noch erwähnt, weil hier irgendetwas gesagt wurde, dass wir diesbezüglich auch nichts im Zusammenhang mit Investitionen tun. – Die Beschäftigung in Wien wuchs mit 1,6 Prozent über den Österreichschnitt. Die Stadt Wien hat massive Investitionen in die Sicherung von Arbeitsplätzen und auch in die Vermehrung von Arbeitsplätzen vorgenommen.

Die Weltwirtschaftskrise, die ebenfalls angesprochen wurde, kann man natürlich auch nicht vom Tisch wischen. Wir haben mit großen Bemühungen versucht, dagegenzuhalten, weswegen auch viele Wienerinnen und Wiener nicht immer das Gefühl haben, davon betroffen gewesen zu sein. Aber auch das ist ein Resultat der Wiener Politik, die wir hier gemeinsam im Interesse der Menschen betrieben haben.

Wenn es um Qualifikationspläne geht, dann ist – zumindest aus meiner Perspektive, und ich denke, Sie können das nachvollziehen – vor allem die Ausbildungsgarantie ein Herzstück, weil diese Ausbildungsgarantie das Fundament für die Zukunftsperspektiven der jungen Freunde legt. Daher möchte ich Ihnen auch in Erinnerung rufen, was die Ausbildungsgarantie ist. Sie reden nämlich oft von etwas, und ich frage mich dann immer, leben wir nicht in derselben Stadt? Oder haben Sie sich zu wenig damit auseinandergesetzt? Ich möchte daher jetzt einen Beitrag zum Qualifikationsplan leisten und Sie qualifizieren, damit Sie wissen, was dieser Qualifikationsplan und die Ausbildungsgarantie überhaupt sind, denn offenbar ist das nicht allen bekannt.

Was ist die Ausbildungsgarantie? – Erstens: Es geht natürlich um schulische Leistungen und um bestmögliche Bildung. Gerade diesbezüglich frage ich jetzt aber genau in Ihre Richtung: Wer verhindert denn jede substanzielle Bildungsreform auf Bundesebene? Frau Leeb sagt immer, dass die Wirtschaft eh mehr ausbilden würde, aber die Jugendlichen so schlecht sind. – Ich glaube nicht, dass Jugendliche schlecht sind. Es gibt unterschiedliche Talente, und wir wollen Bildungsreformen, um die Stärken zu stärken und die Schwächen zu schwächen. Das ist relativ einfach. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Wissen Sie, ich bin ein großer Fußball-Fan. Das ist ja kein Geheimnis. Und man versucht da natürlich immer, sich weltweit an den Besten zu orientieren. Meiner Meinung nach ist der Verein Barcelona ein hervorragendes Beispiel dafür. Alle Welt schaut sich an, wie großartig dort gearbeitet wird. Daher frage ich, warum orientieren wir uns nicht ebenso an den Besten im Bildungsbereich und machen endlich die gemeinsame ganztägige Schule? Das wäre die eigentliche Antwort!

Ich möchte Ihnen nur noch etwas sagen: Neben der Schule gibt es Übergangsmanagement, und das Jugend-Coaching wird ausgebaut. Zuvor wurde gesagt, dass es zu wenig konkrete Maßnahmen gab. – Wir haben über

4 000 überbetriebliche Ausbildungsplätze! Wir ermöglichen das Nachholen von Bildungsabschlüssen. Und hinzu kommen natürlich auch die betrieblichen Lehrausbildungsplätze.

Nun ein letzter Satz dazu: Wie Sie Lehrlingspolitik gemacht haben, haben wir ja gesehen! Die höchste Jugendarbeitslosigkeit ohne Weltwirtschaftskrise hat es in der FPÖ-ÖVP-Regierungszeit gegeben. Sie haben die Lehrwerkstätten ausgehungert.

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik** *(unterbrechend)*: Herr Kollege! Bitte um den Schlusssatz! Ihre Redezeit ist abgelaufen.

GR Christoph **Peschek** *(fortsetzend)*: Ja. Ich komme zum Schlusssatz.

Sie haben die Lehrwerkstätten ausgehungert. Sie haben den Jugendlichen teilweise die Perspektiven geraubt.

Wir gehen in Wien einen gänzlich anderen Weg. Wir gehen den Weg der Unterstützung. Wir haben auch eine konkrete Maßnahme mit dem Wiener Telefon, wo man anrufen und Unterstützung erhalten kann. Wir zeigen, wie es geht. Wir stellen die Weichen in Richtung Zukunft. Sie wollen in die Vergangenheit. Aber das müssen letztendlich Sie verantworten. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Die Aktuelle Stunde ist beendet.

Bevor wir zur Erledigung der Tagesordnung kommen, gebe ich gemäß § 15 Abs 2 der Geschäftsordnung bekannt, dass an schriftlichen Anfragen acht des ÖVP-Klubs der Bundeshauptstadt Wien und zwölf des Klubs der Wiener Freiheitlichen eingelangt sind.

Weiters sind vor Sitzungsbeginn von Gemeinderatsmitgliedern des Klubs der Wiener Freiheitlichen sechs Anträge eingelangt. Den Fraktionen wurden alle Anträge schriftlich bekannt gegeben. Die Zuweisungen erfolgen wie beantragt.

Von den GRen Mag Johann Gudenus, Anton Mahdalik, Mag Dietbert Kowarik, Ing Udo Guggenbichler, Armin Blind und Michael Dadak wurde ein Antrag an die Frau amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung betreffend „Ausweitung des Parkpickerls“ gerichtet. Das Verlangen auf dringliche Behandlung dieses Antrages wurde von der notwendigen Anzahl von Gemeinderäten unterzeichnet. Gemäß § 36 Abs 5 der Geschäftsordnung wird die Besprechung des Dringlichen Antrages vor Schluss der öffentlichen Sitzung erfolgen. Ist diese um 16 Uhr noch nicht beendet, wird die Gemeinderatssitzung zur tagesordnungsgemäßen Behandlung des Dringlichen Antrags unterbrochen.

Von den GRen Dipl.-Ing Roman Stiftner und Ing Mag Bernhard Dworak wurde eine Anfrage an die Frau amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung betreffend „Bürgerbeteiligung und Bürgermitentscheidung – leere Worte der grünen Vizebürgermeisterin“ gerichtet. Das Verlangen auf dringliche Behandlung dieser Anfrage wurde von der notwendigen Anzahl von Gemeinderäten unterzeichnet. Die Beantwortung

tung dieser Dringlichen Anfrage wird vor Schluss der öffentlichen Sitzung erfolgen.

Die Anträge des Stadtsenates zu den Postnummern 6 und 7, 10 bis 14 und 16 bis 22 gelten gemäß § 26 der Wiener Stadtverfassung als bekannt gegeben. Bis zu Beginn dieser Sitzung hat kein Mitglied des Gemeinderates zu diesen Geschäftsstücken die Verhandlung verlangt. Ich erkläre daher gemäß § 26 der Wiener Stadtverfassung diese als angenommen und stelle fest, dass die im Sinne des § 25 der Wiener Stadtverfassung erforderliche Anzahl von Mitgliedern des Gemeinderates gegeben ist.

In der Präsidialkonferenz wurde nach entsprechender Beratung die Postnummer 3 zum Schwerpunkt-Verhandlungsgegenstand erklärt und gleichzeitig folgende Umreihung der Tagesordnung vorgeschlagen: Postnummern 3, 1, 2, 4, 5, 8, 9 und 15. Die Postnummern werden daher in dieser Reihenfolge zur Verhandlung gelangen.

Es gelangt nunmehr Postnummer 3 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft die Änderung der Bezirksmittelverordnung. Ich bitte den Herrn Berichterstatter, Herrn GR Strobl, die Verhandlungen einzuleiten.

Berichterstatter GR Friedrich **Strobl**: Danke schön. Ich bitte um Zustimmung.

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Danke. Ich eröffne die Debatte. Zum Wort gemeldet ist Herr GR Ing Mag Dworak. Ich erteile es ihm, wobei ich anmerke, dass der Erstredner jeder Partei 40 Minuten zur Verfügung hat, ansonsten die Redezeit auf 20 Minuten begrenzt ist. – Sie haben das Wort. *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Die 40 Minuten nützen wir aber nicht aus, oder?)*

GR Ing Mag Bernhard **Dworak** *(ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien)*: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Vorsitzender!

Ich werde die 40 Minuten wahrscheinlich nicht ausnützen. *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Wahrscheinlich!)*

Ich werde allerdings auf die Aktuelle Stunde kurz eingehen. Ich werde auf Klubobmann Ellensohn und auf Kollegen Peschek eingehen, denn ich glaube, sie kennen den Gini-Koeffizienten von Österreich nicht, bei dem es um die Ungleichverteilung von Vermögen und Einkommen geht: Dieser ist in Österreich so niedrig wie kaum in einem anderen Land. Ich glaube, nur in Schweden beträgt er 0,24. Wir brauchen also an dieser Stelle nicht immer Klassenkampf machen, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorab möchte ich Ihnen berichten, dass dieser Tagesordnungspunkt ursprünglich gar nicht vorgesehen war. Es gab nämlich nur vier Tagesordnungspunkte, und daher wären der Dringliche Antrag und die Dringliche Anfrage, die heute von der FPÖ und von der ÖVP eingebracht wurden, deutlich früher zur Behandlung gekommen, als das jetzt der Fall ist. Meine Fraktion beziehungsweise wir hoffen, dass sich niemand in einer Philippika ergehen wird!

Ich möchte nun zum Tagesordnungspunkt kommen. Es geht jetzt um die Bezirksmittelzuteilung, und Herr Bezirksvorsteher Lehner aus Floridsdorf ist in unserer Mitte. Der Umfang der Mittel, die aus dem Zentralbudget

kommen, stagniert, und das seit mehr als 10 Jahren, obwohl der Verbraucherpreisindex seit 2000 um 20 Prozent, der Wohnbauindex um 40 Prozent und der Straßenbauindex um mehr als 50 Prozent gestiegen sind. Die Mittel für die Bezirke blieben zwischen 2001 und 2009 mit rund 150 Millionen EUR fast unverändert. Seit 2010 kam vor allem über das sogenannte Schulsanierungspaket noch etwas dazu, wobei beim Schulsanierungspaket die Bezirke 60 Prozent der Zusatzbelastungen für die jahrelang unsanierten Schulen tragen müssen.

Wie kommt es nun zu den Mitteln für die Bezirke? – Sie setzen sich aus einem bestimmten prozentuellen Anteil vom jährlichen Aufkommen der Dienstgeberabgabe, der Kommunalsteuer der Stadt beziehungsweise eigens festgelegten Summen für den Straßen- und Kanalbau, Töpfe 1, 2, 3, 4, zusammen. Daraus ergeben sich die Budgetmittel für die Bezirke. Nach rund 30 Jahren, meine Damen und Herren, haben sich die Aufgaben dieser Stadt aber gegenüber dem Beginn der Dezentralisierung total geändert. Früher wurde zum Beispiel weder in Erdkabel noch in denkmalgeschützte WCs investiert.

Ich darf Ihnen nur die Kurzfassung des Kontrollamtsberichts zur MA 34 zitieren: „Das Kontrollamt hat den Bau- und Erhaltungszustand der städtischen Amtshäuser in Wien 1, Wien 2 und in Wien 12, deren Verwaltung und Erhaltung in die Zuständigkeitsbereiche der MA 34 fallen und von den Bezirken bezahlt werden müssen, einer stichprobenweisen Einschau unterzogen. Es zeigte sich, dass in diesen Amtshäusern brandschutztechnische und bauliche Mängel sowie Mängel an haustechnischen Anlagen bestanden, deren Erschließung nicht oder nur teilweise barrierefrei möglich war.“

Allein die Erhaltung der Amtshäuser, die Barrierefreiheit und die Brandschutztechnik sind Bereiche, die ursprünglich nicht in den Aufgaben enthalten waren, die durch das Bezirksbudget zu begleichen waren. Parallel zu diesen Änderungen der Aufgabenstruktur kam es zu exorbitanten Kostensteigerungen, die bei gleich bleibenden Budgets nicht mehr ordnungsgemäß abgedeckt werden konnten.

Verschärfend kam im Jahr 2003 auch noch dazu, dass es zu deutlichen und absichtsvollen Budgetkürzungen der damaligen SPÖ-Regierung durch die Abänderung des Aufteilungsschlüssels kam. Allein im Jahr 2003 wurden die Bezirksbudgets insgesamt um 6,6 Millionen reduziert.

Faktum ist, dass die SPÖ-Stadtverwaltung die Bezirksmittel deckelt und kürzt und den Bezirken neue Aufgaben aufbürdet: Es gibt keine Valorisierung in der Bezirksmittelverordnung. Die Verantwortungen wurden dezentralisiert, wie das ursprünglich nicht vorgesehen war. Hinzu kam zum Beispiel die Erhaltung der Amtshäuser. Auf Grund der relativ oftmaligen Änderung der Geschäftseinteilungen erfolgten immer wieder Umbaumaßnahmen, die aus diesen Bezirksmitteln bezahlt werden mussten. Das trifft auch auf die Änderungen bei den Haupt- und Bezirksstraßen zu. Und auch der große Brocken der Schulgebäudereparaturen verursacht umfangreiche Kosten, und vor allem auch zusätzliche Kosten für

den erhöhten Sicherheitsaufwand. Das wurde ebenfalls nicht abgegolten.

Nun liegt hier ein Vorschlag für die Änderung der Bezirksmittelverordnung vor. Dafür soll es aus dem Topf der Dienstgeberabgabe – in welcher insbesondere auch die sogenannte U-Bahn-Steuer enthalten ist, eine in Österreich, aber auch in anderen Ländern einzigartige Abgabe – mehr Mittel für die Bezirke geben. Gegen diese Erhöhung der Dienstgeberabgabe von 0,72 EUR pro Mitarbeiter auf 2 EUR, also eine Erhöhung um 177 Prozent, hat sich die ÖVP massiv ausgesprochen. Von diesen Mehreinnahmen hat man den Bezirken einen kleinen Teil des Kuchens zugestanden.

Die ÖVP stellt nun drei Forderungen betreffend Bezirksbudgets an die Stadtverwaltung. Erstens fordern wir einen Wiener Finanzausgleich analog zum Bund: Alle vier beziehungsweise fünf Jahre soll die Vergabe der Bezirksmittel neu verhandelt werden, wobei Preis- und Indexsteigerungen hierbei zu berücksichtigen sind. Ferner soll es eine Reform und Adaptierung der Bezirksmittelverordnung geben. Der Verteilungsschlüssel soll auf Angemessenheit und Aktualität überprüft werden. Und drittens ist es unser Ziel, dass es am Ende dieses Prozesses eine deutliche Steigerung der Bezirksmittel und Bezirksbudgets entsprechend den heutigen Aufgaben gibt.

Die Überforderung der Bezirke, meine Damen und Herren, muss ein Ende haben. Es darf nicht dazu kommen, dass durch eine zu geringe Mittelbemessung die Bezirke ihre Aufgaben nicht mehr erfüllen können. – Dem Aktenstück stimmen wir selbstverständlich zu, meine Damen und Herren.

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zum Wort gemeldet ist nunmehr Herr GR Dipl.-Ing Margulies. Ich erteile ihm das Wort.

GR Dipl.-Ing Martin **Margulies** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

Gleich zu Beginn möchte ich die Einschätzung meines Vorredners insofern korrigieren, als es für mich überhaupt kein Problem ist, um welche Zeit die Verhandlung irgendwelcher Dringlichen Anfragen oder Anträge beginnt! Das sage ich ganz bewusst. Das ist mir ziemlich egal. Um spätestens 16 Uhr wird ohnedies damit begonnen, und ich bin überzeugt, sie beginnen heute deutlich früher!

Angesichts der Diskussionen in den letzten Gemeinderats- und Landtagssitzungen ist es mir aber doch wichtig, auch einmal augenfällig darauf hinzuweisen, dass sehr viele Angelegenheiten hier in diesem Haus durchaus gemeinsam beschlossen werden. Bei all den Gegensätzen, die es gibt, fällt das oft genug nur deshalb nicht auf, weil mittels Annahmeerklärung einfach durchgewunken wird. Wenn jetzt aber ob der vielen Korruptionfälle, die gegenwärtig aufpoppen, Parlamente generell in Diskredit kommen, ist es, glaube ich, auch notwendig, der Bevölkerung zu zeigen, dass es sehr wohl in vielen Punkten auch anders geht. Und die Bezirksmittelverordnung ist einer dieser Punkte. (*Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung.*)

Es wundert mich nicht, dass Kollege Jung sofort wieder dazwischenruft. Dass das die FPÖ ärgert, wundert mich nicht! Sie hätten nämlich gern jedes Parlament als Schießbude oder als was auch immer dargestellt, jedenfalls aber als überflüssig, weil Sie hoffen, dass dadurch, dass Demokratie überflüssig wird, Ihre Stunde kommt. – Ich sage Ihnen aber: Nein! Die Demokratie wird nicht überflüssig werden. Ganz im Gegenteil! Die FPÖ wird überflüssig werden. (*Zwischenrufe bei der FPÖ.*) Sie ist es eigentlich schon, und die Wähler und Wählerinnen werden dies auch erkennen!

Nun aber zurück zur Bezirksmittelverordnung. In einem Punkt gebe ich Kollegen Dworak uneingeschränkt recht: Die fünf Millionen sind schön, aber zu wenig, wie auch in vielen anderen Bereichen – das muss ich halt leider auch sagen – der Stadt Wien zu wenig Geld zur Verfügung steht.

Wenn Sie sich einmal das Wiener Budget genau ansehen, dann werden Sie sehen, dass neben den Ertragsanteilen auch noch viele andere Teile der Einnahmen durch den Bund determiniert sind, sogar die eigenen Steuern und Einnahmen. Die Kommunalsteuer wird eigentlich auf Bundesebene beschlossen, und die 600 Millionen kommen halt der Stadt Wien zugute. Die Grundsteuer ist auf Bundesebene beschlossen. Auf Bundesebene wird alles getan, damit wir hier nicht mehr Einnahmen lukrieren können. Okay, man dümpelt bei 100 Millionen dahin, und eigentlich ist das auch ein Bundesbeschluss. Das Gleiche gilt für die Landeslehrer et cetera.

Das heißt, man erkennt, dass mit Ausnahme der eigenen Gebühren und ganz weniger eigener Steuern und der Kostenersätze nur ein geringer Bruchteil – ich habe es ausgerechnet, es ist, grob gesprochen, ein Achtel – aller wirklichen Einnahmen durch die Stadt Wien bestimmt ist und der Rest durch den Bund determiniert wird. Das heißt, wenn der Bund Wien mehr Einnahmen zur Verfügung stellt, dann haben wir auch tatsächlich mehr Einnahmen, es kann aber auch geschehen, dass der Bund handstreichartig Ausfälle nicht kompensiert. Ich nenne jetzt als Beispiel nur den Wegfall der Finanztransaktionssteuer. Auf Bundesebene haben gestern SPÖ und ÖVP ein Belastungspaket par excellence beschlossen, dem etwas ganz Wesentliches gefehlt hat, denn sonst hätten wir ja durchaus über Schuldenbremsen et cetera reden können: Es hat nämlich eine Vermögenssteuer gefehlt. Das sage ich auch in aller Deutlichkeit.

Aber es sollen ja den Ländern Schuldenbremsen dahin gehend – unter Anführungszeichen – aufoktroiert werden, dass in Wirklichkeit Wien die Neuverschuldung bis ins Jahr 2016 de facto auf null reduziert; lassen wir es einmal dabei stehen. Die Idee war aber, dass das unter der Voraussetzung geschieht, dass eine Finanztransaktionssteuer kommt.

Seien wir uns nun einmal ehrlich: Wenn der Finanzminister der größten Volkswirtschaft der Eurozone sagt, sie kommt nicht, wenn der Premierminister der größten Volkswirtschaft, die nicht in der Eurozone ist, sagt, sie kommt nicht, wenn Jean Claude Juncker sagt, sie kommt nicht, dann müssen wir, so traurig ich das finde, davon

ausgehen, dass es ab 2013 keine Finanztransaktionssteuer geben wird. (*GR Mag Wolfgang Jung: Ob das die Brauner weiß?*) StRin Brauner weiß das sicher, davon bin ich überzeugt! Wir brauchen keine Nachhilfe von Ihnen! (*GR Mag Wolfgang Jung: Dann hat sie aber keine Durchsetzungsfähigkeit beim Kanzler!*)

Die Problematik dahinter ist allein der Wegfall der Finanztransaktionssteuer mit einem geschätzten Einnahmenvolumen von 1,5 Milliarden EUR. Das kostet die Stadt Wien bis 2016 100 Millionen. Und da sagt der Bund nicht, das kompensieren wir selbstverständlich! Das verstehe ich auch, denn der Bund hat ja auch nicht mehr Geld, außer er würde Mehreinnahmen schaffen und kreieren. Er hätte dazu die steuerpolitische Kompetenz, die Wien nicht hat. Das sagt der Bund aber nicht, sondern der Bund sagt, wir nehmen das zur Kenntnis. Und es wird auch zur Kenntnis genommen, dass das Wirtschaftswachstum nicht wie noch 2007 und 2008, vor der Krise 2008 prognostiziert, etwa plus 2 Prozent beträgt, sondern, wie es gegenwärtig aussieht, nur 0,9 bis 1 Prozent. Auch das wird zur Kenntnis genommen, ohne dass den Ländern und Gemeinden etwas kompensiert wird.

Das zieht aber natürlich massive Einnahmenverluste bei den Ländern und Gemeinden und gleichzeitig höhere Ausgaben nach sich. Wir alle würden uns wünschen, dass wir echte Vollbeschäftigung mit einem hohen Lohnniveau haben, die Wirtschaft gut lebt, die Steuern bezahlt werden und wir kaum irgendwelche Mittel im Bereich Arbeitslosengeld und im Bereich Mindestsicherung aufzuwenden haben, weil es der Gesellschaft gut geht. Das würden wir uns doch hoffentlich alle wünschen!

Die Situation ist aber leider umgekehrt! Wenn in Summe das Wirtschaftswachstum gering ist, dann steigt die Anzahl der Menschen, die arbeitslos sind. Das Problem ist – und das zeigt sich in allen Gesellschaften –: In dem Moment, in dem die Arbeitslosigkeit steigt, kommt es zu keinen Reallohngewinnen mehr. Das hängt ursächlich miteinander zusammen, weil hier – traurigerweise, wie ich sage – das Marktprinzip beinhart funktioniert. Wenn viele arbeitslose Menschen zur Verfügung stehen, sinkt in der Regel das Lohnniveau. Wenn wenig arbeitslose Menschen zur Verfügung stehen, weil wir uns im Bereich der Vollbeschäftigung befinden, dann steigt das Lohnniveau.

Diesbezüglich besteht auch ein Unterschied zwischen Mikroökonomie und Makroökonomie: Betriebswirtschaftlich mag es für jeden einzelnen Unternehmer durchaus sinnvoll sein, wenn seine eigenen Lohnkosten sinken. Das mag betriebswirtschaftlich für jeden einzelnen Unternehmer sinnvoll sein. Volkswirtschaftlich hat das jedoch katastrophale Auswirkungen. Und genau mit diesem Widerspruch müssen wir leben. (*Zwischenruf von GR Dkfm Dr Fritz Aichinger.*)

Kollege Aichinger! Es wäre manchmal sinnvoll, solche einfachen Zusammenhänge nicht nur zu kennen – ich bin überzeugt davon, dass Sie diese kennen! –, sondern auch für die politische Arbeit zu verwenden. Ich habe es heute schon in der Aktuellen Stunde gesagt: Die Quadratur des Kreises ist ein ungelöstes Problem und

wird voraussichtlich auch ungelöst bleiben. Die Welt lebt mit Widersprüchen. Das ist so.

Mir wird immer vorgeworfen, ich sei leistungsfeindlich. – Nein! Überhaupt nicht. Ich meine aber, dass Menschen, die eine Leistung erbringen, auch leistungsgerecht bezahlt werden müssen. Die breite Masse der Menschen wird aber nicht leistungsgerecht für die Leistung entlohnt, die sie erbringen. Oder sind Sie der Meinung, dass eine Verkäuferin, die 40 Stunden irgendwo arbeitet und 1 300 EUR brutto verdient, leistungsgerecht entlohnt wird?

Oder umgekehrt: Sind wir leistungsgerecht entlohnt? Ich will jetzt überhaupt nicht werten, aber wir wissen genau, dass wir alle unterschiedlich arbeiten: Manche arbeiten ein bisschen mehr, manche arbeiten ein bisschen weniger, manche haben einen Nebenjob neben dem Gemeinderat, manche haben sogar zwei Nebenjobs neben dem Gemeinderatsjob, manche hauptberuflich, manche nebenberuflich. Sind insbesondere diejenigen, die zwei Nebenjobs haben, auch leistungsgerecht bezahlt, so wie die, die Vollzeit arbeiten? – Dieser Leistungsbegriff, mit dem hier gerne argumentiert wird, ist tatsächlich zu hinterfragen.

Ich sage: Jede Kindergärtnerin bringt eine super tolle Leistung, jeder Lehrer und jede Lehrerin bringen eine super tolle Leistung im Rahmen seiner beziehungsweise ihrer Möglichkeiten. Seien wir froh, dass es in Wien die MA 48 gibt! Ohne die MA 48 würde es hier möglicherweise aussehen wie zeitweise in Neapel! Erbringen diese Menschen ihre Leistung? Ja. Sind sie leistungsgerecht bezahlt? Nach welcher Definition? – Nach der Definition von Arbeitszeit bestimmt nicht, denn die unterschiedlichsten Menschen arbeiten unterschiedlich viel, und gerade in den höheren Bereichen korrespondiert doch das Einkommen absolut nicht mehr mit der Arbeitszeit!

Das heißt, wenn wir über Leistung sprechen: Ja zur Leistung. Ja zur Leistung von Unternehmen. Man sollte auch nicht vergessen, und es ist auch richtig, dass es Wirtschaftsförderungsmaßnahmen gibt und viele Unternehmer auch zur Wirtschaftsagentur kommen können – ob wegen einer Neugründung oder Zwischendurchförderung – und unterstützt werden. Und es geht auch gar nicht darum, die einzelnen Unternehmen mehr zu belasten. Aber es geht darum, sich am Ende des Tages die Gehälter anzusehen, ganz gleich, ob es sich um Einzelunternehmer, Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen oder Manager handelt. Man muss sich die Gehälter und die daraus entstehenden Vermögen ansehen, um von großen Vermögen einen Beitrag für unsere Gesellschaft heranzuziehen, denn dann können wir auch den Kommunen, den Ländern und der öffentlichen Hand in Summe mehr Geld zur Erfüllung ihrer Aufgaben zur Verfügung stellen.

Das ist notwendig, und ich stehe dazu. Ich will keine Planwirtschaft oder so etwas. Das will ich überhaupt nicht. Das sage ich jetzt, weil immer wieder der Vorwurf des Kommunismus kommt, nur wenn man davon spricht, dass man eine gerechtere Gesellschaft will! Ich will eine öffentliche Hand, die ihren Aufgaben auch wirklich nach-

kommen kann und dabei tatsächlich dazu beiträgt, dass die Gesellschaft sozial gerechter wird. Das wünsche ich mir! Ich wünsche mir eine Gesellschaft, die ihre Bildungsaufgaben erfüllen kann, die ihre gesundheitspolitischen Aufgaben erfüllen kann, die ihre pflegepolitischen Aufgaben erfüllen kann.

Und niemand wird es abstreiten: Dafür braucht es Geld, und irgendjemand bezahlt diese Rechnung. Wir sind aber der Meinung, dass nicht die Kindergärtnerin, nicht der Busfahrer, nicht der Lehrer oder die Lehrerin, nicht das Pflegepersonal hauptsächlich für diese Rechnung bezahlen sollen. Selbstverständlich müssen auch diese dazu beitragen, und das tun sie auch mit einem irrsinnig hohen Aufkommen an Mehrwertsteuer, weil sie im Großen und Ganzen ihr gesamtes Einkommen konsumieren. Aber es könnte uns allen helfen, wenn endlich einmal die Vermögen, und zwar sowohl das Geldvermögen als auch das Vermögen aus Grund und Boden, etwas stärker besteuert werden und damit der öffentlichen Hand wieder Spielräume eingeräumt werden. Diese Spielräume könnten wir im Übrigen dann auch gemeinsam nutzen. Solche Spielräume könnten etwa auch auf Bezirksebene mehr Möglichkeiten eröffnen, noch mehr finanzielle Mittel zur Verfügung stellen.

Ich verhehle es nicht: Das habe ich in der Opposition gesagt, und das sage ich jetzt noch immer: Ich glaube, dass à la longue 5 Millionen EUR mehr – heuer sind es 2,8 oder 2,9 Millionen – angesichts des Schulsanierungspaketes und angesichts der Notwendigkeit, Amtshäuser zu sanieren, nicht ausreichen werden. Wir werden sicherlich auch in dieser Periode hoffentlich gemeinsam noch einmal darüber sprechen. Aber es ist dies nun ein erster Schritt, und es freut mich ganz besonders, dass wir diesen Schritt heute gemeinsam gehen.

In diesem Sinne freut es mich auch, dass – wenn auch leider unser Bezirksvorsteher heute nicht kommen konnte – zumindest ein Bezirksvorsteher da ist, nämlich Bezirksvorsteher Heinz Lehner. Und es freut mich, dass wir auch von ihm hören werden, dass die Bezirke im Großen und Ganzen angesichts der knappen Budgetmittel mit dieser Steigerung hoffentlich zufrieden sind! – Ich danke sehr. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zu Wort gemeldet ist nunmehr Herr GR Prof Dr Eisenstein. Ich erteile ihm das Wort.

GR Univ-Prof Dr Herbert **Eisenstein** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Bezirksvorsteher!

Herr Kollege Margulies! Ich sage nur ganz kurz: So ist das nicht, bitte! Mit der Behauptung, dass die parlamentarische Demokratie überflüssig wäre, kann ich mich überhaupt nicht anfreunden. Überhaupt nicht! Ich weise das wirklich mit Bestimmtheit für mich und für meine Fraktion in diesem Hause zurück! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Sie werden es ohnedies seit ein paar Monaten bemerkt haben: Ich bin zurückhaltend, ich schreie jetzt nicht herum, und ich schimpfe auch nicht herum, sondern ich stelle nur etwas mit Leidenschaft fest und gestehe, dass ich eine vollkommen andere Weltsicht habe

als Sie, und ich gestehe auch, dass ich sicherlich eine vollkommen andere Sicht und Vorstellung von der Gesellschaft habe als Sie. Außerdem habe ich natürlich Befürchtungen, so wie wahrscheinlich auch Sie, und meine Befürchtungen sind vielleicht sogar Ihre Wünsche. Das weiß ich nicht! *(Beifall bei der FPÖ.)* Aber auf jeden Fall können wir dieses ideologiepolitische Thema jetzt damit einmal abschließen. – Gut.

Ich komme zur Postnummer 3, meine Damen und Herren, Änderung der Bezirksmittelverordnung: Wir haben im Ausschuss zugestimmt, und wir werden selbstverständlich auch hier im Plenum zustimmen. Wir haben auch der letzten Änderung im April 2011 zugestimmt. Wir sind auch inhaltlich im Prinzip einverstanden damit, sonst könnten wir nicht zustimmen.

Es geht darum, dass die Bezirksmittel auf Grund der Anhebung der Dienstgeberabgabe erhöht werden. Mit der Dienstgeberabgabenerhöhung habe ich persönlich keine Freude, aber das steht auf einem anderen Blatt. Und ich erkenne natürlich die veränderten Bedürfnisse bei Wien Kanal und eine entsprechende Änderung zu Gunsten des 22. Bezirkes. Auch dafür habe ich Verständnis. Außerdem darf ich jetzt sozusagen heimatverbunden sagen: Mein Bezirk ist bei der Mittelaufteilung gegenüber dem Vorjahr prozentmäßig nicht benachteiligt worden, und das ist mir auch sehr recht.

Diese Zustimmung, meine Damen und Herren, bedeutet aber nicht, dass wir grundsätzlich mit den Bezirksbudgets der Gemeinde Wien – wenn ich das so sagen kann – einverstanden sind. Wir sind nicht einverstanden damit, wie das derzeit gehandhabt wird. Ich habe im Zusammenhang mit dem Voranschlag für 2012 ohnehin ausführlich zu den Bezirksbudgets in ihrer Gesamtheit Stellung genommen. Ich werde das jetzt nicht alles wiederholen, und meine Redezeit wird auch wesentlich weniger betragen als 40 Minuten. Ich möchte aber doch einiges noch einmal anreißen, weil das wichtige Themen sind.

Die Gemeinde Wien belastet die Bezirke letzten Endes schon dadurch, dass die Mittel nicht deutlicher erhöht werden. Das kann man leider nicht oft genug sagen. Wir alle haben uns schon öfters darüber unterhalten, dass die Ausgaben der Gemeinde steigen und dass die Schulden der Gemeinde zum Teil exorbitant steigen. Außerdem muss die Gemeinde jetzt 1 Milliarde EUR wegen des Sparpakets aufbringen, wobei wir im Übrigen, meine Damen und Herren, leider noch immer nicht wissen, wie diese Milliarde aufgebracht werden soll. Wir hatten am Montag einen Sondergemeinderat, den meine Fraktion beantragt hat, aber leider haben beide Redner der SPÖ nicht einmal ein Wort dazu gesagt, aus welchen Töpfen die Mittel für dieses Sparpaket letzten Endes aufgebracht werden sollen und diese Milliarde bereitgestellt werden soll. Ich bedaure das! Es ist auf jeden Fall nicht klar geworden, wie wir diese Milliarde aufbringen werden.

Um nun aber zu den Bezirksmitteln zurückzukommen: Der springende Punkt ist, dass die Bezirksmittel nicht aufgestockt werden. Vielmehr war das Gegenteil der Fall: Wie wir im Voranschlag vom Vorjahr auf das

heurige Jahr gesehen haben, waren ja sogar 2,9 Milliarden EUR weniger ausgewiesen worden. Jetzt wird es glücklicherweise wieder ein bisschen mehr sein.

Meine Damen und Herren! Jedenfalls gehen die Bezirke – und das ist eine dramatische Situation – jetzt einer weiteren Verschuldung entgegen, und diese weitere Verschuldung ist auch schon vorprogrammiert. Mein Bezirk Simmering ist leider nach wie vor unter den drei am meisten verschuldeten Bezirken Wiens, und dieses Schicksal der Verschuldung teilt er unglücklicherweise mit 16 weiteren Bezirken. Diesbezüglich wird kein sehr gutes Bild von der Gemeinde Wien geliefert, und zwar ganz einfach deshalb, weil die Vorgaben meiner Meinung nach nicht die richtigen sind.

Dass die Finanzierung der Schulsanierungen, der Straßenbauten, der Kindertagesheime et cetera von den Bezirken selber oft nur mehr mit großer Mühe zu bewältigen sind, scheint mir trotz der berühmten inneren Darlehen durch die Gemeinde an die Bezirke nach wie vor in der Gemeinde nur relativ wenig Personen zu interessieren. Und es scheint eigentlich auch niemanden wirklich zu interessieren, dass große Teile der einzelnen Bezirksbudgets bereits für Schuldenrückzahlungen herhalten müssen.

Meine Damen und Herren! Überlegen Sie sich doch endlich einmal, wie die Wiener Bezirke letzten Endes wieder in die schwarzen Zahlen kommen! Denn es kann ja nicht sein, dass wir auf Jahrzehnte hinaus nur mehr oder überwiegend rote Zahlen in den Wiener Bezirken schreiben.

Ich halte übrigens den berühmten und zum Teil auch berüchtigten 40 zu 60 Prozent Anteil der Gemeinde bei Schulsanierungen und Kinderbetreuung nicht für ein reines Entgegenkommen der Gemeinde, sondern für eine Verpflichtung der Gemeinde. Die Gemeinde muss dafür sorgen, dass die dringend nötigen Einrichtungen der Infrastruktur auch wirklich zur Verfügung stehen, und umso notwendiger ist das, wenn es sich um die Zukunft unserer Kinder handelt, nämlich um Kindertagesheime und Schulen.

Da das derzeitige Konzept, so wie die Gemeinde Wien es durchführt, offenbar nicht wirklich greift, wird man meiner Meinung nach halt zu durchgreifenderen Änderungen übergehen müssen. Und ich bitte Sie, meine Damen und Herren von den Regierungsfractionen: Überdenken Sie die derzeitige Form der Dezentralisierung, durchforsten Sie die Bezirksaufgaben oder – noch besser – schaffen Sie eine echte Dezentralisierung mit viel mehr Aufgaben für die Bezirke, aber auch mit ausreichenden finanziellen Mitteln dafür. Sorgen Sie, meine Damen und Herren von den Regierungsfractionen, nicht nur für taugliche Vorgangsweisen, sondern auch für taugliche Grundlagen, indem Sie die Bezirksmittel auch an sichere Einkommen binden!

Dritter Punkt: Überprüfen Sie bitte dringend, wie aktuell der derzeitige Finanzierungsschlüssel noch ist, denn dieser wurde schon sehr lange nicht mehr geändert!

Stellen Sie aber vor allem – Sparpaket hin oder her – den Bezirken mehr Geld zur Verfügung! Ich und Kollegen aus meiner Fraktion haben das schon bei vielen Gele-

genheiten gefordert: Geben Sie den Bezirken wesentlich mehr Geld zur Erfüllung ihrer Aufgaben, die Sie ihnen ja auch übertragen haben!

Kollege Margulies, mein Vorredner, hat auch heute gesagt, dass er sich sehr gut vorstellen könnte, dass es mehr Bezirksmittel gibt. – Er ist Mitglied einer der Regierungsparteien hier in Wien und könnte ja dafür sorgen, dass das auch wirklich geschieht!

Nur weil Kollege Margulies jetzt mein Vorredner war, fällt mir noch etwas ein: Ich erinnere mich noch gut daran, als er im Jahr 2008 davon gesprochen hat, dass die Bezirke insgesamt mindestens 10 Millionen EUR mehr brauchen würden.

Ich zitiere jetzt auch eine Presseaussendung von Kollegen Klubobmann Dipl.-Ing. Schicker. (*Zwischenruf von GR Dipl.-Ing. Rudi Schicker.*) Ich zitiere Sie ohnedies richtig, Herr Kollege Dipl.-Ing. Schicker, keine Sorge! Der Herr Klubobmann hat im Herbst vergangenen Jahres in einer Presseaussendung gemeint, man gebe „gerne mehr Geld für die Bezirke, wenn uns der Bund selber mehr Geld gibt“. – Ich darf daher Kollegen Schicker noch einmal daran erinnern, dass die Bundesmittel einerseits nicht direkt mit den Bezirksmitteln verbunden sind und dass andererseits sehr wohl seine Partei den Bundeskanzler stellt und hauptverantwortlich auch in der Regierung agiert. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Wenn ich sage oder wenn jemand aus meiner Fraktion sagt, dass wir mehr Geld für das oder jenes wollen, im gegenständlichen Fall mehr Geld für die Bezirke, dann kommt wie das Amen im Gebet oder wie die tibetische Gebetsmühle – je nach Konfession – die Rückfrage: Woher sollen wir das nehmen? Wir wissen nicht, woher wir das nehmen sollen, die Situation ist so angespannt! – Meine Damen und Herren! Es ist nicht das Verschulden der Opposition, dass die Situation so angespannt ist!

Woher sollen Sie das Geld nehmen? In vergangenen Reden habe ich und haben auch Fraktionskollegen von mir schon mehrfach auf eine Reihe von Fehlleistungen in finanzieller Hinsicht – um es freundlich auszudrücken – durch die Regierungsmannschaft hingewiesen, leider nur zum Teil mit Erfolg! Ich erinnere Sie daran, dass wir vor Kurzem wieder 800 000 EUR für den Life Ball ausgegeben haben und dass wir 210 000 EUR für das Büro beziehungsweise für das Amt des Universitätsbeauftragten – nicht für ihn selber! – ausgegeben. Beides zusammen wäre schon 1 Million, und das einzusparen, wäre schon einmal ein kleiner Schritt in Richtung dahin, dass wir den Bezirken auch mehr Geld zur Verfügung stellen könnten!

Meine Damen und Herren! Kümmern Sie sich daher endlich nachhaltig um die Bezirke, geben Sie ihnen mehr Geld, bevor die Bezirke, für die Sie ja verantwortlich sind, letzten Endes komplett zahlungsunfähig werden! – Vielen Dank. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Dr. Aigner. Ich erteile es ihm.

GR Dr. Wolfgang **Aigner** (*Klubungebundener Mandatar*): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Ich freue mich natürlich auch als ehemaliger Bezirkspolitiker mit Leib und Seele, dass die Bezirksmittel jetzt

leicht in die Höhe gehen, auch wenn der Grund dafür, nämlich dass die Dienstgeberabgabe hierfür Bemessungsgrundlage ist, wenig erfreulich ist.

Ich glaube auch, dass die Frage, wie viele Mittel und welche Aufgaben den Bezirken zugestanden und übertragen werden, eigentlich nicht sehr viel mit der übergeordneten Politik oder mit der Budgetpolitik des Gesamtstaates zu tun haben, sondern in erster Linie damit, welchen Zugang die Stadt, die Zentrale hier im Haus und der Magistrat zur Dezentralisierung haben. Wenn man den Bezirken mehr Aufgaben zutraut und zubilligt, dann finden sich im Stadtbudget auch die entsprechenden Mittel. Es geht also weniger darum, wie sich das Steueraufkommen generell entwickelt. Da gibt es immer ein Auf und Ab. Vielmehr ist das eine Frage, wie das Gemeindebudget zwischen Gemeinde und Bezirken aufgeteilt wird, und man kann sicherlich feststellen, dass man den Bezirken viel mehr entgegenkommen könnte.

Für mich ist das im Endeffekt auch eine Frage der demokratischen Legitimation und auch der Wertschätzung für die Funktionäre auf Bezirksebene, für die Bezirksvorsteher, aber auch für die Bezirksräte: Je mehr Geld sie zur freien Verfügung haben, desto mehr Verantwortung tragen diese demokratisch legitimierten Entscheidungsträger im Endeffekt und können sich auch entsprechend verhalten.

Derzeit haben die Bezirke im Rahmen der Dezentralisierung vor allem im Bereich der Pflichtschulen wenig bis gar keinen Gestaltungsraum. Es gibt zwar große Budgetmittel, die aber weitgehend fix gebunden sind und hinsichtlich welcher es sehr wenig Spielraum gibt. Eine Umverteilung zu anderen Aufgaben könnte in diesem Zusammenhang auch dazu führen, dass man mit weniger Geld insgesamt mehr Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten hat. Man wird die Bezirkspolitiker nämlich wahrscheinlich nicht sonderlich dafür loben, dass die Volksschulen keine funktionierenden sanitären Anlagen haben, dass die Turnsäle schimmeln und dass die Decken den Kindern auf den Kopf fallen! Diesbezüglich ist aber seit vielen Jahren ein Stillstand eingetreten. Wir wissen, dass der SPÖ die Dezentralisierung eigentlich nicht wirklich ein Anliegen ist. Dass sich die Bezirke dafür, dass sie ihre Pflichtaufgaben erfüllen können, innerstädtisch verschulden müssen, ist, glaube ich, ein Unding.

Und es sei auch die Frage gestattet: Warum werden nicht auch die Bezirksmittel an einen Index gebunden und valorisiert, wenn die Stadt schon die Gebühren valorisiert und exorbitant über die Valorisierung hinaus anhebt? Wenn man schon die eigenen Einnahmen im großen Stil valorisiert, dann könnte man eigentlich auch im innergemeindlichen Finanzausgleich zu einer Valorisierung kommen!

Das heißt, im Endeffekt ist eine Ausgaben- und Aufgabenreform notwendig, und ich glaube, bei den Verantwortungsträgern in den Bezirken ist das Geld der Wienerinnen und Wiener sehr gut aufgehoben, und dort wird auch sehr gute Arbeit geleistet. Gerade in Zeiten, in denen mehr Mitbestimmung auf den unteren Ebenen gefordert wird, würde Wien sich selbst etwas Gutes tun,

wenn man das Geld weniger sozusagen von der Zentrale aus im großen Stil vergibt, sondern den BezirksfunktionärInnen mehr Entscheidungsverantwortung überantwortet. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Herr Bezirksvorsteher Ing Lehner. Ich erteile es ihm.

Bezirksvorsteher Ing Heinz **Lehner**: Herr Vorsitzender! Herr Berichterstatter! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Nach so vielen netten Begrüßungen und Wahrnehmungen sollte ich eigentlich die 40 Minuten ausnützen, aber ich tue das nicht, weil ich glaube, etwas komprimiert und sachlich darzustellen, ist die wirkungsvollere Methode.

Erlauben Sie mir, zunächst auf einige Vorredner und deren Argumente einzugehen.

Zuerst danke ich Ihnen, Herr Mag Dworak, dass Sie manche Aufgaben und Prozentsätze so perfekt geschildert haben! Ich kann nur sagen, Sie bereiten sich offenbar bereits auf die Amtsübernahme in Hietzing vor, weil Sie gewisse Details hier so genüsslich vortragen können! Vielleicht gelingt es Ihnen, das Bezirksbudget in Hietzing mehr in den Griff zu bekommen! Es scheint nämlich dort für die Ausgestaltung mit Blumen und mit Pflanzen aller möglichen Straßen, wo wichtige Damen und Herren wohnen, sehr viel aufgewendet zu werden, was eine der Ursachen zu sein scheint, warum es beim Bezirksbudget in Hietzing Probleme gibt. Vielleicht könnten Sie da wirklich einiges zum Besseren bringen!

Sie haben mit Recht gesagt, dass die Dezentralisierung eine lange Geschichte ist. Sie haben aber bezweifelt, ob es gut ist, dass man so viel dezentralisiert. In diesem Zusammenhang möchte ich Sie an etwas erinnern, ich bin nämlich auch schon längere Zeit in Verantwortung für den Bezirk und für die Bezirke: Ich kann mich noch gut erinnern, dass in der Zeit, als DDr Görg Stadtrat der ÖVP und Vizebürgermeister war, die Dezentralisierung nicht weit genug gehen konnte. Man hat damals insgesamt 4 Milliarden Schilling gefordert, damit dezentralisiert werden kann. Einer, der sich noch im Amt befindet und wahrscheinlich gut daran erinnern kann, ist Kollege Tiller, und er sagt noch heute, dass quasi jede Beschaffung eines Sessels durch den Bezirk erfolgen sollte und dass auch jeder in einer Volkshochschule Beschäftigte und auch die Lehrer und sonstige Mitarbeiter über die Bezirke angestellt und damit auch finanziert werden sollten.

Die negativen Beispiele in anderen Städten kennen wir, etwa aus Brüssel, wo manche der Kolleginnen und Kollegen immer wieder die Möglichkeit haben, live zu erleben, wie unorganisiert es zwischen den einzelnen Stadtteilen zugeht. Sinnvollerweise hat die Dezentralisierung auch ihre Grenzen, und daher glaube ich, dass die Entscheidung richtig war, der ursprünglichen Forderung – ich wiederhole – der damaligen ÖVP-Verhandler, auf 4 Milliarden Schilling zu erhöhen, nicht zu entsprechen.

Ein Satz ist bei fast allen Vorrednern gekommen: Wir wollen mehr Geld. Aber woher soll es kommen? – Das

frage ich mich auch! Aber wenn ich daran denke, wie Sie manche Anpassungen von Gebühren bekämpfen, dann kann ich nur sagen, wäre nicht eine Anpassung in den letzten Wochen und Monaten erfolgt, dann wäre vieles, was Sie jetzt fordern oder in der letzten Zeit gefordert haben, nicht möglich gewesen!

Ich bin auch dafür, dass man über die Bezirksbudgets laufend spricht. Diesbezüglich bin ich im Sinne von 23 Bezirken gerne unterwegs. Aber ich freue mich umgekehrt auch, dass es im Zusammenhang mit der Veränderung der letzten Anpassung der Gebühren gelungen ist, für die Bezirke 5 Millionen EUR herauszuholen. Und mir wurde von Kollegen aller Fraktionen diesbezüglich auch schon gedankt, dass ich das geschafft habe, denn wir alle kennen die Hartnäckigkeit der Finanzstadträtin. Umso froher bin ich, dass wir diese 5 Millionen ab 2013 und immerhin zirka die Hälfte schon für 2012 geschafft haben.

Die Grundsätze der Dezentralisierung sind grundsätzlich – wie ich annehme –, bekannt, und dass das eine Erfolgsgeschichte ist, weil man praxisnäher im Hinblick auf den Bürger und die Entscheidungen im Bezirk agieren kann, ist bekannt.

Was mir ein bisschen Sorgen macht, ist, dass immer wieder weniger Staat und mehr Privat gefordert wird und es somit letztendlich auch weniger Mitarbeiter in der Stadt geben soll. Es wird behauptet, die Stadtmitarbeiter seien zu teuer und vielleicht nicht so gut wie private Planungsbüros oder Sonstige. – Ich behaupte auf Grund meiner Erfahrungen das Gegenteil! Wir haben sehr tüchtige, sehr engagierte Mitarbeiter, die, weil sie unmittelbar mit dem Bezirk zusammenarbeiten, auch wirklich wissen, worum es geht, und die sich so wie auch wir in den Bezirksvertretungen mit den Themen ein bisschen personifizieren. Wenn man aber sagt, dass es nicht mehr Mitarbeiter – ich möchte jetzt gar nicht sagen, mehr Beamte – geben darf, dann bedeutet das natürlich umgekehrt, dass man beispielsweise mehr Ziviltechniker oder Planungsbüros engagieren muss, und ich kann ich Ihnen sagen, das ist sicherlich nicht billiger, und das bringt sicherlich nichts Besseres auch im Sinne von mehr Wissen, als die Mitarbeiter unserer Stadt einbringen können!

Ich möchte bei dieser Gelegenheit, da ich ohnedies nicht oft die Chance habe, das in diesem Forum zu tun, den Damen und Herren, die in unserer Stadt so engagiert für die Bezirke arbeiten, ein herzliches Danke zu sagen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Ich glaube, dass auch diese Aufgaben sicherlich nicht leichter werden, aber sie werden mit viel Engagement angegangen und umgesetzt. Und ich richte meinen Dank auch an die Bereichsleitung für Dezentralisierung. Die wenigen, aber sehr effektiven Mitarbeiter in diesem Bereich sind täglich für die Bezirke unterwegs und zeigen uns auf, wo wir entsprechende Hilfestellungen und Erleichterungen bekommen können.

Nun aber konkret zu der Frage der entsprechenden Veränderungen: Wie wir wissen, ist das auch auf Grund der Änderung der Dienstgeberabgabe erfolgt, und dadurch haben wir mehr Chancen oder teilweise überhaupt die Chance, die Schulsanierung zu finanzieren. Mir wäre

es auch lieber, wenn der Prozentsatz umgekehrt wäre, nämlich 60 Prozent durch die Zentralverwaltung und nur 40 Prozent durch die Bezirke. Man muss aber umgekehrt auch in der Stadt für verschiedene Aufgaben mit dem vorhandenen Budget auskommen, und so verhält es sich eben auch bei uns in den Bezirken!

In den Bezirken werden von Oppositionsgruppierungen zahlreiche Forderungen gestellt. Sie schreiben in den Zeitungen in großen Lettern, welche Hallen, Sportanlagen oder sonstige Einrichtungen sie gerne hätten, sagen aber nicht dazu, wie wir das, wenn das Bezirksaufgaben wären, finanzieren sollen. Sie sagen eigentlich überhaupt nicht, wie man es finanzieren soll. Sie stimmen – das kann ich anhand der Beispiele von Bezirken sagen – oft gegen das Bezirksbudget mit dem Argument, wir bräuchten mehr Geld.

Es gibt gar keine sachliche Kritik. Diese würde ich ja akzeptieren! Wenn man sagt, im Bezirk wird für das zu viel beziehungsweise für das zu wenig ausgegeben, dann ist das eine Kritik, über die man diskutieren kann. Aber nur das Argument, wir sind gegen das Budget, weil es zu gering ist!, ist für mich ein bisschen zu einfach! Ich darf Sie daher einladen, das ein bisschen zu überdenken, wie manche der Oppositionsparteien das schon getan und – wie ich von meinem Bezirk Floridsdorf berichten darf – dem letzten Budget zugestimmt haben.

Wir haben in den Bezirken in den letzten Jahren auch Unterstützungen bekommen. Außer dem 40 Prozent Anteil für das SUSA-Projekt bekommen wir auch zinslose Kredite, um unsere Aufgaben erfüllen zu können. Weiters gibt es Zuschüsse für verschiedene Verbesserungen, etwa die Erneuerung der Ampelanlagen und Erdkabelanlagen und so weiter. Und es ist heute auch schon erwähnt worden, dass es bei den letzten Ausbaustufen für den Kanalbau vor allem im 22. Bezirk, teilweise auch bei uns im 21. Bezirk und geringfügig auch in vier anderen Bezirken zu einer deutlichen Aufstockung des Budgets und somit zu einer rascheren Umsetzung dieses teilweise überfälligen Ausbaus der Kanalanlagen kommt.

Ich möchte mich noch einmal bei der Finanzstadträtin und ihrer Mitarbeitern bedanken, dass wir in diesem Fall diese Aufstockung bekommen haben. Das ist, diesbezüglich bin ich mit allen, die mehr für die Bezirke fordern, einig, ein weiterer wesentlicher Schritt, und ich hoffe, dass die Bezirke weiterhin entsprechend der Notwendigkeit weitere Mittel bekommen.

Zur Zeit darf ich sagen: Es werden noch weitere Diskussionen stattfinden, und ich meine, dass nicht die maximale Zeit von allen ausgenutzt werden muss. Kürze und Prägnanz gehen mir auch bei manchen philosophischen Reden im Nationalrat ab. Ich versuche auch in der Bezirksvertretung, die Ausführungen lieber kürzer zu halten. Da passen die Leute wenigstens besser auf. – Danke.

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Kops. Ich erteile es ihm.

GR Dietrich **Kops** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Mein Vorredner GR Dr Eisenstein hat schon viel vor-

weggenommen. Wir werden diesem Punkt trotz vieler Kritikpunkte zustimmen. Ich möchte aber trotzdem einen wichtigen Punkt der Bezirksmittelverordnung herausgreifen, nämlich die Schulen. Diesbezüglich ist die Gemeinde Wien beziehungsweise die rot-grüne Stadtregierung säumig. Auf Grund des für die Bezirke negativen Aufteilungsschlüssels von 60 zu 40 verschulden sich die Bezirke immer mehr. Die Verschuldung der Bezirke ist in den letzten 5 Jahren um 87 Prozent von 26,9 Millionen EUR auf 50,3 Millionen EUR explodiert, und damit bewahrheitet sich die freiheitliche Prognose, dass die Bezirke den 60-prozentigen Eigenfinanzierungsanteil nicht verkraften können werden.

Meine Damen und Herren! Die Kosten für die Schulsanierung erhöhen sich laufend und belasten die Bezirksbudgets immens, weil die rot-grüne Stadtregierung jahrelang nichts unternommen und jahrelang nicht in die Schulen investiert hat. Sie stellen lieber Containerklassen auf, anstatt die bestehenden Schulen rechtzeitig zu renovieren.

Ein weiteres Beispiel, meine Damen und Herren, für die rot-grüne Untätigkeit ist Ihr Vorschlag, Herr StR Oxonitsch, den Schul- und Kindergartenbau durch private Investoren durchführen zu lassen. Dabei geht es um zirka 700 Millionen EUR, und StR Oxonitsch will ungefähr 18 neue Schulen und 11 Kindergärten durch Privatinvestoren errichten lassen. Diese Schulen und Kindergärten sollen dann von der Gemeinde Wien zurück geleast beziehungsweise angemietet werden.

Meine Damen und Herren von Rot und Grün! Ich frage mich: Wenn Sie alles sozusagen den Privaten übergeben, was machen Sie dann? Was ist Ihre Leistung, und was sind Ihre Aufgaben?

Meine Damen und Herren! Das sogenannte Schulsanierungspaket treibt die 23 Wiener Gemeindebezirke weiter in die Verschuldung. Die Gesamtsumme der Bezirksschulden wird dabei seit 2008 verschleiert. Offiziell nicht dazu gezählt werden die sogenannten inneren Darlehen der Zentralverwaltung, die die Bezirke für die Schulsanierung aufnehmen müssen. Im Jahr 2008 und 2009 wurde eine Evaluierung der dezentralisierten Aufgabenstellung durchgeführt. Diese Änderung ist aber kein wirklich taugliches Mittel beziehungsweise keine wirkliche Reform. Tatsächlich werden den Bezirken nur 4 Millionen EUR zur Verfügung gestellt.

Die neue Kindergartenfinanzierung in Höhe von 5 Millionen EUR und der Sonderinvestitionsfonds in Höhe von 8,5 Millionen EUR basieren auf dem gleichen untauglichen Finanzierungsschlüssel, auch diesfalls wird der 60-prozentige Eigenfinanzierungsanteil angewendet. Die Bezirke verschulden sich auch in diesem Bereich weiter und weiter.

Bei den Schuldenbezirken wird die Hälfte des Investitionstopfs überhaupt für die Schuldenrückzahlung verwendet. 2010 – wir haben das heute schon gehört – waren 17 Bezirke Schuldenbezirke, und nur mehr 6 Bezirke besitzen Rücklagen. Deshalb, meine Damen und Herren, fordern wir, dass die Dotation der Bezirksbudgets um 30 Prozent auf 230 Millionen angehoben wird, denn gerade in der Wirtschaftskrise wäre es notwendig,

ein Konjunkturpaket zu schnüren. – Danke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Lindenmayr. Ich erteile es ihm.

GR Siegi **Lindenmayr** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrte Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

Bezirksvorsteher Heinz Lehner hat es schon gesagt: Die Geschichte der Dezentralisierung ist eine Erfolgsgeschichte. Die ersten entscheidenden Schritte wurden bereits 1978 gesetzt. Damals gab es eine erste Erweiterung der Mitspracherechte der Bezirksvertretungen und der Bezirksvorsteher, und auch die Mitwirkungsrechte und die Anhörungsrechte wurden vergrößert. Richtig losgegangen – auch mit eigenem Geld – ist es erst 1987. Die Vorarbeiten haben in den 80er Jahren begonnen, aber 1987 wurde der entscheidende Schritt gesetzt, und 1988 ist es richtig losgegangen.

Man hat damals geschaut, wie man das Geld auf die Bezirke aufteilen kann und welche Kompetenzen man den Bezirken gibt. Man hat lange überlegt und wohl ausgewogene Kriterien gefunden, woher man einerseits das Geld nimmt und welche Aufgaben die Bezirke im Zuge der Dezentralisierung andererseits bekommen.

Im Hinblick auf die Frage, woher das Geld kommt, wurde als Parameter die Dienstgeberabgabe herangezogen, die wir ja ändern, und daher muss auch der Parameter verändert werden. Die Dienstgeberabgabe selbst, zu der man landläufig auch U-Bahn-Steuer sagt, ist eine sehr wichtige Abgabe für diese Stadt. Ein großer Teil des gesamten U-Bahn-Baus, der natürlich noch teurer ist, wird damit finanziert, aber dieses Geld fließt jedenfalls zur Gänze in den U-Bahn-Ausbau. Das muss gerade euch ganz besonders wichtig sein, denn ihr fordert ja immer den Ausbau der U-Bahn bis nach Niederösterreich und, und, und! Es ist also sehr wichtig, die U-Bahn auszubauen, und die Dienstgeberabgabe beziehungsweise die U-Bahn-Steuer ist ein wichtiger Beitrag dazu.

Man muss auch sagen, die Dienstgeberabgabe ist seit 1970 unverändert. Damals betrug sie 10 Schilling, also 72 Cent nach heutigem Geld. Die Erhöhung, die erfolgt ist – das wurde heute auch schon bemerkt – belief sich auf 177 Prozent, allerdings muss man hinzufügen, dass der Verbraucherpreisindex in dieser Zeit um über 300 Prozent, nämlich genau um 315 Prozent, gestiegen ist. Das ist fast doppelt so viel, und daher ist das angemessen. Das Geld ist gut angelegt, denn es fließt zu einem großen Teil in die Wiener Wirtschaft. Drei Viertel dieses Geldes fließen in Aufträge, und zwei Drittel dieses Geldes kommen Wiener Beschäftigten zugute.

Wie war denn die politische Situation 1987? – 1987 gab es in Wien 14 Bezirke mit SPÖ-Bezirksvorsteherinnen und Bezirksvorstehern und 9 Bezirke mit ÖVP-Bezirksvorsteherinnen und Bezirksvorstehern, ergibt zusammen natürlich 23. Wie sieht es heute aus? – Die ÖVP hat nicht mehr neun, sondern nur noch fünf Bezirksvorsteherinnen und Bezirksvorstehern. Und die FPÖ hatte damals gar keinen Bezirksvorsteher, und die FPÖ hat auch heute keinen. Die ÖVP hat von

damals 9 fast halbiert auf 5, die SPÖ hat von 14 Bezirksvorsteherinnen und Bezirksvorstehern auf 17 ausgebaut, und auch die GRÜNEN haben jetzt 1 Bezirksvorsteher und hatten zwischenzeitig sogar schon 2. Das bedeutet: Die Menschen in dieser Stadt wissen sehr wohl zu unterscheiden, wo jemand nur Krawall macht und welchen Personen auch Umsetzungskompetenz zugetraut wird, und das sind nun einmal, wie auch hier in der Stadtregierung, die Grünen und die Roten in dieser Stadt.

1998 folgte der nächste große Schritt: Es gab fast eine Verdoppelung der Bezirksmittel von damals 1,1 Milliarden Schilling auf 2 Milliarden. Die Ziele waren natürlich ambitioniert, man wollte locker 4 Milliarden, aber nach sehr langen Verhandlungen – ich war damals noch als stellvertretender Klubsekretär mit dabei – stellte man fest: Es war nicht so einfach, auf 4 Milliarden zu kommen! Natürlich wäre es ganz leicht gewesen, wenn man dem Wunsch der ÖVP betreffend Personal nachgegeben hätte. Aber es ist nicht gescheit, wenn man die Personalhoheit auf 23 Bezirke verteilt. Daher blieb es damals bei 2 Milliarden Schilling.

Im Jahr 2008 wurde noch eine weitere kleine Nachjustierung vorgenommen, denn es stimmt schon: Das Ganze wurde in den 80er Jahren entwickelt, und man hat dann festgestellt, dass sich die Kriterien und Schwerpunkte in den Bezirken in der Zwischenzeit ein bisschen verschoben haben. Daher gab es 2008 eine Nachjustierung. Und jetzt ist es dank des Geschicks des Bezirksvorstehers Heinz Lehner, der der Sprecher der sozialdemokratischen Bezirksvorsteherinnen und Bezirksvorsteher ist, gelungen, weitere 5 Millionen für die Bezirke herauszuholen.

Jeder von uns, der einmal in einer Bezirksvertretung gesessen ist und jetzt hier sitzt, weiß, wie schwierig das ist: Einerseits müssen wir das große Ganze im Auge behalten und darauf achten, dass die Stadt insgesamt funktioniert, aber ein bisschen leben wir natürlich auch mit den Wünschen der Bezirke und geben diesen, wo es möglich ist, nach.

Ich freue mich darüber, dass wir heute diesen Beschluss einstimmig fassen, und ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Berichterstatter verzichtet auf sein Schlusswort.

Wir kommen nun zur Abstimmung. Ich bitte jene Damen und Herren des Gemeinderates, die dem Bericht des Berichterstatters zustimmen wollen, die Hand zu erheben. – Dies ist einstimmig so beschlossen.

Es gelangt nunmehr Postnummer 1 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft die gemeinsame Kreditaktion 2012. Ich bitte den Berichterstatter, Herrn GR Ekkamp, die Verhandlungen einzuleiten.

Berichterstatter GR Franz **Ekkamp**: Herr Vorsitzender! Geschätzte Damen und Herren! Ich ersuche um Zustimmung zu diesem Geschäftsstück.

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Ich eröffne die Debatte. Zu Wort gemeldet ist Herr GR Dipl.-Ing Margulies.

GR Dipl.-Ing Martin **Margulies** *(Grüner Klub im Rat-*

*haus)*: Sehr geehrte Damen und Herren!

Es freut mich, dass heute einmal die Gemeinsamkeit in den Mittelpunkt gerückt wird! So wie schon vorher bei der Bezirksmittelverordnung handelt es sich auch bei der gemeinsamen Kreditaktion sogar um einen Punkt, der, wenn ich mich recht zurückerinnere, im letzten Jahrzehnt und sogar auch davor immer einstimmig durchgegangen ist.

Es gibt tatsächlich eine Zusammenarbeit der Stadt Wien mit der Wirtschaftskammer, die sicherstellen soll, dass für die Wiener Wirtschaft optimale Bedingungen geschaffen werden, um auch den hinkünftigen Herausforderungen an die Wiener Wirtschaft tatsächlich erfolgreich entgegenzutreten zu können.

Es zeigt sich auch an dieser gemeinsamen Kreditaktion oder – ich formuliere es jetzt umgekehrt – an der extremst geringen Ausfallsrate im Rahmen der gemeinsamen Kreditaktion, dass solche Möglichkeiten tatsächlich über mehr als ein Jahrzehnt von tausenden Unternehmen erfolgreich genutzt werden können. In diesem Sinne glaube ich wirklich, dass heute ein Tag ist, an dem wir uns – und das wird auch bei den folgenden Punkten der Fall sein – als Wiener Gemeinderat bei allen ideologischen Differenzen nicht genieren müssen, sondern in den Vordergrund rücken können, was eigentlich die Leistung dieser Stadt, dieser Stadtregierung und all ihrer Gemeinderäte und Mandatäre ist! Wir werden das auch bei den kommenden Punkten noch merken.

Nichtsdestoweniger soll uns das natürlich nicht darüber hinwegtäuschen, dass, von der Wirtschaftskrise beeinflusst und auch auf Grund sonstiger Rahmenbedingungen, auf der einen Seite die Arbeitslosigkeit steigt und Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen leiden, andererseits aber auch viele Unternehmen, insbesondere Einzelunternehmen, Ein-Personen- und kleine Unternehmen, sehr darunter leiden, dass die gegenwärtige wirtschaftliche Situation für sie alles andere als leicht ist. Und gerade diese Unternehmen brauchen auch die öffentliche Hand, und zwar nicht nur im Bereich der Kreditvergabe und im Bereich von Förderungen und Subventionen, sondern insbesondere – wie es sich jeder Unternehmer und jede Unternehmerin wünschen – im Bereich von Aufträgen.

Jeder, der beschäftigt ist und arbeitet, sollte sich eigentlich freuen, einer Arbeit nachgehen zu können, und es gibt immer wieder viele Untersuchungen, bei denen Gott sei Dank herauskommt, dass es mit der Lust zu arbeiten eigentlich recht gut aussieht. Viele Menschen gehen gerne arbeiten, unabhängig von dem, was sie verdienen, auch weil das Bestandteil einer Gesellschaft ist. Man fühlt, dass man etwas wert ist. Und so geht es natürlich auch einer Vielzahl von Unternehmern und Unternehmerinnen, die gerne ihre Arbeit leisten, Aufträgen nachkommen und nicht Subventionsempfänger sein wollen. So ist es.

Wenn aber der Privatanteil in Zeiten einer rezessiven Wirtschaft ausfällt, dann muss der Staat einspringen, und das haben der Staat und die Stadt 2008, 2009, 2010 getan. Und das hat, wie wir alle wissen, ordentliche Budgetlöcher gerissen. Neben der Bankenrettung war vor

allein die Ankurbelung der Wirtschaft verantwortlich für die Budgetlöcher, die sich auf Bundesebene, auf Länderebene und auch auf Gemeindeebene nicht nur in Wien, sondern in ganz Österreich aufgetan haben. Wir werden danach über den Städtebund reden. Aber auch wenn man über den Gemeindebund in der Gemeindezeitung liest, erkennt man, dass ein Großteil der Investitionen von den Gemeinden getätigt wurden, insbesondere in der Krisenzeit, um mitzuhelfen, dass die Wirtschaft weiter floriert oder aber dass zumindest nicht viele kleine und kleinere Unternehmen klein beigeben und aufgeben müssen.

Ja. Das hat Schulden verursacht, und diese Schulden müssen jetzt auch im Interesse einer gemeinsamen Zukunft abgetragen werden. Aber sie können nur von denen abgetragen werden, die auch genügend Vermögen haben, die in der Krise und an der Krise verdient haben. Und in diesem Sinne appelliere ich abschließend auch bei diesem Punkt: Geben Sie Ihre ablehnende Haltung gegenüber Reichensteuern endlich auf! (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Helfen Sie mit, dass die Reichen und Vermögenden in dieser Gesellschaft einen erheblich größeren Beitrag für unser aller Gemeinwohl leisten. Sie werden sich dabei wohler fühlen, und wir werden uns dabei wohler fühlen. Und vor allem – mein Kollege Ellensohn hat heute schon darauf hingewiesen – sollte die sogenannte Mittelschicht aufhören, sich beständig selber zu betrügen.

Denn es verhält sich tatsächlich so: Als einfacher Gemeinderat mit einem Nettogehalt – ich nenne bewusst das Nettogehalt – von 3 600 EUR 12 Mal plus knappe 5 000 dazu für das 13. und 14. Gehalt gehöre ich zu den Top 5 Prozent der Einkommensbezieher und – bezieherinnen in Österreich. Ich gehöre zu den Top 5 Prozent! Trotzdem werde ich niemals auf die 800 000 EUR Vermögen, die Frau Kappel angesprochen hat, kommen. Und ich meine, man muss endlich einmal den diesbezüglichen Unterschied zu tatsächlichen Nettovermögen in Form von Grund- und Boden- und Finanzbesitz von 800 000 EUR erkennen. Das haben in Österreich nicht viele!

Bei der ursprünglichen Diskussion wurde herausgerufen, Herr Mateschitz hat das! – Ja, dieses Märchen aus den USA „Vom Tellerwäscher zum Millionär“ gibt es auch bei uns! Aber ich bringe in diesem Zusammenhang immer gerne das Beispiel eines Autobusses. Vielleicht erinnern Sie sich noch an den 13A, an den Stockautobus: Es gab da immer ein unglaubliches G'ritt darum, wer bei den 100 Plätzen, die es im ganzen Autobus gibt, auf den 4 Plätzen oben sitzen durfte. Und dann hat man erkannt: Es gibt nur 4 Plätze ganz vorne in der 1. Reihe und nicht 100. Alle 100 Fahrgäste könnten vorne sitzen, wenn man ständig wechselt. Glücklicherweise war es aber manchen auch vollkommen wurscht. Und das ist so wie bei der Geschichte „Vom Tellerwäscher zum Millionär“: Wenn jeder Tellerwäscher Millionär wird, dann haben wir keine Tellerwäscher mehr. Dann würde sich jeder Millionär seinen Teller selber waschen. Vielleicht wäre das das Richtige! – Danke sehr.

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Mag Berger-Krotsch. Ich erteile es ihr.

GRin Mag Nicole **Berger-Krotsch** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Berichterstatter! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich kann die Freude, die Kollege Margulies formuliert hat, teilen, aber auch seine Forderung nach Vermögenssteuern und auch sein Insistieren bei der Finanztransaktionssteuer. Die Stadt Wien hilft dort konkret, wo die Wirtschaft es braucht. Es ist mir wichtig, eingangs auch festzuhalten, dass diese gemeinsame Kreditaktion, die es jetzt wirklich schon seit sehr vielen Jahren, nämlich seit 1954, gibt, weiterhin fortgesetzt wird.

Es ist aber auch wichtig, bei der ganzen Freude, der Zustimmung und Einigkeit auch festzuhalten, dass es im Jahr 2000 die Bundesregierung, nämlich das Wirtschaftsministerium war, das diese gemeinsame Aktion verlassen hat, die es zwischen der Stadt Wien, der Wirtschaftskammer Wien und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten gegeben hat, und wir alle wissen, wer damals in der Regierung gesessen ist, nämlich Schwarz-Blau.

Die Finanzierungsmittel der Stadt werden gemeinsam mit der Wirtschaftskammer Wien fortgeführt, und es ist mir auch wichtig, hier zu sagen, dass sie positiv angenommen werden. Wir stehen für die Verantwortung dafür weiter ein. Die Finanzierungsmittel sind wichtig für den Wirtschaftsstandort, und deshalb gibt es seit dem Jahr 2009 weiterhin die Verdoppelung von Seiten der Stadt. Es werden 2,5 Millionen EUR von Seiten der Stadt für die kleinen und mittleren Unternehmen, für unsere KMU, die ja das Rückgrat der Wiener Wirtschaft sind, zur Verfügung gestellt.

Das wird, wie gesagt, sehr positiv angenommen, und Kollege Margulies hat es auch schon in seinem Beitrag gesagt: Gerade in Zeiten der Wirtschaftskrise, in denen es für die Unternehmen wirklich schwierig ist, Kredite zu erhalten, wurde von Seiten der Stadt und der Wirtschaftskammer Geld für Kredite für die Unternehmen zur Verfügung gestellt.

Ich nehme heute auch die Gelegenheit wahr, kurz näher auf die Kreditaktion einzugehen und diese jenen zu erläutern, die sich noch nicht genauer damit beschäftigen konnten: Die Mittel, die hier zur Verfügung gestellt werden, sind zur Durchführung notwendiger Investitionen, zur Finanzierung von Betriebsmitteln und zur Überbrückung von vorübergehender Illiquidität. Von den Unternehmen können Kredite mit einem günstigen Fixzinsatz von 3 Prozent per anno direkt bei den beteiligten Banken beantragt werden, bei etablierten Unternehmen ist eine Kreditsumme von bis zu 8 000 EUR möglich, und für Jungunternehmen in den ersten zwei Jahren ab Gründung eine Summe bis zu 10 000 EUR.

Es ist, wie gesagt, der Stadt sehr wichtig, dass unbürokratisch und schnell dem Rückgrat der Wiener Wirtschaft, den KMU, Fördermittel zur Verfügung gestellt werden. Insbesondere auch in Anbetracht der ange-

spannten wirtschaftlichen Lage, die immer noch herrscht, ist es wichtig, diese Verdoppelung, die es seit 2009 gibt, auch für das Jahr 2012 weiterzuführen. Es sollen insgesamt 5 Millionen EUR zur Verfügung gestellt werden. Und wie wir wissen, ist es vor allem im Bereich der Kleininvestitionen besonders wichtig, dass rasch und unbürokratisch für die Zukunft der Unternehmen gehandelt wird. Deshalb freut es mich, dass es diesbezüglich Einstimmigkeit schon im Ausschuss gegeben hat, und ich bedanke mich jetzt schon für die Zustimmung zu diesem Akt. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Berichterstatter verzichtet auf sein Schlusswort.

Wir kommen daher zur Abstimmung. Ich bitte jene Damen und Herren des Gemeinderates, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen wollen, die Hand zu erheben. Dies ist einstimmig so beschlossen.

Es gelangt nunmehr Postnummer 2 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft den Mitgliedsbeitrag für den Österreichischen Städtebund. Ich bitte den Berichterstatter, Herrn GR Strobl, die Verhandlungen einzuleiten.

Berichterstatter GR Friedrich **Strobl**: Ich bitte um Zustimmung.

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Ellensohn. Ich erteile es ihm.

GR David **Ellensohn** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Es ist schade, dass sich zum Städtebund nur die Regierungsparteien gemeldet haben. Aber vielleicht kommt dann einer der vielen Momente, dass mit Nachmeldungen auf die Ausführungen des Klubobmanns Schicker und des Klubobmanns Ellensohn, also von mir, eingegangen wird!

Der Städtebund besteht in dieser Legislaturperiode, wenn wir sie ganz ausschöpfen, knapp 100 Jahre. Seit 1915 gibt es den Städtebund in Österreich, der sich vor allem um die Anliegen der großen Städte kümmert. Das geht zwar hinunter bis zu den kleinsten, und die kleinste Stadt hat 1 000 Einwohner, aber im Regelfall haben alle mehr als 10 000 Einwohner und Einwohnerinnen.

Der Städtebund bringt jedes Jahr – und das ist eigentlich erstaunlich! – immer wieder gemeinsame Resolutionen zustande, die meist konsensuell entschieden werden und die uns GRÜNEN sehr oft sehr gut gefallen. Man fragt sich aber natürlich immer, was auf dem Weg damit geschieht. Gerade in der Österreichischen Volkspartei gibt es ja eine Menge Bürgermeister, weniger Bürgermeisterinnen, auch in größeren Städten. Aber es scheint da eine große Diskrepanz zu geben zwischen dem, was ein Bürgermeister oder eine Bürgermeisterin bewusst braucht, und dem, was nachher bis ins Parlament hinauf als Position herauskommt.

Während zum Beispiel in der Ebene, also in den Städten, allen klar ist, wie wichtig die kommunalen Dienstleistungen sind und wie wichtig es ist, diese nicht auszuverkaufen, und wie wichtig es ist, dass alle Städte genügend Budget haben, scheint mir all das ein bisschen weiter oben wieder weg zu sein. Dort sitzen von der

Volkspartei viele Bürgermeister auch noch drin, sie dürfen ja dort in Doppelfunktion sitzen. Und es tut mir sehr leid, weil dann das, was unter neoliberaler Wirtschaftspolitik firmiert, auf dieser Ebene geschieht, ohne dass diejenigen, die es besser wissen, mitreden dürfen!

Die kommunalen Dienstleistungen sind uns hier enorm wichtig, und deswegen bin ich auch froh, dass der Städtebund immer wieder auch eine anständige Delegation aus Wien hat. Heuer findet der Städtetag in meinem Heimatbundesland, in dem ich aufgewachsen bin – in meinem ersten Bundesland, ich habe ja zwei Heimatbundesländer – statt, und zwar Ende Mai in Vorarlberg, in Dornbirn, der einwohnermäßig größten Stadt Vorarlbergs. Es sind mittlerweile, glaube ich, knapp 47 000 Einwohner, und das ist für Vorarlberg groß. Ich bin in der Nähe von Feldkirch aufgewachsen, dort sind es gerade einmal 30 000 Einwohner, das ist aber immer noch größer als die größten Städte in einem anderen Bundesland, aus dem Herr Kollege Rüdiger Maresch kommt.

Abgesehen davon, dass es schön ist, Ende Mai nach Vorarlberg zu fahren, ist es tatsächlich interessant, was heuer dort auf der Tagesordnung sein wird und was dort alles in diesem Jahr besprochen werden wird im großen Saal des schönen Kulturhauses in Dornbirn am 30. und 31. Mai und am Freitag, dem 1. Juni, an dem die Veranstaltung schließt.

Die ganz zentrale Frage – auf darauf reduziere ich mich – ist natürlich auch für den Gemeindebund, denn immerhin verhandelt nicht nur der Städtebund, sondern auch der Gemeindebund, der Finanzausgleich. Der Finanzausgleich bestimmt die gesamte Handlungsfähigkeit, die wir in den Städten haben, und die großen Städte, die einzige Millionenstadt Wien und die anderen größeren Städte, bis hinunter zu den 10 000-Einwohner-Städten vertreten die Positionen, die wir im Wesentlichen auch hier alle vertreten.

„Grenzen der öffentlichen Leistungserbringung“ ist ein wichtiges Referat. Das ist ein wichtiges Thema. Die Grenzen hängen nämlich genau davon ab, wie viel Geld wir aufstellen können. Jetzt werden wieder einige sagen, dass wir damit schon wieder bei einem beliebten Thema der GRÜNEN sind: Es geht aber nicht um die Beliebtheit eines Themas, und es geht auch nicht um den Gini-Koeffizienten, sondern es geht darum, wer was dazu beiträgt, damit wir alle gemeinsam im ganzen Land sicher leben können.

Wie können wir das bewerkstelligen? Wie machen wir aus Österreich eine noch gerechtere Gesellschaft? Wie gehen wir damit um, dass auch in diesem Land wohl die Zahl der Millionäre jedes Jahr steigt, aber leider auch die Zahl der Leute, die eine Mindestsicherung brauchen. Auch die Zahl der Armen steigt, das ist ein Trend in ganz Europa, das wissen wir, und wenn sich die Wirtschaft nicht schnell erholt, worauf ich nicht automatisch setzen würde, dann hält das auch an. Wir wissen, dass die Zahl der Mindestsicherungsbezieher quer über das Bundesgebiet steigt. Es sind in Wien mittlerweile 129 000. Es ist gut, dass wir diesen Menschen mit der Mindestsicherung helfen können, aber natürlich ist es die Idee, wie heute auch in der Aktuellen Stunde angesprochen wurde, dass

wir auf dem Arbeitsmarkt Initiativen setzen müssen, damit die Leute von ihrer eigenen Arbeit leben können.

In Anbetracht dessen muss es allerdings zum Beispiel auch eine Lohnsteuerreform geben, damit Leute, die 2 000 oder 3 000 EUR brutto erhalten und nicht so viel verdienen wie wir in diesem Raum, auch besser leben können von ihrem Geld. Wenn man all das – mehr netto, weniger Lohnsteuer – vorher sagt, dann würden ja noch viele mitgehen. Es ist aber nicht die Lösung, die Städte oder den Staat aushungern zu lassen. Für die ÖVP und die FPÖ ist das nicht so schwierig, denn sie müssen das Plus und das Minus am Ende des Tages nicht zusammenrechnen, wir aber schon.

Wenn wir jemanden entlasten wollen, wenn wir Wirtschaftsimpulse setzen wollen, wenn wir das Gesundheitswesen nicht nur halten, sondern sogar verbessern wollen, dann brauchen wir dafür Geld. Das kann man so machen, wie man das jetzt schon lange macht, nämlich zum guten Teil über die Mehrwertsteuer. Das ist eine Steuer, die quasi von unten am meisten getragen wird in Relation zum Einkommen. Wer einen Tausender im Monat verdient, braucht das für den Konsum und kommt nicht anders aus und hat eine höhere Besteuerung als mancher, der 5 000 EUR netto oder mehr verdient, weil dieser natürlich eine Sparquote hat. Diese hat man aber mit 1 000 EUR nicht. Es hilft nichts, einer Frau, die 900 EUR mit nach Hause nimmt, zu sagen, dass sie für die Pension vorsorgen soll. Das geht sich nicht aus! Deswegen muss man Privilegien wie staatliche Pensionsvorsorge für diejenigen, die zu viel haben und sich das leisten können, überdenken. Umgekehrt muss man darüber nachdenken, ob wir nicht hinterfragen, ob einer, der statt 1 500 brutto dann 1 700 EUR brutto verdient, gleich mit einem Drittel in die Lohnsteuer einsteigen muss. – Ich glaube das nicht!

Das Spiel, das hier manchmal vornehmlich von der FPÖ gespielt wird, geht sich aber jedenfalls nicht aus: Alles wird billiger, nirgends darf man etwas einnehmen, keine einzige Gebühr wird erhöht, keine einzige Steuer wird erhöht. – Das geht sich nicht aus! Allen, die in der Volksschule Addition gelernt, den Grundrechnungsartenkurs überlebt haben und deswegen in andere Schulen wechseln durften, ist klar: Das geht sich nicht aus!

Ich gebe zu, dass man bei der Oppositionsarbeit nicht ganz so exakt rechnet, ich kenne das von früheren Jahren, ich kann mich dunkel erinnern. Martin Margulies hat sich bei uns immer bemüht, genau zu rechnen, aber ich muss zugeben, dass die Qualität der Exaktheit der Berechnungen jetzt wertvoller ist für die Arbeit der GRÜNEN, als sie schon einmal war. Das muss man einfach zugeben. (*Beifall von GRin Nurten Yilmaz.*) Der steigende Pragmatismus bei den GRÜNEN wird jetzt zumindest vom Koalitionspartner anerkannt, bei uns hat das jetzt keinen Begeisterungssturm ausgelöst! (*Heiterkeit und Zwischenruf von GR Dipl.-Ing Martin Margulies.*)

Es geht um die Grenzen der öffentlichen Leistung und kommunale Finanzen. Es dreht sich eh alles um das Geld: Es geht um kommunale Finanzen, um Instrumente zur Stärkung der Gemeindeautonomie und um Gemeindeabgaben, darum, was eine Gemeinde oder eine Stadt

selbst regeln darf. All das wird ja draußen auch immer vermischt: Was dürfen wir in Wien tun und was nicht, weil es Bundesaufgabe ist oder in Brüssel entschieden wird? Und es gibt natürlich auch Dinge, die wir tun dürfen und auch tun wollen.

Außerdem wird es einen sehr interessanten Nachmittag in Dornbirn zu dem Thema geben: „Gemeinsam statt einsam. Zukunft Stadtregion.“ – Wir wissen, dass in Österreich nicht alles wächst, aber die Städte wachsen. Dazu gibt es eine Prognose, und es ist wurscht, ob man diese gut oder schlecht findet: Es ist dies eine demographische Prognose bis 2030, die anzeigt, wie stark in Österreich einzelne Gebiete wachsen werden. In diesem Neun-Sekunden-Film sieht man schön in Dunkelrot, wo das Wachstum sein wird, und in Hellblau, wo die EinwohnerInnenzahlen zurückgehen werden und es dann schon fast entvölkert sein wird. In Österreich wird sehr stark steigendes Wachstum betreffend EinwohnerInnen für Bregenz, Salzburg und auch noch ein bisschen, aber schon weniger für Graz prognostiziert. Ein ganz massives Wachstum wird es im Wiener Umland, dem sogenannten Speckgürtel geben, aber das größte Wachstum betreffend neue Einwohner und Einwohnerinnen werden wir hier in Wien und rundherum haben. Das ist eine riesige Aufgabe.

Deswegen wird in einem Arbeitskreis über die Zukunft der Stadtregion mit der Expertin Sybilla Zech vom Büro „stadtland“ mit mehreren Bürgermeistern und Landtagsabgeordneten auch von der ÖVP diskutiert werden, und ich würde mich freuen, wenn diejenigen, die von Wien hinfahren, von dort mit entsprechenden Informationen zurückkommen und diese tatsächlich verarbeiten und in die eigene Arbeit übernehmen. Und ich würde mich auch freuen, wenn das in anderen Bundesländern der Fall ist.

Ein weiterer Arbeitskreis beschäftigt sich mit der zivilgesellschaftlichen Partizipation und neuen Wegen des politischen Engagements. Das fällt bei uns wahrscheinlich auch unter BürgerInnenbeteiligung. Wie macht man das denn heute? Was bedeutet heute Beteiligung? (*GR Mag Wolfgang Jung: Man macht eine Umfrage über das Parkpicker!!*) Was bedeutet es, etwas gemeinsam machen? Was heißt mehr Demokratie im 21. Jahrhundert? Bedeutet das wirklich, dass ein Vorsteher einfach selbst sagt, ich bestimme, was ich frage, wen ich frage, wann ich frage, wo ich frage und das Thema bestimme ich auch selber. Oder sollte doch die Bezirksvertretung gefragt werden, um welche Themen es geht?

Gestern gab es eine interessante Sendung, in der es in einem Punkt genau um dieses Thema auf der Ebene Europa gegangen ist: Wie wird die europäische Befragung aussehen, wenn sie einmal kommt? Was kann sie leisten? Welche Themen sollen dort besprochen werden und welche da? – Dieses Thema zivilgesellschaftliche Partizipation ist also sehr interessant.

Solche Städtetage finden allerdings oft fast sozusagen unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Es nehmen zwar viele Leute daran teil, aber die Ergebnisse und die Inhalte der Resolution finden nicht wirklich Eingang in die alltäglichen Arbeit. Ich halte das für interessant. Dort sind

Bürgermeister und Bürgermeisterinnen hauptsächlich von der SPÖ und der ÖVP. Die Arbeit, die dort herauskommt, und die Ergebnisse entsprechen aber wesentlich mehr – wie ich jetzt einmal behaupte – rot-grünen Vorstellungen als offensichtlich ÖVP-Vorstellungen. Nachher finde ich das aber nicht mehr, sondern ich höre von Ihnen nachher immer nur, warum all das nicht geht. Spätestens wenn ich ins Parlament schaue, habe ich manchmal den Eindruck, dass sich die SPÖ noch an das erinnert, was beschlossen wurde, die Volkspartei jedoch weniger. Ich kann die SPÖ auf Bundesebene jetzt nicht bedauern, das ist nicht meine Aufgabe, das müssen sie selber wissen. Aber es hat keine anderen Möglichkeiten gegeben.

65 Prozent der Bevölkerung leben in Österreichs Ballungsräumen, 71 Prozent der Arbeitsplätze befinden sich in den Ballungsräumen. Wir bieten sogar noch mehr an, das ist logisch, das wissen wir, aus dem Umfeld pendeln viele Leute ein.

Die Behandlung der großen Aufgaben, die Rolle als Interessenvertretung der Städte, der Erfahrungsaustausch, vor allem aber auch die Verhandlungen zum Finanzausgleich zeigen mir, dass der Städtebund eine wichtigere Aufgabe hat, als den Menschen bewusst ist. Deswegen war es uns auch wichtig, dass wir diesen Punkt hier und heute, auch wenn es nur um einen Mitgliedsbeitrag von nicht einmal 50 000 EUR geht, auf die Tagesordnung setzen, und ich würde mich freuen, wenn sich auch die Opposition an diesem Thema beteiligt. Ich persönlich halte den Städtebund für wesentlich wichtiger, als er momentan bewertet wird. – Vielen Dank.

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Dipl.-Ing Schicker. Ich erteile es ihm.

GR Dipl.-Ing Rudi **Schicker** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Vorsitzender! Herr Berichterstatter!

Der Österreichische Städtebund ist eine ganz wesentliche Einrichtung dieser Republik. Es ist ja nicht von ungefähr, dass diese Einrichtung auch in der Bundesverfassung als die kompetente und einzige wirkliche Vertretung der österreichischen Agglomerationen gesehen wird.

Hier ist auch der große Unterschied zum Gemeindebund zu sehen, bei dem Wien ja auch Mitglied ist. Der Gemeindebund ist eine Einrichtung, die sich im Wesentlichen um die kleineren Gemeinden, um die kleinen Kommunen annimmt.

Eines ist allen beiden Organisationen gemeinsam: Dass sie im Finanzausgleichsverfahren, in den Finanzausgleichsverhandlungen mit der Republik, mit dem Finanzministerium und mit den anderen Bundesländern eine ganz entscheidende Rolle dafür haben, dass Menschen, die in Österreich leben, auch tatsächlich die Leistungen erhalten, die ihnen zustehen und die sie erwarten können von einem geordneten Staatswesen. Dazu gehört, dass die Gemeinden, die am nächsten, die Städte, die am nächsten am Bürger sind, die am ehesten von den Menschen wahrgenommen werden als jene Einrich-

tungen, die ihnen helfen können, die ihnen beistehen, die ihnen die wesentlichsten Leistungen der Daseinsvorsorge zur Verfügung stellen, diese Aufgabe auch tatsächlich erfüllen können.

Städtebund und Gemeindebund gemeinsam haben diese Position wahrzunehmen gegenüber dem Finanzministerium, und hier gibt es, wie wir aus der Erfahrung wissen, ja immer wieder die krausesten Versuche, den Kommunen Geld wegzunehmen beziehungsweise es ihnen gar nicht zuzuordnen.

Ich denke etwa daran, dass wir zum Beispiel auf dem Gebiet der Grundsteuer eine Situation haben, dass seit Beginn der 70er Jahre eine Einheitswertberechnung nicht mehr durchgeführt wurde. Das bedeutet – um ein Beispiel zu nennen –, wenn Wien die U-Bahn in den 22. Bezirk oder jetzt in den 10. Bezirk baut, dass wir mit den U-Bahnen in die Nähe der Stadtgrenze kommen und dort natürlich auch Gärtnereien, landwirtschaftliche Betriebe sind, die in der Einheitswertberechnung zu Beginn der 70er Jahre de facto nicht wirklich bewertbare Grundstücke zur Verfügung hatten, die, richtigerweise damals, sehr niedrig bewertet wurden, heutzutage aber klarerweise wesentlich mehr wert sind. Wir wissen als Stadt Wien, wie teuer diese Grundstücke gehandelt werden, weil sie eben mit der U-Bahn gut erschlossen sind, gut angebunden sind an die Stadt und dort der Wohnbau auch sehr sinnvoll untergebracht werden kann. Die Problematik dabei ist, dass die Grundstückspreise weit vorausziehen und unter Umständen sogar schon weit weg sind von dem, was für den sozialen Wohnbau zweckmäßig, sinnvoll und leistbar ist. Dass hier die Grundsteuer nicht entsprechend adaptiert ist, sondern dass hier weit weg vom Verkehrswert nach einem Einheitswert vorgegangen wird, der nichts damit zu tun hat, wie das Grundstück tatsächlich zu bewerten wäre, das ist ein Riesenachteil für alle Kommunen.

Der Städtebund hat dafür ein Modell erarbeitet, das den Erstwohnsitz – also jenen Wohnsitz, wo man die Hauptlebensinteressen hat – herausnehmen würde aus der Belastung mit einer höheren Grundsteuer. Das ist ein ganz entscheidendes und aus meiner Sicht sehr sinnvolles Modell, das vorsieht, den Erstwohnsitz, den Hauptwohnsitz der Menschen bei der Grundsteuer nicht mehr zu belasten, hingegen könnten alle anderen Grundbesitzungen, die man zur Verfügung hätte, große Ländereien, große Grundflächen, die nicht unbedingt erforderlich sind für den Lebensunterhalt, entsprechend unter Steuer gestellt werden. Dieses Modell hat der Städtebund erarbeitet, und allein das ist den Mitgliedsbeitrag ja schon wert.

Es gibt aber nicht nur die Ebene des österreichischen Finanzausgleiches, sondern auch die Ebenen der Europäischen Union, wo der Städtebund eine sehr wertvolle und für Kommunen entscheidende Rolle wahrnimmt. Ich denke hier zum Beispiel an die aktuelle Diskussion um die Dienstleistungskonzessionen. Wenn diese Richtlinie der Europäischen Union, so wie sie im Entwurf vorhanden ist, in die Rechtsform übergeführt werden sollte, dann ist das ein schwerer Schlag gegen die Durchführung der Daseinsvorsorge, gegen die Gewährleistung

der Leistungen unserer Stadt an die Bürgerinnen und Bürger.

Hier geht es darum, dass zum Beispiel dann Dienstleistungen, die die Kommunen erbringen, wiederum privatisiert und von Privaten erfüllt werden müssten, so wie wir das in vielen, vielen anderen Ländern und Staaten leider sehen können. Und wie weit man kommt, wenn Wasser, wenn öffentlicher Verkehr, wenn Spitäler privatisiert sind, das wissen wir und können wir überall sonst, glücklicherweise nicht in Wien, sehen.

Gerade hier ist der Städtebund wichtig – und hier unterscheiden sich, Ellensohn hat darauf hingewiesen, die übergeordneten Gremien mancher Parteien gegenüber dem, was Bürgermeister in der Praxis denn so sehen und wissen, was ihre Gemeindebürger als sinnvoll und zweckmäßig erachten –, denn im Städtebund herrscht selten Uneinigkeit darüber, dass gerade auf dem Gebiet der Erfüllung der Daseinsvorsorge die Kommunen ihre eigene Entscheidungsfindung haben sollen und nicht von europäischem oder österreichischem Recht vorgeschrieben bekommen sollen, wie sie damit umgehen.

Gerade dafür hat der Städtebund auch eine Lobbyeinrichtung in Brüssel – eine sehr positive Lobbyeinrichtung, im Gegensatz zu vielen anderen – geschaffen, die in der Lage ist, Einfluss zu nehmen darauf, wie die Dienstleistungskonzessionsrichtlinie und andere Richtlinien der Europäischen Union gestaltet werden, nämlich im Interesse der Bürger, im Interesse der Menschen, die in unseren Städten leben.

Ich kann nur sagen, aus Sicht der Sozialdemokraten erfüllt der Städtebund eine ganz wesentliche Aufgabe, und nachdem, so nehme ich an, auch heute in diesem Gemeinderat der Beitrag einstimmig beschlossen wird, sehen wir das, nehme ich an, gemeinsam so. Es wäre nur doch auch sinnvoll, dass dort, wo wir gemeinsam auftreten können, sich die Oppositionsparteien auch bequemen könnten, dazu ihre Stimme zu erheben und ihre Meinung hören zu lassen. – Danke schön. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Mag Jung. Ich erteile es ihm. *(GR Dipl.-Ing Rudi Schicker: Na schau, er kommt ja schon!)*

GR Mag Wolfgang **Jung** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Herr Vorsitzender!

Der Herr hat Ihre Worte erhört. Sie bekommen auch die Meinung der Opposition. *(GR Dipl.-Ing Rudi Schicker: Übernehmen Sie sich nicht ein bisschen mit dem „Herrn“?)* Bei Ihrem Leichtgewicht nicht, Herr Kollege.

Wir kommen gleich zum Anfang – was vom Kollegen Ellensohn angesprochen wurde und jetzt auch von Ihnen – zum Finanzausgleich und zur Klage, dass die Städte schlecht dotiert sind.

Sie haben sich gerade, Herr Kollege Schicker, beschwert, dass übergeordnete Gremien über die Bürgermeister hinwegregieren. Na, wer sind denn die übergeordneten Gremien? Die Länder? Für Wien: das Land. Der Bürgermeister wird ja nicht über sich selbst hinwegregieren. Für Wien als nächste Ebene: der Bund. Der Herr Bundeskanzler wird doch nicht über Sie hinwegregieren, Herr Kollege Schicker. Das kann ich mir ja gar

nicht vorstellen, dass der Herr Bgm Häupl hier so wenig zu sagen hat. Also diese Klagen sind schon sehr eigenartig im Hintergrund.

Wir debattieren jetzt ja an sich über einen geradezu lächerlichen Punkt, was die Größenordnung der Zahlung betrifft. Das ist ein Bruchteil von dem, was Sie fürs Amerlinghaus hinausschmeißen. Normalerweise wird ja über diese Themen nicht so lange diskutiert, aber das hat heute ja auch andere Gründe.

Die für die Bezirke verfügbaren Mittel sind zu gering. Das stimmt. Ich komme aus einem der ganz wenigen Bezirke, die gerade noch positiv bilanzieren, obwohl wir so schlecht von der Stadt gehalten werden, was die Größenordnung des Bezirks betrifft. Aber bitte!

Wenn Sie, Herr Kollege Schicker, Ihre gut 50 Millionen EUR, die Sie zum Anfüttern der Zeitungen jährlich im Inseratenbereich hinauspfeffern, anders einteilen würden, dann könnten Sie ein Vielfaches von dem, was Sie den Bezirken jetzt zur Verfügung stellen, dort hingeben. Das haben die GRÜNEN auch schon ganz vergessen, die das früher – ich erinnere mich noch an ihre Wortmeldungen – kritisiert haben. Da haben sie die Zeitungsinsertate vorgelesen, Stück für Stück und Punkt für Punkt, sehr genau und wunderschön aufgeschlüsselt diese Anfütterungen von Seiten der SPÖ. Jetzt jammern sie. Ja, bitte, wirken Sie doch auf Ihren Koalitionspartner ein oder gestehen Sie, dass Sie eigentlich nichts zu sagen haben in dieser Koalition, außer dass Sie ein paar Radfahrbeauftragte, Schulschwänzerbeauftragte und das Phantom des Rathauses bestimmen dürfen. Das ist doch alles in Wirklichkeit Augenauswischerei, was hier betrieben wird.

Sie haben weiters gesagt, wichtig ist auch – und da stimme ich Ihnen zu –, dass die Zivilgesellschaft mehr zum Tragen kommt. Ich bin nur neugierig, wie Sie reagieren werden, wenn jetzt zunehmend auch eine Form der Zivilgesellschaft zum Tragen kommt, die nicht aus dem linken Lager kommt. Ich bin ganz interessiert, was zum Beispiel passieren wird, wenn die verschiedenen Bürgerbewegungen in Mauer, in Rodaun, auch aus den Nachbargemeinden gemeinsam mit Kalksburg, mit Perchtoldsdorf oder demnächst vielleicht in Siebenhirten plötzlich zu demonstrieren anfangen gegen ihre Stadträtin und gegen dieses nicht vorhandene Verkehrskonzept und sich dort auf die Straße setzen werden. Ich bin schon sehr gespannt, was dann geschehen wird.

Jetzt zum Städtebund an sich, den Kollege Schicker angesprochen hat als ein demokratisches Instrument, wo, wie Sie gesagt haben, die vielen gemeinsamen Resolutionen beschlossen werden. Wie demokratisch das Instrument ist, das werde ich Ihnen an einem einzigen Beispiel vorführen. Beim vorletzten Städtetag konnte gar keine Resolution abgestimmt werden. Warum? – Weil am letzten Vormittag die Herrn Delegierten – vor allem der großen Parteien, besonders der SPÖ – gar nicht anwesend waren und weil gar nicht genug Leute anwesend waren, um diese Resolutionen abzustimmen. Wahrscheinlich war die Feier des Vortages zu anstrengend für sie, sodass sie nicht gekommen sind. Das war der reale Grund. Das ist Ihr Verständnis von Demokratie:

Wir fahren dorthin und feiern. Und uns halten Sie dann nachher große Vorträge über Demokratie. Wir haben es kritisiert. Es konnte nicht abgestimmt werden.

Was war die Folge? – Nicht, dass der Herr Bgm Häupl seine Mandatare an die Brust genommen hätte – vielleicht hat er es eh getan, denn er hat sich sichtlich geärgert – und gesagt hätte, ihr seid das nächste Mal da, nein, die Statuten haben wir geändert. Jetzt ist es wurscht, wie viele von den Herrschaften in der Früh im Saal sitzen werden, weil sie sich vom Vortag nicht erholen können, es wird auf jeden Fall gültig sein. So schaut Ihr Verständnis von Demokratie aus! (*Zwischenruf von GR Dipl-Ing Martin Margulies.*) Oh ja, es stimmt. Kommen Sie raus und sagen Sie, dass es nicht wahr ist! Wir haben es ja damals erzwungen, dass nicht abgestimmt wird. Da waren die GRÜNEN noch auf unserer Seite, auch wenn die Kollegin Oppitz-Plörer von einer anderen Seite kommt. (*GR Dipl-Ing Martin Margulies: Wir waren nicht auf eurer Seite!*) Ja, wir haben gemeinsam dagegen gestimmt. (*GR Dipl-Ing Martin Margulies: Wir waren nie auf eurer Seite!*) Oh ja, Sie sind sogar auf unserer Seite drüben gesessen. (*GR Dipl-Ing Martin Margulies: Nein, nein, nein! Wir waren nie auf eurer Seite!*)

Auch der Kollege Pilz, der heute oder morgen die Pressekonferenz gemeinsam mit den Freiheitlichen macht, ist auch wieder auf unserer Seite. Sie können sich das einreden in Wien. Sie sind mit der Meinung schon längst isoliert und werden alleine sitzen bleiben, ganz alleine, während die Vernünftigeren von Ihnen in den Bundesländern, dort wo es einen Sinn hat, mit den anderen mitstimmen werden. – Danke. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zu Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Berichterstatter hat auf sein Schlusswort verzichtet.

Wir kommen nun zur Abstimmung. Ich bitte jene Damen und Herren des Gemeinderates, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen wollen, die Hand zu heben. – Dies ist einstimmig so angenommen.

Es gelangt nunmehr Postnummer 4 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft die 3. GR-Subventionsliste 2012. Ich bitte den Berichterstatter, Herrn GR Strobl, die Verhandlungen einzuleiten.

Berichterstatter GR Friedrich **Strobl**: Ich bitte auch hier um Zustimmung.

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Ich eröffne die Debatte. Zu Wort gemeldet ist Frau GRin Dr Kickert. Ich erteile es ihr.

GRin Dr Jennifer **Kickert** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich spreche in Erwartung der Ablehnung des Subventionsantrages für den Verein Aids-Life durch die Freiheitliche Partei für diesen Antrag. Worum geht es hier? Der Verein Aids-Life ist, wie Sie ja alle wissen werden, ein Verein zur Unterstützung HIV-positiver und an Aids erkrankter Menschen und als Verein der Veranstalter des Life Balls. Den Life Ball kennen Sie auch alle als das

eigentlich größte Charity Event Europas im Kampf gegen Aids, eine der spektakulärsten jährlichen Großveranstaltungen in Wien und mit dieser Spektakularität sicher auch ein Event, das großes internationales Interesse und starke Aufmerksamkeit erregt.

All dieses Interesse und all diese Aufmerksamkeit gilt im Großen und Ganzen einer Arbeit und einer Botschaft, nämlich dass es wichtig ist, eine zwar schon behandelbare, aber trotzdem immer noch chronische Krankheit nicht aus dem Auge zu verlieren und genügend Geld dafür aufzubringen, dass es in nationalen und internationalen Projekten genau dazu kommt: zu Unterstützung, zu medikamentöser Behandlung und vor allem, das ist das Allerwichtigste, zur Prävention gegen diese Krankheit.

Worum geht es bei diesem Charity Event? Klarerweise um das Sammeln von Spenden, und allein ein Blick auf die Entwicklung des Spendenaufkommens über die jetzt mehr als 15 Jahre, die der Life Ball veranstaltet wird, ist schon eine Erfolgsgeschichte für sich. Im Jahr 1993 gab es einen Reinerlös von ungefähr 60 000 EUR, und letztes Jahr ist mit einem Reinerlös von 1,9 Millionen EUR schon fast die 2-Millionen-EUR-Grenze erreicht. Das finde ich sehr beachtlich. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Der Verein hat auch schon große Anerkennung für diese Arbeit erreicht, interessanterweise auch Anerkennung von unterschiedlichsten Richtungen. Ich meine zum Beispiel, dass er Träger des Tourismuspreises der Wiener Wirtschaftskammer ist, deutet darauf hin, dass dieses Event auch erkannt wird als ein Event, das die Stadt Wien international und auch für die Tourismuswirtschaft relevant ins Blickfeld stellt. Der Verein erhielt auch den Preis für Exzellenz und Innovation im Bereich humanitäres Engagement oder auch – logisch bei diesen Zahlen – 2005 zum Beispiel den Preis für das beste Event der letzten zehn Jahre.

Das, was jetzt aber neben diesen riesengroßen Erfolgswerten steht, ist immer noch der Sinn und Zweck der Spenden, ist immer noch der Grund, warum das Geld gesammelt wird, und auch da ist, finde ich, die Entwicklung dieses Events beeindruckend, denn im Laufe dieser mehr als 15 Jahre sind mehr als 35 nationale und mehr als 55 oder 57 – das weiß ich jetzt nicht genau – internationale HIV- und Aids-Projekte unterstützt worden, und zwar in mehr als 35 Ländern. Das heißt, das ist ein Verein, der in Wien ansässig, aber wirklich ein großer internationaler Player ist, der tatsächlich dafür sorgt, dass Projekte in Asien, in Afrika – in Afrika in Kenia, Südafrika, Mosambique, Uganda – und auch in Osteuropa zu ihrer finanziellen Unterstützung kommen. Das ist wichtig, weil gerade die Verbreitungs- und Ansteckungsraten, die Infektionsraten in diesen Ländern, im osteuropäischen Raum, in Afrika und in Asien, erschreckend hoch sind, wirklich erschreckend hoch, aber an Hand solcher Projekte in diesen Ländern auch gezeigt werden kann, dass allein durch Aufklärung und durch den Willen, diese Krankheit aktiv zu bekämpfen, Ansteckungsraten in der Höhe von 30 Prozent ohne Aufklärung und ohne Willen, diese Krankheit zu bekämpfen,

gesenkt werden können auf 5 Prozent.

Das ist der Hintergrund der Arbeit dieses Vereins und natürlich auch der Hintergrund für die Subvention durch die Stadt Wien, und ich finde, wir können als VertreterInnen der Stadt Wien, aber auch als BewohnerInnen der Stadt Wien stolz darauf sein, so ein international beachtetes Event zu beherbergen. – Danke. *(Beifall bei GRÜ-NEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Univ-Prof Dr Frigo. Ich erteile es ihm.

GR Univ-Prof Dr Peter **Frigo** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Herr Berichterstatter! Meine Damen und Herren!

Verzeihen Sie meine Stimme, ich bin etwas verkühlt. *(GR Heinz Hufnagl: Obwohl Sie Arzt sind?)* Ja, es trifft leider auch manchmal Ärzte.

Kurz zum Life Ball. Natürlich, keine Frage, ist der Life Ball als solches eine wirklich tolle Veranstaltung auch für Wien. Wir wissen, es geht um Prävention, um Bewusstseinsbildung. Ich habe mir das im Internet angeschaut, weil ich beim Life Ball an eine professionelle Veranstaltung denke, die natürlich Geld einspielt. Und das war ja auch der Fall. Wenn ich mir das nun anschau, so wurden im Jahr 2011 – auf der Website kann man das, wie gesagt, anschauen – 462 000 EUR für nationale Projekte und 1,7 Millionen EUR für internationale Projekte ausgeschüttet an diverse Organisationen.

Umgekehrt muss ich in Zeiten wie diesen – ein Sparpaket wurde gestern beschlossen – auch humanitär denken, und denke, dass 800 000 EUR seitens der Gemeinde Wien eigentlich ein relativ großer Brocken sind, mit dem man hier Sponsoring für dieses Life-Ball-Fest betreibt, denn das entspricht eigentlich mehr als einem Drittel der Ausschüttungen 2011. Also das ist doch ein Faktum, wo ich denke, dass man sich vielleicht etwas überlegen könnte, das eventuell für aktuellere Projekte zu verwenden.

Zum Beispiel gibt es ja jetzt den Arabischen Frühling, die Revolution, die viele Menschenleben kostet und natürlich noch kosten wird, leider Gottes, und wo auch unglaubliche Menschenrechtsverletzungen vorkommen.

Ich selbst war Ende Jänner in Libyen und konnte mir ein Bild machen. Das war ein halbes Jahr nach dem Bürgerkrieg, und es wird immer noch geschossen, in Tripolis überhaupt. Es fehlt hier wirklich an jeglichen medizinischen Fachkräften, vor allem an Spezialisten fehlt es. Es sind die hygienischen Bedingungen zur Seuchenverbreitung geeignet und untragbar. Medikamente wie Antibiotika sind eher selten, vor allem spezielle Medikamente sind gar nicht erhältlich. Ich kenne also diese Situation ein bisschen. Ich will mich jetzt nicht als der große Experte aufspielen, aber ich war dort und habe das, was ich in einer Fact-Finding-Mission machen konnte, gesehen und konnte auch selbst humanitär etwas beitragen.

Nun gibt es einen Krieg in Syrien, der ist im vollen Gange – Krieg, Bürgerkrieg, kriegerische politische Auseinandersetzung, wie immer man das nennt, das ist für mich alles dasselbe –, und man versucht, vor allem Rotes Kreuz, durch Korridore im Kriegsgebiet die Bevölke-

rung zu versorgen. Das ist relativ schwierig und bedarf natürlich auch einer immensen Anstrengung, und es fehlt hier ebenfalls an Ärzten und Schwestern. Dazu kommt – das konnte man heute in der „Kronen Zeitung“ auf Seite 4 lesen –, dass in Syrien vor allem auch Kinder in dieses Kriegsgeschehen hineingezogen werden. Sie werden zum Teil als Soldaten missbraucht, sie werden gefoltert mit Elektroschocks, sie werden getötet, sie werden absichtlich angeschossen und dann nicht medizinisch versorgt.

Da geht es also um unglaubliche Gräueltaten, was mich, was uns zu dem Schritt veranlasst hat, einen Antrag für eine humanitäre Soforthilfe zu formulieren. Ich möchte hier also folgenden Beschlussantrag stellen:

„Der Bürgermeister der Stadt Wien wird aufgefordert, für die vom Bürgerkrieg geplagte syrische Zivilbevölkerung sofort humanitäre Hilfe in Form von benötigten Lebensmitteln, Medikamenten als auch ärztlichem Personal zur Verfügung zu stellen.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung dieses Antrages verlangt.“ *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich hoffe, dass der Antrag auch Ihre Zustimmung findet und danke schön. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Zu Wort gemeldet ist GR Dr Stürzenbecher. Ich erteile es ihm.

GR Dr Kurt **Stürzenbecher** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Geschätzter Herr Berichterstatter! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich kann mich zunächst einmal voll den Ausführungen meiner Vorrednerin Dr Kickert anschließen und kann mich deshalb kurz halten. Ich teile alles, was sie gesagt hat. Sie hat sehr gut darauf hingewiesen, wie wichtig diese Subvention für den Verein Aids-Hilfe ist.

Es ist eine Tatsache, dass Aids noch immer eine Geißel der Menschheit ist, auch wenn wir natürlich medizinische Fortschritte haben, Gott sei Dank, und zumindest dort, wo es ausreichende medizinische Versorgung gibt, Aids beziehungsweise HIV nicht mehr wie in den ersten Jahren, im ersten Jahrzehnt, in den ersten 15 Jahren ein Todesurteil bedeutet, sondern es ist dann de facto eine chronische Krankheit, wobei es in vielen Fällen möglich ist, die Symptome überhaupt zurückzudrehen bis gegen null, aber es ist derzeit noch nicht heilbar.

Ich habe in einer Fachzeitung gelesen, dass jetzt angeblich wieder die Chance für realistisch erachtet wird, dass man in drei bis fünf Jahren ein endgültiges Heilmittel haben wird, aber solche Artikel habe ich leider auch schon vor zehn Jahren gelesen, und es hat sich damals leider auch nicht bewahrheitet, bei den Impfstoffen erst recht nicht. Also wir alle müssen davon ausgehen, dass wir uns mit dieser fürchterlichen Krankheit noch weiter beschäftigen werden müssen und den Opfern dieser Krankheit weiter helfen werden. In Österreich und in den hochentwickelten reichen Ländern tun wir das auf die Art, wie wir es bisher machen, aber natürlich ist es immer noch sehr problematisch in den wesentlich ärmeren Weltgegenden, wo die Medikamente nicht immer im ausreichenden Maß zur Verfügung stehen. Dort ist es besonders wichtig, dass wir im Rahmen einer Solidar-

gemeinschaft für die gesamte Erde eben den Menschen, die davon befallen sind, helfen beziehungsweise durch Prävention – das hat Frau Dr Kickert auch sehr gut ausgeführt – mithelfen, zu vermeiden, dass es überhaupt in diesem Ausmaß zu HIV oder gar zu Aids-Fällen kommt.

Dazu leistet eben der Life Ball einen sehr, sehr wichtigen Beitrag. Der Life Ball ist wirklich ein einzigartiges Ereignis in ganz Europa. Es ist kein Zufall, dass Bill Clinton hier war, der Berliner Bürgermeister Wowereit hier war, Elton John mehrmals hier war, Vivian Westwood sich beteiligt hat und viele, viele andere absolut berühmte Persönlichkeiten aus der Politik, aus der Kulturszene, aus der Kunstszene. Es ist der Life Ball auch jedes Mal für alle, die daran teilnehmen, ein beeindruckendes Ereignis. Er ist ein Ereignis, das auch wichtig ist im vorgenannten Sinn zur Bekämpfung von Aids.

So gesehen halte ich es natürlich für absolut sinnvoll, dass wir diese Subvention von 800 000 EUR beschließen. Es ist ein sehr gut eingesetztes Geld, und es dient auch dazu, dass die hohen Organisationskosten berücksichtigt werden. Durch den Erfolg der Veranstaltung wird es ja auch immer schwieriger, diverse Leistungen durch Sponsoren gratis zu bekommen. Deshalb hat sich der Verein an die Stadt Wien mit dem Ersuchen um teilweise Finanzierung der Infrastruktur, des Organisationsbüros sowie der Kosten der heurigen Veranstaltung am Rathausplatz gewendet.

Dieser Life Ball ist also wirklich eine sehr, sehr tolle Veranstaltung. Wir unterstützen gerne seine Ziele und haben hier ein Musterbeispiel für gut eingesetztes Geld. Ich halte aber, um auf den Vorredner Frigo auch einzugehen – obwohl ich mich darüber freue, dass er immerhin gesagt hat, es ist eine tolle Veranstaltung, das ist immerhin ein Anerkenntnis –, diese 800 000 EUR relativ gesehen im Gegensatz zu ihm nicht für den großen Brocken, wie er es eingeschätzt hat. Ich glaube auch nicht, dass man jetzt den Life Ball irgendwie verbinden sollte mit anderen humanitären Problemfällen, sondern wir behandeln jetzt den Life Ball und die Subvention dafür.

Wenn gerade die FPÖ jetzt Syrien anspricht, muss man schon auch dazusagen – ohne hier eine Polemik starten zu wollen –, dass gerade die FPÖ nicht unbedingt der Experte für Humanität und Demokratie im arabischen Raum ist. Immerhin haben Sie sehr, sehr lange sehr engen Kontakt mit Saddam Hussein gehabt; Jörg Haider war mehrmals dort. *(GR Mag Wolfgang Jung: Wer war in Nordkorea?)* Es war zwar immer die Frage, ob er wirklich Saddam Hussein getroffen hat oder sein Double, aber Faktum ist, dass er sehr engen Kontakt gepflogen hat. Es war auch so, dass Scheibner ... *(GR Mag Wolfgang Jung: War nicht der Häufl in Moskau als Student?)* Sie können sich ja zu Wort melden. Scheibner war Präsident der Österreichisch-Syrischen Gesellschaft, als Assad schon Präsident war. Und die Kontakte zu Libyen brauche ich hier nicht näher auszuführen, die Jörg Haider gehabt hat, der unter sehr fragwürdigen Bedingungen mit Libyen zusammengearbeitet hat. Ich meine jetzt gar nicht den Kollegen Lasar, der runtergefahren ist in Kriegszeiten. Das ist etwas, was ich indivi-

duell durchaus akzeptiere, auch wenn es nicht den Erfolg gehabt hat, den er sich vorgestellt hat. Also das meine ich nicht. Aber ich meine, dass die Art, wie Jörg Haider mit Libyen umgegangen ist, auch kein Beitrag für die Demokratisierung im arabischen Raum war. Und so gesehen, meine ich, die FPÖ ist kein Experte für Demokratie, Menschenrechte und Humanität im arabischen Raum. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

In diesem Sinn meine ich auch, dass man ruhig diskutieren soll, wie wir humanitäre Hilfe im gegebenen Zusammenhang starten können. Ich kann mich erinnern, dass wir schon öfter für arabische Kinder aus anderen Ländern große medizinische Hilfe geleistet haben. Ich kann mir durchaus vorstellen, dass das auch diesmal geprüft wird. Aber wie mir mein Freund Omar Al-Rawi gesagt hat, ist es bei Syrien derzeit auch nicht das Problem, dass man dort generell zu wenig Lebensmittel hätte – vielleicht in einer belagerten Stadt kurzfristig –, sondern das Problem dort ist, dass endlich das syrische Volk sich befreit von diesem Tyrannen. Das steht jetzt im Vordergrund.

Man wird natürlich auch in geeigneter Weise seitens der Stadt Wien schauen, ob man humanitär helfen kann. Aber dazu brauchen wir wirklich keinen Antrag der FPÖ in dieser Form, und deshalb lehnen wir diesen ab. – Danke schön. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Akkilic. Ich erteile es ihm.

GR Senol **Akkilic** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Herr Berichterstatter! Werte Kollegen und Kolleginnen!

Zum Geschäftsstück hat meine Kollegin Jennifer Kickert hervorragend vorgetragen, wofür das Geld eingesetzt wird und dass es sehr nützlich eingesetzt wird, aber ich möchte mich zu dem Antrag von den Freiheitlichen ein bisschen äußern.

Als ich diesen Antrag gelesen habe, habe ich mir gedacht, ich lese jetzt einen schlechten Witz, einen schlechten Witz deshalb, weil ich mir denke, der Herr Gudenus hat jetzt wahrscheinlich ein schlechtes Gewissen bekommen, nachdem er beim Herrn Kadyrow war, der ja sehr viele Menschen auf dem Gewissen hat, der ja Demokratie und Freiheit in Tschetschenien in keinsten Weise kennt, der Menschen, die sich für ihre Rechte einsetzen, in die Gefängnisse steckt, und der Menschen sogar in Europa verfolgt und mordet. Dann kommt der Herr Gudenus daher und möchte sich für Menschenrechte einsetzen, möchte sich für Kriegsoffer einsetzen, möchte sich für Demokratie im arabischen Raum einsetzen. – Na geht's noch? Wie konsequent sind Sie?

Der Herr Stürzenbecher hat ausführlich Ihre Beziehungen zum arabischen Raum zu erklären versucht. Ich frage mich, was der Herr Frigo dort geleistet hat. Vielleicht hat er nach neuen Sponsoren für die FPÖ gesucht, sage ich jetzt einmal. Der Herr Lasar war ja auch im arabischen Raum. *(Zwischenruf von StR David Lasar.)* Ja, Sie fahren immer wieder dorthin und kommen dann her, um in Österreich über Islam und Araber und Araberinnen zu schimpfen. *(StR David Lasar: Über den Islam habe ich nichts gesagt!)* Auch Ihr Parteigeneralsekretär

Vilimsky hat gesagt, die Araber sind kulturferne Menschen. Und Sie machen sich jetzt stark für die Araber und Araberinnen? Inkonsequent! Unglaublich!

Damit der Herr Gudenus ein bisschen glaubwürdiger wirkt – ein bisschen, sage ich jetzt einmal –, sollte er sich einmal für seinen Besuch beim Herrn Kadyrow entschuldigen. Ist ja nichts Schlechtes daran, wenn er sagt, ich habe einen Fehler begangen. Ich habe einem Mörder die Hand gereicht. Das war einer der größten Fehler meines Lebens, die ich begangen habe. – Nur, diese Reife und diese Güte hat der Herr Gudenus nicht, weil er seine doppelte Strategie nicht in Gefahr bringen will. Also denke ich mir, ist dieser Antrag, der von der FPÖ gestellt wird, eine reine Heuchelei.

Außerdem ist es interessant, den Satz nachzulesen: Die Stadt Wien unterstützt neben vielen Entwicklungshilfevereinen im Ausland auch immer wieder humanitäre Hilfseinsätze. – Ja, das stimmt. Das sind jene Hilfsvereine, die wir unterstützen und wo Sie immer dagegen stimmen, dass sie im Ausland Menschen helfen. (*Ironische Heiterkeit bei den GRÜNEN. – Zwischenrufe bei der FPÖ.*) Das sind jene Vereine, die im Rahmen der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit in anderen Teilen der Welt unter anderem eben auch dafür sorgen, dass Menschen bessere Lebensverhältnisse vorfinden können, dass Empowerment betrieben wird, dass Menschen, die auf der Strecke gelassen worden sind, eine Unterstützung bekommen, damit sie wieder auf die Beine kommen können. Dazu sagen Sie Nein, aber wenn es Ihnen passt, nehmen Sie das in den Antrag hinein.

Herr Nepp, ich sage Ihnen noch was – dazu habe ich mich per OTS nicht geäußert –: Als ich den Besuch von Herrn Gudenus bei Kadyrow kritisiert habe, haben Sie eine Entgegnung geschrieben. Wissen Sie, was er geschrieben hat? Leute wie Akkilic sind eine Gefahr für die Stadt Wien, und er ist die Speerspitze der Asylmafia im Wiener Gemeinderat. (*GR Prof Harry Kopietz: Das ist ungeheuerlich!*)

Ich verlange von Ihnen eine Entschuldigung. Ich verlange von Ihnen eine Entschuldigung oder legen Sie einmal Beweise vor! (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Also in dem Sinn brauchen wir keine Demokratie- und Menschenrechtslehre von der Freiheitlichen Partei. Wir werden diesem Antrag nicht zustimmen. – Danke schön. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ. – StR David Lasar: Sie könnten sich freuen, dass wir so einen Antrag stellen!*)

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Mag Jung. Ich erteile es ihm.

GR Mag Wolfgang **Jung** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrte Vorsitzende! Meine Damen und Herren!

Nur ganz kurz zur Gedächtnisauffrischung für die vor mir sitzende SPÖ. Sagt Ihnen der Name Ben Ali was? Sagt Ihnen der Name Mubarak was? (*GR Prof Harry Kopietz: Brauchen wir nicht!*) Brauchen wir nicht. Aber die waren bis 2011 Mitglieder der Sozialistischen Internationale, und da haben Sie sie gebraucht. Und das ist die klassische Heuchelei, die hier dauernd vorkommt.

Ich erinnere zum Beispiel auch an ein sehr hochran-

giges Mitglied der SPÖ, jemand, der seine Mitgliedschaft jetzt, nehme ich an, ruhend gestellt hat und der auch Chef der Österreichisch-Nordkoreanischen Freundschaftsgesellschaft war. Brauchen wir nicht! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zu Wort ist niemand mehr gemeldet. Der Herr Berichterstatter verzichtet auf das Schlusswort.

Wir kommen nun zur Abstimmung, die wir getrennt durchführen.

Zuerst stimmen wir ab über Aids-Life, Verein zur direkten Unterstützung von HIV-positiven und an Aids erkrankten Menschen über die Subvention von 800 000 EUR, die hier vorgeschlagen sind. Ich bitte jene Damen und Herren des Gemeinderates, die dieser Förderung ihre Zustimmung erteilen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. – Die Zustimmung liegt vor von ÖVP, SPÖ und GRÜNEN. (*GR Prof Harry Kopietz: So schaut's aus!*) Das ist somit mehrheitlich, gegen die Stimmen der FPÖ, angenommen.

Wir kommen nun zu den anderen Subventionen der Postnummer 4, und ich ersuche jene Damen und Herren, die der Postnummer 4 in dieser Form die Zustimmung erteilen, um ein Zeichen mit der Hand. – Die restlichen Subventionen der Postnummer 4 sind somit einstimmig angenommen worden.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den vorliegenden Beschlussantrag der FPÖ-Gemeinderäte Gudenus, Frigo betreffend humanitäre Hilfe für Syrien. In formeller Hinsicht ist die sofortige Abstimmung des Antrages verlangt. Wer diesem Beschlussantrag seine Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. – Der Antrag wird vom Antragsteller unterstützt. Er hat somit nicht die erforderliche Mehrheit und ist abgelehnt. (*GR Prof Harry Kopietz: So ist es!*)

Es gelangt nunmehr Postnummer 5 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft Subventionen an Sportorganisationen aus den Sportförderungsmitteln 2012. Ich bitte den Berichterstatter, Herrn GR Vettermann, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter GR Heinz **Vettermann**: Ich bitte um Zustimmung zum eben einreferierten Aktenstück.

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zu Wort gemeldet ist Frau GRin Schütz. Ich erteile es ihr.

GRin Angela **Schütz** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Berichterstatter!

Sport und Sportförderung – das ist ein wichtiges Thema, nicht nur für junge Leute, es ist für alle Bevölkerungsgruppen und in jeglicher Hinsicht wichtig. Ich greife jetzt einen Bereich davon heraus, und zwar besitzt die Stadt Wien für 1,7 Millionen Einwohner nur ein einziges Schwimmsportzentrum in der Größe wie das Stadthaltenbad, und in dieser trainiert auf Grund der vorherrschenden Trainings- und Wettkampfbedingungen auch der Wiener Nachwuchs.

Wohin diese Entwicklung, nur eine einzige derartige Sportstätte in dieser Größe zu haben, führen kann, sieht man jetzt bei der Renovierung des Stadthaltenbades. Man kann wirklich nahezu wöchentlich eine Hiobsbot-

schaft in der Zeitung lesen, und das ist nicht unbedingt wünschenswert. So wie es aussieht, wird sich da auch in nächster Zeit nichts tun, weil man nicht weiß oder es einfach nicht wissen will, was eigentlich das Problem ist.

Jetzt haben wir in der Donaustadt ein Stadtentwicklungsgebiet, das noch dazu Seestadt Aspern heißt, und dieses bietet sich eigentlich hervorragend für ein Schwimmsportzentrum in der Größe der Stadthalle oder sogar vielleicht noch größer an, um international auch mithalten zu können. Im 21. und 22. Bezirk wohnen ja über 300 000 Menschen – da sind jetzt die Umlandgemeinden gar nicht mitgezählt –, und wenn man bedenkt, dass das eines der größten Stadtentwicklungsgebiete ist, so kann man schon davon ausgehen, dass sich da in den nächsten Jahren einiges tun wird. Zusammen mit dem 2. und dem 20. Bezirk, die ja dann strategisch verkehrsmäßig gar nicht so ungünstig zu erreichen sind, wird das in etwa 500 000 Menschen, Tendenz steigend, umfassen.

Das neue Schwimmsportmekka soll aber nicht nur dem Spitzensport dienen, sondern natürlich auch dem Schul- und dem Breitensport zur Verfügung stehen. Man könnte diesen Masterplan Seestadt Aspern, so wie er jetzt vorliegt, auf jeden Fall noch dahin gehend ändern, denn wir haben ja auch die direkte Anbindung an die U2. Das ist nett und könnte sich noch realisieren lassen.

Ein bisschen verwundert oder amüsiert hat mich der mir vor kurzer Zeit auf den Tisch geflatterte Antrag der SPÖ-Gemeinderäte gemeinsam mit den GRÜNEN. Das muss wohl daran liegen, dass die SPÖ keine eigenen Ideen hat, und wohl in Ermangelung von eigenen Anträgen jetzt die Anträge der FPÖ kopiert. Was mich schon erstaunt hat, ist, dass Sie es nicht wie das letzte Mal gemacht haben, wo Sie einfach eins zu eins mit Copy & Paste eingefügt und dann abgegeben haben, denn das machen Sie ja ganz gerne. Beim letzten Mal haben Sie es ja auch so gemacht. Wenn da Toni Mahdalik draufsteht, sind die Anträge gut, und dann müssen sie halt kopiert werden.

Aber vielleicht liegt das einfach auch daran, dass es in letzter Zeit so viele wohlwollende Artikel in den Tageszeitungen und im Bezirksjournal gegeben hat, wo so viel positive Rückmeldung zu dieser Idee der Freiheitlichen für dieses Schwimmsportzentrum in Aspern gekommen ist. Da hat sich die SPÖ gedacht, auf diesen fahrenden Zug muss sie jetzt noch ganz schnell aufspringen, denn es könnte ja sonst sein, dass ihr da etwas entgeht. Vielleicht lag es auch daran, dass der BV Scheed in der Bezirkszeitung auch gesagt hat, ja, das ist eine gute Idee, das kann er sich gut vorstellen. Da musste GR Reindl dann sofort in Vorlage treten. Wahrscheinlich hat ihm sein Bezirkschef auch auf den Deckel geklopft und gesagt: „Sag einmal, warum bist du denn nicht selber auf die Idee gekommen? (Beifall bei der FPÖ.) Jetzt müssen wir den von den Freiheitlichen kopieren. Mach schnell einen Antrag und bring den ein, damit wir nicht so aus der Wäsche schauen, als würden wir nichts tun!“

Die Unterstützung aus der Bevölkerung ist auf jeden Fall da, offensichtlich auch von der Bezirkspolitik, aber auch von Seiten der Planer, die sich hier schon positiv

und wohlwollend geäußert und gesagt haben, der Platz dafür wäre da.

Auch muss ich sagen, es ist eine einzigartige Chance, auch über der Donau den Sport weiter aufzuwerten. Ich stelle daher gemeinsam mit den GRen Toni Mahdalik, Dr Alfred Wansch und Karl Baron sowie allen Mitunterzeichnern gemäß § 27 Abs 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderats für Wien nachfolgenden Beschlussantrag:

„Der Gemeinderat spricht sich dafür aus, dass die Errichtung eines modernen Schwimmsportzentrums in der Seestadt Aspern geprüft wird.

In formelle Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung.“ – Danke. (Beifall bei der FPÖ.)

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zu Wort gemeldet ist GRin Mag Anger-Koch. Ich erteile es ihr.

GRin Mag Ines **Anger-Koch** (ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrter Herr Berichterstatter! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich grinse jetzt wie ein frisch lackiertes Hutschpferd, weil ich mich wahnsinnig freue über diesen Antrag, den ich da von euch bekommen habe. Dass Sie einer Machbarkeitsstudie für ein Schwimmsportzentrum eventuell zustimmen, das freut mich sehr. Ich möchte mich auch bedanken, dass Sie jetzt auch auf Druck der ÖVP und auf Grund des im Februar eingebrachten Antrages, den wir gemeinsam mit der FPÖ gemacht haben, endlich ein Zeichen setzen.

Ich möchte mich aber jetzt auch sehr bei meiner Kollegin Isabella Leeb bedanken, weil sie durch die Schließung des Stadthallenbades hier investigativ vorgegangen ist. Sie hat die Missstände auf eine Art und Weise ans Tageslicht gebracht, so wie es die Wiener und Wienerinnen eigentlich verdient haben, ebenso auch unsere Vereine, die uns da auch sehr geholfen haben, um aufzuzeigen, was eigentlich die Problematik ist, wenn so ein Riesenbad nicht weiterbetrieben wird, und was eigentlich für ein Schaden entsteht, gerade auch für den Spitzensport.

Insofern finde ich es toll, dass Sie jetzt doch noch diesen Antrag eingebracht haben, und wir werden diesem Antrag selbstverständlich zustimmen. – Danke schön. (Beifall bei der ÖVP.)

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Mag Reindl. Ich erteile es ihm.

GR Mag Thomas **Reindl** (Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrter Herr Berichterstatter! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Zu meinen Vorrednerinnen möchte ich nur sagen: Dass wir, wie Sie behaupten, in Wien, was den Sport betrifft und insbesondere den Schwimmsport betrifft, so schlecht dastehen, das weise ich einmal zurück. Ich darf schon darauf hinweisen, dass wir 37 Bäder in Wien haben, und zwar Hallenbäder, Kombibäder, Sommerbäder. Das ist für eine Weltstadt einzigartig. Wir haben auch in Bezug auf ganz Österreich das höchste Angebot an Bädern.

Wenn hier auch das Stadthallenbad angesprochen

wurde, so glaube ich, dass es von der Stadt eine sehr, sehr große Leistung war, den Entschluss herbeizuführen, das Bad unter den gegebenen Rahmenbedingungen zu sanieren. Es steht aber einer Stadt auch zu, dass sie, wenn man das Gefühl hat, dass die privatwirtschaftlichen Firmen, die dort arbeiten, nicht in der Lage sind, das Bestellte abzuliefern, dann auch die notwendigen Schritte setzt, indem sie einen gerichtlichen Baustopp herbeiführt und eine Sachverhaltsdarstellung macht. Das Verfahren ist hoffentlich bald abgeschlossen, auch hinsichtlich der Feststellung, wer verantwortlich ist für die Mängel, die aufgetreten sind.

Es stimmt auch nicht, dass das Stadthallenbad nicht weiter betrieben wird, Frau Kollegin Anger-Koch. Es ist im Moment in einer Umbauphase. Wenn es fertig ist, wird es wiedereröffnet werden, und der Sportbetrieb – sowohl Breitensport als auch Spitzensport – wird dort normal Fuß fassen können.

Was wir wollen, ist eine seriöse Prüfung. Wenn wir in Wien ein weiteres Schwimmsportzentrum haben wollen, so soll geprüft werden, wo wir es haben möchten. Wenn ich die FPÖ-Wünsche für das Flugfeld Aspern, die in den letzten 15 Jahren auf Bezirksebene oder auch hier im Haus gekommen sind, zusammenzählen würde, müssten wir wahrscheinlich ganz Wien verbauen. Jede Idee, die irgendwo auftaucht, soll aufs Flugfeld Aspern, ganz egal, was es ist. Und das lehnen wir ab.

Wir sind für gute Planung, wir sind für gute Vorbereitung, und daher stellen wir heute auch den Antrag, dass vor der Errichtung eines Schwimmsportzentrums geprüft werden soll – gemeinsam auch mit dem Schwimmverband –, wo wir hier in Wien so eine entsprechende Infrastruktur zur Verfügung stellen wollen.

Es stimmt auch nicht, dass, wie hier behauptet wurde, die Spitzensportler in Wien nicht genügend Platz zum Trainieren haben. Wir haben ja eine Ausweglösung im Stadionbad gefunden. Es ist auch nicht richtig, dass es nördlich der Donau nicht möglich ist zu schwimmen. Wir haben im Floridsdorfer Bad eine 50-Meter-Bahn, wir haben das Hallenbad Donaustadt und weitere Bäder.

Ich frage mich auch, wenn mancher Spitzensportler via Medien so jammert, wie schlimm die Trainingsbedingungen in Wien sind, warum er dann nicht im Umland von Wien trainiert, sondern ins Ausland geht. Warum geht er nicht in ein anderes Bundesland? Das sollte man auch einmal hinterfragen, warum das so ist, und nicht immer nur mit dem Finger auf Wien zeigen. (GRin Ing Isabella Leeb: Wann machen Sie was?) Ich glaube, wir stellen eine sehr, sehr gute Infrastruktur zur Verfügung.

Zum Abschluss darf ich noch den Antrag einbringen. Ich würde mich freuen, wenn Sie alle diesem gemeinsamen Antrag der Kolleginnen und Kollegen der SPÖ und der Grünen Fraktion betreffend eine Machbarkeitsstudie zum Schwimmsport zustimmen würden. Wir wollen damit eine langfristige und sichergestellte Planung machen, und ich bitte Sie um Zustimmung zu diesem Antrag. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zu Wort gemeldet ist Frau GRin Ing Leeb. Ich erteile es ihr.

GRin Ing Isabella **Leeb** (ÖVP-Klub der Bundeshaupt-

stadt Wien): Herr Mag Reindl, ich versuche, es möglichst sachlich und kurz zu machen. Wir haben heute über den Schwimmsport gesprochen. Ich weiß nicht, mit wem Sie reden, wir reden sehr viel mit den Sportlern. Und wenn Sie hier wieder einmal das Land mit Milch und Honig ausrufen, so ist dem nicht so.

Die Turmspringer haben seit 1930 heuer das erste Mal die Qualifikation für die Olympischen Spiele nicht erreicht.

Wenn Sie das Bad anpreisen, wo die Schwimmer jetzt trainieren, dann darf ich Ihnen mitteilen, dass ab 1. Mai im Stadionbad wieder Publikumsschwimmen ist und sich jeder einzelne Spitzensportler persönlich um seine Wettkampfzeiten mit den Breitensportlern raufen darf.

Wenn Sie die Synchronschwimmer anrufen, werden die Ihnen mitteilen, dass sie ab Juni drei Trainingseinheiten zur Verfügung haben.

Wenn Sie hier sagen, die Schwimmsportler sollen in das Umland ausweichen – wir reden ja jetzt über alles Mögliche, nur nicht über Wien –, dann finde ich das ziemlich bemerkenswert, denn hier soll Politik für Wien gemacht werden.

Und wenn Sie jetzt von dieser Stelle die Firmen desavouieren wollen, die beim Umbau des Stadthallenbades tätig waren, dann sage ich Ihnen, das ist nicht Ihre und das ist auch nicht meine Aufgabe. Unsere Aufgabe ist es, die Verantwortlichen, die politisch Verantwortlichen für die Misere rund um das Stadthallenbad herauszuarbeiten. Es kann nicht sein, dass man bei einem 17-Millionen-Umbau eineinhalb, 2 Jahre auf Tauchstation geht, sich dann hinstellt und sagt, man hat nichts gewusst, man ist nicht informiert worden. Aber ich verspreche Ihnen, Sie werden hier in diesem Haus noch Gelegenheit genug haben, darüber zu sprechen. (Beifall bei der ÖVP.)

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zu Wort ist niemand mehr gemeldet. Der Berichterstatter hat das Schlusswort.

Berichterstatter GR Heinz **Vettermann**: Ja, ganz kurz, denn zum Akt selbst ist sozusagen nicht wahnsinnig kontroversiell gesprochen worden. Ich habe auch keine Desavouierung festgestellt bei den Worten des Kollegen Reindl, der da auf die Firmen losgegangen wäre. Ich glaube auch, insgesamt den Tenor zu vernehmen, dass ein Schwimmbadzentrum gewünscht ist, denn wenn alles ursuper wäre und total gut abgedeckt, hätte ja auch dieser Antrag keinen Sinn.

In diesem Sinne erwarte ich hier einen breiten Konsens, sowohl was das Aktenstück als auch die Diskussion betrifft. Das finde ich erfreulich im Sinne des Wiener Sports, der ja in dem Poststück auch behandelt wird. – Danke. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Wir kommen nun zur Abstimmung. Ein Gegen- oder Abänderungsantrag wurde nicht gestellt. Ich bitte also jene Damen und Herren des Gemeinderates, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. – Ich mache noch eine Gedenksekunde (da bei ÖVP und FPÖ nur zögerlich einige Arme gehoben werden) für alle, die es noch nicht wissen, und frage noch einmal: Wer

möchte dem Aktenstück die Zustimmung erteilen? – Es liegt die einstimmige Zustimmung zur Postnummer 5 vor.

Wir kommen nun zur Abstimmung der Beschluss- und Resolutionsanträge.

Der erste wurde eingebracht von der FPÖ zum Schwimmsportzentrum Aspern. Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Beschlussantrag die Zustimmung erteilen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. – Es liegt die Zustimmung von ÖVP und FPÖ vor (*Ruf bei der FPÖ: Und Aigner!*) und von Herrn Dr Aigner. Das ist nicht die erforderliche Mehrheit. Somit ist der Antrag abgelehnt.

Der zweite Antrag wurde seitens der SPÖ und der GRÜNEN eingebracht, und zwar von Reindl, Vettermann, Yilmaz, Meidlinger, Novak, Peschek, Straubinger, Wehsely, Wutzelhofer, Ellensohn, Kickert betreffend die Machbarkeitsstudie zum Schwimmsportzentrum. In formeller Hinsicht wird auch hier die sofortige Abstimmung verlangt. Ich bitte also jene Damen und Herren, die dem Beschlussantrag die Zustimmung erteilen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. – Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Es gelangt nunmehr Postnummer 8 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft Zuschüsse für Kinderbetreuungseinrichtungen. Ich bitte den Berichterstatter, Herrn GR Vettermann, die Verhandlung einzuleiten!

Berichterstatter GR Heinz **Vettermann**: Auch in diesem Fall plädiere ich für Zustimmung.

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Ich eröffnet die Debatte. Zu Wort gemeldet ist Frau GRin Ing Leeb. Ich erteile es ihr.

GRin Ing Isabella **Leeb** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Vorsitzende!

Ich möchte hier ein klares Bekenntnis zum Ausbau von Kindergartenplätzen abgeben. Nichtsdestotrotz können wir nicht allen Betreibern, die da heute angesucht haben, unsere Zustimmung geben. Ich möchte das hier und heute noch einmal kurz begründen, weil ich gestern ein bisschen ein Erlebnis der dritten Art gehabt habe, als mich eine Journalistin angerufen und gemeint hat, die ÖVP und die Freiheitlichen werden heute den Ausbau der Kinderbetreuungsplätze blockieren. Das hat mich ein bisschen amüsiert, denn wir zu zwölf können maximal die Tür blockieren, wenn wir uns alle in den Türrahmen hineinstellen, aber wir können sicher kein Aktenstück blockieren. Deswegen fühle ich mich doch bemüßigt, das heute noch einmal zu erklären.

50 Träger sind eingereicht, bei 8 Trägern haben wir leider Gottes auch nach eingehender Recherche nicht herausfinden können, was da jetzt genau dahintersteht. Ein Träger ist dabei – das wurde auch schon medial abgefeiert, das ist überhaupt sehr spannend –, da ist zur Fünfjahresfeier ein gewisser Herr Ahmad von Denffer eingeladen gewesen, eine, sage ich jetzt einmal, eher fragwürdige Persönlichkeit, und diesem Verein, denke ich, sollten wir unsere Kinder nicht wirklich anvertrauen. Deswegen lehnen wir das auch ab.

Aber im Prinzip geht es darum, dass wir auch ersuchen, was die Information der Opposition betrifft, doch ein bisschen über den Schatten zu springen. Ich nehme

nicht an, dass Sie was verbergen wollen, aber wenn Sie für jeden Verein nicht mehr als so ein A4-Blatt vorlegen, wo man einen Betrag feststellen kann und eventuell eine Adresse – viele dieser Vereine haben nicht einmal eine Homepage, wo man sich informieren könnte –, dann ist das zu wenig, und ich bitte doch, wenn wir die Mitverantwortung übernehmen sollen, dann informieren Sie uns offen und ehrlich. Dann tragen wir die Verantwortung gerne mit, aber mit so einer Information müssen wir die Mitverantwortung nicht übernehmen.

Noch einmal: Es sind lediglich 8 von 50 Trägern. Alle anderen kennen wir, da ist es in Ordnung. Wir werden uns auch bemühen, diese 8 Träger im nächsten Jahr vielleicht sogar selbst zu besuchen, dann wird es nächstes Jahr ein Leichtes sein, die Verantwortung mit Ihnen zu teilen. – Herzlichen Dank. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Ellensohn. Ich erteile es ihm.

GR David **Ellensohn** (*Grüner Klub im Rathaus*): Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren!

Diese 50 neuen Kindergärten, Kindergruppen sind enorm wichtig für die Stadt, und deswegen sollte eigentlich Jubel ausbrechen, wenn man wieder welche macht. Das kostet genügend Geld, logisch, anders geht das nicht mit Dienstleistungen, aber die brauchen wir, erstens, damit die Kinder einen Platz haben, wo sie auch etwas dazulernen – wir wissen, das ist eine Bildungseinrichtung –, zweitens, damit die Familien und vor allem die AlleinerzieherInnen überhaupt eine Chance bekommen, ihr ganzes Leben organisieren zu können. Das geht nämlich nicht so leicht, wenn der Kindergarten zu Mittag zusperrt, das geht nicht so leicht, wenn es viel zu wenig Plätze gibt.

Ich war in dem entsprechenden Ausschuss und ich höre da jetzt salbungsvollere Worte und habe zur Kenntnis genommen, dass die FPÖ dort zusätzliche Informationen für alle 50 Gruppen verlangt hat, die gefördert werden. Der Ton war ganz moderat, nämlich wir wollen das und das wissen. Da hat es offensichtlich eine Antwort gegeben. Ob die ausreichend ist oder nicht, müssen die beantworten, die die Antwort bekommen haben. Aber interessanter war in dem Ausschuss das Abstimmungsverhalten der Volkspartei. Die haben nämlich nicht gesagt, wir wissen es 50 Mal nicht, und es hat auch alle gewundert, denen ich das dann so weitergegeben habe. (*Aufregung bei GRin Ing Isabella Leeb.*) Die hat das nicht gewundert, dass sie nicht 50 Mal Ja oder 50 Mal Nein sagen, sondern sich gezielt welche rauspicken. Da kenn' ich mich nicht aus, da kenn' ich mich schon aus, da kenn' ich mich nicht aus, da kenn' ich mich schon aus. Und dann kommt dazu, was JournalistInnen einen fragen, wenn sie anrufen, nämlich angefütert in dem Fall mit einer Information von der ÖVP, die alt ist, eine alte Information, die die „Kronen Zeitung“ vor Jahren aufgegriffen hat, war in einem der betroffenen Kindergärten jemand dort, der offensichtlich in die Kategorie Hassprediger oder was Ähnliches fällt. Der Verein dort hat gesagt, selbstverständlich nie wieder eingeladen, würden wir nicht einladen, haben wir damals nicht gewusst, hat dort keine Rolle gehabt und gar nichts, war halt dort,

wollen wir nicht, gibt es auch nicht mehr, liegt Jahre zurück.

Jetzt kommt man drauf, dass man das anfeuern will und sucht sich von diesen 50 Vereinen praktisch jene aus - Kindergarten mit Migrationshintergrund ist schwierig zu sagen, weil in Wien haben nahezu alle Kindergärten Migrationshintergrundkinder dabei, das ist logisch -, die ein bisschen ausländischer klingen, und die sind auf die Liste gekommen. Es würde jetzt viel besser passen, wenn es umgekehrt gewesen wäre. Aber jetzt sage ich es noch einmal, während die FPÖ einfach hier Informationen verlangt hat und gesagt hat, ich will es 50 Mal wissen, was eine normale Frage ist, was immer damit intendiert ist, aber das ist einmal soweit eine normale Frage, haben Sie sich gezielt welche rausgepickt und überall dort, wo es heißt „Beirun“ - das ist nichts. Und wie heißen die anderen? Die heißen „Ikra“ - das ist auch nichts, da weiß ich es nicht genau. Seit Jahren, das sind ja nicht lauter neu erfundene Träger, die noch nie da waren. Da könnte man nämlich jetzt auch sagen, okay, komplett neu erfunden, haben noch nie etwas gemacht in dieser Stadt, niemand kennt die handelnden Personen, aber über die sind ja da schon öfter Abstimmungen gewesen. Die Österreichische Volkspartei hat ja auch gewusst, worüber sie abstimmt. Es ist ja nicht so, wie wenn alles neu erfunden wäre und Sie das nicht gewusst hätten.

Ich persönlich war, muss ich ehrlich sagen, nicht nur schwer überrascht, sondern ich halte es für einen Weg, den die ÖVP in der Frage geht, da können Sie nicht einmal sagen Schwarz-Blau zusammen, weil die FPÖ das in dem Fall in dem Ausschuss gar nicht gemacht hat, sondern es ist das ein Versuch, ein Überholmanöver zu machen, ich weiß nicht, rechts außen vorbei an den Freiheitlichen. Auf jeden Fall sehr ärgerlich, weil überhaupt kein einziger Vorwurf mitgekommen ist, sondern: Na, denen vertraue ich nicht, das will ich wissen. Und jetzt sollte man angesichts einer Situation, wo in Wien - und Kindergärten und Schulen und alles kann überall besser werden, aber in Wien haben wir Kindergärten für fast alle. In Wien gibt es Kindergärten, die am Nachmittag offen haben in großer Zahl, nicht wie in Vorarlberg, dort gibt es irgendwo einen, der hat eine Woche am Vormittag offen und eine Woche am Nachmittag offen. Das ist ganz praktisch für die Frauen, weil da können sie sich sicher keine Hack'n suchen zum Arbeiten gehen. Also das ist genau ein Modell, wo ich sage, na, das ist auch ein bisschen früher. Der Schichtbetrieb der Firmen nimmt leider keine Rücksicht und wir sind da in einer Gegend, wo da nicht so viel Industrie ist, wo das in einem Tal hinten stattfindet. Auch wenn in Vorarlberg sonst die Arbeitsplatzsituation noch erträglich ist.

Aber wenn wir die Kindergartensituation in Wien vergleichen, wo wir immer noch einen Gratiskindergarten anbieten, wenn ich das mit den anderen Bundesländern vergleiche, wo es öfters einmal den Vormittag gratis gibt, aber sonst ein Kostenaufwand ist. Und da könnte man jetzt lange Listen vorlesen, was kostet das in den einzelnen Bundesländern, in den einzelnen Städten. Das mache ich jetzt nicht, aber das macht für jede Familie

schnell einmal pro Kind einen Unterschied im Jahr von einem Tausender oder von 2 000.

Ich nehme einfach die gleiche Familie und lasse sie nach Tirol übersiedeln und nehme die gleiche Menge an Kindergarten - falls ich überhaupt einen finde, der so lange offen hat - in Anspruch und schon kostet mich das einen Tausender pro Kinder, habe ich zwei drinnen, bin ich 2 000 EUR hinten im Vergleich zu Wien. Das kann ich mit jedem beliebigen Bundesland in jeder einzelnen Stadt, in jedem Dorf machen. Das ist eine Entlastung für Familien in der Stadt. Wenn ich das vergleiche, jetzt müssen Sie einmal rechnen, wie lange Sie brauchen, bis Sie 2 000 EUR mit irgendwelchen Gebühren und sonst was zusammenbringen, noch dazu, wo ja diese in anderen Bundesländern sonst auch nicht kostenlos sind. Wenn Sie das vergleichen, wissen Sie, dass Familien mit Kindern, AlleinerzieherInnen, die Kinder aufziehen, hier, wenn die Kinder im Kindergarten sind, eindeutig am günstigsten fahren. Dazu kommt natürlich, und alle legen einen Wert darauf, dass die Qualität passt, na no na net. Alle werden kontrolliert, jede Subvention, die ausgegeben wird, die Praxis sollte man ja auch mittlerweile kennen. Das läuft ja nicht so, dass sie alle das Geld haben und dann machen sie irgendwas, sondern die bringen Abrechnungen, wie viel sie brauchen. Die Beträge, die sie bekommen, sind unterschiedlich für einen Hort, für eine Kindergruppe, für einen normalen Kindergarten - all das sollten Sie eigentlich wissen. Und dann hergehen und in diesem Ausschuss nach meiner Meinung, tut mir leid, in einer schäbigen Art und Weise die rauspicken, die irgendwie klingen als ob sie nicht in der 17. Generation von hier wären, das passt mir überhaupt nicht und das habe ich auch nicht erwartet. So gesehen war die Wortmeldung hier moderat, und ich hoffe, dass wir auf diesen moderaten Kurs zurückkehren können. Wir schauen uns den Kindergarten an. Wenn was nicht passt, dann schaut man sich das an. Niemand von uns hat Interesse, dass irgendwo was schief läuft. Alle Kinder sollen beste Chancen bekommen. Das bekommen sie in Wien besser als in anderen Bundesländern. Das soll nicht nur so bleiben, sondern das soll besser werden.

Wir sind im Moment die kinderfreundlichste Stadt in Österreich. Das wollen wir auch weiterhin bleiben, es ist nach wie vor ein großes Ziel, der Bürgermeister hat das auch oft gesagt. Der kostenlose Kindergarten ist leider bei allen anderen, die ihn einmal hatten, teilweise für Drei- und Vierjährige, überall abgeschafft worden - Kärnten, Steiermark, die große Reformpartnerschaft - überall wieder gestrichen worden, überall war es eine Einführung auf Probe. In Kärnten hat man es einmal gemacht für die Vierjährigen. Kaum haben sie mit dem Geld Schwierigkeiten gehabt, in Kärnten weiß man, wo es überall hin verschwindet, war das nicht mehr möglich, sondern die Eltern kriegen alle eine Rechnung heimgeschickt. Die zahlen halt alle mit für die Hypo Alpe-Adria Bank, zahlen alle mit, ist klar. Unter anderem, indem man halt jetzt jedem Vater und jeder Mutter Geld rausnimmt, wenn ein Kind im Kindergarten ist. So ist es.

Sind wir froh, dass wir in Wien auf die Qualität der Kindergärten schauen und sind wir froh, dass wir 50

Gruppen haben, die wir jetzt zusätzlich hier fördern können. Ganz sicher mit großer Begeisterung ein Ja von den gesamten GRÜNEN und von der gesamten roten Fraktion. Vielen Dank. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr Sigrig **Pilz**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Mag Kasal. Ich erteile es ihm.

GR Mag Günter **Kasal** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrter Herr Berichterstatter! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ganz kurz ein Satz zum Vorredner. Es ist sehr einfach in einem Ausschuss, wo es kein Wortprotokoll gibt, zu behaupten, etwas sei schäbig gewesen, es war eine subjektive Wahrnehmung. Offensichtlich hat der Vorredner eine andere gehabt als ich. Ich habe nichts schäbig empfunden. Es war ganz eine korrekte Abhandlung der Tagesordnung. *(Beifall bei FPÖ und ÖVP.)*

Zu den Kindergärten. Da hat der Vorredner recht gehabt, es waren manche Aktenstücke oder Teile des Aktes aufklärungsbedürftig. Ich bedanke mich auch für die Zusammenarbeit auf sachlicher Ebene. Es wurden die Dinge, um die wir gebeten haben, auch nachgereicht. Es war sehr hilfreich auch bei der Entscheidung und darum werden wir auch heute weitgehend bei den Teilkartstücken zustimmen.

Eine Bitte habe ich allerdings gehabt, das habe ich schon im Ausschuss kurz angesprochen, der Kindergarten in der Bergheidengasse 4, wo der ehemalige Betreiber der Verein Kinderzentrum Hietzing war. Und zwar ist es mir dabei darum gegangen, welche vertraglichen Dinge bisher oder bei der Übernahme abgeschlossen wurden und wie genau die Mittel verwendet werden, für die in Summe von der Kleinkinderkrippe und den Familiengruppen 168 000 EUR notwendig sind. Warum habe ich das gefragt? Es steht im Akt: „Nach erfolgter Überprüfung steht fest, dass eine einmalige Subvention in der Höhe von 108 000 EUR erforderlich und gerechtfertigt ist.“ Und genau da hätte ich mir gewünscht, dass ich, so wie bei den anderen Aktenstücken, auch eine weitere Information bekomme, was hier für eine erfolgte Überprüfung oder was für Ergebnisse diese Überprüfung gebracht hat. Die kurze Antwort war nur: „Selbstverständlich werden nach Abschluss der investiven Maßnahmen nur die erforderlichen Förderbeträge abgerechnet.“ Das ist klar.

Warum frage ich so genau nach? Das habe ich auch schon kurz im Ausschuss andiskutiert, und zwar, das ist ein wunderschöner Kindergarten und es ist toll, das sage ich auch von hier aus, dass es möglich war, mit Ihrer Hilfe den Kindergarten zu erhalten.

Aber wenn ein privater Verein eine Hilfe, eine Unterstützung braucht, im Frühjahr es Gespräche mit den Magistratsdienststellen gibt und es geht um die Kleinkindergruppe, die dringend in der Höhe von 40 000 EUR eine Unterstützung braucht und es wird diesem Verein mitgeteilt, dass die Kleinkinderkrippe erst für eine Förderung im Februar 2012 oder im Jahr 2012 eröffnen dürfte und dann nur 30 000 EUR zur Verfügung stehen und somit der Verein leider Gottes den Kindergarten nicht weiterführen konnte, verwundern mich die Informationen,

die wir dann im Ausschuss bekommen, nämlich dass die Errichtungskosten für die Kleinkinderkrippe, das ist das, wo sich der Verein 40 000 gewünscht hätte, 60 000 EUR für die Kinderfreunde zur Verfügung stehen. Das ist einmal das Erste, was überraschend ist. Und das Zweite, was überraschend ist, ist, als die Kinderfreunde den Kindergarten übernommen haben, dass der schon im September problemlos eröffnen konnte und nicht erst im Februar 2012 und die zusätzliche Fördersumme von 108 000 EUR haben die Kinderfreunde auch bekommen. Bitte, mit diesen finanziellen Mitteln hätte der Verein Kinderzentrum Hietzing ganz locker und sicher über die Runden kommen können. Da hätte es nicht die Kinderfreunde gebraucht. Das ist jetzt nichts gegen die Kinderfreunde, aber ich möchte nur zeigen, wie unterschiedlich mit dem einen privaten Verein und dem anderen privaten Verein umgegangen wird. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr Sigrig **Pilz**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Peschek. Ich erteile es ihm.

GR Christoph **Peschek** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich denke, wir können gemeinsam darauf stolz sein, dass wir in Wien Rekordinvestitionen in die Kinderbetreuungseinrichtungen und Hortgruppen von rund 590 Millionen EUR haben. Damit werden 3 900 Kindergärten und Hortgruppen finanziert. Ich denke, das sind Zahlen, auf die wir gemeinsam stolz sein können. 15 000 Krippenplätze, 50 000 Kindergartenplätze sowie 22 000 Hortplätze und auch 1 000 Tageseltern. Ich möchte Ihnen sagen, dass dieses Geld natürlich eine sehr bewusste Investition ist, dass wir möglichst jedem Kind die bestmöglichen Entwicklungs- und Entfaltungsmöglichkeiten zur Verfügung stellen wollen. Da kann Wien, glaube ich, sich wirklich mit jedem Bundesland vergleichen. Da können wir auf diese Maßnahmen sehr stolz sein, die wir setzen. Mit dem heutigen Beschluss, wo ich doch hoffe, dass wir möglichst gemeinsam einstimmig diesen treffen werden, wird der Ausbau der Kindergartenbetreuungsplätze vorangehen. 5 Millionen EUR werden hierfür investiert und das bedeutet konkret 1 820 neue Kindergartenplätze und auch 10 000 EUR für neue Plätze bei Tageseltern.

Wenn nun aber diese Gelder kritisiert werden und die Vereine und so weiter, und so fort, dann hat der geschätzte StR Oxonitsch auch schon mehrmals im Ausschuss selbst das betont und ich werde es auch gerne hier tun: Wenn konkrete Problemfälle irgendwo sein sollten, kann man sich jederzeit an die MA 11 wenden. Das sehr engagierte Team der MA 11 wird sich darum kümmern, wird schauen, dass wenn es Probleme tatsächlich geben sollte, diese behoben und beseitigt werden. Aber da irgendwelche Pauschalverurteilungen zu betreiben, das hat wohl wenig Sinn.

Ich möchte Ihnen aber an dieser Stelle auch einmal mehr in Erinnerung rufen, dass Wien so viele Krippenplätze hat wie beispielsweise Österreich zusammenrechnet. Auch das kommt nicht von ungefähr. In Wien haben wir weiterhin den Gratiskindergarten, wohingegen in anderen Bundesländern dieser wieder gestrichen

wurde. Und auch zum Thema Vereinbarkeit von Beruf und Familie sei einmal mehr erwähnt, es gibt einen sehr interessanten Kriterienkatalog der Arbeiterkammer, wo unter anderem auf Öffnungszeiten, Schließungstage und vieles mehr eingegangen wird. Nur 27,8 Prozent der österreichischen Kinderbetreuungsangebote entsprechen dem. In Wien sind es 90 Prozent. Und ich muss Ihnen sagen, mitunter hat man schon den Eindruck, dass es hier auch um politische Ideologie geht, wenn beispielsweise in gewissen Bundesländern im Durchschnitt 11 Schließungswochen sind wie in Tirol, ein bekannterweise ÖVP-regiertes Bundesland, und wir in Wien durchschnittlich 2 Tage Schließungen haben, Werktage. 2 Werktage versus 11 Schließungswochen. Das kommt ja nicht von ungefähr. Wenn in Vorarlberg Kindergärten um 12 Uhr zumachen, dann wundert es mich schon, Frau Leeb, wenn Sie als Frau, als engagierte, couragierte Frau sich zum Wort melden und das nicht auch im gleichen Atemzug kritisieren, weil ich denke mir, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie muss von uns allen ein Anliegen sein und insbesondere in Wien tragen wir dem Rechnung und tun nicht irgendwann, wo es offenbar auch gezielt so ist, die Kindergärten möglichst früh zusperrten, damit es eben nicht vereinbar ist, sondern ganz im Gegenteil.

Und eines auch noch zu diesen Förderungen: Grundsätzlich sei auch einmal mehr erwähnt. Es gibt das gleiche Recht, das gleiche System für alle Träger. Es gibt nämlich eine Abrechnung pro Kind. Sollte nun ein Träger beispielsweise mehr Subvention erhalten, dann muss er abrechnen und das nicht verwendete Geld zurückbezahlen. Ergo frage ich mich, wo jetzt das große Problem in diesem Zusammenhang liegen soll. Und auch was die Kontrolle anbelangt ebenso. Basis hierfür ist das Kindertagesheimgesetz und die MA 11 überprüft die Größe, die Ausstattung und kontrolliert somit, ob diese Rahmenbedingungen erfüllt werden oder nicht. Die MA 10 ist für den pädagogischen Teil zuständig. Das bedeutet, dass der Bildungsplan ebenso evaluiert und überprüft wird. Und wenn dann Vorwürfe kommen á la „Da wird nicht Deutsch gesprochen“, so ist es ebenso falsch, weil natürlich die deutsche Sprache die Grundvoraussetzung hierfür ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte abschließend einfach darum ersuchen, sich in einer ruhigen Minute noch einmal ernsthaft mit der Situation auseinanderzusetzen und dann wird man feststellen, dass unsere Kinder, dass die Zukunft jeden Cent, den wir investieren, wert ist und dass man hier nicht in billige Polemik verfallen soll. Ich danke. *(Beifall bei der SPÖ und von GRin Ing Isabella Leeb.)*

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Der Herr Berichterstatter verzichtet auf das Schlusswort.

Wir kommen daher sofort zur Abstimmung, die wir getrennt durchführen.

Und zwar stimmen wir den Antrag „Die Magistratsabteilung 10 wird ermächtigt, den nachstehenden gemeinnützigen Organisationen und Vereinen für die Errichtung von zusätzlichen Kinderbetreuungsplätzen im Jahr 2012

folgende Zuschüsse zuzuerkennen“ die Förderungen unter Punkt 8, 11, 12, 22, 25, 32, 41 und 48 gemeinsam ab und den Rest der Förderungen ebenfalls gemeinsam.

Wir kommen daher jetzt zur Abstimmung über die Punkte 8, 11, 12, 22, 25, 32, 41 und 48. Wer seine Zustimmung erteilt, diese Vereine zu fördern, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. – Es liegt die Zustimmung von SPÖ und GRÜNEN vor und ist somit gegen die Stimmen von ÖVP, FPÖ und Dr Aigner so beschlossen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die restlichen Förderungen unter Postnummer 8. Ich ersuche jene Damen und Herren, die der Postnummer 8 in dieser Form die Zustimmung erteilen, um ein Zeichen mit der Hand. – Die Zustimmung wurde einstimmig erteilt, somit ist Postnummer 8 so beschlossen.

Es gelangt nunmehr Postnummer 9 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft die Sommerferienbetreuung 2012. Ich bitte den Berichterstatter, Herrn GR Peschek, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter GR Christoph **Peschek**: Sehr geehrte Damen und Herren! Ich ersuche um Zustimmung.

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Ich eröffne die Debatte. Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Mag Anger-Koch. Ich erteile es ihr.

GRin Mag Ines **Anger-Koch** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrter Herr Berichterstatter! Sehr geehrte Damen und Herren!

Es geht hier um die Post 9, um die Ferienbetreuung im Sommer und vorab möchte ich ein klares Bekenntnis natürlich zur Sommerbetreuung abgeben. Wir wissen, dass es Bedarf gibt und wir begrüßen natürlich, dass es eine Betreuung im Sommer für die Kinder gibt und auch als Unterstützung der Eltern und Familien und auch, dass sie dieses Jahr erweitert wird. Der Haken an dieser Sache ist nur, dass man das Kleingedruckte auch lesen muss und zwar geht es darum, dass der Elternbeitrag pro Kind und Woche im Vergleich zum vorigen Jahr um zirka 20 Prozent erhöht wurde und ebenfalls auch das Reservierungsentgelt um gar 50 Prozent erhöht wurde. Wir fragen uns, welcher Index und welche Preissteigerung diese Erhöhung rechtfertigt. Auch wenn Sie es sozial staffeln, ist es jetzt im Grunde genommen eine Abgabenlast, die zu tragen ist.

Wenn wir uns vor Augen halten, dass ein Ressort genug Geld hat, und zwar in Summe 2,4 Millionen EUR für Weihnachten und für Silvesterkampagnen und diese auch noch großartig bewirbt, werden wir sicherlich solche Akten nicht mitbeschließen und wollen auch diese Mehrbelastung der Bevölkerung immer wieder aufzeigen. Ich möchte nur ein Beispiel nennen: Nehmen wir diese 2,4 Millionen. Dafür hätten 4 285 Kinder für je 80 EUR 7 Wochen lang betreut werden können, und das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen.

In einer anderen Sache möchte ich hier jetzt noch einmal einen Antrag einbringen betreffend auch die Ausdehnung der Prüfungskompetenz der Kommission Wilhelminenberg auf alle bekannten Missbrauchsfälle, und zwar mit meiner Kollegin Isabella Leeb und Mag Barbara Feldmann:

„Der Wiener Gemeinderat spricht sich aufbauend auf die aktuelle Arbeitsweise und den aktuellen Arbeitsauftrag für eine Ausweitung des Prüfauftrags und der Prüfungskompetenz der Kommission Wilhelminenberg unter dem Vorsitz von Dr Barbara Helige auf alle bekannten mutmaßlichen Missbrauchsfälle aus.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.“ Danke.

Vorsitzende GRin Dr Sigrig **Pilz**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Ellensohn. Ich erteile es ihm.

GR David **Ellensohn** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrte Vorsitzende! Meine Damen und Herren!

Wieder ein erfreulicher Akt. Nicht nur, dass wir die Sommerbetreuung in der Qualität des vergangenen Jahres wieder anbieten können, sondern sogar noch einmal ausgebaut. (*GR Mag Wolfgang Jung: Ich habe geglaubt, das macht die Stadt weiter!*) Noch einmal eines mehr, noch einmal ein paar Dutzend Eltern und Kinder, die tatsächlich zusätzlich im Sommer betreut werden. Das ist doch nicht lustig, so was. Das ist doch ein ernsthaftes Thema. Es gibt viele Eltern, die im Sommer Schwierigkeiten haben, weil neun Wochen Urlaub haben ja nicht alle. Ich weiß ja nicht, wie viele das bei Ihnen haben, ist ja nicht das Übliche. Diese Sommerbetreuung ist in den Bundesländern ja komplett ausgedünnt, das ist so. Dort, wo Sie zuständig sind, zum Beispiel, ist es sehr schwierig. Da muss man schauen, ob man das irgendwie in der Familie organisieren kann oder privat. Dann wird's auch wieder schwierig, weil um 80 EUR einen Babysitter für die ganze Woche werden Sie nicht finden. Natürlich noch viel wunderbarer wäre, man könnte überhaupt alle möglichen Leistungen inklusive einkaufen gehen beim Billa gratis machen, weil so hört es sich auch manchmal an. Diese 80 EUR sind sozial gestaffelt. Richtig ist, wenn mein Ältester oder einer von den anderen zwei hingeht, zahl' ich 80 EUR. Wenn aber eine Mindestsicherungsbezieherin ihr Kind anmeldet, zahlt sie nichts. Das ist sozial gestaffelt. Jetzt haben wir gar nicht überall soziale Staffellungen, sondern zum Beispiel beim Kindergarten eben keine, sondern das ist unabhängig vom Einkommen. Darüber kann man auch reden. Aber tun wir nicht so, als wenn es alle gleichmäßig treffen würde. Das stimmt schon, Sie müssen alle, wenn Sie ein Kind hinschicken, zahlen. Ist irgendwie angebracht, wenn man von 3,6 aufwärts, Klubobleute mehr, nichtamtführende Stadträte mehr verdient, ist es vielleicht angebracht, dass es sich ausgeht angesichts der finanziellen Situation, in der wir sind. Und ich mache jetzt keinen Ausflug in die Vermögenssteuer, weil dann könnten wir über alles Mögliche reden, was man günstig macht, aber das ist es halt.

Natürlich zahlen das hier nicht nur ganz reiche Leute, sondern das ist jetzt wahrscheinlich die klassische Mittelschicht, von der immer geredet wird. Die ist in Wien immerhin befreit während des Jahres, wenn das Kind in den Kindergarten geht, in anderen Bundesländern nicht. Wenn wir wollen, dass wir das ausweiten, brauchen wir zusätzliche Einnahmen. Wenn wir die haben wollen, sind wir wieder bei den Vermögenssteuern. Das ist ganz einfach. Wenn das oberste 1 Prozent nicht mehr zahlt, zahlen es die in der Mitte. Irgendeiner zahlt immer die

Rechnung. Da liegt immer eine Rechnung und wenn die alle aufstehen und heimgehen dürfen, ja dann zahlt es halt einer von denen, die übrig sind. Für gewöhnlich können nicht alle vom Tisch aufstehen und heimgehen. Ich nehme an, dass das nicht anders ist, als wenn ein paar Leute aus der FPÖ zusammen am Abend ein paar Bier trinken. Der Letzte zahlt halt das, was noch übrig ist und noch angeschrieben steht. So ist es halt normalerweise. Und so ist es auch in dieser Frage. Diese Nachmittagsbetreuung ist ein ganz hervorragendes Angebot, wird heuer ausgeweitet. Ich bin froh, dass wir das trotz der angespannten Finanzsituation geschafft haben und freue mich auch, weil eigentlich glaube ich eh, dass alle dafür sind. Das werden wir dann noch sehen. Im Ausschuss glaube ich mich erinnern zu können, dass das ohne große Schwierigkeiten über die Bühne gegangen ist. Das werden wir hier wahrscheinlich auch hinbringen.

Sind wir froh, dass wieder hunderte Kinder insgesamt auch im Sommer qualitativ hochwertig betreut werden und nicht die Eltern sich überlegen, wie sie das privat über die Runden bringen, was sehr, sehr viel schwieriger ist, wie man in Kärnten, in der Steiermark oder in einem anderen beliebigen Bundesland sehen kann. Nicht überall gibt es soviel Nachmittagsbetreuung wie hier, sondern nirgends. Sind wir froh, dass wir auch hier ganz vorne mit dabei sind. Vielen Dank. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Vorsitzende GRin Dr Sigrig **Pilz**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Kops. Ich erteile es ihm.

GR Dietrich **Kops** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Stadtrat!

Also man kann im Ausschuss auch ohne dass die Hackeln tief fliegen, etwas ablehnen. Also das nur kurz zur Wortmeldung meines Vorredners. Wir werden diesem Poststück nicht zustimmen, weil es in der Post 9 unter anderem wieder mal um eine Erhöhung von Gebühren geht und es trifft wieder die Familien. Es trifft wieder diejenigen, die so und so in der Wirtschaftskrise am schlimmsten betroffen sind. In Punkt 1 wird der Sommerferienbetreuungsbeitrag pro Schulkind und pro Woche mit 80 EUR festgelegt. Das ist im Vergleich zum letzten Jahr eine Erhöhung um sage und schreibe 55 Prozent. Letztes Jahr hat der Betreuungsbeitrag nämlich noch 52 EUR ausgemacht. Es ist wieder einmal eine Schröpfung von Rot und Grün und es trifft wieder mal die Familien, es trifft wieder mal den Mittelstand. Denn so wie Sie gesagt haben, ein Wirtschaftsflüchtling aus Bulgarien oder aus Rumänien, der zahlt ja so und so nichts in Österreich, der zahlt ja so und so nichts in Wien. Es zahlt wieder diejenige Gesellschaft, die relativ fleißig ist, wo der Vater und die Mutter arbeiten und die kommen wieder zum Handkuss.

Mit der Erhöhung dieses Betreuungsbeitrages wurde auch gleich der Betrag für die Platzreservierung ebenfalls auf 80 EUR erhöht. Abgesehen von dieser unverschämten Erhöhung der Platzhaltegebühr haben die Eltern aber keine Garantie, dass ihr Kind dann in dem gewünschten Kindergarten, in dem gewünschten Hort untergebracht wird. Nein, diese Garantie besteht nicht,

weil es viel zu wenige Sommerbetreuungsplätze gibt (*GR David Ellensohn: 10 Mal so viel wie in Kärnten.*) Ja, Kärnten ist mir eigentlich egal. Ich lebe hier (*GR David Ellensohn: Das ist schlecht!*), ich beschäftige mich hier mit den Eltern und den Problemen der Kinder und der Eltern. Die Eltern müssen im Voraus zahlen und erleben dann vielleicht eine böse Überraschung, weil ihr Kind am entgegengesetzten Ende vom Wohnort in einen Hort eingeteilt wurde. Das kommt auch vor, das ist letztes Jahr ein paar Mal vorgekommen. Das kann man im Nachhinein nicht mehr verhindern.

Meine Damen und Herren von Rot und Grün, abgesehen davon, dass hier wieder eine Abzockerei stattfindet und neuerlich die Familien belastet werden, finden wir die Vorgangsweise rund um diese Erhöhung skandalös, denn noch bevor diese Erhöhung beschlossen wird, nämlich heute leider Gottes durch Rot und Grün, haben die Eltern bereits Zahlscheine mit diesen erhöhten Beträgen erhalten. Also eine Frechheit und Arroganz sondergleichen. Meine Damen und Herren von Rot und Grün, nehmen Sie diese Erhöhung zurück, entlasten Sie endlich einmal die Familien!

In Punkt 2 geht es um die neunwöchige Ferienbetreuung, im Grunde genommen eine gute Sache, voll zu unterstützen, der Bedarf ist da. Aber in welcher Art und Weise dieses wieder eingeführt wird, ist wieder typisch für Rot und Grün. Vor einigen Monaten habe ich einen Antrag auf neunwöchige Ferienbetreuung eingebracht. Diesen Antrag, Herr Stadtrat, haben Sie abgelehnt - brauchen wir nicht, ist ein Blödsinn. Und jetzt haben wir genau diese Thematik auf dem Tisch. Der einzige Unterschied zu meinem Antrag ist, dass hier wieder private Vereine von der SPÖ bedient werden und das lehnen wir ab. Deswegen stimmen wir diesem Poststück nicht zu. (*Beifall bei der FPÖ und von GRin Ing Isabella Leeb.*)

Vorsitzende GRin Dr. Sigrid **Pilz**: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, möchte ich mitteilen, dass Herr GR Stark ab nun und Frau GRin Mag Wurzer ganztätig entschuldigt sind.

Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr GR Vettermann. Ich erteile es ihm.

GR Heinz **Vettermann** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrter Herr Berichterstatter! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Worum geht es eigentlich bei diesem Poststück, bei diesem Aktenstück? Es geht darum, dass wir hier im Vorjahr einen Versuch mal gestartet haben, der sehr erfolgreich verlaufen ist, nämlich im Sommer eine zusätzliche Betreuungsmöglichkeit anzubieten für die Kinder, die zum Beispiel in ganztägigen Schulformen sind. Denn man muss ja eines sagen, das Rückgrat der ganztägigen Betreuung im Sommer sind ja zum Beispiel die städtischen Horte, die es ja weiterhin auf hohem Niveau anbieten und das machen auch acht ganztägige Schulstandorte, der Bildungscampus Gertrude Fröhlich-Sandner und Monte Laa. Da geht es darum, dass neben der Bildung auch Bewegung, Sport, Spaß, eben Freizeit für den Sommer entsprechend angeboten werden. Und

heuer gibt es von Kiwi im 23. Bezirk sogar ein Angebot mehr. Das andere sind „Hi Jump“ und Kinderfreunde-Angebote, die im Vorjahr schon gut eingeschlagen haben und entsprechend auch heuer angeboten werden. Wir haben damals geschätzt und ich habe auch im Vorjahr dazu diskutiert, wo man gesagt hat, na wird das ungefähr passen oder nicht, wird es zuviel oder zu wenig sein, weil jeder Erstversuch natürlich ungewiss ist. Aber es hat gepasst, es hat im Großen und Ganzen gepasst. Wir haben es jetzt auch um diesen einen Standort im 23. Bezirk zusätzlich erweitert, weil es da eben auch Anfragen und Notwendigkeiten gegeben hat und gibt und dementsprechend wird das auch funktionieren.

Zu den Kritikpunkten, die hier gekommen sind, muss man jetzt zwei Dinge sagen. Das eine ist, die 80 EUR mit 6,65 und 23 EUR Essensbeitrag finde ich, ist zumindest nicht gänzlich überteuert und es wurde auch gesagt, es ist sozial gestaffelt. Unter 922 EUR zahlst du gar nichts und dann entsprechend geht's rauf und du hast nun 2 Staffellungen. Das ist also ein durchaus moderates Angebot, das, glaube ich, auch vertreten werden kann. Und zum Kollegen Kops gesagt, also wenn man sagt, das sind ja nur bulgarische ZuwanderInnen, die zahlen ja sowieso alle nichts, dann sollten Sie einmal schauen, wie viele arme Wienerinnen und Wiener es gibt und sollen das nicht einfach so pauschal wegwischen, weil viele Wienerinnen und Wiener fallen da auch rein und sind auch entsprechend von unserer sozialen Staffelung betroffen. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Und dann haben wir auch eine Beobachtung schon in den letzten Jahren, aber auch im Vorjahr gemacht, dass es natürlich schwierig ist, wenn du Personal bereitstellst, dass das auch entsprechend ausgelastet ist, denn es war bei Weitem nicht so, dass die Gruppen alle brechend voll waren. Dementsprechend glaube ich auch nicht, und ich weiß nicht, ob es in drei Fällen vielleicht nicht doch war, aber dass die entsprechenden Wünsche nicht berücksichtigt werden konnten. Dafür gibt es die sogenannte Reservierungsgebühr, weil eines ist natürlich schlecht, wenn du doppelt so viel Personal aufnimmst, als du eigentlich brauchen würdest, wenn es eine kostenlose Anmeldung ist und dann niemand kommt. Dieses System hat sich bewährt. Ich glaube daher, dass wir da weiterfahren sollten.

Dass man das gleichzeitig nutzt, um auch hier wieder was zu den Missbrauchsfällen einzubringen, sei der ÖVP unbenommen. Da bin ich schon aus dem Grund, ehrlich gesagt, nicht dafür, weil wir uns eine ganz klare Vorgangsweise ausgemacht haben. Wir haben gesagt, okay, die Opfer gehen zum Weissen Ring. Da gibt es Entschädigungen oder auch nicht. Es gibt eine Historikerkommission. Und weil es in besonderer Weise beim Wilhelminenberg auch entsprechende Fälle gegeben hat, haben wir diese Sonderkommission, die Kommission Wilhelminenberg, eben auch eingerichtet, damit diese Fälle, diese Vorwürfe bearbeitet werden. Es ist ja nicht so, dass alle anderen durch den Rost fallen, sondern die werden ja sowieso ganz üblicherweise aufgenommen und entsprechend auch bewertet werden. Alles andere würde ja wiederum diese andere spezielle Kom-

mission derartig erweitern, dass sie gar nicht ihre Arbeit im eigentlichen Wortsinn, im ausgemachten und angedachten Wortsinn erfüllen kann. Ich lehne es auch aus dem Grund ab, damit die Kommission entsprechend gut, schnell, richtig und zügig in unser aller Sinne arbeiten kann. Ich glaube, wir sollten das eben entsprechend nicht vermischen.

Schwuppdwupp, jetzt wieder zurück zum jetzigen Antrag, den wir hier und heute diskutieren und ich hoffe, auch beschließen werden. Wenn es uns nämlich gelingt, das heute zu beschließen, haben wir einfach einen weiteren Schritt zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie gemacht. Das ist natürlich einmal gut für die Familien. Es ist aber vor allem auch gut für die Kinder, die entsprechend hier nicht alleine zum Beispiel zu Hause sein müssen, sondern eine qualitätsvolle Betreuung eben im Verbund mit ganztägigen Schulformen oder auch mit privaten Trägern finden. In dem Sinn ist es, wenn es gut für die Kinder ist, auch gut für die Familien und gut für Wien. Ich bitte noch einmal um Zustimmung. Vielen Dank. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Nepp. Ich erteile es ihm.

GR Dominik **Nepp** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ganz kurz zu dem Antrag von der ÖVP zur Ausweitung des Prüfbereichs der Helige-Kommission. Hier muss ich sagen, dass wir diesem Antrag nicht zustimmen werden, einfach aus dem Grund - ich habe das die letzten Male schon auch oft hier erläutert -, wir sprechen überhaupt im Gesamten dieser Helige-Kommission das Misstrauen aus. Das letzte Mal habe ich einen Ordnungsruf bekommen, weil ich gesagt habe, das ist eine Vertuschungskommission. Das möchte ich diesmal nicht sagen. Ich mag diesmal eher sagen, dass wir kein Vertrauen in die Unabhängigkeit dieser Kommission haben und dass wir auch hier kein objektives Ergebnis erwarten. Darum bleiben wir Freiheitliche bei unserer Forderung nach einer Gemeinderätlichen Untersuchungskommission, um vor allem die politische Verantwortung aufzudecken. Und wenn es der ÖVP ernst wäre, auch hier Licht ins Dunkel zu bringen, dann würde sie auch endlich die zwei letzten fehlenden Unterschriften, die wir noch für die Einberufung dieser U-Kommission benötigen, leisten. Wenn es Ihnen ernst wäre! *(Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Denn ich meine, was soll denn noch passieren? Wir haben jetzt von schwerem sexuellen Missbrauch gehört. Es gibt angeblich ein Todesopfer. Jetzt ist seit Neuestem auch dazugekommen, dass Menschenversuche im Rahmen von medizinischen Tests mit diesen Kindern durchgeführt wurden. Dann hat man gehört, dass auch zwei ehemalige Gemeinderäte darin verwickelt seien sollen oder damals verwickelt waren. Ich meine, das schreit doch nur nach Aufklärung. Warum stimmen Sie hier nicht zu? Jeder, der ein reines Gewissen hat, kann bitte diese Unterschriften leisten. Es liegt bei uns im Büro auf. Aber anscheinend haben hier einige von Ihnen die Angst, dass noch mehr ans Tageslicht kommen könnte. Aber ich sage Ihnen nur eines: Wir Freiheitliche lassen

nicht locker. Wir werden weiter für die Opfer kämpfen, denn wir sind diesen Opfern im Wort. *(Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Hebein. Ich erteile es ihr.

GRin Birgit **Hebein** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Ich habe mich jetzt dennoch gemeldet, um kurz Licht ins Dunkel in die Worte meines Vorredners der FPÖ zu bringen. Ich spreche Ihnen durch Ihr Verhalten der letzten Wochen und Monate, durch Ihr Agieren, nicht nur die Opfer hier vorzuzah'n, nicht nur Barbara Helige mit Schmutz zu bewerfen, nicht nur Leute anzuputzen, einfach definitiv ab, dass Sie hier als Opferexperte auftreten können. Ich finde Ihr Verhalten einfach völlig unwürdig. Das, was Sie hier machen, indem Sie pauschalieren, indem Sie sogar Aufklärung ablehnen, sachliche notwendige Aufklärung ablehnen *(Aufregung bei der FPÖ.)*, das finde ich einfach nicht vertretbar. Ihr Verhalten zeigt auf, dass es Ihnen in keinsten Weise um die Opfer geht und das muss man immer und immer wieder klarstellen. Man muss es klarstellen. Sie missbrauchen die Opfer. So schwerwiegende Vorwürfe sind auf dem Tisch *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*, so große Vorwürfe. Deshalb muss man verantwortungsvoll damit umgehen. *(GR Mag Dietbert Kowarik: Dann machen Sie es endlich! Machen Sie es!)* Man muss ... *(GR Mag Dietbert Kowarik: Dann machen Sie es endlich!)* Man darf nicht die Opfer dafür jetzt benützen.

Das heißt das, was die Stadt Wien hier tut, ist, massive Vorwürfe beim Wilhelminenberg, daher eine eigene Kommission, die das alles aufarbeitet. Wir haben den Weissen Ring, wo sich viele Opfer melden, wo sie Unterstützung erhalten, wo sie Begleitung erhalten *(GR Mag Wolfgang Jung: Zur Geschäftsordnung! – GR Johann Herzog: Wozu redet die Frau Kollegin?)*. Wir haben eine Historikerkommission, die die Zeit aufarbeiten soll, das heißt, sachlich bestmöglich damit umgehen, um die Opfer ernst zu nehmen und sie nicht noch einmal demütigen. Das ist jetzt das, was Sie machen! Das ist untragbar! *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ. – Aufregung bei der FPÖ.)*

Ein Punkt und ein Beispiel dazu ist das, was Sie letzte Woche in der Pressekonferenz aufgeführt haben. Das ist unsagbar! Sie haben hier ein Opfer, das spricht anonym, Sie legen Papiere vor, geschwärzte Papiere, wo es scheinbar um Opferschutz geht. Dann taucht der Name des Opfers auf. War es schlampig? War es absichtlich? Es ist einfach nicht mehr vertretbar, wie Sie hier mit den Opfern umgehen, um das ein für alle Mal klarzustellen *(GR Mag Wolfgang Jung: Ja und dann kommen sie aber zu uns!)*: Das, was die Opfer von uns erwarten, ist sachlicher Umgang. *(Aufregung bei GR Mag Dietbert Kowarik.)* Sie ernst nehmen, aufklären, nichts vertuschen und dann, wenn die Berichte hier auf dem Tisch liegen, uns darüber unterhalten, was und wo und wie liegt die politische Verantwortung. Das ist unsere Aufgabe. *(GR Mag Wolfgang Jung: Dann machen Sie es endlich! Machen Sie es!)* Benützen Sie nicht die Opfer! *(Beifall bei GRÜ-*

NEN und SPÖ.)

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zum Wort gemeldet ist Herr StR Mag Juraczka. Ich erteile es ihm.

StR Mag Manfred **Juraczka**: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Kindesmissbrauch ist ein schreckliches Thema. Ich will das auch ganz bewusst nicht für parteipolitische Inszenierungen nutzen. Ich sage aber ganz offen und da kann ich an meine Vorrednerin anschließen, mir geht es darum, auch im Interesse der Opfer hier aufzuklären. Es gibt eine Kommission (*GR Mag Dietbert Kowarik: Ja dann macht es doch endlich!*), geführt von der Frau Dr Helige, die unser Vertrauen genießt. Das steht prinzipiell außer Zweifel. Wir haben aber ein weiteres Thema. Es gibt mittlerweile Missbrauchsvorwürfe in anderen Bereichen, in anderen Einrichtungen der Stadt Wien, nicht nur am Wilhelminenberg. Wir wollen ganz schlicht und einfach, dass alles aufgeklärt wird. Darum der heutige Antrag, eben Ausdehnung des Untersuchungsgegenstandes beispielsweise Hohe Warte, beispielsweise Pitten, wo es ganz konkrete Verdachtsfälle gibt.

Es obliegt Ihnen als Stadtregierung. (*GR Mag Dietbert Kowarik: Ihrer Fraktion genauso!*) Sind Sie bereit, das mitzuuntersuchen? Gut, dann haben wir es parteipolitisch vom Tisch. Wenn Sie es nicht tun, brauchen wir eine Gemeinderätliche Untersuchungskommission. So einfach ist die Geschichte. Ich würde mich freuen, wenn wir das von Experten prüfen lassen könnten. Danke. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Der Berichterstatter verzichtet auf das Schlusswort.

Wir kommen nun zur Abstimmung. Ich bitte jene Damen und Herren des Gemeinderates, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen wollen, die Hand zu erheben. - Es liegt die Zustimmung seitens der GRÜNEN und der SPÖ vor gegen die Stimmen der ÖVP und FPÖ und somit ist Postnummer 9 so angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den vorliegenden Beschluss- und Resolutionsantrag der ÖVP-Gemeinderäte und -rätinnen Leeb, Anger-Koch und Feldmann betreffend Ausdehnung der Prüfkompetenz der Kommission Wilhelminenberg auf alle bekannten Missbrauchsfälle. In formeller Hinsicht ist die sofortige Abstimmung verlangt. Ich bitte jene Damen und Herren des Gemeinderates, die diesem Beschluss- und Resolutionsantrag die Zustimmung erteilen, um ein Zeichen mit der Hand. - Der Antrag wird vom Antragsteller unterstützt und hat somit nicht die erforderliche Mehrheit und ist somit abgelehnt.

Es gelangt nunmehr Postnummer 15 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft eine Subvention an den Verein zur Förderung der kulturellen Zusammenarbeit zwischen den Bundesländern Niederösterreich und Wien. Nachdem sich die Redner und Rednerinnen streichen haben lassen, ist niemand gemeldet und keine Debatte notwendig. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Ich bitte jene Damen und Herren des Gemeinderates, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen wollen, die Hand zu erheben. - Es liegt die Zustimmung seitens der

ÖVP, der SPÖ und der GRÜNEN vor. Somit ist Postnummer 15 der Tagesordnung so angenommen.

Wir kommen somit zum Dringlichen Antrag der FPÖ. Das ist das Verlangen, das von den GRen Mag Gudenus, Mahdaliq, Mag Kowarik, Ing Guggenbichler, Blind und Dadak eingebracht wurde und an die Frau amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung im Sinne eines Dringlichen Antrags betreffend Ausweitung des Parkpickerls gemäß § 38 Abs 2 der Geschäftsordnung gerichtet ist. Es soll hiermit nun verlesen und mündlich begründet werden. Ich bitte daher den Schriftführer um Verlesung des Dringlichen Antrags.

Schriftführer GR Martin **Flicker**: „Die von der SPÖ und GRÜNEN betriebene Ausweitung des Parkpickerls über den Gürtel hinaus geht gegen den erklärten Willen der Bevölkerung vonstatten. Sämtliche Bürgerversammlungen zu diesem Themenkreis, aktuelle Umfragen und nicht zuletzt die Bürgerbefragung in Währing haben deutlich gezeigt, dass der Ärger bei den Betroffenen über die geplante Einführung des kostenpflichtigen Parkpickerls groß ist und die Bewohner künftiger Parkpickerlbezirke mit großer Mehrheit gegen die geplante Erweiterung sind. Während es auch in den Bezirken durch bauliche Maßnahmen verschiedenster Art zu einer merkbaren und von der Stadtregierung auch gewollten Stellenplatzreduzierung kommt, wird der Bau von dringend notwendigen Garagen aus ideologischen Gründen blockiert. Noch im Jahr 2010 vor der Wahl in Wien hat der damalige SPÖ-Stadtrat für Planung und Verkehr Dipl.-Ing Rudi Schicker folgenden Standpunkt vertreten: ‚Die Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung kann nur dann kommen, wenn bereits zuvor Maßnahmen gesetzt werden, um Dauerstellplätze von der Straße in Garagen zu verlagern. Damit kann frühestens in fünf Jahren eine mögliche Ausweitung thematisiert werden.‘ Durch eine vorherige Ausweitung fühlen sich die Wienerinnen und Wiener zu Recht nur gefrotzelt.

Diese Ausweitung soll nunmehr erfolgen, obwohl die Maßnahmen zur Schaffung von Stellplätzen bis dato deutlich hinterherhinken und seitens der GRÜNEN sogar bewusst sabotiert werden. Die Bevölkerung fühlt sich gefrotzelt und ist empört, dass künftig bezahlt werden muss, obwohl dafür nicht konsumiert werden kann. In den einzelnen Bezirken wurde und werden von SPÖ und GRÜNEN Grundsatzbeschlüsse zur Einführung der Parkraumbewirtschaftung in den Bezirksvertretungen durchgedrückt. Trotz der überwältigenden Ablehnung seitens der Bevölkerung werden demokratische Bürgerbefragungen von SPÖ und GRÜNEN abgelehnt. Die zuständige amtsführende Stadträtin unter anderem für BürgerInnenbeteiligung sieht die Einbindung der Bevölkerung durch die manipulativ aufgezogenen Informationsveranstaltungen und Jubelausstellungen als Form der Partizipation als ausreichend an. Offensichtlich soll ein den Regierungsparteien nicht angenehmes Abstimmergebnis mit allen Mitteln verhindert werden. (*Lauter Plenum.*) Wenn es ...“

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz** (*unterbrechend*): Entschuldigen Sie bitte. Darf ich bitte die anwesenden

Damen und Herren um Ruhe bitten, damit wir dem Ersuchen folgen können? Bitte, Sie haben wieder das Wort.

Schriftführer GR Martin **Flicker** (*fortsetzend*): Danke. „Wenn es hingegen um die Betreuung der eigenen Klientel geht, zeigen auch die GRÜNEN gesteigertes Interesse an direktdemokratischen Instrumenten wie etwa bei der Garage Bacherpark oder beim Lobautunnel. Dass eine demokratische Einbindung der Bevölkerung wichtig und richtig ist, zeigt das Beispiel des 18. Bezirks. Hier wurden die Bürger befragt und haben eine klare Antwort gegeben. Die Einführung des kostenpflichtigen Parkpickerls wurde mit überwältigender Mehrheit abgelehnt.“

Es ist mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit davon auszugehen, dass derartige Befragungen in den anderen betroffenen Bezirken ein ähnlich deutliches Ergebnis bringen würden. Zudem ist die Ausweitung des Parkpickerls im Zusammenspiel mit der drastischen Erhöhung der Kurzparkgebühren sowohl für die Wohnbevölkerung als auch für Wirtschaftsbetriebe und die vielen mobilen Pflege- und Betreuungsdienste vor allem in Zeiten massiver Gebührenerhöhungen in anderen Bereichen eine große finanzielle Zusatzbelastung. Die rücksichtslose Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung ohne flankierende Maßnahmen wie den zügigen Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel und die Schaffung von zusätzlichen Garagenplätzen, Park-and-ride-Anlagen, Anrainersammelgaragen, ist daher eine reine Geldbeschaffungsaktion der Stadt Wien.

Nicht der Verkehr soll verringert, sondern die Einnahmen der Stadt erhöht werden.

Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemäß § 36 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien an die amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung nachfolgenden Dringenden Antrag:

„Die amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung wird aufgefordert, sich mit allen Mitteln dafür einzusetzen, dass in sämtlichen von der geplanten Ausweitung des Parkpickerls betroffenen Bezirken zwingend eine Bürgerbefragung § 112a Abs 4 durchgeführt wird, deren Ergebnis bindend an die Entscheidung der Bezirksvertretung ist. Wo bereits Grundsatzbeschlüsse zur Einführung des Parkpickerls ohne entsprechende Befragung der Bürger gefasst wurden, sind diese umgehend zu sistieren.“

Vorsitzende GRin Dr Sigrig **Pilz**: Zur Begründung des Verlangens erteile ich nun Herrn GR Mag Gudenus das Wort. Sie haben 20 Minuten Redezeit.

GR Mag Johann **Gudenus**, MAIS (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Danke sehr. Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister!

Wir haben diesen Dringlichen Antrag eingebracht im Sinne der vielen enttäuschten Bürger, über die drübergefahren wird seitens Ihrer rot-grünen Abzockepolitik. Die Bürger sind enttäuscht, weil sie bewusst hinters Licht geführt werden und wurden und wahrscheinlich auch weiter werden und die Bürger haben es satt, dass sie im

Endeffekt nur Versprechungen hören konnten und dann ein bis zwei Jahre später genau das Gegenteil präsentiert bekommen. Das ist eine reine Abzocke und das muss man auch beim Namen nennen. Hier findet eine Geldeintreibungsaktion statt, die man so nicht stehen lassen kann. Deswegen bringen wir diesen Dringlichen Antrag ein. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Ich darf mich für die Verlesung des Antrages bedanken, möchte aber noch einmal den ehemaligen Planungsstadtrat Schicker zitieren, der eben 2010 noch gesagt hat, ich zitiere: „Die Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung kann nur dann kommen, wenn bereits zuvor Maßnahmen gesetzt werden, um Dauerstellplätze von der Straße in Garagen zu verlagern. Damit kann frühestens in fünf Jahren eine mögliche Ausweitung thematisiert werden. Durch eine vorherige Ausweitung fühlen sich die Wienerinnen und Wiener zu Recht nur gefrotzelt.“ Es stimmt, Herr Kollege Schicker, die Wienerinnen und Wiener fühlen sich gefrotzelt durch Ihre Politik und Sie könnten heute mit gutem Beispiel vorangehen, um für unseren Dringlichen Antrag zu stimmen und auch gleichzeitig für einen Misstrauensantrag gegen diese gescheiterte Vizebürgermeisterin, Herr Kollege Schicker. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Eine auf allen Ebenen gescheiterte Vizebürgermeisterin, eine Vizebürgermeisterin, die sich Stadträtin für BürgerInnenbeteiligung nennt, wo die Bürger noch kein einziges Mal eingebunden wurden. Wo im Endeffekt ja auch im Jahre 2010 noch ganz toll und groß vor der Wahl eine Vereinbarung zwischen den damals drei Oppositionsparteien unterschrieben wurde vor einem Notar mit beglaubigter Unterschrift, dass ein neues Wahlrecht umgesetzt und eingeführt wird. Ist das eine Stadträtin für BürgerInnenbeteiligung, die dann ihr Wort bricht und deren Unterschrift nichts wert ist? Nein, wir versagen Ihnen unser Vertrauen, so wie es die Bürger schon längst getan haben, meine sehr geehrten Damen und Herren! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Ich darf aus einer großen österreichischen Tageszeitung zitieren, die hier von einem rot-grünen Schleuderkurs schreibt: „In einer beispiellosen Hexenjagd auf alles, was vier Gummiräder und einen Verbrennungsmotor hat, haben sich die Grünen um Wiens Vizebürgermeisterin Vassilakou rettungslos in die Sackgasse manövriert.“ Wir geben Ihnen heute die Gelegenheit, aus dieser Sackgasse auch wieder umdrehen zu können. Stimmen Sie unseren Anträgen zu! Diese Gelegenheit sind wir so fair, Ihnen heute auch bieten zu wollen, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Aber der Artikel endet ja keinesfalls sehr optimistisch. Es heißt sogar am Schluss: „Es ist keineswegs ausgeschlossen, dass der rot-grüne Schleuderkurs letztlich im Graben endet.“ Und dieser rot-grüne Schleuderkurs wird im Graben enden, spätestens 2015 bei der Wahl, wo die Wienerinnen und Wiener, die Bürger, die jetzt nicht beteiligt werden, Ihnen allen einen Strich durch die Rechnung machen werden, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Aber es geht Ihnen ja auch gar nicht darum. Sie sitzen hier, unterhalten sich bestens mit Ihrem Sitznach-

barn Ellensohn, ohne hier auch unseren Ausführungen zuzuhören. Es ist schon interessant, Sie haben ja in einem Interview gestern, glaube ich, gesagt, das ist ja alles ein Spiel der Opposition, solche Misstrauensanträge, solche Dringlichen Anträge oder eine Dringliche Anfrage, die auch noch von der ÖVP kommt. Das ist alles ein Spiel der Opposition. Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin und sehr geehrte Frau Stadträtin für BürgerInnenbeteiligung! Das ist kein Spiel, das ist toternst. Da geht es um die Gelder der Bürger, die sie auf eine harte Art und Weise in schlimmen Zeiten erwirtschaftet haben und diese Gelder wollen Sie abzocken und im Endeffekt in Radwege investieren. Da machen die Menschen nicht mit! Das ist kein Spiel! Da sieht man, wie unernst Sie das Ganze nehmen! *(Beifall bei der FPÖ.)*

So wichtige Oppositionsrechte als Spiel darzustellen, da sieht man ja ganz genau, was Sie von Demokratie insgesamt halten. Das sieht man ja auch an der Wortmeldung von der Frau Hebein vorher, wenn sie nicht bereit ist, eine Gemeinderätliche Untersuchungskommission zu unterstützen. Das ist das Werkzeug der Demokratie, die demokratische Vertretung des Gemeinderates, so etwas bei Missbrauchsfällen einzusetzen. Sie sind nicht bereit, die Bürger zu befragen, wenn es um Parkpickerl und die Ausweitung der Zonen geht. Sie sind nicht bereit, ein Wahlrecht zu diskutieren, das schon längst diskutiert hätte werden müssen. Sie sind nicht verantwortungsbewusst und nicht fähig, Ihre Pflicht auszuüben! Treten Sie heute noch zurück, Frau Vizebürgermeister, dann ersparen wir uns, diesen Antrag abzustimmen! Werden Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Aber es geht ja, wie gesagt, um ein ganz anderes Motiv. Es ist erstens einmal das Motiv, klar, es ist der Privatkrieg gegen die Autofahrer. Ich weiß nicht, was da einmal in den letzten Jahren passiert ist. Sie hatten vielleicht einmal ein traumatisches Erlebnis mit Autofahrern oder mit Autos. Das mag ja sein, das mag ja vorkommen. Aber jetzt allen Autofahrern, die in Wien auf das Auto angewiesen sind, einen persönlichen Krieg zu erklären, das schlägt ja wohl dem Fass den Boden aus! Das ist etwas überzogen, will ich meinen. Das ist einmal das erste Motiv, Ihr Privatkrieg gegen die Autofahrer. Das zweite Motiv ist einmal das halt sehr engstirnige, ideologische Motiv der GRÜNEN. Sie kommen halt nicht dazu, sich die Scheuklappen einmal wegzureißen und darüber hinaus zu blicken. Das dritte Motiv ist eben das schon genannte Motiv. Es ist eine gierige Abzocke der Bürger, um die Budgetlöcher zu stopfen, die Sie mit den Roten gemeinsam in den letzten Monaten verursacht haben. Das sind die drei Motive. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und wenn wir heute von diesen Parkometergebühren sprechen, dann schaut es insgeheim so aus, dass Ihnen und der Frau Brauner und dem Herrn Häupl schon die Eurozeichen in den Augen zu funkeln beginnen, weil Sie sich schon auf die großen Einnahmen der Stadtkassa freuen, die ja im Endeffekt de facto ja eh in das gesamte Budget fließen. De facto ist es ja so und Sie sind ja nichts anderes, Häupl, Brauner und Vassilakou, als das

Bermudadreieck der Abzocke und der Verschwendung. Ein Bermudadreieck, in dem die Steuergelder einfach so verschwinden und dieses Bermudadreieck gehört einfach auch dargestellt. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Und was ist mit Kärnten? Hypo Alpe-Adria! Was ist mit der Hypo Alpe-Adria?)* Das gehört einfach dargestellt. Herr Maresch, wie der Pawlow'sche Hund reagieren Sie, Kärnten, Hypo. Haben Sie keine ... *(Weitere Aufregung bei GR Mag Rüdiger Maresch.)* Entschuldigung, haben Sie keine anderen Themen? Wir sind hier in Wien! 4,4 Milliarden EUR Schulden, davon die Hälfte in Frankenkrediten, Cross-Border-Leasing-Verträge, windige Geschäfte, Planungsskandale und Sie sitzen da und verteidigen genau das! Das ist schäbig, Herr Maresch, das ist wirklich schäbig! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Aber, Herr Maresch, Sie haben ja, ich weiß eh, ich will Ihnen ja gewisse Visionen und Ideen nicht absprechen, ich will sie Ihnen ja nicht absprechen. Sie haben ja durchaus auch Ideen, wenn man es für die GRÜNEN sieht, die durchaus kreativ sind, für die Wähler und die Bürger leider weniger. Sie werden wahrscheinlich mit den Neueinnahmen wieder einen neuen Sonderbeauftragten schaffen, weil Sie dann wieder mehr Geld haben. Da wird wieder ein Posten geschaffen. Der Herr Van der Bellen wird sich auch freuen, dass seine 210 000 EUR pro Jahr für die nächsten Jahre auch gesichert sind. Das ist genau das, was Sie wollen. Sie sind dafür, dass der Herr Van der Bellen weiter für eine Nullleistung für sein Büro 210 000 EUR bekommt. Das muss man den Bürgern auch sagen und das sagen wir den Bürgern. *(Aufregung bei den GRÜNEN. – Beifall bei der FPÖ. – Aufregung bei GR Senol Akkilic.)* Ja, so ist das. Sie werden sehen.

Herr Akkilic, was Sie als logisch und gut finden, findet die Mehrheit der Bürger einfach als – ja, es ist schäbig, es ist wirklich schäbig, dass für einen Phantomposten Gelder abgezockt werden und 210 000 EUR der Steuergelder investiert werden. Das ist wirklich schäbig.

Oder für einen Fahrradbeauftragten, der für sein Büro 900 000 EUR bekommt. Solche Agenturen sollen da in Zukunft weiter geschaffen werden oder eben man hört ja Gerüchte, da sollen jetzt die Fahrradwege bunt angemalt werden. Das muss ja auch finanziert werden, das kostet sicherlich einige Millionen Euro. Ja, Sie wissen ja, wie Sie es holen. Sie zocken die Bürger weiter ab nach Strich und Faden und das ist genau das, was wir aufzeigen und genau dafür werden Sie 2015 auch die Rechnung serviert bekommen, weil am Ende macht die Rechnung der Wähler und nicht irgendwelche Umfragen! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Auch wenn Sie sich vielleicht jetzt in einem Höhenflug gerade emotional befinden, weil es gewisse Umfragen gibt, in denen Sie 15 Prozent haben. Das ist ja eh schon gigantisch für die GRÜNEN. Also man kann Ihnen fast gratulieren aus Mitleid. Ja, ich stehe nicht an. Aber wem nehmen Sie die Prozente weg? Der SPÖ! Also im Endeffekt hat sich ja nichts geändert. Die einzige Partei, die wächst und wächst und wächst, sind wir Freiheitliche. Wir sind in manchen Bezirken schon weit über 30 Prozent *(Aufregung bei GR Mag Rüdiger Maresch.)* und

genau in diesen Bezirken, Herr Maresch, wird das Parkpickerl eben nicht eingeführt, weil wir Freiheitliche mit unseren Wählern Druck ausüben und die dortigen Bezirksvorsteher Angst haben, das Pickerl einzuführen! *(Beifall bei der FPÖ. – GR Mag Rüdiger Maresch: So gehen Sie doch nach Klagenfurt! Dort sitzen Ihre Parteifreunde!)*

Herr Maresch, also mir gefällt es in Klagenfurt sehr gut, ich bin aber ein Wiener Politiker. Wenn Sie nach Klagenfurt gehen wollen, Politik machen, ich werde Sie nicht aufhalten, Herr Marsch. Ich werde Sie sicher nicht aufhalten. *(Heiterkeit bei der FPÖ.)* Bitte gehen Sie nach Klagenfurt, eine wunderschöne Stadt, das gebe ich zu. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Ja, dort sitzen Ihre Parteifreunde! Parkpickerl! - Weitere Heiterkeit bei der FPÖ.)* Aber es ist im Endeffekt ein großer FPÖ-Erfolg, dass in den Bezirken, 11. Bezirk, 10. Bezirk, wo wir immer stärker werden, wo wir wahrscheinlich die SPÖ auch schon überholt haben, deswegen ist ja auch Ihre Nervosität zu erklären, wir allein schon die Diskussion verhindern. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Die FPÖ und Telekom!)* Und darauf sind wir auch stolz, dass wir im Sinne der Bürger diesen Druck auch ausüben. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Telekom! Wo ist seine Leistung?)* Aber das wollen Sie natürlich nicht hören. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Die FPÖ und Telekom! Wo ist seine Leistung?)*

Es sind im Visier der rot-grünen Abkassiertruppe die Autofahrer. Die Autofahrer sind eh schon die Melkkühe der Nation. Ab 1. März eine 67-prozentige Gebührenerhöhung, die schon stattgefunden hat. Das ist Ihnen leider nicht genug. Sie wollen die Parkpickerl weiter ausdehnen und es geht Ihnen ganz klar um eine unsoziale Einnahmenmaximierung, mehr ist es nicht. Es ist unsozial, es ist alles andere als sozial und Sie als Sozialdemokraten *(GR Mag Rüdiger Maresch: Ja ja, die FPÖ und Telekom!)*, als angebliche Sozialdemokraten sollten eigentlich rot werden, wenn Sie es nicht schon sind, sich in die Ecke stellen und schämen. Das ist wirklich schäbig, dass Sie so unsozial die Bürger abzocken. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und da kommen Sie noch her und erzählen noch diverse Märchen wie - da wurden ja Studien angefertigt um teures Geld - eine Reduktion der Verkehrsbelastung um 35 Prozent. Das sind sehr groß medial vermarktete Studien. Das sind doch alles Märchen! Das ist ein Wunschtraum! Das hat doch bitte mit der Realität nichts zu tun! Das ist ja eigentlich, wenn man das genauer betrachtet, eine bewusste Täuschung und Täuschung ist anscheinend, wie ich schon auch ausgeführt habe, ein großes Prinzip Ihrer Politik. Es stimmt einfach nicht! Sie täuschen die Wähler, Sie täuschen die Bürger und ich sage auch ganz bewusst, Sie bewegen sich hier in einer Grauzone, weil was ist Täuschung mit Bereicherungsvorsatz? *(GR Mag Rüdiger Maresch: Wie bei der Hypo-Bank! Wo ist seine Leistung?)* Was ist denn das und was ist das, wenn es mehrere Opfer gibt über einen länger andauernden Zeitraum, Herr Maresch? *(GR Mag Rüdiger Maresch: Hypo-Bank sage ich nur. Wo ist seine Leistung?)* Das wissen Sie vielleicht nicht, aber jeder Jurist sollte das beurteilen können. Und auch das ist

schäbig und das ist die Realität, Herr Maresch. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Hypo! Hypo! Wo ist seine Leistung?)* Täuschung mit Bereicherungsvorsatz über einen längeren Zeitraum und mehrere Opfer. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Wo ist seine Leistung?)* Sie brauchen nur einen Kodex aufschlagen und schauen, was das ist. Das ist schäbige Politik, meine sehr geehrten Damen und Herren, und das lehnen wir ab. *(Beifall bei der FPÖ. – GR Dipl-Ing Martin Margulies: Ihr seids die Verbrecher, nicht wir! Einer nach dem anderen!)*

Herr Margulies ... Oh, da haben wir wieder, gut, also. *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Einer nach dem anderen! – Aufregung bei den GRÜNEN.)* Ich darf mich hier kurz einschalten und meinen Redebeitrag dazu verwenden, einen Ordnungsruf für den Herrn Margulies für den Ausdruck Verbrecher zu verlangen. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Meischberger!)* Er hat soeben gesagt, wir sind die Verbrecher. Ich bitte und ersuche den Vorsitz um Erteilung eines Ordnungsrufes. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Meischberger! Meischberger! – Aufregung bei den GRÜNEN. - Beifall bei der FPÖ.)*

Herr Margulies, wenn Sie glauben, mich provozieren zu können, dann schlägt das irgendwie ins Leere. Also lassen Sie es einfach, lassen Sie es. Es ist einfach nur peinlich. Lassen wir es beim Prädikat „Peinlich“. Peinlich, peinlicher, Margulies, da haben wir es schon. Hier sitzt er. *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Sie sind die Partei, wo die meisten Verbrecher sind!)*

Und er führt es noch weiter. Das ist ja bitte ein Armutzeugnis für den Wiener Gemeinderat *(Aufregung bei GR Dipl-Ing Martin Margulies.)*, dass bitte so eine Diskussionskultur überhaupt einziehen kann. Das gehört sofort abgedreht. Frau Vorsitzende, ich ersuche Sie im Anschluss um die Erteilung, Entschuldigung, Herr Vorsitzender *(Allgemeine Heiterkeit.)* bitte, ich ersuche Sie um die Erteilung eines Ordnungsrufes.

Wie gesagt, aber ich will mich jetzt bitte gar nicht aufhalten lassen von dem rowdyhaften Verhalten der GRÜNEN. *(Heiterkeit bei den GRÜNEN.)* Straßenschlachten sind bekannt. Das ist halt die Hauptaufgabe. Ich will mich nicht damit aufhalten.

Der Dringliche Antrag, den wir heute eingebracht haben, dient dazu, dass wir den Bürgern zu ihrem Recht verhelfen wollen. Wir wollen Mitbestimmung garantieren. Wir verlangen deswegen zwingende Bürgerbefragungen und die Frau Vizebürgermeisterin, die eigentlich unser Vertrauen nicht mehr genießt, aber sie ist es halt noch, sollte endlich auch diese Bürgerbefragungen durchsetzen. Dafür bringen wir diesen Dringlichen Antrag heute ein. *(Beifall bei der FPÖ. – GR Mag Rüdiger Maresch: Sehr gut!)*

Sie lassen die Menschen nicht mitreden, weil es ist auch irgendwie eigenartig, bei jedem Miniprojekt ketten Sie sich an den Baum und lassen sich abführen oder auch nicht, aber wenn es darum geht, die Bürger wirklich einzubinden, dann versperren Sie sich. Also, Frau Vassilakou, es ist einfach entlarvend, Ihr Verhalten ist entlarvend. Es war auch entlarvend, dass Sie die Parkpickerlabzocke, die Gebühr, als Steuer bezeichnet haben. Sie haben Steuer gesagt, das ist entlarvend. Dass hier Gel-

der eingehoben werden, ohne Gegenleistung auch, weil es gibt keine Garantie auf einen Parkplatz. Dann haben Sie weiter gesagt, dass man die Bürger über Steuern nicht abstimmen lassen sollte. Für wie dumm halten Sie eigentlich die Wienerinnen und Wiener? (*Aufregung bei GR Mag Rüdiger Maresch.*) Für wie dumm halten Sie die Menschen? In der Schweiz ist das möglich! Aber Sie, die Sie ja in Wirklichkeit nur ein dummes Wählerproletariat heranzüchten wollen, das ist nämlich genau Ihre Strategie, Sie halten die Wienerinnen und Wiener für nicht mündig, und das ist entlarvend und allein deswegen gebührt Ihnen der Entzug des Vertrauens, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Abschließend mein Appell: Ich fordere alle hier in diesem Haus auf, auch an ihr Gewissen zu appellieren, diesen Anträgen zuzustimmen, vor allem auch dem Misstrauensantrag gegen die Frau Vassilakou. Es sind Rote eingeladen, der Vertreter der roten Fraktion, der Herr Schicker zum Beispiel könnte sich einen Ruck geben und seine Worte aus dem Jahr 2010 ernst nehmen. Einige Grüne könnten sich auch einen Ruck geben oder die vielen Roten, die natürlich für die Rechte der Autofahrer eintreten, aber jetzt nicht dürfen. Geben Sie sich einen Ruck, nämlich einen Ruck für mehr Demokratie und für, ja, auch mehr direkte Demokratie, für mehr Beteiligung der Bürger und vor allem gegen die Abzocke der Autofahrer seitens Rot und Grün! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Wir hörten die Begründung dieses Verlangens. Ich habe bei der letzten Präsidialkonferenz in Anwesenheit aller Klubvertreter darauf hingewiesen, dass ich keine Zurufe brauche, wenn Ordnungsrufe zu erteilen sind. Ich habe ohnehin vor, einen Ordnungsruf zu erteilen und zwar an den Herrn Dipl-Ing Margulies deshalb, weil er unter Hinweis und Hinzeigen auf die Freiheitlichen gesagt hat: „Ihr seid Verbrecher.“ Und dieses ist hier in diesem Saal nicht erlaubt und daher erteile ich einen Ordnungsruf. Ansonsten brauche ich keinen Hinweis, wenn ich das machen muss. Das wollte ich da nur sagen. (*Heiterkeit bei der FPÖ.*)

Ich eröffne die Debatte, wobei ich bemerke, dass die Dauer der Diskussion maximal 180 Minuten beträgt.

Für die Besprechung des Dringlichen Antrages hat sich Frau StRin Matiassek zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihr, wobei ich aufmerksam mache, dass die Redezeit mit 20 Minuten begrenzt ist. Ausgenommen von dieser Redezeitbegrenzung sind der Herr Bürgermeister oder die zuständigen amtsführenden Stadträte bei einer Wortmeldung. Bitte, Frau StRin Matiassek.

StRin Veronika **Matiassek**: Ja danke. Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

Bevor ich zum Thema komme, möchte ich doch ganz klar feststellen, dass es kein Zuruf ist, wenn jemand einen Ordnungsruf verlangt, sondern auch ein Zeichen persönlicher Betroffenheit oder den Wunsch. Sie, Herr Vorsitzender, haben ja dann natürlich das Pouvoir zu entscheiden, ob dieser Ordnungsruf aus Ihrer Sicht zulässig ist oder nicht. Aber ich glaube, das dürfen wir uns schon vorbehalten, dass wir, wenn wir meinen, und das

gilt natürlich für alle hier im Raum, dass ein Ordnungsruf fällig ist, dass wir diesen Wunsch auch zum Ausdruck bringen können. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Die Diskussion heute zum Parkpickerl, zur Parkraumbewirtschaftung, zur geplanten Erweiterung dieser Themenfelder ist dringend notwendig. Das haben die Reaktionen der Bürgerinnen und Bürger gezeigt. Es ist dringend notwendig und es ist gut und richtig so, dass wir heute gleich in Form von zwei dringlichen Initiativen zu diesem Thema sprechen. Bis dato galt ja der Standpunkt, eben bis zum Eintreten dieser rot-grünen Regierung, dass eine Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung verbunden sein muss mit Maßnahmen. Eine Maßnahme davon, und ich zitiere jetzt noch einmal den Herrn damaligen Planungsstadtrat Schicker: „Die Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung kann nur dann kommen, wenn bereits zuvor Maßnahmen gesetzt werden und Dauerstellplätze von der Straße in Garagen zu verlagern ...“ und so weiter, und so fort. Dann: „Damit kann frühestens in fünf Jahren eine mögliche Ausweitung thematisiert werden. Durch eine vorherige Ausweitung fühlen sich die Wienerinnen und Wiener zu Recht nur gefrotzelt.“ D'accord, vollkommen richtig. Der damalige Herr Planungsstadtrat und heutige Klubobmann Schicker hat hier vollkommen richtig gesprochen. Nur, was passiert jetzt? Kaum ist ein Garagenbau in Planung, treten ja die GRÜNEN auf den Plan, um diesen möglichst schnell und wirksam zu verhindern. In meinem Bezirk, und es sind ja einige Abgeordnete hier aus diesem Bezirk, in Hernals können wir ein Lied davon singen, dass es unter grüner Führung leider bis dato erfolgreich verhindert wird, dass eine dringend notwendige Garage, zweite Garage, im Bezirkszentrum errichtet wird. Da treten Sie dann auf den Plan. Das ist Ihre Bürgerbeteiligung, indem Sie mit großem Radau eine ganze Schule missbrauchen, um eben dringend notwendige Stellplätze zu verhindern. Und wenn Sie jetzt mit dem Argument der Schulstörung kommen, dann darf ich nur daran erinnern, man hat unter dem Sportplatz auf dem Pahamerplatz eine Garage errichtet, eine Volksgarage errichtet, und kein Grüner ist auf den Plan getreten und hat sich darüber aufgeregt, dass selbstverständlich der Sportunterricht über einen gewissen Zeitraum beeinträchtigt war. Die Schülerinnen und Schüler sind halt zum Postsportplatz gegangen oder haben Turnhallen benützt. Geht ja auch und wir wissen, dass Garagenbau heute so stattfindet, dass die Umgebung sehr wenig beeinträchtigt ist und wenn die Garage einmal fertig ist, mitten in Stadtzentren gibt es Garagen, stören sie keinen Menschen mehr. Aber das gefällt Ihnen nicht und daher treten Sie natürlich sofort auf den Plan.

Und Sie haben ja die Bürgerbeteiligung in gewisser Weise neu geschrieben. Frau Vizebürgermeisterin, ich erinnere an eine Antwort von Ihnen, wo Sie sagen, Bürgerbeteiligung muss nicht zwingend eine Pro- und Kontraabstimmung der Bürger sein. Es gibt Informationsveranstaltungen und so weiter, und so fort.

So, erstens ist es sehr schwierig für einen normal arbeitenden Menschen, an diesen Veranstaltungen teilzunehmen oder diese aufzusuchen.

Zweitens kann man dort zwar sagen, es gefällt mir,

es gefällt mir nicht, ich finde es gut oder nicht gut, aber das hat ja überhaupt keine Wirkung.

Drittens werden Informationsveranstaltungen definitiv manipuliert. Es werden dort wirklich Maulkorberlässe erteilt und es darf nur sprechen, wer gefällig spricht.

Die Bürger und Bürgerinnen haben es sich nicht gefallen lassen und es war in allen Informationsveranstaltungen zu dem Thema Parkraumbewirtschaftung und Parkpickerl die Hölle los, weil sich die Bürger sehr geärgert und sehr von Ihnen veräppelt gefühlt haben, was hier abgeht. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wir haben aber auch im Vorfeld der Diskussion zur Erweiterung der Parkraumbewirtschaftung immer wieder lesen oder hören können: Ja selbstverständlich werden vor einer Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung die Bürger befragt. Schlagzeilen in Bezirksblättern, Anfragebeantwortungen diverser Bezirksvorsteher oder auch Stadträte, alles schwarz auf weiß vorhanden. Heute will man davon nichts mehr wissen und die Leute sind ärgerlich und das zu Recht. Wir haben viele Gespräche gehabt, wütende E-Mails bekommen, das wird Ihnen sicher genauso gegangen sein. Es hat in letzter Zeit kaum etwas so eine große Erregung heraufbeschworen wie diese Ho-Ruck-Aktion dieses verkehrspolitischen Fleckerlteppichs, den man in Wien da einsetzen will. Und eine Gruppe, Sie schreiben ja immer so gern das Wort sozial auf Ihre Fahnen, die sich hier wirklich sehr negativ betroffen fühlt und das zu Recht, sind Mitarbeiter, aber auch natürlich die Vereinsobleute mobiler Pflegeeinrichtungen. Es ist nämlich so in Wien, dass nur das diplomierte Personal Ausnahmegenehmigungen zum Parken hat. Wir alle wissen, dass heute gerade der Bereich der Heimhilfen, auch der Pflegehilfen natürlich mit einem Auto unterwegs sein muss und kleine Vereine haben keine Wagenflotte, die eine Ausnahmegenehmigung bekommt, sondern es sind sehr viele MitarbeiterInnen mobiler Pflegedienste mit dem eigenen PKW unterwegs und müssen das über das System der Abgaben für eine Parkzone machen. Sie bemühen sich natürlich, abseits dieser Zonen stehen zu können, dort wo es heute noch möglich ist, denn wissen Sie, wie das nämlich abläuft? Es ist nicht die vorgeschriebene oder die vorgerechnete halbe oder dreiviertel Stunde immer einzuhalten. Die Klienten sind oft schlecht beisammen, benötigen noch einen Einkauf und sehr, sehr oft wird diese Zeit überschritten. Die Leute stehen unter einem enormen Druck, nicht nur, was ihr ganzes Arbeitsfeld betrifft, sondern natürlich auch, um rasch von einem zum anderen zu kommen. Und die sind sehr besorgt und sehr entrüstet. Denen geht es jetzt schon schlecht, wie die Parkraumsituation beschaffen ist und die haben zu Recht große Angst, wie sich das in Zukunft gestalten wird. Und es geht hier im Wesentlichen um kleine Vereine, die wir aber brauchen, um eine lückenlose oder eine möglichst lückenlose Versorgung gewährleisten zu können. Wir alle wissen und wir alle haben uns dafür entschieden, dass gerade die Betreuung von kranken, von alten, von inmobilen Menschen zu Hause der Vorzug zu geben ist und sie nicht stationär unterzubringen. Das wird nur möglich sein, wenn die mobilen Pflegedienste auch gut

unterwegs sein können. Auch hier haben Sie im Vorfeld überhaupt nicht daran gedacht, wie das zu handhaben sein wird und hier werden viele negativ betroffen sein.

Es geht aber auch um viele Personen, die der öffentlichen Hand eine große Entlastung bieten, indem sie es auf sich nehmen, alte, kranke Angehörige zu transportieren oder zu ihnen zu fahren. Ich stelle jetzt stellvertretend ein Beispiel in den Raum, wo mir eine Frau sagt, ich wohne im 10. Bezirk in dem Bereich, wo in Zukunft ein Parkpickerl angedacht ist, im Moment ja Gott sei Dank dank kräftigen Widerstandes auf die lange Bank geschoben. Wir wissen aber nicht, wie es sich entwickeln wird. Diese Frau hätte also zu Hause zu bezahlen, weil sie hat keine Garage. Sie wohnt auch in einem Haus, wo das nicht möglich ist. Sie muss ein Parkpickerl erwerben. Sie fährt jeden Tag, seit sie in Pension ist, zu ihrem betagten Vater und pflegt ihn und kümmert sich um ihn. Das kann einmal in einer Stunde fertig sein, das kann aber mal drei oder vier Stunden auch dauern. Der Vater wohnt in Innerhernalms. Heute kann sie noch in einer Nebengasse einen Parkplatz suchen, der nichts kostet. Jetzt muss diese Frau in Zukunft, wenn es nach Ihren Wünschen geht, noch einmal bezahlen, weil sie es auf sich nimmt, die öffentliche Hand nicht zu belasten - es tut natürlich auch ihrem Vater gut, keine Frage -, jeden Tag nach ihm sieht und dort manchmal länger oder weniger lange steht. Es ist dieser Frau, auch sie ist nicht ganz gesund, ja nicht zuzumuten, diesen Weg mit dem Fahrrad oder mit dem öffentlichen Verkehrsmittel zu machen, weil sie auch hier ungleich länger brauchen würden. Noch dazu erledigt sie auch Einkäufe für ihren Vater oder führt ihn irgendwohin. Pflegende Angehörige führen ihre Angehörigen auch zu diversen medizinischen Einrichtungen, sie führen ihre Angehörigen zur Fußpflege oder zu Einrichtungen von Orthopädiebedarf. Ich würde Sie einmal dringend ersuchen, gehen Sie dort hin, setzen sich einmal zu einem normalen praktischen Arzt in einem dieser Bezirke, gehen Sie einmal in eine Einrichtung, in ein Unternehmen, wo Orthopädiebedarf verkauft wird und hören Sie sich an, was Ihnen dort die Leute, die eigentlich immer sehr ungerecht aufgerechnet werden, sagen. Sie rechnen ja immer, wir haben so und so viele Autobesitzer und so und so viele, die keines haben. Sie vergessen dabei die Kinder, Sie vergessen dabei die Angehörigen, die von einem Auto profitieren. Diese Aufrechnung stimmt nicht, sie ist unseriös! *(Beifall bei der FPÖ.)*

All diesen Menschen machen Sie das Leben schwer, und all diese Menschen strafen Sie ab, und all diesen Menschen reißen Sie mit Ihrer wirklich vollkommen fehlschlagenden Verkehrspolitik das Geld aus der Tasche. Viele Dienstleister sind aufs Auto angewiesen, Wien ist nicht die Stadt der kurzen Wege. Wien ist vielfach eine Stadt der langen Wege. Um heute flexibel von Einsatzort zu Einsatzort zu kommen, ist es für viele Menschen notwendig, das Auto zu benützen.

Ich orte immer wieder oder immer stärker ein unheimlich aggressives Verhalten gegenüber unserem Nachbarbundesland, mit dem man angeblich überhaupt nicht zusammenarbeiten kann. Na ja, mir fallen Weintauen und Sonstiges ein, wo sich die beiden Landeshaupt-

leute offensichtlich sehr gut verstehen. Also es wundert mich wirklich. Und mir fällt auch ein, dass erst unlängst die Frau StRin Sima gesagt hat, bei der Jagd nach den Hundeabgabensündern funktioniert die Zusammenarbeit mit dem Land Niederösterreich ganz ausgezeichnet. Komischerweise in der Verkehrspolitik scheint das überhaupt nicht zu gehen? Also das ist schon unglaublich! Hier wird ganz einfach Verantwortung abgewälzt. Auch gegen die Pendler, muss man sagen, herrscht eine höchst aggressive Stimmung. Sie sind ja keine Verbrecher, sondern das sind Leute, die in Wien arbeiten. Viele haben überhaupt keine andere Möglichkeit, anders hereinzukommen. Da fehlt es nämlich am Stadtrand an vielen Stellplätzen und an der Möglichkeiten, in ein öffentliches Verkehrsmittel umzusteigen und dieses Versäumnis gehört erst behoben und dann kann ich über die Parkraumbewirtschaftung nachdenken. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wir sprechen ja sehr stark von den Westbezirken und das sagen ja nicht nur ich aus Kenntnis der Situation und viele Bürger, dass es gerade in diesen Bezirken 14, 15, 16, also 15 ist mehr innen, aber 16, 17, 18, 19 eine ausgesprochen schlechte Anbindung an die Öffis gibt. Vor allem in tangentialer Sicht außerhalb der Vorortelinie ist es sehr schwer möglich, da ganz ohne Auto auszukommen. Für viele Menschen, die vor allem sehr flexibel sein müssen und von denen eben auch zeitlich ein Einsatz verlangt wird, der es nicht zulässt, dass man einfach gemütlich eine Tour mit mehreren Umsteigerelationen auf sich nimmt und Busse benützt, die nur alle halbe Stunden fahren. Es ist ja bei einigen Buslinien erst nach großem Druck, und ich zitiere jetzt wieder Hernals, möglich gewesen, etwa auf den Heuberg hinauf, dass die zu den wirklich verkehrsreichen Zeiten wenigstens im Viertel-Stunden-Takt unterwegs sind.

Diese Maßnahme, die jetzt von Ihnen getroffen wird, oder diese Planung der Erweiterung der Parkraumbewirtschaftung hat viele Bürger auf den Plan gerufen. Sie hat große Wut und großen Ärger erzeugt und es zeigt sich auch, dass vor allem von denen, die diese Erweiterung so einpeitschen, nämlich Sie von den GRÜNEN, ja immer mit zweierlei Maß gemessen wird. Sie haben eine, na ja, sag ich mal, gestörte Einstellung, Kollege Gudenus hat das vorhin erzählt, Strasser hat das sehr köstlich in der „Kronen Zeitung“ geschrieben zu allem, was vier Gummireifen und einen Verbrennungsmotor hat. Mir fällt da ein, als Ihr bundesdeutscher ehemaliger Außenminister, der steinewerfende Josef Fischer, noch nicht zur Kaschmirfraktion gehört hat, hat er ja gemeinsam mit zwei Spießgesellen, nämlich Königs und Pelz, bei Opel zu arbeiten begonnen und wollte dort Radau machen und den Betrieb lahmlegen. Na ja, er ist nicht zu einem Unternehmen gegangen, das Stahlteile herstellt. Er ist schon ganz gezielt in die Automobilindustrie gegangen, die war Ihnen ja immer schon ein Dorn im Auge. Es ist ihm nicht gelungen, weil die Mitarbeiter dort nicht blöd genug waren, ihm auf den Leim zu gehen, sondern sehr wohl gerne gearbeitet haben. Sie haben ihr Projekt erfolglos abgebrochen. Aber jetzt in der postpolitischen Zeit ist genau jener Josef Fischer unter anderem Konsum-

lent bei BMW. Das ist schon lustig. Also da sieht man, wie glaubwürdig Ihre ganze Einstellung ist.

Ich komme aus Hernals. In Hernals wohnen viele grüne Spitzenfunktionäre und man geht halt am Wochenende einkaufen oder man fährt einkaufen. Nicht selten werden in den Parkgaragen der Hernalser Supermärkte Ihre Bundesvorsitzende, aber auch die Frau Vizebürgermeisterin mit dem Auto gesehen! *(GR Mag Wolfgang Jung: Oh, nicht möglich!)* Ja, dann muss man halt auch im Persönlichen anders agieren, wenn man glaubwürdig sein will. Aber es sind nicht nur die SpitzenfunktionärInnen, ja auch ein Teil der grünen Hernalser Bezirksräte – ich weiß, Sie hören das nicht gerne – kommt bei jeder Sitzung aus der Tiefgarage, wo sie vorher ihre Autos geparkt haben. Das sind dann die, die sich hinstellen und schreien, man darf nicht mit dem Auto fahren. Soviel zu Ihrer Glaubwürdigkeit. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Es war angelegentlich der Diskussion um die Postamtschließung in Neuwaldegg vor allem dem grünen Herrn Bezirksrat ein ganz großes Anliegen, dass er nur ja keine Post verliert, wo er gut zufahren kann, um seine Amazon-Packerln abzuholen. Soviel zur grünen Glaubwürdigkeit.

Ja, das heißt, es wird wohl Ihr Durchschnittsverhalten sein. Es geht Ihnen ja gar nicht darum, wirklich den Verkehr zu beruhigen und die Lebensqualität der Menschen zu verbessern, sondern Sie haben ein Feindbild, das ist der motorisierte Individualverkehr, wahrscheinlich weil er ein bisschen ein Zeichen für Freiheit ist und das können Sie nicht gut ertragen. Daher wollen Sie, außer natürlich bei sich selber, eingreifen und den Bürgerinnen und Bürgern, die vielfach ihr Auto brauchen, diese Fahrt mit dem Auto zumindest so unattraktiv und teuer machen, dass sie ihnen wirklich irgendwann die Luft abschnüren. Sehr sozial, muss ich dazu sagen. Aber die Bürger und Bürgerinnen lassen eines nicht, die wissen nämlich nicht, das Sie genauso gerne mit dem Auto unterwegs sind und die werden sich von Ihnen ganz sicher nicht sagen lassen, ob und wann sie ihr Auto benützen dürfen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Die Frau Kollegin Wehsely hat sich am Montag in der Sondersitzung alteriert, dass es vielleicht für die ÖVP ungut oder gefährlich wäre, mit der FPÖ da gemeinsame Sache zu machen oder Sie werden hinterhergezogen, hat sie gefürchtet, es wäre schädlich. Wir können alle Damen und Herren der SPÖ wirklich beruhigen. Wir sind zwei unabhängige Oppositionsparteien. Wir stehen heute für dieselbe Sache im Sinne der Bürger. Manchmal sind wir einer Meinung, manchmal nicht. Und mit dieser Freiheit, die uns so wichtig ist, mit der leben wir sehr gut! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Aber es sind nicht viele da. Sie werden es ja vielleicht Ihren Kolleginnen und Kollegen erzählen oder erinnern Sie sich selbst. Der Herr Bürgermeister hat ja anlässlich der Regierungsbildung gemeint: „Ich streite mich lieber um das Thema Verkehr mit den GRÜNEN als um die Bildungspolitik mit der ÖVP.“ *(StR Mag Manfred Juracka: Das hat er jetzt!)* Er hat aber gar nicht gestritten. Nein! Er hat sie fuhrwerken lassen. Er hat nicht einmal

diesen Streit durchgeführt. Und diese Bequemlichkeit, die Bequemlichkeit des Herrn Bürgermeisters und auch der SPÖ, die schadet jetzt den Bürgern. Ich sage, es wäre besser gewesen, er hätte eine Bildungsdebatte mit der ÖVP geführt, für Wien wäre das sicher gescheiter gewesen als die Bequemlichkeit, sich jetzt am grünen Nasenring durch Wien führen zu lassen und das zum Schaden und Ärger der Bevölkerung. Wir vertreten die Bürger und wir werden sicher Ihre unsoziale Abzockepolitik bekämpfen! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr StR Mag Juraczka. Und ich erteile es ihm.

StR Mag Manfred **Juraczka**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Erlauben Sie mir zu Beginn nur eine kurze Feststellung: Wenn ich mir so die Anwesenheit der Sozialdemokratie ansehe, dann muss ich ganz offen sagen, wenn man weiß, es gibt einen Misstrauensantrag der Opposition, Frau Vizebürgermeisterin, gelebte Solidarität, Loyalität, Beistand schaut anders aus. *(Beifall bei ÖVP und FPÖ.)* Ich würde mir an Ihrer Stelle ziemliche Sorgen machen.

Aber gut, dass wir über das Thema Parkpickerl reden. Das Parkpickerl und die gesamte Diskussion darüber ist in erster Linie ein Symptom, das Symptom einer Krankheit, an der diese Stadt, diese Stadtregierung schon seit etwas mehr als einem Jahr leidet: Absolute Abgehobenheit. Man will einfach nicht mehr mit den Bürgern kommunizieren. Bürgerbeteiligung völlig uninteressant. Gerade Sie, meine Damen und Herren von den GRÜNEN, haben sich das früher immer redlich auf die Fahnen geschrieben. Glaubhaft, ich sage es ganz offen. Bürgerbeteiligung, direkte Demokratie war Ihnen, so hat man es zumindest geglaubt, so habe es auch ich geglaubt, wichtig. Jetzt in der Regierung geht es ganz schnell mit den guten Vorsätzen, mit den Grundsätzen über Bord werfen. Bürgerbeteiligung kein Thema mehr. Am Montag im „Wien heute“-Studio haben Sie erklärt: Nein, Parkpickerl kann man nicht mit Bürgerbeteiligungsverfahren durchführen, weil da geht es um neue Steuern, neue Gebühren und da gibt es nie eine Mehrheit. Zeitgleich reden Sie immer von einem Volksbegehren, von Bürgerbeteiligung für die Vermögenssteuer. Was stimmt jetzt? Gibt es Bürgerbeteiligung bei wichtigen Themen wie Verkehr, wie Parkpickerl? Ist es möglich oder nicht? Und ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, es ist eigentlich ein absolutes Zeichen von Ignoranz, wenn man als Stadträtin für Bürgerbeteiligung, weil auch das sind Sie, werte Frau Vassilakou, nicht nur Verkehrstadträtin, so über die Menschen drüberfährt. Parkraummanagement ist notwendig. Wir wollen jetzt nicht als die missverstandenen werden, die sagen, jeder kann stehen bleiben in einer Großstadt wie Wien, wo er möchte, nirgendwo wird etwas kassiert. Nein. Als das Parkpickerl 1993 im 1. Bezirk eingeführt wurde, hat man damit zwei Ziele verfolgt: Man wollte den Anrainern wirklich die Chance auf einen Parkplatz geben und man wollte vor allem den Menschen in dieser Stadt, in einer Großstadt, in einer Millionenstadt, klarmachen, es kann nicht so sein, dass

jeder mit dem Auto unterm Hintern, wenn Sie mir diesen jovialen Ausdruck erlauben, bis auf den Stephansplatz fahren kann. Man kann nicht immer ohne zusätzliche Gebühren bis ins Zentrum fahren. Hier muss man sich kreative Lösungen überlegen, das stimmt. Nur, jetzt haben wir ein Modell von Ihnen propagiert, da kostet eine Stunde Parken auf der Linzer Straße, auf der Wilhelminenstraße, auf der Hernalser Hauptstraße genauso viel wie auf der Freyung, genauso viel wie Am Hof. Ist das sinnvoll? Nein! Das ist sicher nicht sinnvoll. Genauso wenig ist es sinnvoll, wenn Leute aus Ottakring nach Penzing einkaufen fahren wollen, weil dort der nächste Supermarkt ist und man vielleicht mit Mineralwasserkisten nicht unbedingt mit dem Rad unterwegs sein möchte. Muss man hier wirklich einen Parkschein verwenden? Geht es hier darum, dass man Leute davon abhält, in die Innenstadt zu fahren? Nein. Hier geht es nur um dringend notwendige persönliche Wege, Einkäufe. Was Sie mit diesem System, das Sie hier propagieren, machen, Sie fördern nur die großen Einkaufszentren, weil jetzt werden alle in die Shopping City, in das Shopping Center Nord, in die großen Einkaufszentren einkaufen fahren. Dort gibt es Parkhäuser, die sind umsonst. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der Handel geht bei diesem Modell im Übrigen auch den Bach hinunter. Aber das ist Ihnen ganz offensichtlich egal. Genauso wie es Ihnen egal ist, dass die großen, die starken sozialdemokratischen Bezirke wie Simmering, wie Floridsdorf gleich zu Beginn gesagt haben, Blödsinn, brauchen wir nicht. Gott sei Dank war heute auch Favoriten so gescheit und hat erkannt, dass das ein Weg in eine Sackgasse ist. Ich bin ja wirklich nur neugierig, was sich so Herrschaften wie die Frau Dr Pfeffer in Hernals, der Kollege Sokop in Ottakring, Kalchbrenner in Penzing denken *(GR Dipl.-Ing Martin Margulies: Prokop!)* Prokop, Entschuldigung, wenn Sie jetzt sozusagen aus Koalitionsraison dieses Parkpickerl mit Würgen und Ächzen akzeptiert haben völlig gegen die Meinung der Menschen, und jetzt springen alle anderen ab. Es ist ja nur noch ein Fleckerlteppich übrig.

Und weil wir von der Bürgerbeteiligung reden, ich sage Ihnen, wir haben das getan, wozu Sie nicht bereit sind. Wir haben ein überparteiliches Institut beauftragt, den wirklichen Willen der Wienerinnen und Wiener zu erheben. Und das Ergebnis ist ein ganz klares: 66 Prozent in Hernals sind gegen das Parkpickerl, 71 Prozent in Ottakring sind gegen das Parkpickerl, 81 Prozent in Penzing sind gegen das Parkpickerl, 55 Prozent in Rudolfsheim-Fünfhaus sind gegen Parkpickerl, 70 Prozent in Favoriten sind gegen Parkpickerl, 67 Prozent in Meidling sind gegen Parkpickerl. Meine Damen und Herren, Politik soll nicht die eigenen Vorstellungen umsetzen, sondern in einen Dialog mit den Wienerinnen und Wienern treten und deren Bedürfnisse für diese Stadt umsetzen. Wir sind Volksvertreter. Es geht nicht um unsere eigenen Egos, ganz wichtig! Es geht um den Willen der Bevölkerung. *(Beifall bei ÖVP und FPÖ.)*

Und noch eindeutiger. Man glaubt ja gar nicht, dass das in Prozentzahlen überhaupt noch möglich ist, aber es geht. Noch eindeutiger ist der Wille der Wienerinnen

und Wiener, mitentscheiden zu dürfen. Sie wollen, dass es in ihren Bezirken genauso ist, wie es in Währing war unter einem ÖVP-Bezirksvorsteher. Sie wollen über das Parkpickerl abstimmen dürfen. Das sind in allen Bezirken, die wir befragt haben, über 80 Prozent! Und das sind auch Ihre Wähler, meine Damen und Herren gerade von der Sozialdemokratie, die sich von Ihrer Partei im Stich gelassen fühlen. Aber das müssen Sie sich mit Ihren Wählern ausmachen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das über die Köpfe der Menschen Hinwegfegen und das Drüberfahren sind aber nicht nur beim Parkpickerl so. Wir haben ja viele andere Bereiche, gerade in der Verkehrspolitik, wo das State of the Art geworden ist im letzten Jahr. Schauen wir uns die Mariahilfer Straße an. Sie haben eine Expertenrunde zusammengerufen und haben gesagt, meine Vorgabe als Maria Vassilakou ist, es darf nicht so bleiben, wie es ist. Na eh klar, die Mariahilfer Straße ist eine funktionierende Einkaufsstraße mit mehr als einer Milliarde Umsatz im Jahr. Wir haben Einkaufsstraßen, die dringend Unterstützung bräuchten, Hernalser Hauptstraße, Wallensteinstraße und viele mehr. Nein. Wir pfuschen an der Mariahilfer Straße herum! Aber es darf nicht so bleiben, wie es ist. Das ist die Vorgabe. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Sie hat es vorgezogen, jetzt nicht hier zu sein. Gut. Wir haben Ihren Job auch in dieser Frage gemacht. Wir haben alle Haushalte im 6. und 7. Bezirk angeschrieben und gefragt, was sie mit der Mariahilfer Straße vorhaben. Wir haben gesagt: Welche Veränderungen wollen Sie? Shared Space, Fußgängerzone, Einbahnregelung, alles taxativ aufgelistet, was im Gespräch war oder ist. Und wir haben auch eine Möglichkeit dazugefügt, die, glaube ich, auch legitim ist, abgefragt zu werden. Wir haben gefragt: Oder soll sie so bleiben, wie sie ist?

Wir haben fast 4 000 Rückantworten mittlerweile bekommen. Wir dürfen Ihnen die gerne übergeben. 4 000 Antworten von den Bewohnern und Bewohnerinnen des 6. und 7. Bezirks. *(GR David Ellensohn werden die Antworten übergeben.)* und 62 Prozent sagen: Wir wollen, dass diese tolle Geschäftsstraße so bleibt, wie sie ist. Nehmen Sie den Willen der Wienerinnen und Wiener bitte zur Kenntnis. *(Beifall bei der ÖVP. – GR David Ellensohn: In allen Farben!)*

Nächstes Thema. Ja Blau, Rot, alles schöne Farben, man sollte das nicht so eng sehen, Herr Kollege, man sollte es nicht so eng sehen. Eng sehen sollte man was anderes, nächstes Beispiel für „über den Bürger drüberfahren“. Es gibt mehr als 40 000 Unterschriften, damit das Naherholungsgebiet Otto-Wagner-Spital, damit das Naherholungsgebiet Steinhof erhalten bleibt. Was kommt da von Seiten der GRÜNEN, ehemals eine Partei, Sie können sich vielleicht noch erinnern, denen war wirklich einmal die Umwelt wichtig? Mittlerweile sollen dort Monsterwohnbauten kommen. Das ist den GRÜNEN wurscht, weil man hat es ja gemütlich in der Stadtregierung. Gut, nehmen wir zur Kenntnis, uns bleibt der Wille der Wienerinnen und Wiener wichtig und man kann nicht, auch in diesem Bereich, über die Menschen drüberfahren. 40 000 Unterschriften, meine Damen und Herren! Wir

sagen als Wiener ÖVP auch hier ganz klar, das Otto-Wagner-Spital und das ganze Areal dort sollen ausschließlich medizinischer Nutzung zugeführt werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Nächstes Thema, wo die ÖVP Bürgerbeteiligung lebt, Neuer Markt. Hier soll auch die Innenstadt, der 1. Bezirk, ein weltstädtisches Flair bekommen, neu gestaltet werden. Die Oberflächengestaltung - nur in Hernals macht es die SPÖ anders, da zahlt es der Bezirk, im 1. Bezirk regiert die ÖVP, dort lasst man sich diese Oberflächengestaltung vom Garagenbetreiber zahlen. Klar, man kann ja haushalten. Aber warum sind wir dagegen, gerade von Seiten auch der GRÜNEN? Weil eine Garage kommt. Da könnten ja Leute einen Garagenplatz nehmen und nicht mehr in die tollen, segensreichen Möglichkeiten der Parkraumbewirtschaftung á la Vassilakou fallen. Nein, sind wir dagegen.

Wir haben 200 000 bis 300 000 Einpendler mit dem Auto; Frau VBgmin Vassilakou spricht in letzter Zeit sogar von 350 000 Autos, die täglich einpendeln, mag sein. Wir haben gerade einmal 9 000 Park-and-ride-Plätze in dieser Stadt. Na, da gibt es aber einen Nachholbedarf. Was macht die Grüne Fraktion? Sie ist gegen praktisch jedes Garagenprojekt, selbst gegen Garagenprojekte, wo es schon eine Bürgerbeteiligung gegeben hat wie in der Geblergasse! Nein, da sind wir dagegen, weil wir wissen ja viel besser als die Menschen, was die zu leben und zu denken haben. Das ist dieser Allmachtsanspruch, dieses in Abhängigkeit Führen dieser Grünen Fraktion, das eigentlich das wahre Spießertum dieser Fraktion zum Ausdruck bringt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der Grünen Fraktion! Wissen Sie, wen ich bewundere? Sie haben ihn vor einigen Wochen eingeladen gehabt, als Stargast sozusagen. Es gibt auf Grund eines zeitlichen Glücks mit den Wahlen in Baden-Württemberg einen grünen Ministerpräsidenten. Der hat im Wahlkampf ein Projekt klar abgelehnt. Aber der hat sich zur Bürgerbeteiligung bekannt, der hat seine Grundsätze nicht verraten und er steht jetzt dazu, dass die Mehrheit der Menschen in Baden-Württemberg Stuttgart 21 möchte. Das ist seriöse Politik, das ist wirkliches Wahrnehmen von Bürgerbeteiligung. Aber leider Gottes, da ist wohl nur der Name der Partei, das Grüne, gleich, die Gesinnung ist ganz offensichtlich eine ganz andere. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich kann Ihnen nur sagen und auch Ihnen, Frau Vizebürgermeisterin, sollten Sie vielleicht irgendwann wieder auftauchen. Wer gegen den Willen der Menschen in dieser Stadt agiert, hat jedes Recht verwirkt, in so einem wichtigen Amt und für so ein wichtiges Ressort zuständig zu sein. Sie haben sich, und das können Sie mir wirklich glauben, wenn man sich ansieht, wie Sie über den Willen der Menschen in dieser Stadt drüberfahren wollen, diesen Misstrauensantrag redlich verdient und wir werden ihn im Interesse der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt gerne zustimmen. Danke. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr GR Mag Maresch und ich

erteile es ihm.

GR Mag Rüdiger **Maresch** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren.

Ich wollte eigentlich zunächst einmal über das Parkpickerl reden. Aber dann habe ich mir den Korb angeschaut und habe die erste Karte herausgenommen. Es war die erste. Da steht drauf, das geht so an die BürgerInnen: Soll die Mariahilfer Straße in der derzeitigen Form beibehalten werden? Jetzt kann man sagen, suggestiv oder nicht suggestiv, dann kann man umdrehen und dann steht wieder dieselbe Frage mit Ja und Nein und dann falls Nein und dann gibt's in Wirklichkeit so ganz kleine Kasterln, wo man was ankreuzen kann. Das hat diese Person nicht gemacht. Und unter den anderen Varianten, die Sie noch vorschlagt, das möchte ich Ihnen vorlesen, was da steht. Da steht: „Sendet doch die importierte Reservegattin mitsamt dem roten Häuptling wieder heim als Geschenk.“ Das ist Rassismus pur, Herr Stadtrat! Das ist in Wirklichkeit eine Geschichte, da denke ich mir ... (*Aufregung bei den GRÜNEN.*) Das ist genau oben gelegen. Vor Zeugen habe ich die oberste Karte herausgenommen mit einer Suggestivfrage und hinten einen festen rassistischen Standpunkt. Das ist beschämend für die ÖVP, völlig beschämend. (*Aufregung bei der ÖVP. - Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*) Solche Sachen, Herr StR Juraczka, macht man nicht! Das macht man einfach nicht! Und suggestiv kriegt man alles raus, das wissen Sie ganz genau! (*StR Mag Manfred Juraczka: Entschuldigung, was sagen Sie? Sie vergleichen uns mit den Nazis? Das würde mich schon interessieren! Ein Ordnungsruf! – Aufregung bei GR Senol Akkilić. - Weitere Aufregung bei der ÖVP.*) Da haben wir auf jeden Fall eine Suggestivfrage und hinten einen rassistischen Kommentar, danke schön, ÖVP!

Jetzt einmal, es ist auch kein Wunder, wenn man so eine Frage stellt, dann kriegt man in Wirklichkeit die Antwort: Alles soll so bleiben, wie es ist. Bei der ÖVP, das war schon klar, alles soll so bleiben, wie es ist. BürgerInnenbeteiligung, und da wird die Kollegin Kickert noch einiges dazu sagen, ist in Wirklichkeit so, dass man die Leute in die Entscheidungsfindung einbezieht, schaut, was da sozusagen an Wünschen vorhanden ist und daraus macht man eine Veränderung. Das wollen wir bei der Mariahilfer Straße machen. Soviel einmal zur Mariahilfer Straße.

Beim Otto-Wagner-Spital, das haben Sie auch genannt, da haben Sie sich sehr in den Vordergrund gestellt. Ich möchte Sie nur daran erinnern, dass bei einer der beiden Entscheidungen, wir haben beides abgelehnt, die ÖVP zugestimmt hat und zwar interessanterweise hat ja jemand, der bei Ihnen nicht unwichtig ist, und zwar die Frau Jank, den Preis eruiert, der für das Gebiet bezahlt werden soll oder geworden ist. Und da denke ich mir, es wäre interessant, wenn in Wirklichkeit die ÖVP die Segel streicht, was da für Gründe dahinterstecken könnten. Also wie gesagt, in der ersten Runde, richtig, war die ÖVP dagegen, die FPÖ war übrigens immer dafür. In der zweiten Runde war die ÖVP dafür, nachdem die Frau Kollegin Jank dort die Preise eruiert hat,

interessante Feststellung.

Die nächste Sache war, bei praktisch jedem Garagenprojekt sind wir dagegen. Also ich kann mich an ein Garagenprojekt erinnern, Neuer Markt, war übrigens die FPÖ diesmal auch dagegen, nur so nebenbei, weil die Kollegin Matiassek braucht da ein bisschen eine Erklärung, aber bei diesem Garagenprojekt war die Frau Stenzel damals schon, glaube ich, oder gerade noch nicht Bezirksvorsteherin, massiv gegen dieses Projekt. Jetzt hat es eine interessante Abstimmungsform gegeben. Aber da wollen wir gar nicht drüber reden, wir stehen dazu, fertig.

Und jetzt komme ich zum eigentlichen Ding, nein, eine Kleinigkeit noch vorher. Kollege Juraczka, Sie waren lange Zeit, Sie haben das Amt Ihres Vaters als Bezirksvorsteher-Stellvertreter geerbt in Hernals. Sie waren auch Bezirksvorsteher-Stellvertreter, das ist ein völlig demokratischer Vorgang. Manche Leute haben behauptet, es ist wie in Nordkorea, ist egal, aber egal (*Aufregung bei GR Dipl-Ing Roman Stiftner.*), ganz egal. Sie waren dort Bezirksvorsteher-Stellvertreter und Sie müssten sich eigentlich in Hernals auskennen. Sie sagen zum Beispiel, und da komme ich gleich auf die Mariahilfer Straße, die Leute fahren alle raus aus der Stadt in die großen Einkaufszentren. Sie müssten aber eigentlich wissen, dass in Hernals alle größeren und mittleren und sogar kleinen Supermärkte einen Firmenparkplatz haben, und zwar der Hofer, der Merkur, der Interspar und der Billa, alle haben sie einen eigenen Parkplatz. Alle glauben in Wirklichkeit, dass man mit dem Auto einkaufen fahren ... Also Kollege Juraczka, ich will nicht wissen, wie Sie einkaufen in Hernals. (*Aufregung bei der ÖVP.*) Was ich aber sicher weiß, ist, warum Einkaufszentren oder Einkaufsstrassen so beliebt sind, und da komme ich jetzt nämlich gleich dazu, die Einkaufsstrassen Wiens sind dann besonders beliebt, wenn man dort viel Platz zum Flanieren hat. Genau da wollen wir weitertun in der Mariahilfer Straße. Und was ganz wichtig ist: Warum fahren so viele Leute in die Shopping City Süd? Weil die Shopping City Süd in Wirklichkeit in dem ganzen Areal eine FußgängerInnenzone ist (*GR Dipl-Ing Roman Stiftner: Und einen Parkplatz hat!*) und dort fährt niemand mit dem Auto von einem Geschäft zum nächsten, sondern er und sie gehen zu Fuß.

Und jetzt noch einmal zum ÖVP-Bezirksvorsteher von Währing. Der ÖVP-Bezirksvorsteher war natürlich ein großer Demokrat in Ihren Augen, weil er ermöglicht hat, so ist Ihre Diktion, dass die BürgerInnen entscheiden können, ob sie ein Parkpickerl wollen oder nicht. Aber da müssen wir die Kirche im Dorf lassen. Erstens einmal hat der Herr BV Homole in seiner Allmacht alleine entschieden und zwar nur er alleine, vielleicht noch mit Hilfe des ÖVP-Klubs, wir machen eine BürgerInnenbefragung. Der Kollege Homole hat nämlich im Büro der Frau Vassilakou vor Zeugen gesagt, er macht eine BürgerInnenbefragung in zwei Zonen und zwar die eine Zone, da glaubte er, da wird es Zuspruch geben, vom Gürtel bis zum Gersthofer Platz und die zweite Zone vom Gersthofer Platz bis raus zur Semmelweisklinik. Dann war es allerdings ein bisschen anders, weil er sich gedacht hat, das könnte sich

doch irgendwie nicht so ausgehen, wie es der ÖVP in den Kram passt, also machen wir es so. Also noch einmal: Der große Demokrat Homole hat einen großen Trick gemacht. Deswegen ist es so ausgegangen, wie es ausgegangen ist. Wir akzeptieren natürlich die Geschichte (*Große Aufregung bei GR Dipl.-Ing Roman Stiftner und GRin Ing Isabella Leeb.*). Er hat ja Erfahrung bei dieser Geschichte. Der Kollege Homole hat ja schon einmal den ganzen Bezirk gefragt und zwar wie es unter dem Schubertpark eine Garage hätte geben sollen, da hat er den ganzen Bezirk gefragt und nicht nur die Betroffenen in der Umgebung.

Und jetzt komme ich zum Parkpickerl. (*GRin Ing Isabella Leeb: Sie haben ein gestörtes Verhältnis.*) Ich habe gar kein gestörtes Verhältnis. Das gestörte Verhältnis haben ganz andere, die sind in Ihrer Partei. Jetzt noch einmal zurück. Es geht tatsächlich darum, dass wir heute einen Misstrauensantrag an unsere Frau Vizebürgermeisterin haben. Auf den möchte ich nur ganz kurz eingehen, weil immer so über die Worthülsen oder irgendwelche Dinge sind da gekommen vom Herrn Kollegen Gudenus. Jetzt fange ich einmal verkehrt an, weil am Schluss eines Textes, da ist es wirklich so, da kommt das richtig heraus, was man gerne will. Da steht zum Beispiel: Die Anwendung einer frisierten Studie. Wer hat denn die Studie frisiert? Der Herr Prof. Samer von der BOKU hat sicher keine Studie frisiert. Das ist das Erste. Zweitens schreiben Sie von demokratiepolitischer Körperverletzung und Wählertäuschung. Demokratiepolitische Körperverletzung? Na, da habe ich mir ein paar Fragezeichen hergemacht. Klingt gar nicht gut. Dann weitere Diktion (*Aufregung bei der ÖVP.*): Fortgesetzte Demokratieverweigerung, schwerste Verfehlungen und dergleichen. Das heißt, Sie müssen sich in Wirklichkeit langsam überlegen, wo im Laufe eines Textes, den irgendwer, wahrscheinlich Kollege Mahdalik oder der Kollege Dadak, wer immer auch geschrieben hat oder der Kollege Blind, stehen ja alle brav darauf, am Schluss des Textes, da wird es dann so richtig heftig. Da machen Sie aus Ihrem Herzen eine Mördergrube. Man muss ja direkt froh sein, dass Sie die zweite Seite nicht gefüllt haben, weil wer weiß.

Eine Kleinigkeit muss ich leider noch einmal sagen. Die Frau Matiasek hat auch gesprochen von den grünen Spießgesellen. (*GR Mag Wolfgang Jung: Sie haben mehr gesagt!*) Ja ja ja ja, die grünen Spießgesellen. Also jetzt lese ich Ihnen kurz vor, was einer Ihrer blauen Spießgesellen (*Aufregung bei der FPÖ.*) so im Laufe der Zeit gemacht hat. Dieser sogenannte blaue Spießgeselle heißt Friedrich Peter. Der Friedrich Peter ist 17-jährig freiwillig der Waffen-SS beigetreten. Dort war er am Schluss Obersturmführer und die SS 1. Infanteriebrigade war mit der Säuberung hinter der Frontlinie von Juden und Andersartigen beschäftigt (*Große Aufregung bei der FPÖ.*) und die amerikanische Besatzung hat ihn ein Jahr lang in Glasenbach als nationalsozialistisch Schwerbelasteten interniert. Also liebe Kollegen und Kolleginnen von der FPÖ, Ihr Spießgeselle Friedrich Peter war immerhin Waffen-SS-Mitglied, nur so nebenbei.

So, das war derjenige, mit dem die FPÖ ganz gerne

anderswo gemeinsame Sache gemacht hat. (*Weitere große Aufregung bei der FPÖ.*) Und jetzt ... Ja, aufregen bringt nichts. Es schadet nur der Leber. Also gehen wir wieder zurück und schauen wir uns einmal an: Was kann so eine Parkraumbewirtschaftung bringen? Vor Kurzem hatte ich das Vergnügen, mit der Kollegin Mickel zu diskutieren. Die Kollegin Mickel ist Bezirksvorsteherin der ÖVP im 8. Bezirk. Bei der Vorstellung, wir werden jetzt die Parkraumbewirtschaftung in der Parkraummanagementkommission angehen, hat die Frau Mickel gesagt: „Ich würde so gerne, so wie der Kollege Homole, abstimmen. Das wäre eine gute Idee.“ Ich habe zu ihr gesagt: „Frau Mickel, wenn Sie im 8. Bezirk abstimmen, dann ist Ihnen schon klar, dass dann alle wieder hineinfahren dürfen und zwar alle ohne Ausnahme dürfen dann im 8. Bezirk parken.“ Daraufhin hat sie dann gesagt: „Nein, nein, nein, machen wir nicht.“ Die Kollegin Mickel war sogar bereit dazu und zwar als Allererste, sie hat darum gebeten, wir sollen Anrainerparken bei ihr ermöglichen, eine Verschärfung des Parkpickerls. Und zweitens ist die Kollegin Mickel auch an uns herangetreten und hat gesagt, wir mögen im 8. Bezirk möglichst viele Stellplätze für Carsharing zur Verfügung stellen. (*Aufregung bei StR Mag Manfred Juraczka.*) Die Kollegin Mickel hat sich auch sehr gesorgt, dass die Wirtschaftstreibenden jetzt massenhaft bei ihr im Bezirk parken werden. Also das Problem ist, die Kollegin Mickel hat auch als einzige ÖVP-Vorsteherin gegen die Vergünstigung der Parkraumbewirtschaftung gestimmt. Ich glaube, dass damit hinreichend klar ist, die ÖVP hat ein bisschen ein Durcheinander. (*Aufregung bei der ÖVP.*)

Parkraumbewirtschaftung bringt wieder mal mehr öffentlichen Raum, das heißt, wir werden in Wirklichkeit mehr Platz haben für (*GR Ing Udo Guggenbichler: Mehr Geld! Mehr Geld!*) Nichtautos, wenn man so will. Ich weiß nicht, die FPÖ sagt gerne, wir sind Auto, hat der Kollege Mahdalik hier einmal gesagt, oder wir sind Autos, weiß ich nicht genau, ob es die Mehrzahl ist von Auto. Aber Faktum ist, da geht es bei Ihnen nur ums Auto. Bei uns geht es um den öffentlichen Raum und der öffentliche Raum muss allen zur Verfügung stehen. Wenn man sich eine Straße anschaut, dann sind 70, 80 Prozent, und der Kollege Jung hat heute ein langes Plädoyer gehalten, dass der Verkehr Liesing überschwemmt. (*GR Mag Wolfgang Jung: Dann gehen Sie nach Kaltenleutgeben!*) Warum fahren dort so viele Autos? Ein Wahnsinn. (*GR Mag Wolfgang Jung: Na dann gehen Sie einmal nach Kaltenleutgeben!*) 80 Prozent des öffentlichen Raumes werden vom Auto eingenommen, ob jetzt fahrend oder stehend. Wir glauben, bei 28 Prozent der Wege, die vom Auto zurückgelegt werden oder vom Autofahrer in dem Fall mit dem Auto, braucht's mehr Platz. Mehr Platz gewinnen wir nur, und zwar für den öffentlichen Verkehr, für die FahrradfahrerInnen, für die FußgängerInnen, mit dem Parkpickerl. Es gibt keine andere Möglichkeit als das Parkpickerl. Und wenn man jemandem zuredet, er soll mit dem öffentlichen Verkehr fahren, dann höre ich mir zum Beispiel an, wie die Kollegin Matiasek sagt, außerhalb der Vorortelinie gibt es keine tangentialen Linien. Sie ist noch nie mit dem 10er

gefahren, den gibt es dort nämlich. Sie ist noch niemals mit dem 10er gefahren, den kennt sie gar nicht. (*Aufregung bei der FPÖ.*) Ich finde es ja witzig, wenn dann jemand kommt und sagt, ich muss unbedingt mit dem Auto fahren, es geht gar nicht anders. Sie fährt ja nicht mit dem Taxi, sondern sie möchte mit dem PKW fahren. Also noch einmal: Auto fahren, Auto fahren, Auto fahren, das ist Ihr Credo. Wir glauben, Parkraumbewirtschaftung bringt Platz, bringt Raum, bringt bessere Luft, bessere Luftgüte, weniger Lärm für die BürgerInnen, kurz und einfach, sie bringt einfach viel mehr Lebensqualität. Und wenn wir das machen, dann unterstützen wir die Mehrheit der Betroffenen, weil die Minderheit fährt mit dem Auto. Wenn ich dann herhöre und sage, die Kollegin Matiassek hat es gesagt, überall war die Hölle los in den Veranstaltungen. Also ich war selber im 12. Bezirk, andere Kolleginnen und Kollegen von hier waren auch da. Da war überhaupt keine Hölle los. Da waren sehr viele Menschen für die Einführung der Parkraumbewirtschaftung. Das war eine ziemlich ruhige Veranstaltung. Im 16. Bezirk hat es Veranstaltungen gegeben, da war nirgendwo die Hölle los. Da hat es einen Fernsehbericht gegeben von einer Veranstaltung, da haben Menschen ganz normal Pro und Kontra argumentiert. (*GR Dipl.-Ing Roman Stiftner: Bei der eigenen Klubsitzung wahrscheinlich!*) Bei der eigenen Klubsitzung! Das Problem ist, Sie finden wahrscheinlich aus der eigenen Klubsitzung nicht raus. Das ist der Unterschied. Noch einmal: Uns geht es darum, dass wir die BürgerInnen in einen Prozess einbinden und nicht autoritär von oben sagen, jetzt machen wir eine Abstimmung, so wie es der Kollege Haider in der Dritten Republik vorgeschlagen hat! (*Große Aufregung bei FPÖ und ÖVP.*) Sie wollen in Wirklichkeit Plebiszite haben, weil sie Ihnen passen. Es ist so wie in der Schweiz, wo man dann gegen sechs Wochen Urlaub abstimmt. Nein, das kennen wir schon.

Faktum ist, wir wollen in Wirklichkeit mehr Platz für Menschen auf der Straße und nicht für Autos. Das hätten Sie gerne. Wir wollen mehr Platz für die Kinder, wir wollen mehr Platz einfach für ein besseres Leben in dieser Stadt. Und wenn Sie jetzt hergehen und sagen, wir sind manipulativ in diese Veranstaltung hineingegangen, dann muss man sich einmal anschauen: Manipulativ, liebe ÖVP, ist genau die Fragestellung: „Soll die Mariahilfer Straße in der derzeitigen Form beibehalten werden?“ Das ist Manipulation, genau das. (*GR Ing Udo Guggenbichler: Sie wollen abzocken, abzocken, abzocken!*) Jetzt würde ich einmal sagen, da kriegt die ÖVP genau das zurück, was sie gerne hören möchte, und, wie gesagt, ein paar rassistische Anmerkungen dazu.

Wie gesagt, noch einmal, wenn Sie jetzt mit Ihrer Befragung daherkommen, 71 Prozent der GrünwählerInnen sind dafür, dass BürgerInnen konsultiert werden. Na, gar keine Frage! Wir sprechen mit den BürgerInnen. Wir stellen uns nicht hinten hinein. (*GR Dipl.-Ing Roman Stiftner: Wo denn?*)

Wo waren Sie in Meidling? Entschuldigung, waren Sie irgendwo? Ich habe Sie nicht gesehen. Der Einzige, der in Meidling für die FPÖ gesprochen hat, war der Herr Pawkowicz. Er war dort. Der Herr Pawkowicz hat eine

interessante Vorstellung gehabt. Der Pawkowicz hat sich hinausgestellt und hat gesagt, er ist gegen diese Parkraumbewirtschaftung in der Form. (*GR Mag Wolfgang Jung: Dass Rot und Grün sich das intern ausmachen!*) Er ist in Wirklichkeit für das Anrainerparken, so wie in München, und zwar in ganz Meidling. Das heißt, für Meidling ungefähr zwischen 50 und 60 Zonen, wo man immer zahlen muss, wenn man in die andere Zone fährt. Das hat der Kollege Pawkowicz vorgeschlagen, und zwar als Weisheit letzter Schluss. Das Pech vom Kollegen Pawkowicz war nämlich, dass eine Dame aus München da war, die sich gemeldet und gesagt hat, dass das dort nicht funktioniert. Dann hat der Kollege Pawkowicz gerungen und wollte noch ein zweites Mal die Welt erklären. Es ist ihm leider nicht gelungen. (*StR Mag Manfred Juraczka: Das ist das Einzige, was Ihnen zum Parkpikerl einfällt?*)

Also, noch einmal, die FPÖ hätte gern ein Gratispikerl für alle WienerInnen und alle Ausländer sollen zahlen. Die ÖVP hat ein etwas durcheinandergebrachtes Dreizonenmodell, wo keiner wirklich weiß, wie viel. Und beide sind grundsätzlich gegen alles, was unsere Stadträtin macht.

Also, noch einmal: In der fünften Zeile des FPÖ-Misstrauensantrages steht, die letzten zwei Worte sind: „heillose Verwirrung“. Die herrscht genau dort drüben! - Danke schön. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ. - StR Mag Manfred Juraczka: Das waren schlechte Argumente!*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich habe darum gebeten, dass ich den Beginn der Rede vom Kollegen Maresch dann im Protokoll für Äußerungen, die hier getätigt wurden, nachlesen kann und werde dann entsprechend handeln.

Für eine tatsächliche Berichtigung hat sich Frau StRin Matiassek zum Wort gemeldet.

StRin Veronika **Matiassek**: Herr Kollege Maresch hat in seiner Rede unrichtig behauptet, dass ich gesagt hätte, es gebe keine tangentialen Verbindungen in den Westbezirken. (*GR Mag Rüdiger Maresch: Außerhalb der Vorortelinie!*) Ich habe gesagt, sie sind nicht ausreichend. Das stimmt. Es ist auch genau aufgedrösel, kann man sagen, wie sich Fahrzeiten zusammensetzen und dass es tatsächlich so ist, dass man für Wege, die mit dem PKW in 15 Minuten zu erledigen sind, in manchen Regionen wirklich 1 Stunde braucht. Das habe ich gemeint, und das habe ich gesagt, nicht ausreichend. Ich habe nicht gesagt, dass es keine gibt.

Ich kenne mich dort ganz gut aus, Herr Kollege! (*Beifall bei der FPÖ. - GR Mag Rüdiger Maresch: Ich kenne mich dort auch gut aus! - GR Mag Wolfgang Jung: So schaut eine wirkliche Berichtigung aus!*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr GR Dr Aigner. Ich erteile es ihm.

GR Dr Wolfgang **Aigner** (*Klubungebundener Mandatar*): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Wir nehmen zur Kenntnis, dass sich die GRÜNEN mit der Regierungsbeteiligung von der direkten Demokratie, wie sie unsere Verfassung vorsieht, absentiert haben. Es ist nicht wirklich sonderlich überraschend. In

dem Moment, wo es nicht mehr darum geht, etwas zu verhindern, sondern selbst etwas umzusetzen, durchzusetzen, ist Bürgermitbestimmung in dieser Form nicht erwünscht.

Herr Kollege Maresch, Sie sprechen von Suggestivfragen. In der Frage, die vielleicht etwas simpel klingt: „Soll es so bleiben, wie es jetzt ist, oder nicht?“, kann ich keine Suggestivfrage erkennen. Wenn etwas suggestiv war, dann die seinerzeitige SPÖ-Volksbefragung, wo man den Menschen schon mit der teuren Werbung genau die Antwort, die sich die Stadtregierung gewünscht hat, in den Mund gelegt und optisch auch nahegebracht hat. Also, das ist eigentlich suggestiv, nicht die Frage der ÖVP. *(Beifall bei FPÖ und ÖVP.)*

Dass Sie sich jetzt hinstellen und irgendein Geschreibsel, das auf einem Antwortzettel ist, dem Fragesteller zurechnen, ist, glaube ich, etwas, was mit Fairness in der politischen Debatte überhaupt nichts zu tun hat.

Aber ein paar Worte jetzt zum Hauptthema, zur Frage der Parkraumbewirtschaftung: Da muss ich den GRÜNEN gratulieren. Es ist Ihnen gelungen, die Mehrheitspartei in diesem Haus, die hier den Magistrat und die Stadt Wien seit vielen Jahrzehnten dominiert und beherrscht hat, völlig aus dem Spiel zu nehmen. Sie diktieren die Agenda im Bereich der Verkehrspolitik, und die SPÖ tut so, als ob dieser wichtige Lebensbereich mit ihr überhaupt nichts mehr zu tun hat. Das sieht man einerseits optisch. Auch von den inhaltlichen Schwerpunktsetzungen her haben Sie diesen wichtigen Bereich einzig und allein den GRÜNEN anheimgestellt. Ich meine, dass die Verkehrspolitik in einer Großstadt viel zu wichtig ist, um sie einer mehr oder weniger radikalen Splittergruppe allein in die Verantwortung zu geben, meine Damen und Herren! *(Beifall bei FPÖ und ÖVP.)*

Dass die GRÜNEN dieses leere Tor verwenden, um den Elfer, den Sie ihnen aufgelegt haben, einzubauen und einzunetzen, ist ganz klar. Das finde ich auch toll. Ich würde es auch nicht anders machen. Aber wo ist eigentlich die Mehrheit in diesem Haus? Wo ist die die Stadtregierung dominierende Partei? Sie hat sich schlichtweg abgemeldet. Das kann man auch als Opposition nicht zulassen, dass hier die kleinste Fraktion die Verkehrspolitik zu 100 Prozent bestimmt. *(Beifall bei FPÖ und ÖVP. GR Mag Klaus Werner-Lobo: Für mich sind Sie die Splittergruppe! Was sind Sie denn?)*

Ich bin ein Einzelmandatar. Ich stelle fest, dass hier eine Handvoll grüner Mandatare die Verkehrspolitik zu 100 Prozent dominiert. Das gefällt mir nicht! Das gefällt auch den Bürgerinnen und Bürgern nicht, ganz einfach! *(Beifall bei FPÖ und ÖVP.)*

Ich darf Ihnen sagen, ich bin nicht prinzipiell gegen die Parkraumbewirtschaftung. Wir haben seinerzeit selbst im 20. Bezirk die Parkraumbewirtschaftung nach sehr vielen Diskussionen eingeführt. Was aber jetzt passiert, ist ein grundlegender Paradigmenwechsel. Dieser besteht darin, dass man von den gut erschlossenen, kompakten, dicht verbauten innerstädtischen Gebieten in die Fläche hinausgeht, und das noch dazu mit überhaupt keinem Gesamtkonzept. Es entsteht ein Fle-

ckerlteppich. Es fängt ein Bezirk an. Man hat hier einen Dominoeffekt ausgelöst. Wenn ein Bezirk die Parkraumbewirtschaftung einführt, sind die Nachbarbezirke indirekt mitbetroffen und so weiter. Es ist einfach kein Gesamtkonzept da.

Da ist auch Klubobmann Schicker völlig zu Recht zitiert worden. Eine Parkraumbewirtschaftung kann man dann machen, wenn man vorab einmal die Voraussetzungen dafür schafft. Diese Voraussetzungen liegen in keinsten Weise vor. Dieses Abstimmungs-Hin-und-Her in den einzelnen Bezirken zeigt auch, dass es hier in keinsten Weise ein Gesamtkonzept gibt.

Ich frage mich wirklich, warum Sie sich so gegen eine Volksbefragung wehren, weil es gibt auch positive Argumente für die Parkraumbewirtschaftung. Es ist ja nicht so, dass es nur negative Argumente gibt. Aber Sie haben offenkundig Angst davor, dass das Ergebnis nicht so ist, wie es Ihnen in Ihren ideologischen Kram passt. Ich glaube, man muss bei der Verkehrspolitik weg von der Ideologie hin zur Praktikabilität gehen, weil jeder von uns ist immer in mehrfacher Rolle tätig. Der eine fährt manchmal mit dem Auto, viel mit den Öffentlichen, fährt mit dem Rad, geht zu Fuß. Man kann die Menschen größtenteils nicht in ein Kästchen hineinbringen. Das, worum es Ihnen geht, ist, dass Sie dem Rest der Bevölkerung Ihre Mobilitätsvorstellungen aufoktroieren wollen. Das ist eigentlich illiberal. Das ist undemokratisch. Wir nehmen zur Kenntnis, dass Sie so leben wollen, wie Sie leben! Aber nehmen Sie zur Kenntnis, dass die überwiegende Mehrheit der Wienerinnen und Wiener eben nicht so leben will! Lassen Sie die Menschen in Ihrer Entscheidung frei! *(Beifall bei FPÖ und ÖVP.)*

Jetzt ist genau das passiert. Einige Bezirke preschen vor, andere wohl oder übel nach. Es werden in Bezirken einzelne Zonen ausgeflaggt, die dann parkraumbewirtschaftet sind, wo man genau weiß, wenn innerhalb eines Bezirkes eine Grenze existiert, dass sich das nur im Bezirk weiterverlagert. Das ist einfach kein Gesamtkonzept. Da kann ich nur an die SPÖ appellieren, dem grünen Juniorpartner ein bisschen in die Ruder zu greifen und zu einer Gesamtkonzeption zurückzufinden. Weil im Endeffekt ist die Parkraumbewirtschaftung in dieser Form gar nicht so schlecht, nur so, wie es jetzt gemacht wird, ist es schlecht gemacht. So wird eine Idee diskreditiert, einfach aus vordergründigen ideologischen Gründen, dass die GRÜNEN irgendeinen Erfolg nach Hause tragen können.

Die Leidtragenden sind die Menschen, nicht nur die Wohnbevölkerung, sondern auch die Menschen, die jemand anderen besuchen wollen. Es ist völlig richtig, außerhalb der Vorortelinie sind die Querverbindungen mehr als suboptimal. Kommen Sie mir nicht mit dem 10A. Der 10A ist eine elendslange Linie.

Wenn man da irgendwo einsteigt, weiß man oft nicht, wo man am anderen Ende herauskommt. Er ist irrsinnig störungsanfällig. Das ist nicht wirklich eine Alternative.

Die Frage ist, ob wir es uns in den periphereren Stadtgebieten überhaupt leisten können, ein so engmaschiges öffentliches Verkehrsnetz auf die Beine zu stellen, das wirklich das Autofahren überflüssig macht. Ich

glaube, das wird nicht gelingen. Deswegen ist es ein Unterschied, ob ich die Josefstadt parkraumbewirtschafte, den 1. Bezirk parkraumbewirtschafte oder den 17., 18., 16. Bezirk, die weit in den Grüngürtel hineinreichen. Auch die Leute dort werden betroffen sein.

Ich weiß auch nicht, warum Sie auf den BV Homole so losgehen. Der BV Homole hat sich erlaubt zu sagen, er macht eine Bürgerbefragung und lässt sich nicht von Rot-Grün abdrehen, weil Sie wollen die Bürgerbefragung nicht. Wenn man das als Bezirksvorsteher nicht von Amts wegen selbst macht, dann muss man echte Angst haben, dass Sie die Bürgerbefragung in der Bezirksvertretung abdrehen, so wie Sie darüber nachgedacht haben, das eindeutige Ergebnis nicht zur Kenntnis zu nehmen. Das hat doch mit Demokratie in keinster Weise etwas zu tun! (Beifall bei FPÖ und ÖVP.)

Der BV Homole hat sich auch inhaltlich in keinster Weise geäußert. Also, mir ist nichts bekannt. Ich habe das als Währinger Mandatar verfolgt. Er hat überhaupt nicht gesagt, was er sich wünscht. Er hat gesagt, er stellt das zur Befragung und akzeptiert das Ergebnis. Also, Sie können dem Homole nicht einmal vorwerfen, dass er in irgendeiner Weise gesagt hat, was er selber gerne hätte, sondern er hat gesagt, er akzeptiert das Ergebnis. Das wäre eigentlich der Weg, den man in den ganzen Bereichen hätte gehen können. Dann hätte man sich sehr viele Emotionen erspart. Es geht nämlich bei der Parkraumbewirtschaftung nicht nur ums Geld, und es sollte in erster Linie gar nichts ums Geld, sondern um eine sinnvolle Verkehrspolitik aus einem Guss gehen. Diesen Guss und dieses Konzept kann man in keinster Weise erkennen.

Im Weiteren ist das Problem bei der Parkraumbewirtschaftung, auch das kann man feststellen, dass der kurzfristige Entlastungseffekt, der nachweislich in den meisten Bezirken stattfindet, in kürzester Zeit überkompensiert wird, weil dann angefangen wird, mutwillig Parkplätze zu zerstören. Das sind die ganzen Ohrwäscheln. Das sind die Radstände, die in der Parkspur sind. Das sind viele kleine Maßnahmen, die im Endeffekt dazu führen, dass der Parkraum kleiner wird. Das geht wiederum zu Lasten der Wirtschaftstreibenden, der Kunden der Geschäfte und natürlich der Menschen. Das ist es natürlich auch. Wenn, dann müsste man sich dazu bekennen, nicht, dass man den öffentlichen Raum umwidmet und zweckentfremdet, sondern dass man sagt, es muss auch möglichst viel Parkraum im öffentlichen Raum bestehen. Das Auto gehört einfach zu unserem Lebensstil dazu. Man soll daraus keinen Fetisch machen. Das ist auch gar nicht notwendig. Aber die Automobilindustrie ist eine Schlüsselindustrie, wo Europa auch noch einen technologischen Vorsprung zu verteidigen hat. Die Linie, die Sie vertreten: „Kauft euch ein Auto, versteckt es in irgendeiner Garage und fährt nicht damit.“, kann es doch wirklich nicht sein! Es muss einen sinnvollen Mix geben! (Beifall bei der ÖVP. – GR Dipl.-Ing Omar Al-Rawi: Das war ein Irrtum!)

Es muss einen sinnvollen Mix geben. Dieser wird hier einfach nicht hergestellt. Deswegen kann man nur an Sie appellieren: Gehen Sie zurück an den Start! Rechnen

Sie nicht damit, dass jetzt die Bezirke, die sich aus guten Gründen gegen die Parkraumbewirtschaftung entschieden haben, dann in einem oder zwei Jahren umfallen werden, weil einfach der Druck zu groß wird, sondern nehmen Sie Ihre Verantwortung wahr und verschonen Sie die Wienerinnen und Wiener mit dem alternativen Lebensstil, der für viele Menschen kein Lebensentwurf und auch keine Alternative ist! - Danke. (Beifall bei FPÖ und ÖVP.)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr GR Lindenmayr. Ich erteile es ihm.

GR Siegi **Lindenmayr** (Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Stimmungslage der Bevölkerung ist am besten daran abzulesen, wenn man sich Wahlergebnisse anschaut. (GR Mag Wolfgang Jung: Oder die letzten Meinungsumfragen!) - Herr Jung, ich weiß, Sie waren einmal Panzerfahrer und bei allem, was Räder hat, wollen Sie unbedingt mitreden! Hören Sie mir zu! Sie können nachher auch herauskommen! Ich habe 20 Minuten Zeit und werde das nützen. Also, kommen Sie nachher heraus! (Beifall bei der SPÖ. - GR Heinz Hufnagl: Es gibt kein Thema, wo er nicht mitredet!)

Beim Radfahren redet er auch immer mit, und so weiter. Da sticht er sich dann mit dem Säbel in den Unterschenkel, und so weiter. (GR Mag Wolfgang Jung: Ist Ihnen die Phantasie durchgegangen, oder was?) Also, er redet überall mit. Da fliegt ihm beim Radfahren das Kapperl beim Fahrtwind vom Kopf. (GR Prof Harry Kopietz: So schaut es aus!) - Ja, so schaut es aus! Genau! Er muss überall mitreden.

Also, ich habe heute bereits einmal Wahlergebnisse verglichen, eben Stimmungslage der Bevölkerung zwischen 1987 und 2010, im Zusammenhang mit der Zentralisierung. Ich mache das gerne wieder, und zwar jetzt im Zusammenhang mit der Parkraumbewirtschaftung. Wenn man sich anschaut, wie denn 1987 in den jetzt parkraumbewirtschafteten Bezirken die Verteilung der Bezirksvorsteher war, dann war es so, dass es 1987 sechs ÖVP-Bezirksvorsteherinnen beziehungsweise -vorsteher und fünf von der SPÖ in den elf jetzt bewirtschafteten Bezirken gegeben hat. Das sind die Bezirke 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8 (GR Mag Wolfgang Jung: Bravo!), 9, 15 und 20. Also, noch einmal: elf Bezirke, sechs von der ÖVP, fünf von der SPÖ im Jahr 1987. Im Jahr 2010, nachdem es in all diesen Bezirken die Parkraumbewirtschaftung gibt, gibt es nur mehr zwei Bezirksvorsteher von der ÖVP, einen Bezirksvorsteher von den GRÜNEN und acht von der SPÖ. (GR Mag Wolfgang Jung: Wie viel Prozent haben Sie früher gehabt?) Also, es hat sich ganz klar herausgestellt, die Bevölkerung ist sehr wohl sehr zufrieden mit dem verkehrslenkenden Effekt der Parkraumbewirtschaftung. Denn ich sage es noch einmal, ich habe es schon mehrmals gesagt, es ist eine Verkehrslenkungsmaßnahme. (GR Mag Wolfgang Jung: Deswegen seid ihr nicht mehr alleinregierende Partei, weil die Bevölkerung so zufrieden mit euch ist!)

Der FPÖ kann ich auch gerne sagen, von wegen die

FPÖ wächst und wächst und wächst. *(Beifall bei Mag Wolfgang Jung.)* Ich möchte Sie gerne darauf hinweisen, dass Sie bei der letzten Wahl weniger Stimmen gehabt haben als zum Beispiel im Jahr 1996. Schauen Sie einmal nach! *(GR Mag Wolfgang Jung: Das ist aber die Singlerechnung!)* Schauen Sie einmal nach! *(StR Mag Manfred Juraczka: Was hat das mit dem Parkpickerl zu tun?)* Sie machen das so, wie jemand, der durch den finsternen Wald geht, sich fürchtet und ganz besonders laut schreit. *(GR Mag Wolfgang Jung: Pippi Langstrumpf!)* Nehmen Sie zur Kenntnis, 1996 war die FPÖ stärker als 2010. Sie haben also abgebaut! *(GR Johann Herzog: Genauso schaut die Stimmung nicht aus!)*

Auch in Währing tritt schon ein bisschen die Götterdämmerung ein. *(GR Mag Wolfgang Jung: Jetzt wird es wirklich absurd!)* Im 18. Bezirk hat auch der Herr Homole nicht mehr absolute Mehrheiten. Wie schaut denn das Wahlergebnis im 18. Bezirk aus? *(StR Mag Manfred Juraczka: Was hat das mit dem Parkpickerl zu tun, Herr Kollege Lindenmayr?)* - Das hat ganz einfach damit etwas zu tun, dass in all jenen Bezirken, wo ich die Stärke verglichen habe, das Wahlergebnis vor der Einführung der Parkraumbewirtschaftung für die ÖVP besser und für die SPÖ schlechter war und es jetzt genau umgekehrt ist. *(GR Johann Herzog: Die SPÖ wird doch nicht wegen des Parkpickerls gewählt!)* Die Bevölkerung entscheidet sich, wenn sie richtig informiert wird, wenn sie die Gesamtinteressen sieht, ganz klar für die Maßnahmen der damals SPÖ-Regierung, jetzt SPÖ-GRÜNE-Regierung. *(StR Mag Manfred Juraczka: Dieser Erklärungsversuch ist absurd!)* - Hören Sie zu! *(StR Mag Manfred Juraczka: Bei der Wahl 2010 hat es geheißen, kein Parkpickerl bis 2015! Man konnte gar nicht darüber abstimmen!)* Nehmen Sie das zur Kenntnis!

Zu Ihnen, Herr Juraczka, fällt mir noch ein, Sie haben heute davon gesprochen, und das ist eigentlich ungeheuerlich, das muss man sich aufschreiben und den Wienerinnen und Wienern klar sagen, dass die aktuelle Debatte ein Symptom der Krankheit ist. Da reißt es mich ein bisschen, weil ich bin eben schon ein etwas älteres Modell. Ich kann mich erinnern, 1973 hat die ÖVP plakatiert: „Diese Stadt ist krank!“ Lesen Sie einmal in Ihrer Parteigeschichte nach. Ich weiß nicht, wer damals Spitzenkandidat der ÖVP war. *(StR Mag Manfred Juraczka: Fritz Hahn!)* - Fritz Hahn, okay! „Diese Stadt ist krank!“ *(StR Mag Manfred Juraczka: Und was hat das jetzt mit dem Parkpickerl zu tun?)* Sie haben offenbar in alten Unterlagen gegraben und sagen heute, diese Debatte ist ein System der Krankheit.

Ich habe immer noch 15 Minuten Zeit. *(StR Mag Manfred Juraczka: Hören wir jetzt noch die Wahlergebnisse von Alltengbach?)* Also, der Herr Homole hat keine absolute Mehrheit mehr. SPÖ und GRÜNE haben zusammen 22 Mandate im 18. Bezirk. Der Herr Homole, der vorher noch bereit war, gemeinsam mit den GRÜNEN, der SPÖ und der ÖVP einen Brief an die Vizebürgermeisterin zu schreiben, man möge doch Unterlagen und so weiter bringen, hat das dann umgestoßen und alleine - von wegen Demokratie - entschieden, er macht eine Bürgerbefragung. Nur soviel zur Demokratie!

Wie ich schon zuerst gesagt habe, Einzelbefragungen ohne irgendwelche besonderen Erklärungen nebenbei. Wenn man eine Befragung macht, ob man Tempolimit 160 auf Autobahnen machen soll, wird man garantiert auch eine Zustimmung dazu bekommen. Das ist ja gar keine Frage. *(StR Mag Manfred Juraczka: Aber bei der Geblergasse haben Sie allein entschieden!)* Das hat Ihr Parteikollege in Kärnten ohnehin vorgeführt, wie das so ist. *(GR Johann Herzog: Herr Kollege, die Wahlen sind nicht durchs Parkpickerl entschieden worden!)*

Tatsache ist, und ich sage das gerne immer wieder bei allen Verkehrsdiskussionen, ein geregeltes Zusammenleben braucht Spielregeln, es braucht den vernünftigen Gebrauch. *(GR Mag Wolfgang Jung: Hausordnung!)* - Das heißt Straßenverkehrsordnung und nicht Hausordnung, Herr Jung! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)* - *GR Prof Harry Kopietz: Man lernt nie aus! So schaut es aus!)*

Jedenfalls braucht es gewisse Spielregeln in der Stadt und auch in jedem Land. Diese hat man in den 50er Jahren wahrscheinlich noch nicht gebraucht, da gab es noch weniger Fahrzeuge. Aber spätestens ab den 70er Jahren war das notwendig. Auch in einer Stadt, wo es nur begrenzten Raum gibt, braucht es Spielregeln. Es gibt nicht genügend Parkplätze in einer Stadt. Man kann natürlich ganze Häuserzeilen wegreißen, wie das amerikanische Städte vorgeführt haben, aber das ist auch nicht der Stein der Weisen. Dafür hat sich Wien damals nicht entschieden. Daher muss man Verkehrslenkungsmaßnahmen machen. *(GR Mag Wolfgang Jung: Die SPÖ kocht vor Begeisterung über!)*

In Wien war es so, 1959 - das ist schon lange her - wurde die erste Kurzparkzone im 1. Bezirk errichtet. *(GR Mag Wolfgang Jung: Das war wahrscheinlich die schwarz-blaue Koalition!)* Und 1959 hat ein Wiener Stadtbauinspektor die später dann von vielen nachgemachte sogenannte Wiener Parkscheibe erfunden. Das ist nichts anderes, als man es auch jetzt kennt, nur jetzt haben diese zwei Zeiger einen Zeitraum von eineinhalb Stunden, damals war es genau eine Stunde. Der Wiener Stadtbauinspektor Dipl.-Ing. Prof. Dr. Pecht hat diese erfunden und das wurde von vielen Städten in Österreich und auch in Europa nachgemacht. 1974 wurde die Parkraumbewirtschaftung kostenpflichtig. Der Verkehr ist aber immer mehr geworden. Das ist jetzt also die Chronologie, weil sie zuerst Fleckerlteppich gesagt haben. Es war damals auch so, dass es schrittweise gekommen ist. Es ist nicht in den gesamten elf Bezirken, die ich erwähnt habe, sofort eingeführt worden, es ist schrittweise eingeführt worden, und zwar am 1. Juli 1993 im 1. Bezirk, am 1. August 1995 in den Bezirken 6 bis 9, am 2. Juni 1997 im 4. und 5. Bezirk - dort gibt es übrigens ein Parkpickerl für beide Bezirke zusammen -, am 1. März 1999 im 2. und 20. Bezirk, am 2. November 1999 im 3. Bezirk und am 1. September 2005 im 15. Bezirk im Bereich der Stadthalle mit anderen Zeiten. Sonst gilt es überall zwei Stunden und bis 22 Uhr. Rund um die Stadthalle gibt es andere Zeiten.

Der Erfolg hat uns recht gegeben. Der innerstädtische PKW-Verkehr hat deutlich abgenommen. Die Kfz-

Zulassungszahlen haben abgenommen, weil die Menschen bemerkt haben, sie brauchen in diesen Bereichen gar nicht so viele Fahrzeuge, es reicht vielleicht eines oder gar keines in der Familie. Der öffentliche Verkehr wird immer besser. Wir haben derzeit, um ein Fachwort zu verwenden, einen Modal-Split von 70 zu 30. Das heißt, zu 30 Prozent wird mit dem PKW gefahren und zu 70 Prozent mit dem sogenannten Umweltverbund, also mit den öffentlichen Verkehrsmitteln, mit dem Rad oder man geht zu Fuß.

Übrigens hat im Jahr 2006 der Rechnungshof die Parkraumbewirtschaftung geprüft. (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Der hat eh nichts gefunden!*) Ich werde gerne zitieren, was der Rechnungshof, dessen Leitung wohl nicht der Sozialdemokratie nahesteht, festgestellt hat. Ergebnis, Kurzfassung, „Wien 2006“, Seite 33: „Die mit der Parkraumbewirtschaftung verbundenen Ziele im Hinblick auf die Verbesserung des Parkraumangebots für die Wohnbevölkerung sowie der Bedingungen für den Wirtschaftsverkehr wurden nach deren Einführung im Wesentlichen erreicht. Die Stellplatzauslastung, der Anteil der Falschparker sowie die Verkehrsbelastung im untergeordneten Straßennetz gingen in den flächenhaft bewirtschafteten Bezirken zurück. Die im Masterplan ‚Verkehr Wien 2003‘ festgelegten Ziele und Maßnahmen wären im Hinblick auf die zunehmende Motorisierung jedoch nachzujustieren.“ - Also, der Rechnungshof findet es nicht nur sehr gut, was wir machen, findet das alles richtig, was wir gemacht haben, sondern spricht sogar davon, dass hier noch etwas nachzujustieren wäre. Das geht dann noch weiter, fast über zwei Seiten.

Ich lese nur noch den letzten Satz vor: „Die zweckgebundenen Einnahmen aus der Parkometerabgabe wurden widmungsgemäß verwendet.“ - Das ist nämlich auch ein wichtiger Punkt. Die Parkometerabgabe ist zweckgebunden. Ich bring das auch ganz gerne wieder in Erinnerung. Und zwar ist sie zweckgebunden für die Errichtung von Park-and-ride-Anlagen in Wien und für die Park-and-ride-Anlagen im Umland. Das kommt ja dazu. Wir haben zuerst schon festgestellt: Was macht denn so ein armer Pendler? Es gibt ja keine Abstellplätze am Stadtrand. Da sage ich immer wieder: Wie kommt Wien dazu? Warum soll Wien im Umland, beispielsweise für die Niederösterreicher, Park-and-ride-Anlagen errichten? Wir haben dort sogar etwas mitfinanziert. Hier wäre Niederösterreich stark gefragt. Denn es ist ja nicht so, dass es die armen Pendler gibt, die eben im Waldviertel sind, keinen Arbeitsplatz haben und nach Wien kommen. Diese gibt es auch. Es gibt aber sehr viele, denen der Verkehr in Wien zu viel geworden ist, die einfach in den sogenannten Speckgürtel rund um Wien hinausziehen (*GR Mag Wolfgang Jung: Die hinausflüchten!*) und dann eben mit dem PKW hereinfahren und den hier Verbleibenden die Luft noch mehr verpesten.

Dann: Beschleunigungsprogramm öffentlicher Verkehr, Förderung der Verkehrssicherheit, Ausbau von Radabstellanlagen, Nachrüstung Fahrradräume, „Grüne Bügel“ in den Bezirken, Ausweitung von Citybike-Stationen und so weiter.

Also, die Parkraumbewirtschaftung ist und bleibt,

auch wenn Sie das nicht wahrhaben wollen, ein Erfolgsmodell. (*GR Mag Wolfgang Jung: Nennen Sie konkrete Zahlen!*)

Da habe ich sogar noch eine konkrete Zahl. Bei den Einpendlern sind es 250 000, die täglich nach Wien einpendeln. Da ist es genau umgekehrt. Ich habe zuerst den Modal-Split erwähnt, 70 zu 30 innerhalb von Wien, und bei den Einpendlern ist es genau umgekehrt, zwei Drittel pendeln mit dem Fahrzeug und nur ein Drittel mit dem öffentlichen Verkehr nach Wien ein, obwohl beispielsweise gerade aus dem Süden von Wien der öffentliche Verkehr ganz gut ausgebaut ist.

Wofür wir eintreten, ist ein generell vernünftiger Gebrauch des Kfz. Wenn davon gesprochen wird, man würde über die Bezirke drüberfahren, dann möchte ich abschließend einfach nur aus dem rot-grünen Regierungsübereinkommen vorlesen. Ich meine, solchen Anträgen hätten wir so oder so nicht zugestimmt, aber ich lese Ihnen gerne vor, warum es völlig unrichtig ist, was Sie da behaupten, nämlich, man würde die Bürger nicht befragen, sondern da steht unter dem Kapitel „Parkraumbewirtschaftung und Garagenbau“, und man kann sich das Regierungsübereinkommen von den diversen Webseiten herunterladen: „Eine Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung kann jedenfalls nur mit Zustimmung der Bezirksvertretungen eingeführt werden.“ - Genau das machen wir. Die Bezirksvertretungen werden gefragt. Die Bezirksvertretungen entscheiden. Genau so soll es sein, und genau so wird es sein. (*GR Mag Wolfgang Jung: Das merkt man in Rodaun und in Liesing, wo die Bezirksvertretung und der Bezirksvorsteher etwas anderes versprochen haben! Drüberfahren tut ihr!*)

Die Parkraumbewirtschaftung ist ein Erfolgsmodell und hat sich bewährt. Sie wird sich auch bewähren in den jetzt folgenden Bezirken ab Oktober. (*StRin Veronika Matiassek: Das wird sich erst herausstellen!*) Sie haben es selbst schon erwähnt, das sind die Bezirke 12, 14, 15, 16 und 17. Dem 18. Bezirk wird es noch leid tun, dass er nicht dabei ist. (*GR Mag Wolfgang Jung: Bravo! Jawohl!*) Der Herr Homole wird für seine Maßnahme bei der nächsten Wahl sicher abgewählt werden. Die Parkraumbewirtschaftung ist und bleibt ein Erfolgsmodell! Danke schön. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr GR Mag Chorherr. Ich erteile es ihm.

GR Mag Christoph **Chorherr** (*Grüner Klub im Rathaus*): Herr Vorsitzender! Frau Vizebürgermeisterin! Meine Damen und Herren!

Ich möchte im Ton meines Vorredners fortsetzen (*GR Mag Wolfgang Jung: O je!*) und auf jene Argumente eingehen, die hier als Kritikpunkte gekommen sind, es läge kein Gesamtkonzept hinter der Ausdehnung der Parkraumbewirtschaftung. Lassen Sie mich ein bisschen eine größere Perspektive aller europäischen Städte der letzten 30, 40 Jahre hier skizzieren, ob sie London, Paris, Barcelona, München, wie auch immer heißen.

Seit Jahrzehnten wird dort ein neuer Kurs gefahren, der letztlich lautet, schrittweise Alternativen zum Autoverkehr aufzubauen, für Bewohnerinnen und Bewohner

mehr Lebensraum zu schaffen. Nirgendwo ist das unstrittig. Dieser Kurs hat im Übrigen in den 60er Jahren in Wien begonnen.

Ich sage Ihnen jetzt ein Beispiel, das mindestens so umstritten war wie die Diskussion heute um die Parkraumbewirtschaftung. Sollen der Graben und die Kärntner Straße Fußgeherzone werden, Ja oder Nein? Ich glaube, ich habe hier schon einmal gesagt, ich kann mich noch daran erinnern, ich bin auch schon länger da, als kleiner Bub bin ich mit meinem Vater auf der Kärntner Straße gestaut und wir haben auf dem Stephansplatz vergeblich einen Parkplatz gesucht. Dann gab es die Überlegung, Fußgängerzone Kärntner Straße/Graben. Die Erregung war mindestens so wie jetzt: „Die Geschäfte werden sterben, die Innenstadt wird kaputt gehen, sie werden ins Umland ziehen!“ Heftigste jahrelange Auseinandersetzungen. Wer kann sich heute vorstellen, diese Maßnahme rückgängig zu machen? Beispiel 1.

Beispiel 2 ist jünger her, der sogenannte Innenring. Mörderstau in der Herrengasse, am Michaelerplatz, Riesendinge. Das ist einfach abgedreht worden. Lange vor unserer Zeit war es die Sozialdemokratie, die das letztlich mitgetragen hat, autofreie Plätze in der Innenstadt. Vorher große Erregung, bis es dann umgesetzt war. Wer kann sich heute vorstellen, dass man sagt: „Wisst ihr was, Michaelerplatz, Herrengasse lassen wir wieder zweiseitig die Autos durchfahren.“? Kein Mensch kann sich das vorstellen.

Nächstes Argument, wir nähern uns der Mariahilfer Straße: die Neubaugasse. Der 13A im Stau. Dann gab es letztlich die Überlegung, diese Innenstadtquerung zu Gunsten des Busses, zu Gunsten der Taxler und der Radfahrer und vor allem zu Gunsten der Fußgängerinnen und Fußgänger zu unterbinden. Da war ich schon selbst in der Politik. „Das kann nicht gehen, die umliegenden Gassen werden belastet, die Geschäfte werden sterben!“ Schauen Sie sich heute an, was das mit sich gebracht hat und suchen Sie irgendjemanden in Wien, der sagt, dort machen wir das wieder auf. (*GR Wolfgang Irschik: Da gibt es aber genug!*) Die Vorteile sind immer im Vordergrund gestanden.

Jetzt gehe ich auf eine heftige Auseinandersetzung ein, die ich mit der FPÖ gehabt habe, als ich Bundessprecher war, die Absenkung der Promillegrenze: „Kriminalisierung der Autofahrer!“, alles Mögliche. Sie erinnern sich, was das für eine Auseinandersetzung war. Jetzt sind wir bei den Promille von 0,8 auf 0,5. Das hat uns sehr viele Menschenleben gerettet. Wo ist irgendwer, der sagt: „Erhöhen wir wieder die Promillegrenze.“

Genauso wird es schrittweise mit dem Instrument der Parkraumbewirtschaftung gehen, das zum Ziel hat - lassen Sie mich das noch einmal zusammenfassen -, vor allem den Menschen, die aus dem Umland in die Stadt pendeln, einen Anreiz zu geben, auf öffentliche Verkehrsmittel umzusteigen. Ja, das ist ein Eingriff, wie es ein Eingriff war, die Parkraumbewirtschaftung innerhalb des Gürtels zu machen. Jetzt wird ein erfolgreiches Modell ausgedehnt.

Ist das ein Fleckerlteppich? Schauen Sie sich bitte eine Karte an! Das ist kein Fleckerlteppich! Seit heute

wissen wir, welche Bezirke es sind. Noch einmal, 12, 14, 15, 16 und 17, das heißt, ein enger Ring von Bezirken im Süden in den Westen ist jetzt die nächste Etappe. Das haben die Bezirke so beschlossen. Das nehmen wir so zur Kenntnis. In einigen Jahren wird kein Mensch mehr daran denken, weil es zu Entlastungen, vor allem für die BewohnerInnen dort, kommen wird, das aufzulassen.

Ja, es ist ein Eingriff. Ja, es ist nicht nur wie die Kärntner Straße, man kann nicht mehr überall so fahren, wie es möglich ist, aber das große Ziel aller europäischen und außereuropäischen Städte, Fußgängern mehr Platz einzuräumen, in der Stadt für Kinder eine höhere Lebensqualität zu machen und auch den Pendlern einen Anreiz zu geben, auf öffentliche Verkehrsmittel umzusteigen. Weil das auch in Wien lang vor unserer Regierungsbeteiligung begonnen wurde, gibt es, glaube ich, keine Stadt der Welt, die einen so hohen Anteil an öffentlichen Verkehrsmittelnutzern und einen so geringen Autoanteil hat wie Wien. Das soll letztlich fortgesetzt werden.

Noch eine Zahl: In den 70er Jahren hat Wien als reichstes Bundesland der neun Bundesländer den höchsten Autobestand pro tausend Einwohner gehabt. Heute ist Wien noch immer reichstes Bundesland aller neun Bundesländer und hat den mit Abstand geringsten Autobestand. In sehr vielen Bezirken geht das weiter zurück, nicht, weil irgendwer den Leuten das abgewöhnt, sondern weil sie die Vorteile des öffentlichen Verkehrs genießen. Das ist die Gesamtkonzeption.

Zur sehr sachlichen Rede des Kollegen Aigner möchte ich noch zwei Dinge bringen. Sie sagen, die mutwillige Parkplatzzerstörung wie Ohrwascheln und Radständer. Das ist keine mutwillige Parkplatzzerstörung. Die Ohrwascheln, Gehsteigvorziehungen, die sehr stark, ich kann mich noch genau daran erinnern, unter dem Planungstadtrat Swoboda und auch noch unter StR Schicker umgesetzt worden sind, dienen vor allem dazu, ein sicheres über die Straße Gehen zu gewährleisten, das heißt, vor allem für Kinder. Ich glaube, da sind wir alle, ÖVP, FPÖ, SPÖ, GRÜNE, einer Meinung, dass Kinder besonders geschützt werden sollen. Wenn ich auf die Straße gehe und gesehen werde, steigt meine Verkehrssicherheit, werde ich weniger leicht niedergeschoben. Gott sei Dank sind wir gemeinsam stolz darauf, dass die Unfälle und Toten in Wien deutlich zurückgegangen sind. Das hat mit vielem zu tun, auch damit, dass durchaus maßvoll Auto gefahren wird, aber hat auch damit zu tun, dass Gehsteigvorziehungen die Sicherheit gemacht haben. Nirgendwo wird es gemacht, um mutwillig einen Parkplatz zu zerstören.

Und ja, Herr Kollege Aigner, wir wollen Radständer. Jetzt ist die spannende Frage, wo wir diese hinstellen sollen. Manchmal stehen sie am Gehsteig. Da regen sich dann zu Recht Fußgängerinnen und Fußgänger auf. Oft stehen sie auch auf der Straße. Das kostet Parkplätze. Aber es geht schlicht und einfach darum, eine gerechte Stadt und eine Fairness herzustellen. Da wird immerhin die Politik, sechs bis acht Fahrräder statt eines Autostellplatzes, maßvoll fortgesetzt. Jetzt geht es um die nächste Etappe. Wir werden sehen, wie die Auswirkungen

sind. Warten wir auf die übernächste Etappe.

Da wir nicht nur ausschließlich ein ernstes Thema ernst diskutieren wollen, muss ich abschließend hier ein großes Dementi bringen. Heute Früh wurde hinter viele Scheibenwischer von Autos die Simulation eines Parkscheins gesteckt. Ich habe diese Information über Twitter erhalten. Ich möchte hier klarstellen, dass wir mit dieser Aktion nichts zu tun haben. Ich habe das nur über Twitter mitgeteilt bekommen. Ich möchte Ihnen aber diese Simulation eines Parkscheins zur Kenntnis bringen. (*GR Mag Wolfgang Jung: Was bringt die Simulation eines Parkscheins?*) - Hören Sie zu, Herr Kollege Jung! (*GR Mag Wolfgang Jung: Ich frage Sie!*) - Das habe ich vom Kollegen Moor, der Moderator bei ATV ist, mitgeteilt bekommen. „Parkvergehen!!! Das ist kein Strafzettel. Wenn es jedoch nach mir ginge, müssten Sie zwei bekommen. Durch Ihre idiotische, rücksichtslose und stümperhafte Parkweise beanspruchen Sie den Platz, der sonst für 20 Esel, 2 Elefanten, 1 Ziege und einen Trupp Liliputaner ausreichend wäre. Warum Sie diesen Zettel bekommen? Damit Sie in Zukunft auch mal an andere denken und nicht nur an sich selbst. Ferner kann ich naseweise, egoistische und einfältige Autofahrer absolut nicht leiden und Sie gehören ohne Zweifel zu diesem Personenkreis. Ich verabschiede mich und wünsche Ihnen einen baldigen Getriebeschaden um 22 Uhr auf der Autobahn bei minus 26 Grad und Windstärke 12!!! Außerdem mögen 1 000 Kamelflöhe Ihr A...loch" - das steht hier anders – „heimsuchen, und zwar dann, wenn Ihre Arme von einer temporären Lähmung befallen sind. Parkvergehen!!!" - Das habe ich heute bekommen. (*GR Mag Wolfgang Jung: Was ist das jetzt?*) - Was ist das jetzt? Die literarische Umsetzung der Parkdiskussion nach Wiener Modell. Ich will nur festhalten, das ist in keiner Weise von uns umgegangen. Der Herr Moor hat uns das zur Kenntnis gebracht. Sie können es im Internet nachlesen.

Wir freuen uns, dass wir einen weiteren Schritt in der Parkraumbewirtschaftung vorankommen. - Danke schön. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ. - GR Mag Wolfgang Jung: War das lustig, oder was?*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner zum Wort gemeldet ist Herr GR Mahdalik. Ich erteile ihm das Wort.

GR Anton **Mahdalik** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Werte Damen und Herren!

Der Schmäh mit den rücksichtslosen Autofahrern ist uralte, ist auf verschiedene Verkehrsteilnehmer anzuwenden. Ich kann mir genau das Gleiche mit Radfahrern vorstellen. Das traue ich den GRÜNEN, obwohl es eine Partie von Kellerlächern ist, nicht zu. Ich habe den Zettel auch nicht hinter der Windschutzscheibe gehabt. Verwundert hat mich allerdings, dass der Kollege Chorherr, als ausgewiesener Gutmensch, das Wort Mohr in den Mund genommen hat (*GR Dipl.-Ing. Martin Margulies: Das ist unglaublich!*), wo zumindest die Freiheitliche Fraktion entsetzt zurückgeprallt ist und ich, vielleicht beim nächsten Mal, einen Ordnungsruf des jeweiligen Vorsitzenden anregen möchte.

Bei der Gelegenheit möchte ich den Kollegen von

den GRÜNEN auch mitteilen, dass ich gestern per pedes in der Burggasse unterwegs war, und vor allem den Kollegen Akkilic wird das vielleicht interessieren (*GRin Mag (FH) Tanja Wehsely: Warum sollte ihn das interessieren?*), weil er als alter Linguistiker bösen Bezeichnungen in Speisekarten und vielleicht sogar auf Häusern, deren ich gestern ansichtig wurde, auf der Spur ist, und es dort nämlich das altehrwürdige Café „Zum schwarzen Mohren" gibt. Ich habe noch nicht gehört, dass der Kollege Akkilic das an den Pranger gestellt hat, vielleicht weil es im 7. Bezirk situiert ist. Ich persönlich habe mich bekreuzigt und habe zur Knoblauchzehe gegriffen. „Zum schwarzen Mohren", ich darf das Wort jetzt auch sagen, weil es mir der Kollege Chorherr vorher vorgeäfft hat. Also, ich würde das einmal einer Fact Finding Mission unterziehen und mich mit dem Kollegen Blimlinger unterhalten. Vielleicht kann man das irgendwie politisch korrekter ausdrücken, nachdem das Wort - wie wir gestern gehört haben - Migrationshintergrund jetzt auch schon auf die schwarze Liste gekommen ist. Das Gutmenschenwort ist den Gutmenschen auf einmal nicht mehr gut genug. Entschuldigung, wer soll sich da überhaupt noch auskennen? Hintergrund ist demnächst auch verboten? Ich kenne mich nicht mehr aus! Vielleicht könnt ihr euch einmal einig werden, wie man das Ganze macht! (*Beifall bei FPÖ und ÖVP.*)

Kollege Chorherr, wir sind auch dafür, dass mehr Autofahrer den Weg auf die öffentlichen Verkehrsmittel finden. Man soll sie dazu nicht zwingen, sondern sie animieren. Das kann man nur mit besseren Angeboten. Einmal sage ich es noch, obwohl es mir schon selbst auf den Nerv geht, wir sind fürs kostenlose Parkpickerl für ganz Wien für alle hauptwohnsitzgemeldeten Autobesitzer in Wien. Für die GFler und MDler und so weiter, also die Ausländer, wie sie der Kollege Maresch genannt hat - das ist eigentlich auch ein verbotenes Wort -, es sind vielleicht die rustikalen Leute aus den Umlandgemeinden, aber nicht Ausländer, denn das Wort sagt man nicht, soll es attraktive Park-and-ride-Angebote geben. Jeder, der eine Netzkarte der Wiener Linien hat, darf sein Auto umsonst in den Park-and-ride-Anlagen abstellen, alle anderen um 1 EUR pro Tag. Wir sind auch dafür. Das möchte ich hier noch einmal festhalten.

Beim Kollegen Lindenmayr weiß ich nicht mehr genau, was er gesagt hat. (*GR Siegi Lindenmayr: Sie haben es nicht verstanden!*)

Darum gehe ich gleich zum Kollegen Maresch weiter. Er hat es geschafft, dass er vom Parkpickerl 2012 ganz locker einen Sprung, 70 Jahre zurück, in die späten 30er, frühen 40er Jahre gemacht hat, wobei mir schon fast geschwant hat, dass wir da einen kleinen Friedrich-Peter-Fan und jemanden, der eine seltsame Faszination für diese dunkle Zeit empfindet, unter uns haben. Also, ich möchte gleich für meine Fraktion festhalten, uns gefällt so etwas nicht! (*Beifall bei der FPÖ. - GR Ernst Nevrivy: Das glaube ich Ihnen nicht!*)

Der Kollege Margulies hat hier nicht zu diesem Thema gesprochen. (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Geschrien hat er!*) Geschrien ist heute überhaupt sehr viel geworden. Ich habe da vom Kollegen Werner-Lobo bei

der Wortmeldung vom Kollegen Juraczka gehört, dass er gemeint hat, das seien Methoden wie in der Nazi-Zeit. Irgendwie übt das schon eine Faszination auf euch aus, weil ihr das immer und immer wieder, in ewig gestriger Manier, aufs Tapet bringt. Dann wundert es mich nicht, dass sich viele der SPÖ-Mandatare - jetzt sind schon relativ viele der Mandatare der roten Fraktion hier versammelt - vorher, als die GRÜNEN am Wort waren, nach draußen verzogen haben. Es hat ein bisschen so gewirkt, als würden sie sich genieren. *(GR Dipl-Ing Roman Stiftner: Das ist verständlich!)* Das würde mich auch nicht wundern. Aber dass gerade ein Angehöriger der Cohn-Bendit-Fraktion von Verbrechen von anderen Parteien redet, wundert mich schon, weil es gibt nicht viel schrecklichere Verbrechen als das der Pädophilie. Also, ich möchte dich bitte, in Zukunft mit deiner Wortwahl ein bisschen vorsichtiger zu sein. *(Beifall bei der FPÖ. - GR Dipl-Ing Martin Margulies: Das ist eine Ungeheuerlichkeit!)*

Aber nun zum eigentlichen Thema des Dringlichen Antrages: Es begab sich dieser Tage nämlich, dass die Planungsstadträtin Vassilakou, vielleicht irrtümlicherweise, die Wahrheit sagte, nämlich im „Morgenjournal“ von Radio Wien. Auf die Frage, warum das Parkpickerl keiner Bürgerbefragung zu unterziehen ist, hat sie gemeint: „Entschuldigen Sie, eine Steuer oder eine Gebühr kann man doch nicht einer Befragung unterziehen, weil sonst haben wir morgen keine Einnahmen mehr in Österreich.“, hat sie gesagt. Das gilt natürlich auch für Wien. Diese Offenheit hat mich doch etwas verwundert. Aber wahrscheinlich ist es eh schon wurscht, weil der Karrenverfahren ist. Man hat es heute wieder gesehen. In Favoriten hat es die nächste Watsche für die Grünen und natürlich auch für die Roten gegeben. In Währing detto. Und in Hietzing gibt es vielleicht noch eine, wenn eine Abstimmung gemacht wird.

Der Kollege Maresch sollte sich vielleicht einmal überlegen, warum ihr in Währing, obwohl Rot und Grün 22 von 40 Mandataren haben, in Umfragen - und es war vor 2 Wochen quasi eine Umfrage mit der Bürgerbefragung - nur mehr knapp über 33 Prozent habt. Das würde mir zu denken geben. Vielleicht ist das Parkpickerl doch nicht so leiwand, wie es uns von den GRÜNEN immer gesagt wird. Was mich gewundert hat, ist, der Kollege Maresch, auch die GRÜNEN, der Kollege Chorherr, aber vor allem der Kollege Maresch, hat uns jahrelang erklärt, dass das Parkpickerl ein Instrument der Verkehrslenkung und im Besonderen zur Reduktion des Verkehrs in den parkraumbewirtschafteten Bezirken ist. Es wurde zur Untermauerung dieser eigentlich nicht zu haltenden These vor Kurzem auch eine Studie in Auftrag gegeben und bezahlt, die als Ergebnis gebracht hat, dass ein Parkpickerl in den Außergürtelbezirken eine Reduktion von 35 Prozent des Verkehrs mit sich bringen würde, wo ich an dieser Stelle einmal das Gegenteil behaupten möchte. Denn, wenn es stimmt, wie es kolportiert wurde, dass die Wirtschaftskammer einen großartigen Erfolg erzielt hat und für alle 45 000 Betriebe in den Parkpickerlbezirken künftig bis zu 4 Berechtigungen möglich sind, dann wird natürlich das Parkplatzangebot in diesen

Bezirken - wir begrüßen diese zusätzlichen Berechtigungen, das war seit vielen Jahren eine Forderung von uns - natürlich um einiges knapper werden. Was dann wieder wegfällt, sind vielleicht manche, wahrscheinlich gar nicht so wenige, Parkpickerlflüchtlinge, die jetzt wieder in die Innergürtelbezirke zurückgehen. Aber dort wird es sich dann erst richtig abspielen, weil dort bekommen die Gewerbebetriebe auch mehr Berechtigungen. Dann kommen die Parkpickerlflüchtlinge wieder zurück. In der Josefstadt werden es etwa 1 000 sein, hat zumindest die Bezirksvorsteherin gemeint. Also, es wird sicher nicht mehr Parkraum im Innergürtelbereich und sicher auch nicht im Außergürtelbereich vorhanden sein, obwohl dort vielleicht in manchen Bezirken Bewohner der Umlandgemeinden nicht mehr parken. Aber dafür werden dort mehr Firmen-LKWs parken, weit mehr, als Bewohner der Umlandgemeinden wegfallen. Also wird sich die Parkplatzsituation insgesamt verschlechtern und ganz sicher nicht - da traue ich mich, um einiges zu wetten - um 35 Prozent verbessern. Aber schauen wir in einem Jahr nach, wenn es gegen den Willen der Bevölkerung eingeführt ist. Dann erwarte ich mir eine Evaluierung. Vielleicht geht es einmal von objektiver Seite und nicht wieder eine bestellte und bezahlte Studie.

Nicht aus diesem Titel wird das Stellplatzangebot in den parkraumbewirtschafteten Bezirken in den nächsten Monaten weiter verringert, sondern die Stadt Wien hat noch einige andere Ideen in petto, nämlich reservierte Parkplätze fürs Carsharing.

Ich möchte noch einmal betonen, bevor Prof Hora wieder einen Rotlauf bekommt, das ist nicht gegen „Car 2 Go“ gerichtet. Diese nehmen relativ wenig Platz weg, haben auch keine reservierten Parkplätze und zahlen auch ihre pauschalierte Parkometerabgabe, so wie es sich gehört, wie es jeder private Autofahrer, der in ganz Wien parken will, auch machen muss. Aber das neue Carsharing-Konzept von SPÖ und GRÜNEN hat den Nachteil, dass es von SPÖ und GRÜNEN stammt. Das andere ist ein international erfolgreiches und lang erprobtes Projekt, das reibungslos läuft, was man von diesem neuen Projekt schon einmal nicht behaupten kann, weil zum Beispiel im 4. Bezirk die GRÜNEN gegen dieses Carsharing-Konzept der SPÖ sind. Sie haben auch eine entsprechende Resolution der SPÖ für die Einführung dieses Konzeptes mit reservierten, abgeschrankten, vielleicht sogar mit Werbeschildern versehenen Parkplätzen abgelehnt. Die GRÜNEN haben dort auch eine Resolution der FPÖ gegen dieses Carsharing-Konzept abgelehnt. Aber wer kennt sich bei den GRÜNEN schon aus? Zumindest wollen sie das nicht.

Das Konzept stößt nicht auf viel Gegenliebe. Auch der Normalbürger sieht nicht ein, warum eine Carsharing-Firma anders als andere Gewerbebetriebe oder Privatpersonen behandelt werden soll. Sie bekommen die ersten 3 Jahre die Stellplätze umsonst, zahlen keine Miete für öffentlichen Grund und Boden und nachher zahlen sie 1 200 EUR im Jahr. Ich traue mich zu wetten, wenn ich nachher im 6., 7., 8., 9. Bezirk herumgehe und in meinem Bauchladen einen reservierten, aufgemalten, abgeschrankten Parkplatz der Bevölkerung anbiete, wo

sich nur eine bestimmte Person hinstellen kann, schaut morgen der Mateschitz neben mir wie ein Sozialhilfebezieher aus. Jedem wäre es das wert, der vielleicht noch nicht genug durch die Belastungswelle von der SPÖ und von den GRÜNEN geschöpft worden ist. Jedem wäre ein markierter Parkplatz in der Nähe seines Wohnortes natürlich 1 200 EUR im Jahr wert, überhaupt in den Bezirken, wo die finanzstärkere Klientel zu Hause ist. Das ist eine Ungleichbehandlung gegenüber anderen Firmen und natürlich gegenüber Privatautobesitzern, die gezwungen werden, ein Parkpickerl zu nehmen.

Wir haben uns schon überlegt und es ist fix, wir werden von Seiten der Freiheitlichen, in wessen Namen auch immer, eine Verfassungsgerichtshofklage gegen diese Ungleichbehandlung einbringen. Wir warten nur auf die tatsächlichen Verträge, weil man bis jetzt nur einen Rahmenvertrag beschlossen hat. Aber ich denke mir, ich gründe dann die Mahdalik Carsharing GmbH und möchte auch einen solchen Parkplatz, am besten in Rathausnähe. Vielleicht gibt es noch 30, 40, 50 000 andere Einzelunternehmer, die sich diesem Geschäftszweig widmen. Wenn es dann so viel Konkurrenz gibt, wird die Mahdalik Carsharing GmbH vielleicht gar nicht so viel Kundschaft haben, sodass schlussendlich immer ich auf meinem Parkplatz stehe, oder vielleicht share ich mein Auto auch mit meiner Frau und sie steht auf meinem Parkplatz. Diese Ungleichbehandlung ist nicht einzusehen. Ich glaube, dass wir hier mit unserer Verfassungsgerichtshofklage gegen dieses neue Konzept der SPÖ, mit einer massiven Ungleichbehandlung, sehr gute Chancen haben, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Wir haben im Laufe dieser Diskussion schon sehr viel Kritik der Quasibürgerbeteiligung von Bürgerbeteiligungstadträtin Maria Vassilakou gehört, die fast die gesamte Diskussion mit auffälligem Desinteresse verfolgt, wenn sie sie überhaupt verfolgt. Ich möchte da auf einen Bereich eingehen, der nicht unmittelbar etwas mit Verkehr, sondern mit einem anderen Planungsgebiet zu tun hat, wo es auch keine Bürgerbeteiligung gegeben hat, sondern auch ein paar rot-grüne Heizdeckenveranstaltungen, wo versucht wurde, den Bürgern ein schlechtes Produkt schönzureden und zu verramschen, was leider nicht funktioniert hat, weil auch eine große Tageszeitung dahinter war, das wichtige Areal des Jugendstiljuwels Otto-Wagner-Spital im 14. und 16. Bezirk zu schützen, wo die FPÖ schon einmal im Herbst einen Anlauf genommen hat, eine Initiative zu setzen, dieses Areal in den Status eines UNESCO-Welterbes zu erheben, zumindest auf die nationale Liste zu hieven. Wir sind damals leider mit unserem Antrag alleine geblieben, aber da hat es mittlerweile Gott sei Dank bei einer Fraktion ein Umdenken gegeben.

Darum wollen wir hier und heute noch einmal folgenden Antrag einbringen, weil auch hier den Bürgern bislang eine echte Beteiligung versagt geblieben ist, nämlich wollen wir erreichen, dass sich der Gemeinderat dafür aussprechen soll, dass die Stadt Wien alle notwendigen Schritte setzt, um das Areal des Otto-Wagner-Spitals in die nationale Vorschlagsliste für die Aufnahme

in die UNESCO-Welterbeliste zu gewährleisten. - Ich ersuche um sofortige Abstimmung und um einheilige Zustimmung.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Ich gebe nunmehr bekannt, dass ab jetzt Herr GR Mag Ebinger für die Sitzung entschuldigt ist.

Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Herr GR Dipl-Ing Margulies gemeldet. – Bitte schön, drei Minuten.

GR Dipl-Ing Martin **Margulies** (*Grüner Klub im Rathaus*): Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

In aller Kürze, ich verwehre mich dagegen, dass die GRÜNEN von einem Herrn Mahdalik in ein Eck gestellt werden, das auch nur irgendetwas mit Kinderpornographie et cetera zu tun hat. Seit Gründung der GRÜNEN in Österreich gab und gibt es keinen einzigen Mandatar, Funktionär et cetera, der jemals wegen dieser Vorwürfe auch nur irgendwie angesprochen, geschweige denn angezeigt, geschweige denn verurteilt wurde.

In der FPÖ ein Spitzenpolitiker im Burgenland, Kinderpornographie heruntergeladen, verurteilt, trotzdem noch zwei Jahre Ortschef. In der FPÖ ein Spitzenpolitiker in Wiener Neustadt, wegen Anbahnung mit Jugendlichen. Wir kennen alle die Geschichte. Der Kollege Ellensohn könnte seine Verbrecherkartei der FPÖ holen und das vorlesen. Sie sind diejenigen, die in der Nähe der Kinderpornographie stehen. Also schweigen Sie! - Danke. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Wir gehen weiter in der Tagesordnung. Als Nächster zum Wort gemeldet hat sich Herr GR Hora. Ich erteile ihm das Wort.

GR Karlheinz **Hora** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Meine Damen und Herren!

Der Kollege Mahdalik wird dann von mir noch einige Antworten bekommen, falls er das Telefonieren aus den Reihen lassen kann.

Aber erlauben Sie mir, ein bisschen in die Vergangenheit zu gehen. Gehen wir zurück in das Jahr 1991. Kollege Juraczka, 1991 ist die Österreichische Volkspartei mit dem Wahlslogan „grün für alle“ in die Wahl gegangen und hat damit die Ampeln gemeint. Das Wahlergebnis war, von 30 Mandaten hatte sie dann nur mehr 18 und die GRÜNEN sind zum ersten Mal in dieses Haus eingezogen. Das ist auch Geschichte. Aber ich nehme an, vielleicht werden Sie mit einer ähnlichen Geschichte auch in die Geschichtsbücher eingehen.

Lieber Kollege Mahdalik, lieber Toni, ich weiß nicht, was man dir als Erstes sagen darf. Darf ich dich darauf aufmerksam machen, ich bedanke mich, dass du mir keinen Rotlauf wünschst, weil Rotlauf ist eine Krankheit, und zwar eine nicht angenehme Krankheit. Du hast es sicher anders gemeint. *(GR Anton Mahdalik: Das habe ich!)*

Ich habe mir schon überlegt, ob ich dir für den ersten Teil deiner Wortmeldung und ab und zu anbieten soll,

etwas zu spenden oder ob ich hier aufrufen soll, zu spenden, weil das, was du begonnen hast, hier zu erzählen, hat eher ausgeschaut, als ob du deine zukünftige Profession als Kabarettist suchst. Ich wünsche dir für diesen Berufsweg viel Erfolg und alles Gute! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren, er hat dann weiters darüber gesprochen, für die Öffis bessere Angebote zu machen.

Ich habe mir erlaubt, anzuschauen, was bessere Angebote sind. Taferln sind ja bei euch bekannt! Ich kann sie dir nachher gerne geben. *(Der Redner zeigt ein Diagramm.)* Ab 1. Mai wird die Jahreskarte der Öffis das bessere Angebot sein: Statt 449 EUR 365 EUR und statt 458 EUR 375 EUR. Das ist das rot-grüne Angebot für diese Stadt. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Meine Damen und Herren! Dass die Wiener schon wissen, dass sie der öffentliche Verkehr gut weiterbringt, besagt in weiterer Folge auch die Tatsache, dass der Modal-Split auf 37 Prozent öffentlicher Verkehr gestiegen ist und wir gleichzeitig 2011 auch einen Rekord an Öffi-Benutzern zu verzeichnen hatten. Und ich nehme an, 2012 werden die Zahlen nicht anders sein!

Aber welche Auswirkungen hatte das für diese Stadt, meine Damen und Herren? – Ich kann dir alle Tafeln mitgeben, weil ich weiß ... Soll ich unterbrechen, dass du fertigtelefonieren kannst? *(Heiterkeit bei der FPÖ.)* Ich stelle dir die Unterlagen zur Verfügung, damit du dir das anschaust! In Wien-Nord, wo du zu Hause bist, hat der Autoverkehr um 5,9 Prozent abgenommen, im Westen Wiens um 1 Prozent. Vielleicht sollte man sich das auch einmal zu Gemüte führen, um zu schauen, was die Wienerinnen und Wiener in Wirklichkeit benötigen.

Manchmal habe ich das Gefühl, dass sich die eine oder andere Rednerin nicht ganz auskennt. Frau Matiassek! Ganz offen: Sie reden von einem Fleckerlteppich. Schauen Sie sich das an: Das Grüne ist die im Augenblick bewirtschaftete Zone, und die Bezirke, die violett sind, kommen dazu. Das ist ein Gebiet! Man muss da nicht von Ort zu Ort fahren, sondern das hängt zusammen. *(GR Mag Wolfgang Jung: Auch ein Fleckerlteppich hängt zusammen)* Das kann man sich anschauen, ich zeige Ihnen das gerne. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Sie haben auch gesagt, dass es so schwierig ist, mit den Öffis unterwegs zu sein. Jetzt wollte ich Ihnen ... *(Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung.)* Kollege Jung! Kollege Lindenmayr hat Ihnen schon gesagt: Konzentrieren Sie sich auf die „Räder“! Ich rede jetzt mit Ihrer Kollegin Matiassek.

Liebe Frau Kollegin Matiassek! *(GR Anton Mahdalik: Matiassek!)* Matiassek! Pardon! Entschuldigung! Ich wollte hier den D-Wagen, den 38er, den 40er und den 41er anführen. Das mache ich jetzt aber nicht, sondern ich nenne die Linie 43. Fahrzeit von der Güpferlingstraße zum Schottentor: 18 Minuten.

Linie 44, Römergasse – Schottentor: 16 Minuten.

Linie 2, Erdbrustgasse – Dr-Karl-Renner-Ring: 19 Minuten.

Linie 46, Joachimsthalerplatz – Dr-Karl-Renner-Ring: 18 Minuten. *(Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung.)*

Ich habe mir natürlich auch Ihren Zwischenruf betreffend Querverbindungen angehört: Am Gürtel fährt die U6. Gut. Reden wir nicht darüber. Außerhalb des Gürtels fährt die Linie 10A, Autobuslinie mit Gelenkbus, von der Hernalser Hauptstraße zur Hütteldorfer Straße/U-Bahn in 10 Minuten oder ein Stückel weiter draußen die Linie 10 von Dornbach bis Hütteldorf/U-Bahn: 14 Minuten. Da kann man aber auch dazwischen schon an anderen U-Bahn-Stationen umsteigen.

Meine Damen und Herren! Man sollte sich, wenn man über Wien spricht und solche Behauptungen aufstellt, ab und zu auch die Stadt anschauen, und zwar nicht nur von der Autoperspektive, sondern auch von der Perspektive des öffentlichen Verkehrs! *(Beifall bei der SPÖ. – Beifall und Bravo-Rufe bei den GRÜNEN.)*

Die Parkraumbewirtschaftung ist ein Teil des Regierungsübereinkommens. Wir setzen die Parkraumbewirtschaftung aus tiefster Überzeugung, dass das notwendig ist, fort. Weitere Punkte sind der Ausbau des öffentlichen Verkehrs, aber auch der Ausbau von Park-and-ride-Anlagen. Ich kann Ihnen dann das 10-Punkte-Programm zeigen. Wohin gehen die Gelder aus der Parkraumbewirtschaftung? Sie sind zweckgebunden: Park-and-ride-Anlagen in Wien, Park-and-ride-Anlagen im Umland, Förderung von Garagen, Beschleunigung des öffentlichen Verkehrs, Förderung der Verkehrssicherheit, Schaffung auch von grünen Wellen. – Sie sehen also: Die Parkraumbewirtschaftung gibt auch die Möglichkeit, für die Autofahrer grüne Wellen zu schaffen! Weiters werden damit der Ausbau von Fahrradabstellanlagen, die Nachrüstung von Fahrradräumen, grüne Bügel und die Ausweitung von Citybike-Stationen finanziert.

Sie sehen: Das ist ein buntes Programm. Dorthin fließen die Gelder, und ich glaube, sie sind dort gut angelegt, wie uns die Zahlen beweisen. *(GR Prof Harry Kopietz: So schaut es aus!)* So schaut es aus! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Meine Damen und Herren! Und jetzt kommen wir zu den Kosten. In Wien kostet die Stunde jetzt 2 EUR. In Hamburg kostet der Parkschein 2 EUR, in München 2,50 EUR. *(Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung.)* Herr Kollege Jung! Ich weiß, dass Sie Radarfin sind! Ich rede vom öffentlichen Raum! Den Unterschied sollte man auch bei Ihnen kennen! Wenn man vom Militär kommt, sollte man wissen, dass es einen Unterschied zwischen freiem Gelände und Gebäuden gibt! *(Beifall und Heiterkeit bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Ich könnte jetzt noch weiter zitieren: Barcelona 2,85 EUR, Paris 3,60 EUR, Kopenhagen 3,86 EUR, Stockholm 3,87 EUR, London 4 EUR, Amsterdam 5 EUR.

Meine Damen und Herren! Und wohin sind wir mit der Parkraumbewirtschaftung gegangen? Was haben wir für die Anrainer getan? Wir haben für die Anrainer das Parkpickerl verbilligt von 135 EUR auf 120 EUR. Hätten wir die 2 EUR umgelegt, dann wären wir auf 225 EUR gekommen. Das Pickerl würde 283 EUR im Jahr kosten, dann hat es 194 EUR gekostet, und ab 1. März ist es auf 178,99 EUR zurückgegangen, und der Preis wird noch einmal um 8,99 EUR zurückgehen, das heißt, auf 170 EUR ab 1. Oktober 2012.

Sie sehen, was wir vorhaben! Unser Vorhaben ist legitim und zeigt, dass wir die Parkraumbewirtschaftung ernst nehmen für die Anrainer. Für diese gibt es eine Verbilligung und für die Kurzparker eine angemessene Zahlung, wie sie international üblich ist. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. – GR Prof Harry Kopietz: So schaut es aus!)*

Aber wir setzen auch entsprechende Maßnahmen für die Wirtschaft. Wir haben auch für die Wirtschaft eine Vergünstigung vorgenommen. Wir haben nicht 466 EUR hochgerechnet, sondern wir haben für die Wirtschaft das Parkpickerl auf 249 EUR gesenkt, weil wir wissen, wie wichtig die Wirtschaft ist.

Kollege Mahdalk! Du telefonierst im Augenblick nicht, daher etwas zur Richtigstellung: Es sind 45 000 Briefe ausgesandt worden. All diese Menschen aus der Wirtschaft benötigen kein Parkpickerl, aber es ist dies eine Informationskampagne der Wirtschaftskammer, die sich zufrieden gezeigt hat und all ihre Mitgliedsbetriebe angeschrieben hat und nicht nur jene, die das in Zukunft auch lukrieren werden.

Meine Damen und Herren! Auch beim Servicepickerl sind wir günstiger geworden. Wir sind nicht auf 7,67 EUR gegangen, sondern wir haben den Preis für das Servicepickerl ab 1. März gesenkt. Das Servicepickerl ist für jene Unternehmen, die in Wien mehrere Stellen anfahren müssen und dementsprechend eine Tagespauschale brauchen. Dafür haben wir den Preis gesenkt. Ursprünglich waren es 4,60 EUR, und wir haben jetzt gesenkt auf 4,10 EUR. – Das ist der nächste Beweis, wohin wir kommen wollen. Wir wollen zu einer modernen, intelligenten Mobilität der Wienerinnen und Wiener kommen.

Kollege Juraczka ist jetzt nicht da, aber ich nehme an, der ÖVP-Klub wird es ihm zeitgerecht ausrichten: Auch Sie, Herr Kollege Juraczka, haben auf die Verfassung geschworen. Das geschah in diesem Raum bei der Angelobung. *(GR Mag Wolfgang Jung: Das ist kein Schwur!)* Sie als Militarist wissen natürlich den Unterschied ganz genau! *(GR Prof Harry Kopietz: Na ja, er ist ein Schreibtschbrigadier!)* Okay. Es war ein Gelöbnis.

Ich schaue mir jetzt an, was im § 112 der Stadtverfassung steht: Dort steht eindeutig, dass – und ich werde dann gleich ganz genau zitieren – Volksabstimmungen für Gebühren nicht vorgesehen sind. Und ich muss Ihnen ganz offen sagen: Hätte ich ... *(Zwischenrufe von den GRen Dipl-Ing Roman Stiftner und Dkfm Dr Fritz Aichinger.)*

Das steht genau so drinnen! – Und hätte ich diese rechtliche Situation gehabt, dann hätte ich auch so entschieden. Im § 112e Abs 2 heißt es: „Ausgenommen von der Volksabstimmung sind die Wahlen der Organe, Gemeindeabgaben, Entgelte, Tarife, Personal- und behördliche Angelegenheiten.“ *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Ganz offen: Das sollte man auch ins Kalkül ziehen, wenn man unbedingt etwas mit aller Gewalt einbringen will!

Meine Damen und Herren! Der Weg der Parkraumbewirtschaftung in Wien hat vor Jahren begonnen. Er wird seine Fortsetzung finden, und er ist gut für die Wienerinnen und Wiener. Wir werden gemeinsam mit unse-

rem Regierungspartner diesen Weg fortsetzen. Und ich werde meiner Fraktion empfehlen, den heutigen Misstrauensantrag nicht anzunehmen, sondern abzulehnen. – Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Ich teile mit, dass sich auch Frau GRin Dr Kappel für die weitere Sitzung entschuldigen lassen hat.

Es kommt nunmehr der nächste Redner, GR Mag Kasal, zu Wort. Ich erteile es ihm.

GR Mag Günter **Kasal** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Meine Damen und Herren!

Zu meinem Vorredner: Wenn alles so toll ist – die Gewerbebetriebe werden begünstigt, das Parkpickerl wird dort billiger –, warum haben Sie dann, wie ich fast sagen möchte, panische Angst vor einer Bürgerbefragung und vor einer ordentlichen Bürgerbeteiligung, in deren Rahmen jeder die Möglichkeit hat, seine Meinung zu äußern? Es wird ja eh alles besser! Das wird doch um Gottes Willen einer Mehrheit zu erklären sein!

Zum Kollegen Chorgherr nur ganz kurz: Er hat interessante Vergleiche zur Einführung der Parkraumbewirtschaftung gebracht, dazu, was sonst noch wann und wo eingeführt wurde. – Ich glaube, diese Vergleiche sind nicht zutreffend! Was hat die Einführung einer Fußgängerzone im Zentrum mit der Ausdehnung der Parkraumbewirtschaftung am Stadtrand zu tun? – Entschuldigung! Da sehe ich den Zusammenhang wirklich nicht! Außer Sie wollen bis zur Vorortelinie et cetera Fußgängerzonen machen, aber sonst hat das damit nichts zu tun! *(GR Mag Christoph Chorgherr: Die Favoritenstraße und die Meidlinger Hauptstraße sind auch Fußgängerzonen!)* Ja, ganz toll! Super!

Ganz kurz dazu, warum ich mich eigentlich zu Wort gemeldet habe: Der Grund dafür war die Kommission für Parkraummanagement. Diesem Gremium gehöre ich seit knapp zehn Jahren an, und ich muss sagen, es gibt wirklich einen Niveauverlust, auch in der Abhaltung. Früher, unter dem damaligen Stadtrat Schicker, war zumindest die Durchführung professionell. Damals hat es einen Garagenkoordinator, Herrn Theuermann, gegeben, es wurde über Projekte berichtet, es wurden Vorteile und Nachteile abgewogen und mit den Bezirken diskutiert. Das vermisste ich jetzt!

Vergessen wir die erste Sitzung, die voriges Jahr stattgefunden hat. Allerdings war es bei der letzten Sitzung am Montag wirklich lustig in manchen Bereichen, wenn auch teilweise vielleicht weniger für die SPÖ. Meine Damen und Herren! Laut Tagesordnung wurde über die neuen Entwicklungen et cetera berichtet, und dann kam es zu einer Abstimmung über Empfehlungen der Kommission. Es gab drei verschiedene Empfehlungen, die eigentlich in überhaupt keinem Zusammenhang standen; diese sollten aber gemeinsam abgestimmt werden. Es gab also überhaupt keine akkordierte Vorgangsweise.

Wozu hat das geführt? – Das hat dazu geführt, dass sich der Vertreter der Sozialdemokratie aus der Donau- stadt gleich einmal kollektiv zu allen drei Empfehlungen

negativ geäußert hat und die Ablehnung seitens des Bezirks zu diesen drei Empfehlungen kundgetan hat. – Das ist einmal interessant! Dann hat sich ein auch der Sozialdemokratie zugehöriger Kollege aus Simmering zu Wort gemeldet. Der war überhaupt super! Er hat gemeint, so genau haben wir das in Simmering ja nicht diskutiert! Ich weiß jetzt also überhaupt nicht, wie ich abstimmen soll!

Kollege Hora hat sich dann dankenswerterweise bereit erklärt, für die Sozialdemokratie zu erklären, wie die Rathausfraktion abzustimmen hat, abgestimmt hat oder abstimmen wird und hat die Linie klar vorgegeben. Schlussendlich ist man dann doch dazu übergegangen, die einzelnen Punkte getrennt abzustimmen.

Wie hier gearbeitet wurde, war aber wirklich vergleichbar mit Taschenspielertricks! Ich erkläre auch, warum ich das sage. Die Empfehlungen wurden vor der Sitzung nicht an die Mitglieder der Kommission übermittelt, sie wurden nicht einmal schriftlich ausgeteilt. Die einzige Möglichkeit, den Inhalt über den Abstimmungsgegenstand zu erfahren, war eine Projektion, die 10 oder 15 m entfernt war, so dass man sie aus den hinteren Reihen kaum mehr lesen konnte. Die Empfehlungen der Kommission umfassten drei Punkte, die ich Ihnen jetzt kurz vorlese, und zwar: „Erste Empfehlung: Senkung der pauschalierten Parkometerabgabe und Senkung der Verwaltungsabgabe für Parkkleber und Parkkarten gleichzeitig“ – und das ist der entscheidende Punkt! – „mit der Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung. Die Einigung zwischen der Stadt Wien und der Wirtschaftskammer über Verbesserungen des Kriterienkataloges für Betriebe und Beschäftigte werden begrüßt.“

Und jetzt kommt das, warum ich sage, das sind Taschenspielertricks. Die Punkte, die eigentlich unumstritten sind, nämlich die Senkung der Verwaltungsabgabe für Parkkleber und Parkkarten, die Einigung zwischen der Stadt Wien und der Wirtschaftskammer, die Verbesserungen des Kriterienkataloges, waren alle groß, dick und fett an die Wand projiziert. Was gleichzeitig mit der Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung geschieht, war ganz dünn geschrieben und aus den hinteren Reihen kaum lesbar. Ich sehe schon ein bisschen schlechter, und einige andere vis à vis von mir und hinter mir konnten das auch nicht einmal mehr lesen. – Das heißt: Die unumstrittenen Punkte waren fett und groß geschrieben, aber die anderen, die Sie eigentlich nicht so gern wollen, waren dünn geschrieben.

Bei Punkt 2 wurde ebenso vorgegangen: „Bei der Erstellung der Entwürfe der Verordnung der Kurzparkzone auf Grundlage der seitens der Bezirksvorstellungen eingebrachten Anträge und der Gebietsverordnungen ist auf verständliche und leicht merkbare Abgrenzungen Bedacht zu nehmen.“

Und dann gab es noch einen dritten Punkt: „Der Projektleiter für die Neustrukturierung des Bereiches Parkraumbewirtschaftung wird um Berichterstattung über den Stand der Umsetzung des Projektes ‚Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung‘ der Kommission ersucht.“ – No na net! Es ist eigentlich die Aufgabe sowohl des Berichterstatters als auch der Kommission, dass man

sich über die neuen Entwicklungen in der nächsten Sitzung unterhält.

Entscheidend ist der Punkt 1, und diesbezüglich möchte ich meinen Vorredner und auch Kollegen Maresch noch einmal ansprechen. Es ist einfach unseriös, wenn man – wie Sie in der Presseaussendung – behauptet, die FPÖ und die ÖVP hätten wieder einmal ihre Heuchelei unter Beweis gestellt, und zwar: Als in dem Gremium über die Verbilligung des Parkpickerls sowie die Herabsetzung der Verwaltungsabgabe abgestimmt wurde, lehnten die selbsternannten Volksvertreter von Schwarz-Blau diese finanzielle Erleichterung für die Bevölkerung im parkraumbewirtschafteten Gebiet nämlich ab. – Sie wissen genau, dass das unseriös ist! Sie haben nämlich genau den Punkt – den ich mir leider Gottes abschreiben musste, weil die Empfehlungen nicht verteilt wurden – mit der gleichzeitigen Parkraumbewirtschaftung nicht erwähnt.

Ebenso lief es bei der Stellungnahme des Kollege Maresch betreffend die Bezirksvorsteherin des 8. Bezirkes ab. Diese hat natürlich wohlweislich aus diesem Grund – wie ich annehme, ich möchte sie aber nicht interpretieren – dagegen gestimmt.

Diese Vorgangsweise ist einfach unseriös, und ich meine, dass das auch einmal einem breiteren Gremium zur Kenntnis gebracht werden sollte. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Nach meiner Liste – und ich hoffe, ich habe das nun richtig zur Kenntnis genommen – ist die nächste Rednerin Frau Dr Kickert. Herr Kollege Hora! Ihre tatsächliche Berichtigung ist gestrichen? – Okay.

Bitte, Frau Gemeinderätin, Sie haben das Wort.

GRin Dr Jennifer **Kickert** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte in meiner Wortmeldung eine Lanze für eine differenzierte Diskussion der Mitwirkungsmöglichkeiten der Bevölkerung brechen. Selbst wenn das in diesem emotionalisierten Zusammenhang in der Diskussion um die Parkraumbewirtschaftung schwierig ist, wird die Befragung der Bevölkerung jedenfalls immer als „Mittel der direkten Demokratie“ bezeichnet. – Ich möchte darauf hinweisen: Wenn wir ganz genau sein möchten, dann ist eine Befragung eine Form der Konsultation. Es ist dies also ein konsultativ demokratisches Mittel, vor allem dann, wenn wie in unserem Fall und bei unseren Möglichkeiten das Befragungsergebnis per se unverbindlich ist, wenn nicht die befragende Person oder die Körperschaft, die die Befragung durchführt, vorhersagt, dass sie sich an jedwedes Ergebnis halten will.

Aber die Frage danach, welche Demokratieförmlichkeiten sozusagen die Lust der Bevölkerung an dem, was wir als Politik bezeichnen, erhöhen könnten, ist wirklich interessant. – Selbst wenn Sie es nicht glauben: Ich bin eine tatsächliche Verfechterin sowohl der repräsentativen Demokratie – sonst wäre ich nicht Mandatarin –, aber auch direkt demokratischer Methoden. Trotzdem: Selbst wenn man das ist, muss man sich gemeinsam genau überlegen, welche direkt demokratischen Verfahren zum

Beispiel als Ergänzung zum repräsentativen System möglich sind.

Ich kann mir da viele vorstellen! So empfinde ich zum Beispiel die Möglichkeit für Initiativrechte der Bevölkerung immer gewissermaßen als Gaspedal für die Bevölkerung, um dort Gas zu geben, so die RepräsentantInnen nicht aktiv sind. Und ich kann mir auch etwas wie ein Vetoreferendum vorstellen, in dem bereits beschlossene Gesetze einer Befragung unterzogen werden.

All diese Möglichkeiten, die zum Beispiel in Deutschland bereits durchgeführt werden, bedürfen jedoch einer breiten Diskussion und natürlich einer gesetzlichen Grundlage. Ohne das wird das nicht möglich sein. Es muss vor allem eine breite Diskussion über die unterschiedlichen Rahmenbedingungen geben, die solche Methoden der direkten Demokratie begleiten.

Das, was Sie auch immer wieder verwechseln, ist Partizipation und direkte Demokratie: Die direkt demokratischen Methoden sind etwas ganz anderes als Partizipation. Partizipative Möglichkeiten kann man jetzt schon anwenden. Dazu braucht man keine Gesetzesänderung. Und das tun wir auch in unterschiedlichsten kleineren Projekten, zum Beispiel in der Agenda 21 oder jetzt auch bei der Wiener Charta.

Bei all diesen Dingen wichtig und wesentlich ist die Information. Bei Befragungen und Abstimmungen in allen anderen Ländern, in denen das schon regelmäßig gemacht wird, gibt es eine entsprechende Grundlage. In der Schweiz heißt das Abstimmungsheft. Das ist eine Infobroschüre, in der ausgewogen Pro- und Kontra-Argumente sehr ausführlich, aber einfach und verständlich dargestellt werden. Anhand dieser Unterlage können sich die Menschen, die befragt werden, eine ausgewogene Meinung bilden.

Bei den Methoden der Partizipation, die uns in der repräsentativen Demokratie wiederum in unserer Entscheidung unterstützen können, gibt es unterschiedlichste Möglichkeiten, die aber nie erwähnt werden. Diese Möglichkeiten könnten übrigens auch einer Befragung vorausgeschickt werden, etwa Planungszellen, Zukunftskonferenzen, Runde Tische.

Sie lächeln! Ich nehme an, Sie nehmen das nicht ernst! (*Zwischenruf von GR Mag Johann Gudenus, MA/IS.*) Kann auch sein! Ich habe gedacht, Sie meinen, Befragung und sonst nix, passt schon! – Aber das ist ja egal.

Dass diese Differenzierung zwischen Methoden der partizipativen Demokratie und Möglichkeiten der direkten Demokratie getroffen wird, wäre mir sehr recht in einer Diskussion, die immer wieder emotional hochlodert und in der alles sehr gerne verwechselt wird. – Danke.

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zum Wort gemeldet ist nunmehr Herr GR Mahdalik zum zweiten Mal. Sie haben 6 Minuten 31 Sekunden Restredezeit.

GR Anton **Mahdalik** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Vielen Dank für den Exkurs in die Feinheiten demokratischer Befragungen und Instrumente, ob diese jetzt konsensual oder partizipativ sind; all das sind schwierig auszusprechende Fremdwörter. Was „direkt demokratisch“ heißt, habe ich als einfacher Eßlinger im Laufe der

Jahre schon gelernt. Darum halte ich mich eher an diesen Ausdruck. Was damit gemeint ist, weiß, glaube ich, jeder. Und die Bezirksvertretung oder den Gemeinderat schaue ich mir an, die oder der sich über das Votum einer Bürgerbefragung, auch wenn sie oder er rechtlich nicht daran gebunden ist, hinwegsetzt! Aber danke auf jeden Fall für diesen lehrreichen Exkurs!

Wir halten daran fest, wie immer auch die Termini lauten mögen. Wir wollen aber jedenfalls nicht, dass die Bürger überfahren werden. Sie sollen befragt werden, und das Votum soll ernst genommen und umgesetzt werden, meine Damen und Herren. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Weil Dozent Hora zwei Tafeln im universitären Studierkammerl vergessen hat, habe ich schnell noch zwei Soft-Versionen davon hergestellt, die ich Ihnen jetzt zeige, und zwar einerseits die Seniorenjahreskarte: Sie kostet vorher 224 EUR und kostet nachher 224 EUR. Das ist, glaube ich, der gleiche Preis beziehungsweise sogar derselbe Preis. (*Zwischenruf von GR Mag Rüdiger Maresch.*) Es gibt hier keine Verbilligung, es bleibt der gleiche Preis. (*Zwischenruf von GR Dipl.-Ing Rudi Schicker.*)

Angesichts nicht nur der Inflation, sondern auch angesichts der mannigfaltigen anderen Gebühren- und Tarifierhöhungen durch die SPÖ und die GRÜNEN ist das natürlich auf Sicht eine Verteuerung und eine Ungleichbehandlung der Senioren, gegen die wir schon mehrmals Protest eingelegt haben. Das befand sich auf dem Taferl, das Dozent Hora nicht hergezeigt hat: Der Zwei-Fahrten-Seniorenschein wird von 2,30 EUR auf 2,50 EUR erhöht und nicht verbilligt. Ich stelle das dann nachher zur Verfügung, du kannst dann eine schönere Version davon herstellen!

Zu guter Letzt zeige ich das zweite vergessene Taferl von Dozent Hora: Der Einzelfahrschein wird meines Wissens von 1,80 EUR auf 2 EUR erhöht. Das ist, glaube ich, auch nicht unbedingt eine Vergünstigung.

Etwas konnten wir Gott sei Dank verhindern mit unseren Warnungen vor dem Gucci-Fahrschein, dass nämlich der An-Bord-Fahrschein, der in der Bim oder im Bus gelöst wird, von 2,20 EUR auf 2,40 EUR hinaufgeschlakt wird. Er bleibt jetzt bei 2,20 EUR, obwohl das ja auch nicht gerade wohlfeil ist.

Lieber Charly! Ich erlaube mir, dir die zwei Taferln nachher zum Aufbewahren mitzugeben. – Danke vielmals. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als letzter Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr GR Hora. Ich erteile ihm das Wort. Sie haben 5 Minuten 32 Sekunden.

GR Karlheinz **Hora** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Ganz herzlichen Dank, Herr Vorsitzender.

Noch einmal ganz kurz: Toni! Wir zwei haben ja schon öfters über die Fahrpreise gesprochen. Ich wusste nicht, dass du den Sinn dieser Ermäßigung nicht verstanden hast! Das heißt: Stammkunden, also jene Menschen, die zur Arbeit fahren und die mobil in Wien unterwegs sind, haben eben diesen Vorteil. Aber ich werde dich gerne noch aufklären, so wie ich dir ja auch schon öfters deine Fahrtroute ins Rathaus erklärt habe. Ich

nehme an, du bist heute wieder mit dem Auto da. – Danke für die 2-EUR-Stunden-Spende!

Warum habe ich mich zu Wort gemeldet? – Kollege Kasal! Wenn man schon über Abstimmungen redet, dann sollte man auch ganz ehrlich sein! Als es um alle drei Punkte auf einmal gegangen ist, war das eine Kenntnisnahme. Das war keine Abstimmung, sondern eine Kenntnisnahme. Die BV 18, die BV 13 und so weiter haben dagegen gestimmt. Da haben Sie recht! Auch unsere beiden Kollegen haben dagegen gestimmt.

Was Sie aber falsch Sie zitiert haben, war, dass ich schon vorher für die Rathausfraktion gesprochen habe, wie es andere Kollegen auch getan haben. Es hat sich etwa auch Kollege Dworak dort zu Wort gemeldet. Sie haben erst gesagt, ich hätte erst dann nachher gesprochen. Das stimmt nicht: Ich habe es vorher gemacht!

Etwas wollten Sie hier aber anscheinend unbedingt verschweigen, und das ist ganz spannend: Gegen die Vergünstigung des Anrainerpickerls, des Wirtschaftspickerls, haben sich die BV 8, die BV 18 und Kollege Kasal ausgesprochen. Das sollte man auch wissen. Das ist übrigens nicht in meiner Presseaussendung gestanden, aber es gibt eine andere Presseaussendung, und in dieser ist es gestanden. – Danke schön. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Herr GR Mag Kasal gemeldet. – Bitte schön. Sie haben drei Minuten.

GR Mag Günter **Kasal** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Kollege Hora hat gerade behauptet, er hätte seine Wortmeldung in der Kommission für Parkraummanagement vor den Äußerungen der SPÖ-Donaustadt oder den Bezirksvertretern von Donaustadt und Simmering gemacht. Das ist nicht richtig! Vielmehr hat er auf die Unkenntnis vor allem des Simmeringer Kollegen geantwortet. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zu Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte über die Besprechung des Dringlichen Antrages ist somit beendet.

Ich übergebe den Vorsitz meinem Kollegen. Bitte.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Sehr geschätzte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte!

Ich wollte zum Abschluss dieses Antrages etwas erledigen, was während der Wortmeldung vom Kollegen Maresch geschehen ist: Während der Wortmeldung von Kollegen Maresch gab es einen Zwischenruf von der ÖVP. Kollege Juraczka hat gesagt: „Entschuldigen Sie, was sagen Sie?! Sie vergleichen uns mit den Nazis!“ Das konnte ich dem wörtlichen Protokoll dann auch so entnehmen. Es war allerdings sehr schwierig, die Ursache für diesen Zwischenruf zu finden, und ich möchte mich jetzt auch einmal ganz herzlich bei den Stenographinnen und Stenographen bedanken, die hier auch sehr, sehr aufmerksam zuhören, was am Rande der Sitzung passiert. *(Allgemeiner Beifall.)*

Ich möchte mich auch deshalb herzlich bedanken, weil ich gehört habe, dass der Zwischenrufer Kollege Werner-Lobo war. Ich habe dann mit ihm gesprochen, und ich möchte das Ergebnis hier mitteilen, bevor ich den Ordnungsruf erteile. Kollege Werner-Lobo hat ge-

sagt, obwohl das nirgends sonst bemerkt wurde: „Ja, ich habe gesagt: Jetzt überholen Sie schon die Keller-Nazis rechts.“ Er hat aber gleichzeitig auch gesagt und mich gebeten – was ich in der Zwischenzeit gemacht habe –: „Ich bitte die ÖVP für diesen Ausdruck und für diesen Zwischenruf um Entschuldigung. Es tut mir leid.“

Das habe ich hiermit ausgerichtet. Kollege Werner-Lobo! Den Ordnungsruf kann ich Ihnen trotzdem nicht ersparen. – Danke vielmals.

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Wir gehen weiter.

Den Antrag weise ich zur weiteren Behandlung der Frau amtsführenden Stadträtin der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung zu.

Wir kommen zur Abstimmung. Wir kommen zuerst zur Abstimmung über den eingebrachten Beschluss- und Resolutionsantrag der GRe Mahdalik, Gudenus, Guggenbichler, Blind, Rösch betreffend UNESCO-Welterbestatus. Hier wird in formeller Hinsicht die sofortige Abstimmung beantragt. Ich ersuche daher all jene Gemeinderäte, die diesem Antrag zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. – Ich stelle fest: Das sind die ÖVP, die FPÖ und der klubunabhängige Mandatar gegen SPÖ und GRÜNE. Damit hat der Antrag keine erforderliche Mehrheit.

Nun kommen wir zur Abstimmung über den Missbrauchsantrag. In formeller Hinsicht wurde hier die namentliche Abstimmung begehrt. Das heißt, ich ersuche meine Schriftführer, beginnend mit dem Schriftführer zu meiner Rechten, die Namen der Gemeinderäte zu verlesen, und ich ersuche die Gemeinderäte, mit „Dafür“ oder „Dagegen“ zu antworten. Wir haben uns darauf geeinigt, dass wir sämtliche Titel und auch den Titel „GR“ davor weglassen, denn dann kommen wir schneller zur Erledigung. – Ich bitte um Aufmerksamkeit, um Verlesung und um laute und deutliche Kenntnisbringung.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: Akkilic.

GR Senol **Akkilic** (*Grüner Klub im Rathaus*): Nein.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: Al-Rawi.

GR Dipl.-Ing Omar **Al-Rawi** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Dagegen.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: Anger-Koch.

GRin Mag Ines **Anger-Koch** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Dafür.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: Baron.

GR Karl **Baron** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Dafür.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: Baxant.

GR Petr **Baxant**, BA (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Dagegen.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: Berger-Krotsch.

GRin Mag Nicole **Berger-Krotsch** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Dagegen.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: Blind.

GR Armin **Blind** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Dafür.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: Bluma.

GRin Susanne **Bluma** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Dagegen.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: Chorherr.

GR Mag Christoph **Chorherr** (*Grüner Klub im Rathaus*): Dagegen.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: Dadak.

GR Michael **Dadak** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Dafür.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: Deutsch.

GR Christian **Deutsch** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: Dworak.

GR Ing Mag Bernhard **Dworak** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Dafür.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: Eisenstein.

GR Univ-Prof Dr Herbert **Eisenstein** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Dafür.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: Ekkamp.

GR Franz **Ekkamp** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: Ellensohn.

GR David **Ellensohn** (*Grüner Klub im Rathaus*): Nein.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: Feldmann.

GRin Mag Barbara **Feldmann** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Dafür.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: Flicker.

GR Martin **Flicker** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Dafür.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: Florianschütz.

GR Peter **Florianschütz** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: Frank.

GRin Henriette **Frank** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: Frigo.

GR Univ-Prof Dr Peter **Frigo** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Dafür.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: Gaal.

GRin Kathrin **Gaal** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: Gudenus.

GR Mag Johann **Gudenus**, MAIS (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Dafür.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: Guggenbichler.

GR Ing Udo **Guggenbichler** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Dafür.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: Haslinger.

GR Gerhard **Haslinger** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Dafür.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: Hatzl.

GRin Eva-Maria **Hatzl** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: Hebein.

GRin Birgit **Hebein** (*Grüner Klub im Rathaus*): Nein.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: Herzog.

GR Johann **Herzog** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Dafür.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: Hofbauer

GR Manfred **Hofbauer**, MAS (*Klub der Wiener Frei-*

*heitlichen*): Dafür.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: Holdhaus

GRin Mag Karin **Holdhaus** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Dafür.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: Holzmann.

GR Ernst **Holzmann** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: Hora.

GR Karlheinz **Hora** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: Hufnagl.

GR Heinz **Hufnagl** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Dagegen.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: Hursky.

GR Christian **Hursky** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: Irschik.

GR Wolfgang **Irschik** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Dafür.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: Jung.

GR Mag Wolfgang **Jung** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Dafür.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: Kasal.

GR Mag Günter **Kasal** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Dafür.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: Kickert.

GRin Dr Jennifer **Kickert** (*Grüner Klub im Rathaus*): Nein.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: Kopietz.

GR Prof Harry **Kopietz** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: Kops.

GR Dietrich **Kops** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Dafür.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: Korosec.

GRin Ingrid **Korosec** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Dafür.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: Kowarik.

GR Mag Dietbert **Kowarik** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Dafür.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: Laschan.

GRin Dr Claudia **Laschan** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Nein.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: Leeb.

GRin Ing Isabella **Leeb** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Dafür.

Schriftführer GR Christoph **Peschek**: Lindenmayr.

GR Siegi **Lindenmayr** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführerin GRin Mag Barbara **Feldmann**: Ludwig-Faymann.

GRin Martina **Ludwig-Faymann** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführerin GRin Mag Barbara **Feldmann**: Mahdalik.

GR Anton **Mahdalik** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja.

Schriftführerin GRin Mag Barbara **Feldmann**: Ma-

resch.

GR Mag Rüdiger **Maresch** (*Grüner Klub im Rathaus*): Nein.

Schriftführerin GRin Mag Barbara **Feldmann**: Margulies.

GR Dipl-Ing Martin **Margulies** (*Grüner Klub im Rathaus*): Dagegen.

Schriftführerin GRin Mag Barbara **Feldmann**: Matzka-Dojder.

GRin Anica **Matzka-Dojder** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Dagegen.

Schriftführerin GRin Mag Barbara **Feldmann**: Dr Alois Mayer.

GR Dr Alois **Mayer** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Dagegen.

Schriftführerin GRin Mag Barbara **Feldmann**: Meidlinger.

GR Ing Christian **Meidlinger** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Dagegen.

Schriftführerin GRin Mag Barbara **Feldmann**: Uta Meyer.

GRin Uta **Meyer** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Dafür.

Schriftführerin GRin Mag Barbara **Feldmann**: Mörk.

GRin Gabriele **Mörk** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführerin GRin Mag Barbara **Feldmann**: Nepp.

GR Dominik **Nepp** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Dafür.

Schriftführerin GRin Mag Barbara **Feldmann**: Neuhuber.

GR Mag Alexander **Neuhuber** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Dafür.

Schriftführerin GRin Mag Barbara **Feldmann**: Nevri-vy.

GR Ernst **Nevri-vy** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Dagegen.

Schriftführerin GRin Mag Barbara **Feldmann**: Niedermühlbichler.

GR Georg **Niedermühlbichler** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführerin GRin Mag Barbara **Feldmann**: Barbara Novak.

GRin Barbara **Novak** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführerin GRin Mag Barbara **Feldmann**: Peschek.

GR Christoph **Peschek** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführerin GRin Mag Barbara **Feldmann**: Sigrid Pilz.

GRin Dr Sigrid **Pilz** (*Grüner Klub im Rathaus*): Dagegen.

Schriftführerin GRin Mag Barbara **Feldmann**: Sonja Ramskogler.

GRin Mag Sonja **Ramskogler** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*):

Nein.

Schriftführerin GRin Mag Barbara **Feldmann**: Thomas Reindl.

GR Mag Thomas **Reindl** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Dagegen.

Schriftführerin GRin Mag Barbara **Feldmann**: Reischl.

GRin Hannelore **Reischl** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführerin GRin Mag Barbara **Feldmann**: Bernhard Rösch.

GR Mag Bernhard **Rösch** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Dafür.

Schriftführerin GRin Mag Barbara **Feldmann**: Silvia Rubik.

GRin Silvia **Rubik** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Dagegen.

Schriftführerin GRin Mag Barbara **Feldmann**: Rudi Schicker.

GR Dipl-Ing Rudi **Schicker** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführerin GRin Mag Barbara **Feldmann**: Katharina Schinner.

GRin Katharina **Schinner** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführerin GRin Mag Barbara **Feldmann**: Karin Schrödl.

GRin Karin **Schrödl** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Dagegen.

Schriftführerin GRin Mag Barbara **Feldmann**: Ingrid Schubert.

GRin Ingrid **Schubert** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Dagegen.

Schriftführerin GRin Mag Barbara **Feldmann**: Angela Schütz.

GRin Angela **Schütz** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Dafür.

Schriftführerin GRin Mag Barbara **Feldmann**: Godwin Schuster.

GR Godwin **Schuster** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Dagegen.

Schriftführerin GRin Mag Barbara **Feldmann**: Wolfgang Seidl.

GR Wolfgang **Seidl** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Dafür.

Schriftführerin GRin Mag Barbara **Feldmann**: Gerhard Spitzer.

GR Mag Gerhard **Spitzer** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Dagegen.

Schriftführerin GRin Mag Barbara **Feldmann**: Roman Stiftner.

GR Dipl-Ing Roman **Stiftner** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Dafür.

Schriftführerin GRin Mag Barbara **Feldmann**: Sybille Straubinger.

GRin Mag Sybille **Straubinger** (*Sozialdemokratische*

Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates): Dagegen.

Schriftführerin GRin Mag Barbara **Feldmann**: Friedrich Strobl.

GR Friedrich **Strobl** (Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates): Nein.

Schriftführerin GRin Mag Barbara **Feldmann**: Kurt Stürzenbecher.

GR Dr Kurt **Stürzenbecher** (Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates): Dagegen.

Schriftführerin GRin Mag Barbara **Feldmann**: Harald Troch.

GR Dr Harald **Troch** (Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates): Dagegen.

Schriftführerin GRin Mag Barbara **Feldmann**: Wolfgang Ulm.

GR Dr Wolfgang **Ulm** (ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien): Dafür.

Schriftführerin GRin Mag Barbara **Feldmann**: Christian Unger.

GR Christian **Unger** (Klub der Wiener Freiheitlichen): Dafür.

Schriftführerin GRin Mag Barbara **Feldmann**: Erich Valentin.

GR Erich **Valentin** (Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates): Dagegen.

Schriftführerin GRin Mag Barbara **Feldmann**: Heinz Vettermann.

GR Heinz **Vettermann** (Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates): Dagegen.

Schriftführerin GRin Mag Barbara **Feldmann**: Elisabeth Vitouch.

GRin Prof Dr Elisabeth **Vitouch** (Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates): Dagegen.

Schriftführerin GRin Mag Barbara **Feldmann**: Kurt Wagner.

GR Kurt **Wagner** (Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates): Nein.

Schriftführerin GRin Mag Barbara **Feldmann**: Norbert Walter. – Nicht da. - Alfred Wansch.

GR Mag Dr Alfred **Wansch** (Klub der Wiener Freiheitlichen): Dafür.

Schriftführerin GRin Mag Barbara **Feldmann**: Tanja Wehsely.

GRin Mag (FH) Tanja **Wehsely** (Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates): Nein.

Schriftführerin GRin Mag Barbara **Feldmann**: Werner-Lobo.

GR Mag Klaus **Werner-Lobo** (Grüner Klub im Rathaus): Nein.

Schriftführerin GRin Mag Barbara **Feldmann**: Ernst Woller.

GR Ernst **Woller** (Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates): Nein.

Schriftführerin GRin Mag Barbara **Feldmann**: Jürgen Wutzlhofer.

GR Mag Jürgen **Wutzlhofer** (Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates): Nein.

Schriftführerin GRin Mag Barbara **Feldmann**: Nurten Yilmaz.

GRin Nurten **Yilmaz** (Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates): Nein.

Schriftführerin GRin Mag Barbara **Feldmann**: Danke.

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Danke. Ich bitte die Schriftführer zu mir und wir unterbrechen die Sitzung für drei Minuten.

(Unterbrechung von 17.42 Uhr bis 17.43 Uhr)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Ich nehme die Sitzung wieder auf und gebe das Abstimmungsergebnis über den Misstrauensantrag bekannt: Für den Misstrauensantrag waren 36 Gemeinderäte, dagegen waren 56. Damit ist dieser Misstrauensantrag abgelehnt. (Anhaltender Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)

Wir kommen nun zu dem Verlangen, dass die von den GREN Dipl-Ing Stiftner und Mag Dworak eingebrachte, an die amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung gerichtete Dringliche Anfrage betreffend „Bürgerbeteiligung und Bürgermitentscheidung. Leere Worte der grünen Vizebürgermeisterin“ vom Fragesteller mündlich begründet werde und hierauf eine Debatte über den Gegenstand stattfinde.

Meine Damen und Herren! Ich darf Sie bitten, dass wir den Lärmpegel ein bisschen nach unten schrauben, damit wir alles dementsprechend ordnungsgemäß abwickeln können.

Die Anfragesteller haben auf Verlesung der Anfrage verzichtet. Daher kommen wir zur Begründung. Für die Begründung der Dringlichen Anfrage sieht die Geschäftsordnung gemäß § 37 Abs 1 eine Redezeit von 20 Minuten vor. Zur Begründung der Dringlichen Anfrage erteile ich nun Herr GR Dipl-Ing Stiftner das Wort.

GR Dipl-Ing Roman **Stiftner** (ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Wir hatten heute schon Gelegenheit, ausführlich grundsätzlich zu debattieren, aber jetzt bei der Anfrage kommen wir ein bisschen mehr ins Detail, und ich bin schon ein bisschen gespannt, wie Sie heute hier versuchen werden, sich quasi bei den einzelnen Punkten aus der Tatsache herauszuargumentieren, dass wir eineinhalb Jahre nach Beginn dieser rot-grünen Koalition weniger Bürgermitbestimmung haben als zu Zeiten der SPÖ-Alleinregierung. Ich glaube, das ist ein wenig gutes Signal!

Noch im Wahlkampf haben die GRÜNEN mit wehenden Fahnen die Bürgermitbestimmung und –teilhabe – wie sie es so schön formuliert haben – an sämtlichen Bereichen des öffentlichen Sektors gefordert. Das war ihr großes Credo. Sie haben eine Durchdringung aller Bereiche mit Bürgermitbeteiligung und eine breite Palette partizipativ demokratischer Instrumente gefordert. – So weit das Zitat aus Ihren eigenen Forderungen.

All das mag ja sehr lustig sein, Frau Stadträtin, aber in Wirklichkeit haben die Menschen nicht mehr viel zu

lachen bei Ihrer Politik, speziell bei Ihrer Verkehrspolitik. Offenbar war es Ihnen noch in den Koalitionsgesprächen ein großes Anliegen, die Agenden der Bürgerbeteiligung auch hier einzubringen und zu diskutieren und auch als Ehrentitel an die Tür genagelt zu bekommen. Aber kaum war die Angelobung erfolgt, war Ihnen dieser Titel offenbar nicht mehr so wichtig! Dann stand Ihre Vorliebe zur Bürgervernebelung im Vordergrund, und man konnte das auch bei Ihren ersten Vorgehensweisen, etwa bei der geplanten Fußgängerzone auf der Mariahilfer Straße, erleben. Das war ein erstes Meisterstück, wie man Bürgermitbeteiligung nicht schlimmer in ein Desaster führen können hätte. Was Sie dort als Bürgerbeteiligung zu verkaufen versucht haben, war Bürgerdesinformation und nichts anderes!

In der Vorbereitungsphase wurden die Ergebnisse einer Studie, und zwar nicht der ganzen Studie, sondern nur jener Teile, die Ihnen dann genehm war, der Öffentlichkeit präsentiert und auch nur jene Varianten einer Diskussion unterzogen, die Ihnen angenehm waren. Zusammengefasst: Was Demokratie ist, bestimmen die GRÜNEN. Die Variante, die von den beauftragten Experten als beste herausgestellt wurde, haben Sie gar nicht veröffentlicht, sondern verschwiegen und haben damit Ihre Bürgerbeteiligungsmaßnahme als das enttarnt, was sie ist, nämlich dass Sie nur bereit sind, Entscheidungen der Bürgerinnen und Bürger zu akzeptieren, die Ihnen genehm sind. Und solche Entscheidungen sind, glaube ich, auch der Ausdruck Ihrer sehr verfehlten grünen Verkehrspolitik, sehr geehrte Damen und Herren!

Wie weit Ihre selektive Wahrnehmung und Vorgangsweise auch hier bei der Parkraumbewirtschaftung bereits Kreise gezogen hat, haben wir heute schon ausführlich diskutiert. Ich kann Ihnen aber nicht ersparen, Ihnen in einigen Punkten noch einmal Ihre Fehlentwicklungen vorzuhalten.

Diese Pseudoinformationstage, die abgehalten wurden, waren reine Vernebelungstaktik. Die Bürgerinnen und Bürger wurden nie befragt, und es wurde auch selektiv eingeladen. Eine echte Bürgerbeteiligung ist nie auch nur gestartet worden. Und auch wenn Sie heute versuchen, den sogenannten Informationstagen irgendeine demokratische Legitimation zu geben, wird Ihnen das nicht gelingen!

Etwas finde ich schon sehr interessant, dass Sie nämlich jene Umfragen, die wir zum Beispiel auf der Mariahilfer Straße durchführen, als tendenziös hinstellen, während Sie die eigenen Umfragen, so Sie überhaupt welche machen, als die überhaupt richtigen darstellen. Nicht wir, sehr geehrte Damen und Herren, stellen Suggestivfragen, sondern die GRÜNEN, so sie überhaupt Fragen stellen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Obwohl Ihnen die Stimmung bei den Bürgerversammlungen mehr als bekannt war – gerade beim Parkpickerl gab es, glaube ich, großen Aufruhr und große Unzufriedenheit, und auch bei der Mariahilfer Straße war es nicht anders –, haben Sie bei der Mariahilfer Straße Ihre Fuzo-Träume nicht aufgegeben. Die Flops, die daraus resultieren, nämlich vor allem die induzierten Staus in den angrenzenden Bezirken, nehmen Sie bewusst in

Kauf. Das ist eine Vorgehensweise, Frau Stadträtin, die Sie wider jedes bessere Wissen betreiben, das ist eigentlich ein verantwortungsloses Vorgehen, und deshalb ist es sehr schade, dass sich nicht mehr Abgeordnete, vor allem von der SPÖ-Fraktion, diesem heutigen Missbrauchsantrag anschließen konnten!

Frau Stadträtin! Ich kann Ihnen nicht persönlich sagen, dass Sie ein uncharmanten Auftreten haben. Sie wirken sehr sympathisch. Aber hinter dieser Fassade haben Sie offenbar eine ganz eigene politische Taktik entwickelt. Zunächst greifen Sie nämlich – und das hat System – ein tief links gefärbtes grünideologisches Thema auf, womit Sie Ihre eigene Wählerklientel irgendwie optimieren zu können glauben. Dann behaupten Sie, dass es irgendwelche dubiosen Studien gibt, starten so halbe Bürgerbeteiligungsverfahren, die natürlich keine sind, und glauben, durch veröffentlichte Meinung sicherzustellen, dass das der Wille der Mehrheit der Bevölkerung ist.

Und wenn dieses Kartenhaus dann zusammengebrochen ist und pures Chaos herrscht, dann ist das letztendlich wieder einmal ein Zeichen Ihrer Politik, die bisher in keinem einzigen Punkt, Frau Stadträtin – in keinem einzigen Punkt! – erfolgreich war. Chaos ist das, was die Grüne Fraktion auszeichnet, und offenbar können Sie nicht mehr, Frau Stadträtin, auch wenn Sie hundert Mal behaupten, dass Ihre verkehrspolitischen Ideen die einzig richtigen sind! Sie vertreten nun einmal eine Minderheit in dieser Stadt, und das sollten Sie auch zur Kenntnis nehmen! Eine grüne Minderheit, die die Mehrheit offenbar jetzt hier mit ihrem Willen beglücken möchte, ist nicht demokratisch. Das ist ideologischer Gesinnungsdruck, und das ist genau das Gegenteil, sehr geehrte Damen und Herren, von direkter Demokratie!

Sie unterstreichen Ihre falsche Haltung zur Demokratie auch noch, indem Sie das Abstimmungsergebnis jenes Bezirksvorstehers lächerlich zu machen versuchen, der sehr offen, klar und unbeeinflusst die Bevölkerung befragt hat, nämlich des Bezirksvorstehers in Währing, wo sich eine große Mehrzahl der Bevölkerung gegen die Einführung des Parkpickerls ausgesprochen hat. Beziehungsweise geht es sogar noch weiter: Es gibt Aussagen von Vertretern der Grünen Fraktion, allen voran des Verkehrssprechers Maresch, der dann noch droht und sagt, wenn die Bevölkerung dort so abgestimmt hat, dann werden sie schon merken, wie die Auswirkungen sein werden. – Man will sie sozusagen dafür abstrafen, dass sie nicht der Meinung waren, die mit dieser rot-grünen Taktik vertreten wird. – Ich glaube, sehr geehrte Damen und Herren, viel undemokratischer und autoritärer, als es diese Grüne Fraktion heute vorlebt, kann man Politik in dieser Stadt nicht mehr machen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Nur zum Drüberstreuen: Dass Sie heute noch einmal auch in Favoriten eine g'sunde Watsch'n – wie man in Wien sagt – abgefangen haben, ist relevant und wichtig. Ich konnte dem, was Herr Chorherr heute von einem Ring erklären wollte, der sich irgendwo als Erweiterungszone ergeben könnte, nicht folgen. Meine Kenntnisse in Darstellender Geometrie reichen nicht so weit. Mir

kommt das eher vor wie eine Banane oder in Wirklichkeit ein kleines Gurkerl, das jetzt übrig geblieben ist. Auch das zeigt das Versäumnis und das Versagen dieser konzeptlosen grünen Verkehrspolitik, die undemokratisch ist und sachlich in jedem Sinne wider die Menschen gerichtet war und auch dem Wohlstand und der positiven Entwicklung in dieser Stadt zuwiderläuft, sehr geehrte Damen und Herren.

Sie betrieben hier leider wider besseres Wissen Politik, obwohl Sie es aus meiner Sicht besser wissen müssten und wissen können, Sie haben ja auch eigene Umfragen, und die Umfrage in Währing ist repräsentativ für alle anderen Bezirke. Man kann natürlich über einzelne Prozentpunkte diskutieren, aber sicherlich nicht über die mehrheitliche Gestaltung. Das hat auch die Umfrage gezeigt, die wir von einem unabhängigen Institut durchführen ließen und die unser Stadtrat Ihnen heute schon klar und deutlich dargelegt hat.

Frau Stadträtin! Manchmal muss man sich die Frage stellen, ob sich hinter Ihrer sehr freundlichen und sehr verbindlichen Fassade nicht so etwas wie autoritäre Züge verstecken. Offenbar wollen Sie Ihre Verkehrspolitik auf Biegen und Brechen durchsetzen und allen anderen aufdrängen. Ich möchte jetzt mit Politpsychologie nicht zu weit gehen. Ich weiß nicht, ob Sie selbst wirklich an das glauben, was Sie hier sagen, oder ob Sie von einigen Ihrer Kollegen – ich sage jetzt einmal, Möchtegern-Stadträten Ihrer eigenen Fraktion – falsch beraten werden und sich auch in diesem Punkt falsch beraten lassen. Das geht mich nichts an und ist auch nicht meine Angelegenheit, das ist aber in jedem Fall nicht ein Zeichen eines starken und verantwortungsvollen Regierungsmitglieds. Es fällt nämlich auch die Aufgabe, sich richtig beraten zu lassen, in Ihren Verantwortungsbereich, und Sie allein tragen letztendlich dann die Verantwortung, auch wenn es hierbei um Ihre interne grüne Parteitaktik geht.

Wenn es Ihnen gelingen sollte, letztendlich das Parkpickerl doch in diesen kleinen Bereichen auszuweiten, dann nur deswegen, weil Sie sich mit der SPÖ auf einer anderen Ebene politisch treffen. Während es Ihnen nämlich um die Vertreibung der Autofahrer aus der Stadt geht, hat die SPÖ ein ganz anderes Ziel, nämlich zusätzliche Gebühreneinnahmen. Wir schätzen, dass die Erweiterung und auch die Erhöhung der Parkgebühren etwa 300 Millionen EUR jährlich zusätzlich in die maroden Stadtkassen spülen werden. Das ist ein gewaltiger Beitrag, den sich natürlich die geldhungrige SPÖ nicht entgehen lässt, weshalb sie sich diesem bösen Spiel der GRÜNEN anschließt und dabei mitmacht. Natürlich werden wir aber letztendlich auch den Bürgermeister und SPÖ-Vorsitzenden hier nicht aus der Verantwortung lassen, der die Endverantwortung für diese Chaospolitik trägt.

Diese erweiterte Parkraumbewirtschaftung, verbunden mit einer Verteuerungsaktion, hat nichts mit Verkehrsmaßnahmen und Verkehrslenkung zu tun. Das ist für die einen ideologisch motiviert, und für die anderen ist es eine reine Geldbeschaffungsaktion. Sie gaukeln den Wienerinnen und Wienern vor, dass man durch Überwei-

sung einer Gebühr, also durch den Ankauf eines Parkpickerls, dann irgendwo einen Parkplatz bekommt. Ich weiß nicht, wo manche Mandatare der Roten und der Grünen Fraktion wohnen! Aber jeder, der heute in einem jetzt schon parkraumbewirtschafteten Bezirk einmal versucht hat, einen Parkplatz zu finden, weiß, dass es dafür keine Garantie gibt, und wer mit der Bevölkerung dort spricht, der weiß es erst recht: Die Menschen zahlen für etwas und bekommen nichts dafür, nämlich einen Parkplatz. Normalerweise ist so etwas Betrug, und in jedem Fall ist es politischer Betrug, und auch diesen, Frau Stadträtin, haben Sie zu verantworten!

Aber in Wirklichkeit kennen Sie das ja: Das Parkpickerl ist für Sie in Wirklichkeit eine rein ideologische Frage. Das hat nichts mit Verkehrspolitik und auch nichts mit Umweltpolitik zu tun, sondern es geht darum, den Hass, den Sie und Ihre Fraktion offenbar gegenüber den Autofahrerinnen und Autofahrer haben, auszuleben. Das ist rein politischer Opportunismus und hat mit Bürgermitbestimmung und Bürgerbeteiligung nichts zu tun!

Heute hat Frau Kickert – und letztes Mal waren Sie es, Frau Stadträtin – in semantischer Detailverliebtheit erklärt, was der Unterschied zwischen Bürgerbeteiligung, Bürgerbefragung und Bürgermitbeteiligung ist. – Ehrlich gesagt: Mich interessiert all das nicht! (*GR Mag Rüdiger Maresch: Das merkt man! Du hast keine Ahnung!*)

Faktum ist: Sie haben ein Versprechen, nämlich das Versprechen, Politik mit den Bürgern zu machen, nicht eingehalten. Sie haben Ihr Versprechen nicht gehalten, und Sie sind deshalb heute durchaus mit der Reputation ausgestattet, autoritär vorzugehen.

Ich sage Ihnen auch: All das sind keine Einzelbeispiele. Es geht uns heute bei der Beantwortung, wie Sie unserer Dringlichen Anfrage auch entnehmen können, nicht nur um die Frage der Parkraumbewirtschaftung, sondern es geht uns um das Verständnis Ihres Zugangs als Stadträtin zu Entscheidungsprozessen in dieser Stadt. Es gibt nämlich zahlreiche weitere Beispiele, dass Sie undemokratisches Verhalten an den Tag gelegt haben. Ich sage das insbesondere deshalb, weil Sie und auch andere von Ihrer Fraktion und auch von der SPÖ gesagt haben – ich glaube, Kollege Hora hat sogar die Stadtverfassung zitiert –, dass man über Gebühren nicht abstimmen sollte. – Aber dazu noch später.

Ich bringe Ihnen jetzt Beispiele, bei denen es nicht um Gebühren ging oder gegangen ist, sondern um ganz einfache Lösungen, und Sie auch den Bürgerwillen ignoriert haben. Es ist dies das Projekt der Steinhof-Gründe, wo Sie statt einer Bürgermitbeteiligung einen Eiertanz aufführen. Das Gleiche gilt für das Waldmühle-Projekt, das wir heute Morgen schon behandelt haben. Auch diesfalls sind Sie nicht in der Lage, dem Bürgerwillen zu folgen, wobei ich Ihnen zumindest attestieren kann, dass Sie dieses Projekt quasi geerbt haben, es wurde vor Ihrer Amtszeit entschieden.

Im selben Bezirk gibt es aber das Monsterprojekt in der Perfektastraße, das Sie gänzlich selbst entwickelt haben beziehungsweise bei dem Sie sogar mitgewirkt haben, dass in diesem Monsterbau weniger Parkflächen verordnet werden mussten und konnten, als eigentlich

nach der Stellenplatzverordnung notwendig ist. Das geschah natürlich mit Recht, weil es die Sorge der umliegenden Bewohner gibt, dass sie dann auf ihre Parkplätze verzichten müssen werden, weil sich dann eine Verdrängung ergibt, und das Ganze entsprechend auf Widerstand stößt. Auch dort haben Sie die Menschen nicht gefragt, auch dort sind Sie ideologisch darübergerfahren. Sie lassen all das nach Laisser-faire-Politik ausleben und versuchen, die Sache dann irgendwie zu optimieren, indem Sie sagen, schuld sind die Autofahrer, denn sie haben ein Auto. Dass es gerade in Außenbezirken im öffentlichen Bereich keine Infrastruktur gibt, haben wir heute schon erläutert. Auch das wird dadurch nicht besser, dass Kollege Hora irgendwelche Pseudodaten von Fahrstrecken zitiert, die in der Realität nicht eingehalten werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber es ist immer wieder das Gleiche: Sie opfern Ihre grünideologischen Ideen betreffend Bürgermitbestimmung, weil Sie wissen, dass Sie in der Minderheit sind, und Sie versuchen, mit Ihrer Minderheitsposition über die Menschen drüberzufahren. Das ist eine Politik, die zu tiefst abzulehnen ist, sehr geehrte Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ihre Spielregeln sind falsch. Sie sind weit weg von den Bürgerinnen und Bürgern, ebenso die Sozialdemokratische Fraktion, weil sie diese verkehrte Politik mitträgt. Und ich sage Ihnen auch, diese verkehrte Verkehrspolitik, die Sie heute betreiben, verbunden mit den enormen Gebührenerhöhungen, die gerade unter Verantwortung der Frau StRin Vassilakou im Stadtsenat mitbeschlossen wurden, sind ein Grund dafür, dass die Menschen aus Wien hinausziehen und quasi eine Landflucht eintritt. *(Zwischenruf von GR Mag Rüdiger Maresch.)*

Es ist nicht der Verkehr, es ist nicht das Auto. Nein! Es ist die Leistbarkeit, die nicht mehr gegeben ist. Junge Familien müssen ins Umland ziehen, weil sie sich den Wohnraum und die Gebühren in dieser Stadt nicht mehr leisten können. Und dann bestrafen Sie die Menschen dafür, dass sie wiederum einpendeln, um Arbeitsplätze in Wien wahrzunehmen, was Gott sei Dank möglich ist, weil die Wirtschaftsstruktur in Wien dank der Unternehmer und Unternehmerinnen hier funktioniert. Nicht die Menschen machen die Fehler, sondern Ihre Verkehrs- und Ihre Gebührenpolitik ist falsch, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte Ihnen abschließend wirklich noch einmal sagen, dass der nun für Sie quasi überstandene Misstrauensantrag überhaupt kein Grund zur Gelassenheit und zum Aufatmen ist. Vielmehr, Frau Stadträtin, gilt es jetzt, Luft zu holen, und zwar erstens, um die Fragen klar und deutlich zu beantworten, die wir Ihnen gestellt haben. Zweitens – und das sage ich Ihnen auch mit aller Deutlichkeit namens meiner Fraktion – geht es aber auch um Ihre eigene Politikkarriere und um Ihre eigene Glaubwürdigkeit, denn Sie sind an einem Scheideweg angelangt.

Frau Stadträtin! Ich möchte mir heute erlauben, klar herauszuarbeiten – und ich glaube, das wird mir an Hand Ihrer Fragebeantwortung gelingen –, ob Sie nun das

Parkpickerl wirklich aus verkehrspolitischen Gründen einführen wollen. Wenn dem so ist, dann kann man darüber geteilter Meinung sein, ob das sinnvoll ist. Wenn Sie das aus diesen Motiven machen, dann geht es hier um sachliche Lösungen, weil das ja einen unmittelbaren Eingriff in die Lebenssituation der Menschen und deren Mobilität darstellt. Da es sich dabei um Einschränkungen, etwa gerade für Alleinerzieher oder für Menschen, die keine normalen Arbeitszeiten haben und das Auto unbedingt benötigen, handelt, müssen Sie die Menschen dort nach ihrer Meinung befragen. Das ist wichtig. Das ist einer Bürgerbefragung zu unterziehen, wenn es wirklich um die Parkpickerlösung als verkehrspolitische Lösung geht. Wenn Sie dann keine Bürgerbefragung machen, dann kann ich Ihnen den Vorwurf des autoritären Verhaltens nicht mehr ersparen!

Oder, Frau Stadträtin, Sie sind der SPÖ auf den Leim gegangen, und es geht in Wirklichkeit um etwas ganz anderes, nämlich um die Mehreinnahmen, die daraus lukriert werden können. Auch das könnte nämlich der Fall sein, dafür gibt es viele Indizien: Sie selbst haben behauptet, dass man quasi über erhöhte Gebühren nicht abstimmen kann: Also ist für Sie das Parkpickerl mit erhöhten Gebühren gleichzusetzen.

Auch Kollege Hora hat heute gesagt, dass das offenbar ausgenommen ist. Ich glaube, dass es der SPÖ rein um Abzocke geht, und bei den GRÜNEN ist das heute eben die Frage. Frau Stadträtin! Sie müssen sich entscheiden: Geht es jetzt um verkehrsideologische und populistische Fragen, oder geht es hier um Fragen der Mehreinnahmen, der Fiskalpolitik und nicht mehr wirklich um die Frage, ob Parkraumbewirtschaftung einen Lenkungseffekt haben sollte.

Frau Stadträtin! Sie haben heute die Chance, sich als Stadträtin fürs Drüberfahren oder als Stadträtin des Abkassierens zu positionieren, denn die Stadträtin für Verkehrspolitik und Bürgerbeteiligung ist längst abgetreten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Ich danke dem Herrn Gemeinderat für die Begründung. Zur Beantwortung der Dringlichen Anfrage hat sich die Frau amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihr. – Bitte schön, Frau Stadträtin.

VBgmin Mag Maria **Vassilakou**: Sehr geehrte Damen und Herren!

Der Klub der ÖPV hat an mich eine Dringliche Anfrage gerichtet, die ich wie folgt beantworte:

Zu Punkt 1: Die Umsetzungspläne für eine Mariahilfer Straße neu werden auf breiter Basis mit den Bezirken, den Interessenvertretungen und mit namhaften Verkehrsexperten entwickelt. Die Notwendigkeit der Umgestaltung ergibt sich aus der Entwicklung der Mariahilfer Straße, die zu einer der beliebtesten Einkaufsstraßen Europas aufgestiegen ist und entsprechende Zuwächse beim FußgängerInnenverkehr verzeichnet.

Die Grundlage für diese Pläne bilden die Ergebnisse des BürgerInnendialogs, der im November des vergangenen Jahres stattgefunden hat. Dort haben sich über

600 Menschen persönlich bei den Veranstaltungen eingebracht. Darüber hinaus wurden beinahe 1 000 konstruktive Ideen und Wünsche über die Website kundgetan. – Diese Interessen der BürgerInnen nehmen wir sehr ernst. Als zentrale Zielsetzung ergab sich die Schaffung von mehr Freiraum für FußgängerInnen.

Eine weitere wichtige Zielsetzung für die BürgerInnen ist die Berücksichtigung der Verkehrssituation in den Bezirken 6 und 7. Die derartige BürgerInnenbeteiligung ist sehr fruchtbar und bringt für die Projekte zusätzlichen Nutzen. Das beste Beispiel dafür ist die Neugestaltung der Ottakringer Straße. Dort haben BürgerInnen das Projekt wesentlich mitgestaltet, und das Ergebnis kann sich mehr als sehen lassen.

Zu Punkt 2: Es handelt sich offenbar um ein Missverständnis Ihrerseits, denn die Dialogveranstaltungen dienen nicht der Informationsweitergabe, sondern der Möglichkeit der Mitgestaltung der Pläne für eine neue Mariahilfer Straße. Dies wurde auch weidlich genutzt.

Zu Punkt 3: Es gibt keine Machbarkeitsstudie für eine Fußgängerzone Mariahilfer Straße. Es gibt unterschiedliche Analysen, zum Beispiel betreffend den Sozialraum, die Funktion der Geschäftsstraße und die verkehrsmäßige Situation. Diese Informationen wurden den BürgerInnen im Rahmen von Dialogveranstaltungen und auf der Website zur Verfügung gestellt.

Zu Punkt 4: Was den 18. Bezirk anbelangt, so hat die Bezirksvertretung die Entscheidung, kein Parkpickerl einzuführen, getroffen. Nachdem dies eine Entscheidung ist, von der ich von Anfang an gesagt habe, dass diese den Bezirken obliegt, respektiere ich selbstverständlich diese Entscheidung.

Zu Punkt 5: Die Kompetenz für die Einführung eines Parkpickerls im Bezirk liegt bei der jeweiligen Bezirksvertretung, und zwar ausschließlich bei der jeweiligen Bezirksvertretung.

Zu Punkt 6: In den überparkten Bereichen in Gürtelnähe wird sich die Situation verschlechtern, im gesamten Bezirk werden voraussichtlich mehr Autos mit Nicht-Wiener-Kennzeichen parken.

Zu Punkt 7a: Das strategische Garagenbauprogramm der Stadt Wien wird derzeit überprüft. Auf Basis dieser Strategie wird festgelegt, wo und wann neue Garagen errichtet werden. Wenn diese Überprüfung auch Standorte im 18. Bezirk ergibt, so werden diese dementsprechend gebaut.

Zu Punkt 7b: In der Parkometerabgabeverordnung ist im § 7 angeführt, dass der Nettoertrag der Parkometerabgabe auch für Maßnahmen vorzusehen ist, die den Bau von Garagen fördern. Die Finanzabteilungen prüfen derzeit die Förderbedingungen. Die Errichtung von Wohnsammelgaragen wird auch weiterhin besonders auf die Gründerzeitviertel und die dicht bebauten Stadtgebiete mit einem hohen Stellplatzdruck fokussiert werden.

Dieser Bau von zusätzlichen Abstellplätzen soll eine Verlagerung von PKW-Dauerstellplätzen in Garagen und substanziell mehr Platz an der Oberfläche für die Menschen, den Radverkehr und den öffentlichen Verkehr schaffen. Weiters soll der Bau von Wohnsammelgaragen vornehmlich an Standorten geschehen, die bereits ver-

siegelt sind. Dazu werden entsprechende Konzepte erarbeitet.

Für die Überarbeitung des bestehenden Garagenprogramms sind auch die Erweiterung der Parkraumbewirtschaftung, die neue Tarifpolitik der Wiener Linien, verbilligte Jahres- und Monatskarten, die Pilotprojekte im ruhenden Verkehr – Stichwort: Carsharing, AnwohnerInnenparken – wichtige Rahmenbedingungen. Diese Auswirkungen auf den künftigen Garagenbau in Wien sollten sinnvollerweise auch in die Überlegungen für die Erstellung eines neuen Garagenkonzeptes einfließen.

Ende 2010 wurde im 19. Bezirk die Wohnsammelgarage „12.-Februar-Platz“ mit 204 Stellplätzen fertiggestellt. Mitte 2011 ging im 11. Bezirk die Garage Simmeringer Markt mit 140 Stellplätzen in Betrieb. Im Herbst 2011 folgte die Garage in der Missindorfstraße mit 122 Parkplätzen. In Siebenhirten wurde die bestehende Park-and-ride-Anlage um 242 Stellplätze erweitert und im Herbst 2011 für die PendlerInnen geöffnet. Derzeit wird im 1. Bezirk eine Wohnsammelgarage in der Zelinkagasse mit 250 Stellplätzen errichtet.

Zum Zweck des Baus neuer Wohnsammelgaragen seien auszugsweise einige Standorte erwähnt: 16. Bezirk, Wattgasse, mit 150 Stellplätzen, wo eine BürgerInnenbefragung bereits stattgefunden hat, und 17. Bezirk, Ottakringer Straße, mit 160 Stellplätzen: Hier findet bis zum 4. April 2012 die Befragung der AnrainerInnen statt.

Zu Punkt 8: Die größte Belastung für die WienerInnen in Sachen Verkehr sind die Folgen für die Gesundheit der BürgerInnen. Feinstaub und Lärm machen krank. Das zeigen nicht zuletzt die brandaktuellen Zahlen der OECD, welche als Warnsignal verstanden werden müssen. Ohne einschneidende Auflagen würden ab 2050 jährlich rund 3,6 Millionen Menschen an den Folgen sterben, vor allen in Metropolen. Das sind doppelt so viele wie derzeit. Die Luftverschmutzung in den Städten, wo 2050 zwei Drittel der dann 9 Milliarden Menschen leben würden, wäre somit für den Großteil aller umweltbedingten Todesfälle verantwortlich.

Unsere höchste Priorität gilt der Gesundheit der WienerInnen. Ich kann und will es nicht verantworten, dass wir bei der Bekämpfung der Gesundheitsbelastungen untätig bleiben. Wir setzen eine Fülle von Initiativen, um die Belastung mit Feinstaub und Lärm zu verringern, es muss uns aber klar sein, dass diese die Wirkungen der Parkraumbewirtschaftung nicht ersetzen können.

Das Stichwort dazu lautet: Sanfte Mobilität in der Stadt vorantreiben. Mit 1. Mai treten die neuen Tarife der Wiener Linien in Kraft. Ab dann kann man in Wien um 1 EUR pro Tag unterwegs sein. Zusätzlich setzt die Stadt auf den Ausbau des Radverkehrs und auf verbesserte Anbindungen der öffentlichen Verkehrsmittel. Dieses Angebot an die WienerInnen wird schon jetzt breit angenommen. Die Zahl der JahreskartenbesitzerInnen steigt rapide, der Modal-Split verschiebt sich immer weiter in Richtung öffentlicher Verkehr und Radverkehr. Im öffentlichen Verkehr und Radverkehr liegt die Zukunft. Daneben ermöglicht die Stadt jenen, die ein Auto unbedingt brauchen, durch Carsharing eine Alternative zum eigenen Auto.

Zu Punkt 9: Das Otto-Wagner-Spital ist zweifellos ein einzigartiges Kulturjuwel, das besonders erhaltenswert ist. Deshalb müssen wir das Areal im Interesse der Wienerinnen und Wiener jetzt mit den vorhandenen Instrumenten schützen. Zu Ihrer Information: Bis das Otto-Wagner-Spital auf die Weltkulturerbeliste kommen würde, vergehen mindestens fünf Jahre. Der Prozess kann auch bis zu zehn Jahren dauern. Mir als Planungsstadträtin geht es darum, jetzt und nicht irgendwann im Sinne eines aktiven Denkmalschutzes Verantwortung wahrzunehmen. Das zuständige Ministerium hat im Dezember 2010 ein Screening durchgeführt. Dabei wurden in ganz Österreich Stätten ermittelt, die eine hohe Chance hätten, als Weltkulturerbe nominiert zu werden. Das Otto-Wagner-Spital wurde nicht als potenzielle Welterbestätte eingeschätzt. Die Stadt Wien ist bereits mit zwei Weltkulturerbestätten auf der UNESCO-Liste vertreten, Schönbrunn und dem Historischen Zentrum. Aus diesem Grund ist nicht damit zu rechnen, dass die Stadt Wien mit einer weiteren Welterbestätte von der UNESCO nominiert wird. Außerdem fordert die UNESCO, selbst vorhandene Instrumente zum Schutz von Kulturjuwelen zu verwenden und nicht für alle schützenswerte Kulturstätten den Welterbestatus zu beantragen. Das Ensemble steht insgesamt unter Denkmalschutz, und nach der Wiener Bauordnung ist es als Schutzzone ausgewiesen.

Erlauben Sie mir, jetzt abschließend einige grundsätzliche Worte darüber hinaus an Sie zu richten. Worum geht es eigentlich? – Es geht um zwei Dinge, nämlich erstens um die Gesundheit der WienerInnen und zweitens um ein Ende der Abhängigkeit vom immer teurer werdenden Benzin und Diesel.

Wer heute auf den motorisierten Individualverkehr setzt, hat die Zeichen der Zeit nicht verstanden. Wer auf motorisierten Individualverkehr setzt, gefährdet die Gesundheit der BürgerInnen und hält sie in der Abhängigkeit von der Tankstelle, und das bei einem Preis von jenseits 1,50 EUR pro Liter Benzin. Das ist unverantwortlich und schlichtweg dumm! Wir haben dieser Tage auch selbst darüber gelesen und die Bilder gesehen: 150 m Schlange vor einer Tankstelle, die billigeren Sprit anbietet. – Es liegt auf der Hand: Wir haben alles daran zu setzen, um den Wienerinnen und Wienern einen Weg zu öffnen, der aus der Abhängigkeit von den derzeit explodierenden Spritpreisen hinausführt.

Als Stadt Wien und als verantwortungsvolle Stadtregierung, die nicht auf die Wahl im nächsten Jahr schießt, sondern auf die Entwicklung Wiens in den nächsten 10 bis 20 Jahren Bedacht nimmt, haben wir uns gewisse Ziele gesetzt: Erstens werden wir alles tun, um die Gesundheitsgefährdung durch Feinstaub zu reduzieren, und zweitens setzen wir auf sanfte und nachhaltige Mobilität.

Das bedeutet: Neue Tarife bei den öffentlichen Verkehrsmitteln. 1 EUR pro Tag für die Benutzung der Wiener Linien für ein ganzes Jahr ist ein angemessener, sehr fairer und vor allem leistbarer Preis. Ein weiterer Punkt ist der Ausbau der Wiener Linien, aktuell U1 sowie der Straßenbahnlinien 25 und 26. Wichtig sind weiters die Förderung und der Ausbau des Radverkehrs in Wien, die Förderung und der Ausbau des Carsharing-

Angebotes, der Ausbau fußläufiger Verbindungen und Verkehrsberuhigungen.

In dieses Gesamtkonzept fügt sich auch die Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung ein, die uns derzeit als einziges Mittel zur Verfügung steht, um die Pendlerproblematik in den Griff zu bekommen und auch um innerhalb der Stadt unnötige Autofahrten hintanzuhalten. Ich erinnere noch einmal daran: Wien ist täglich mit über 500 000 PendlerInnen konfrontiert, von denen 80 Prozent mit dem Auto nach Wien fahren. Das heißt, es rollen 350 000 Pendler-PKW pro Tag in der Früh in die Stadt hinein und am Abend wieder aus der Stadt hinaus.

Die gute Nachricht: Die WienerInnen haben die Zeichen der Zeit erkannt. Sie steigen um auf den öffentlichen Verkehr und aufs Rad. Die WienerInnen haben ihre Entscheidung, wohin die Reise gehen soll, insofern auch längst getroffen, als mehr als zwei Drittel aller WienerInnen ihre täglichen Verkehrswege zu Fuß, mit den Öffis oder mit dem Rad erledigen. 71 Prozent erledigen bereits ihre Alltagswege auf ökologische Art und Weise in Wien. Auf diesen Wert können wir zu Recht stolz sein! Wir gehören europaweit zu den Topstädten und haben gute Chancen, mit einer konsequenten Politik in den nächsten Jahren im Bereich ökologische, sanfte Mobilität absolute Europameister zu werden. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*) Daher werden wir weiter investieren und fördern, bis wir zu einer Stadt geworden sind, in der die BürgerInnen unabhängig von der Spritpreisentwicklung sind. Und das sage ich Ihnen auch ganz klar: Das ist unsere Vision. Das ist eine gute Vision, das ist eine ökologische Vision, das ist aber allem voran auch eine soziale Vision. Es geht darum, sicherzustellen, dass 1,7 Millionen Wienerinnen und Wiener – und in 2 Jahrzehnten ab jetzt werden es 2 Millionen Menschen sein, die in Wien leben und arbeiten werden – die Garantie haben, dass sie nicht nur schnell und bequem von A nach B kommen können, sondern dass sie sich dieses Grundrecht auf Mobilität auch weiterhin leisten können, und zwar weitestgehend unabhängig davon, wie sich die Spritpreise auf den sehr volatilen Märkten entwickeln werden. – Darum geht es, das ist es, was wir versuchen, und deshalb sind wir auch so konsequent dabei, Maßnahmen zu ergreifen, die einerseits eine gute Alternative zum Auto bieten und andererseits uns allen auch ein wirksames Verkehrsregulativ für diese Stadt in die Hände legen.

Wir alle haben daher – das will ich an dieser Stelle einmal mehr herausstreichen – eine große Aufgabe zu bewältigen. Es geht dabei um keine leichte Aufgabe. Wir müssen Wien aus der Erdölabhängigkeit hinausführen. Wir müssen die öffentlichen Verkehrsmittel weiter ausbauen, und wir müssen diese Maßnahmen auch finanzieren können. Wir müssen unseren Wiener Beitrag zum Klimaschutz leisten. Wir müssen Feinstaub, Lärm und Stau reduzieren, und wir müssen 350 000 PKW aus dem Umland täglich auf die Öffis umleiten, und das möglichst bereits in Niederösterreich oder an der Stadtgrenze, um diese auf diese Art und Weise aus dem Wiener Stadtverkehr herauszuhalten.

Das können wir erreichen, wenn wir auf mehrere

Maßnahmen setzen, und zwar, einmal mehr: Gute, leistbare Öffis, Parkraumbewirtschaftung, stärkere Nutzung des Rads, Carsharing, Verkehrsberuhigungsprojekte in der Stadt wie zum Beispiel etwa bei der Neugestaltung des Neuen Markts und der Albertina oder der Verkehrsberuhigung der Mariahilfer Straße.

Manche dieser Maßnahmen sind populär, manche weniger, aber es liegt in der Verantwortung der Politik, ein schlüssiges Gesamtkonzept umzusetzen und sich vor der eigenen Verantwortung nicht zu drücken. Zwei Fraktionen in diesem Haus laufen gegen die Parkraumbewirtschaftung Sturm. Das ist zur Kenntnis zu nehmen. Das ist allerdings bedauerlich und unverständlich. (*GR Dipl.-Ing Roman Stiftner: Das sind zwei Drittel der Menschen!*)

Die Parkraumbewirtschaftung wird nämlich nicht gerade erfunden, sie wird nicht gerade von mir erfunden, und sie wird nicht gerade jetzt in Wien erfunden. Die Parkraumbewirtschaftung findet seit Jahren Anwendung innerhalb des Gürtels sowie im 2. und 20. Bezirk und hat nachweislich zu einer Verringerung der PKW-Fahrten innerhalb dieser Stadtteile sowie zu einer relativen Entlastung der zuvor dramatischen Parksituation geführt, an die wir uns alle hoffentlich noch erinnern können! Ich gehe davon aus, dass alle hier vor der Einführung der Parkraumbewirtschaftung in Wien waren und sich daran erinnern können, wie es in den jetzt bewirtschafteten Gebieten zuvor ausgesehen hat. Dementsprechend werden die Maßnahme in den bereits bewirtschafteten Gebieten von den Bezirksvorstehern und –vorsteherinnen, unabhängig von der Parteizugehörigkeit, begrüßt, und es werden bereits Forderungen nach weiteren Schritten – zu Recht – an die Verantwortlichen gestellt, denen wir in Form von Anrainerzonen auch nachkommen.

Worum geht es eigentlich wirklich? – Es geht um die Ausweitung einer bereits eingeführten, eingespielten und erprobten Maßnahme auf weitere Bezirke in der Stadt, die unter der Pendlerproblematik besonders zu leiden haben.

Die Mittel aus der Parkraumbewirtschaftung sind gesetzlich zweckgebunden, wie Sie ganz genau wissen, und fließen bis auf den letzten Cent in Maßnahmen zur Förderung des Verkehrs, das heißt, in Park-and-ride-Anlagen, in Wohnsammelgaragen, in die Öffi-Attraktivierung, in Maßnahmen zur Entschärfung von Unfallhäufungsstellen, in das Programm der Schulwegsicherung für zig Tausend Wiener Kinder, in den Ausbau von Radwegen und vieles weitere mehr. All das sind ausschließlich und strengstens Maßnahmen, die wieder dem Verkehr in dieser Stadt zugute kommen. Das heißt: Jeder eingenommene Cent aus der Parkraumbewirtschaftung fließt einmal mehr in die Verkehrspolitik dieser Stadt zurück.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, dass die Argumente wirklich weitestgehend schon ausgetauscht sind. Ich bin überzeugt davon, dass wir alle gemeinsam eine Verantwortung gegenüber der Wiener Bevölkerung zu tragen haben. Diese erwartet von uns, dass wir in diesem Bereich handeln.

Die Einladung ergeht auch an Sie, mit uns gemeinsam diese Verantwortung zu tragen. Wenn Sie das nicht tun wollen, dann tragen wir sie allein. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Ich eröffne die Debatte, wobei ich bemerke, dass die Dauer der Diskussion maximal 180 Minuten beträgt. Zur Debatte über die Beantwortung der Dringlichen Anfrage hat sich Herr GR Ing Mag Dworak zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm, wobei ich bemerke, dass die Redezeit mit 20 Minuten begrenzt ist.

GR Ing Mag Bernhard **Dworak** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Frau Stadträtin! Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Ich erinnere daran, dass mein Kollege Roman Stiftner begründet hat, warum wir heute diese Dringliche Anfrage stellen. Und es bleibt ein Faktum, dass Sie, Frau Stadträtin, sich um die Aufnahme des Wortes Bürgerbeteiligung in den Namen Ihres Ressorts ganz besonders bemüht haben. Aber offensichtlich ist das mit der Bürgerbeteiligung nicht so gelaufen, wie Sie geglaubt haben! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich frage mich: Wie gehen Sie und die gesamte Grüne Partei mit den Inhalten zur Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern um? – Öffentlich erklärten Sie an dieser Stelle, dass es Themen gibt, die sich nicht für Bürgerbefragungen eignen, wie etwa die Befragung zur Mariahilfer Straße. Sie haben uns jetzt in der Beantwortung erklärt, dass sich 600 Personen eingebracht haben und sich noch etliche 100 Personen im Web gemeldet haben. Wenn ich das mit dem vergleiche, was wir abgefragt haben, worauf wir mehr als 3 500 Rückantworten bekommen haben, dann muss man sich schon fragen, ob 600 Einbringungen und 3 500 Meinungen nicht durchaus ihre Berechtigung haben. Offensichtlich ist es nicht die richtige Maßnahme, wenn Bürger mitsprechen wollen, wenn es dann einen solchen Rücklauf unserer Aktion gibt!

So ist beispielsweise die Befragung des 18. Bezirks zur Einführung des Parkpickerls nur von der ÖVP durchgeführt worden, und es gab von keinem einzigen Bezirk, wo es eine rot-grüne Mehrheit in der Bezirksvertretung gibt, eine solche Befragung. Die Grünen haben die Roten in Geiselnhaft, um ihre Wunschträume nach Parkraumbewirtschaftung durchzusetzen.

Betreffend UNESCO-Weltkulturerbe hinsichtlich Otto-Wagner-Spital haben Sie, Frau Stadträtin, in Ihrer vormaligen Funktion als grüne Klubobfrau sehr wohl das Gleiche gefordert. Jetzt sagen sie beim Punkt 9, na ja, es wird jetzt mindestens fünf Jahren dauern, und Wien hat ohnedies schon zwei UNESCO-Weltkulturerbestätten, nämlich Schönbrunn und die Innere Stadt. Und daher werden Sie das eigentlich nicht wirklich betreiben.

Frau Stadträtin! Ich glaube, es wäre gut, wenn man die Bevölkerung im 14. und im 16. Bezirk befragen würde, wie die Leute es mit einem Weltkulturerbe halten wollen. – Sie haben offenbar mittlerweile Angst vor Ihrer eigenen Courage und fürchten Bürgerbeteiligungen! Früher haben sich die GRÜNEN an jeden zu fällenden Baum angekettet und haben laut nach Bürgerbefragung

und Bürgerbeteiligung gerufen. Jetzt aber machen Ihre Vasallen in den Bezirken den Bürgerinnen und Bürgern die Legitimation abspenstig, indem sie, wenn ein Bezirksvorsteher eine Bürgerbefragung durchführt, nicht einmal die Antworten und die Ergebnisse zur Kenntnis nehmen wollen. Und wenn dann dieser Bezirk davon spricht, dass zwei Garagen in unmittelbarer Nähe des Gürtels errichtet werden sollen, dann höhnt der grüne Klubobmann im 18. Bezirk, ihr habt das sozusagen verwirkt, weil die Befragung ja negativ ausgefallen ist!

Offenbar wollen die GRÜNEN die Bürgerinnen und Bürger total entmündigen, wenn sie ein Mal in fünf Jahren ihre Wählerstimme abgegeben haben. Übrigens stand einmal auch in Ihrem Wahlprogramm der Ausbau der direkten Demokratie, aber offenbar schmeckt die Regierungspolitik so gut, dass alle Forderungen nach mehr Demokratie der GRÜNEN auf dem Altar der Macht geopfert werden! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Heute wurde schon viel über Ihren verzweiferten Kampf zur Einführung des Parkpickerls in den westlichen Bezirken diskutiert. Kollege Kasal hat die Untergriffe heute schon beim Dringlichen Antrag angesprochen: Die Behauptungen der SPÖ und der GRÜNEN in der letzten Parkraummanagementkommission am vergangenen Montag, die ÖVP und die FPÖ wären gegen die Verbilligung des Parkpickerls, sind einfach falsch!

Es gab eine Resolution an die Frau Stadträtin mit drei Punkten, in denen fünf bis sechs Inhalte transportiert werden sollten. Im ersten Punkt ist es um eine Reduktion um 9 EUR, also um die Verwaltungskosten, gegangen. Das war vermischt mit den Maßnahmen für die Wirtschaftstreibenden und für die freien Berufe, die unserer Meinung nach unfair sind, denn alle Berufsgruppen wurden nicht gleich behandelt.

Ich darf Herrn Maresch daran erinnern, dass sich Frau Bezirksvorsteherin Mickel nicht gegen das Parkpickerl an und für sich gerichtet hat, sondern einfach gesagt hat, dass sie den Rückfluss der Gewerbetreibenden fürchtet, die jetzt offensichtlich mehr Parkpickerln bekommen.

Beim zweiten Punkt, der Einführung des Parkpickerls, haben wir uns dagegen ausgesprochen, weil wir uns ohne eine Bürgerbefragung mit der Zustimmung zur Einführung eines Parkpickerls nicht anfreunden können. Und auch die Wirtschaftskammer konnte diesem Punkt nicht zustimmen, weil nicht klar war, wo die Grenzen der einzelnen Bereiche sein werden.

Zum dritten Bereich, hinsichtlich dessen der Leiter der MA 65, Herr Bubak, einen Bericht gibt, sage ich, na, darüber brauchen wir, glaube ich, nicht zu diskutieren!

Und diese meiner Meinung nach unzulässige Empfehlung hat die Frau Stadträtin selbst herbeigeführt. Es konnte nämlich erst durch die getrennte Abstimmung der einzelnen Punkte ein klares Bild für den Vorsitzenden gewonnen werden.

Kommen wir jetzt aber noch einmal zur Befragung im 18. Bezirk. Dazu muss ich sagen: Die grünen Vasallen im 18. Bezirk wollen offenbar nicht zur Kenntnis nehmen, dass es eine Befragung gegeben hat, an der mehr als 50

Prozent teilgenommen haben und mehr als 64 Prozent sich dagegen ausgesprochen haben. In Anbetracht dessen muss ich sagen, es geht beim Konzept des 18. Bezirks für Parkgaragen um reine Repression von Rot-Grün gegen die Wienerinnen und Wiener, obwohl ich zugeben muss, dass ich von der Frau Vizebürgermeisterin plötzlich auch etwas differenziertere Töne gehört habe.

Bei der Mariahilfer Straße stellt sich dieselbe die Frage wie bei den jetzt zwangsbeglückten Bezirken. Der 10. Bezirk hat offenbar in letzter Minute noch die Kurve gekratzt, indem er ein Parkpickerl für den 10. Bezirk verweigert hat. Im 14. Bezirk haben jedoch offenbar auch 11 000 Unterschriften gegen das Parkpickerl nicht geholfen, denn die dortige Bezirksvorsteherin, Andrea Kalchbrenner, hat diese 11 000 Unterschriften einfach ignoriert.

Sie kennen sicherlich die Protest-Mail eines Bürgers, der meiner Meinung nach vorher die SPÖ gewählt hat. – Ich möchte daraus zitieren: „Es gibt kein einziges vernünftiges Argument für Penzing. Freie Parkplätze gibt es genügend, und ich sehe absolut keinen Grund, dass man das hier einführt.“

Bezogen auf das Kernthema – und daran möchte ich Sie, meine Damen und Herren, erinnern –, es geht hier nicht um Parkplatzvernichtung und Parkplatzverhinderung, sondern es geht um Parkplatzzschaffung anstelle einer Parkraumbewirtschaftung. Widerspricht sich hier die Wiener Politik?

An einer anderen Stelle dieser Mails wird erwähnt: „Es gibt in Penzing keine Parkplatzznot. Es gibt Offi-Not.“

Meine Damen und Herren! Das Parkpickerl wird in den zwangsbeglückten Bezirken keinen einzigen neuen Parkplatz schaffen, es wird ausschließlich der Stadtkasse Mehreinnahmen bringen. Die Bürgerinnen und Bürger werden wieder einmal ausgesackelt. Sie haben für etwas gezahlt, was ihnen nicht garantiert wird. Wenn jemand in einem anderen Bezirk zum Einkaufen fährt oder Freunde besuchen will, dann wird er dort eben wieder zur Kassa gebeten. Lösungen für diese Probleme sind weit und breit nicht in Sicht. Die Ausweitung von rund 125 000 Kurzparkplätzen auf rund 255 000 bedeutet mehr als die Verdoppelung der bisher eingeführten Gebühren oder eingehobenen Gebühren. Nicht zu vergessen die Steigerung der Gebühren um 67 Prozent seit dem 1. März dieses Jahres.

Außerdem bringe ich mit meinen Kolleginnen Isabella Leeb und Barbara Feldmann noch einen Antrag betreffend Jugendstilensemble Otto-Wagner-Spital als UNESCO Weltkulturerbe ein. – Der Beschlussantrag lautet:

„Der Wiener Gemeinderat spricht sich für die Aufnahme des Jugendstilensembles Otto-Wagner-Spital in die nationale Vorschlagsliste betreffend Weltkulturerbe der UNESCO aus. Die zuständigen Stellen der Stadt Wien mögen die diesbezüglich erforderlichen Schritte einleiten.“

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.“ *(Beifall bei der ÖVP.)*

Abschließend kann ich nur nochmals feststellen: Sie, Frau Stadträtin, haben offenbar bei der Erreichung Ihrer Ziele deutlich die Grenzen überschritten und haben of-

fenbar Ihre Mitarbeiter nicht im Griff. Wir bleiben dabei: Die Erweiterung der Parkraumbewirtschaftung ist nur gut als Abzocke der Wienerinnen und Wiener, sie werden dafür aber keinen einzigen neuen Parkplatz bekommen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zu Wort gemeldet ist Frau GRin Dr Kickert. Ich erteile es ihr.

GRin Dr Jennifer **Kickert** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte – wie soll ich sagen? – wackere Zuhörer und Zuhörerinnen! Sehr geehrter Herr Hadinger! Sie sitzen auch schon lange hier. Freut mich, dass Sie noch da sind!

Wir haben jetzt die Besprechung der Dringlichen Anfrage zum Thema Bürgerbeteiligung und Bürgermitentscheidung. In seiner Begründung hat sich GR Stiftner hauptsächlich mit Fragen des Verkehrs beschäftigt. Er hat – wie soll ich sagen? – eine Beschuldigungsorgel sondergleichen angeworfen, hat aber sehr wenig zum Thema Bürgerbeteiligung und Bürgerentscheidung gesagt. Es kamen also nicht einmal leere Worte, sondern keine Worte vom schwarzen GR Stiftner.

Halt! Nein! Ich muss mich korrigieren: Er hat schon etwas dazu gesagt, nämlich dass ihn die semantischen Unterschiede zu den demokratischen Methoden welcher Art auch immer nicht interessieren. – Das Interessante daran ist, dass er die Unterschiede dieser Möglichkeiten auf die Semantik reduziert und damit meiner Meinung nach beweist, dass es ihm so ähnlich geht wie Kollegen Mahdalik, der sich nämlich laut seiner eigenen Aussage bald nicht mehr auskennt. Das sehe ich auch so! Aber das macht nichts! Die Grüne Fraktion ist angeblich das Chaos schlechthin, trotz dieses Chaos scheint sie aber trotzdem noch so mächtig zu sein, dass sie die andere Regierungsfraktion, die doppelt so stark ist wie sie, in Geiselhaut nehmen kann.

Was für Bilder Sie da in Ihrer Begründung in Anbetracht Ihrer Befürchtungen rund um die direkte Demokratie und unsere Verkehrspolitik produzieren, ist wirklich beachtlich!

Neben anderen möchte ich zunächst einen kurzen inhaltlichen Punkt erwähnen: Ein Antrag wurde jetzt von GR Dworak eingebracht, und es wird wahrscheinlich ein zweiter, quasi deckungsgleicher zum OWS und zur Frage der Aufnahme als UNESCO-Weltkulturerbe eingebracht werden. – Sie alle wissen, dass gerade um die Frage der Erhaltung des Otto-Wagner-Areals eine Mediation stattfindet, in welche drei Bürgerinitiativen mit sehr vielen Vertretern und Vertreterinnen eingebunden sind. Das ist übrigens – nur zur Aufklärung – auch eine Methode der Partizipation. In dieser Mediation wird jetzt gemeinsam darüber geredet werden, was aus diesem Gebiet gemacht werden kann, was mit diesem Gebiet geschehen kann und was mit den bereits projektierten Wohngebäuden geschehen wird.

Das Interessante an dieser partizipativen Methode ist, falls wir es schaffen, in die Mediation zu kommen, dass alle Entscheidungen im Konsens getroffen werden. Es gibt keine Mehrheitsentscheidung und keine Verlierer. Das, was in einem Mediationsverfahren entschieden wird, geschieht im Konsens. Das ist meiner Meinung

nach ein ausgesprochen starkes Signal für Ernstnehmen, und zwar in diesem Fall der VertreterInnen der drei Bürgerinitiativen, und eine ganz besonders starke Form der Mitbestimmung dieser Menschen.

Wie ernst Sie es jedoch mit der Beteiligung meinen und wie wenig Sie nicht nur die semantischen Unterschiede, sondern die tatsächlichen Unterschiede erkennen können, zeigt mir auch der Vergleich des Kollegen Dworak, der meint, 600 Menschen, die sich aktiv mehrere Stunden lang daran beteiligen, wie die Gestaltung der Mariahilfer Straße ausschauen könnte, sind quasi nichts wert gegenüber 3 500 Antworten. – 3 500 gegenüber 600: Das eine bedeutet, ein Kreuzerl machen und das Papier zurückschicken, das andere ist stundenlange aktive Mitarbeit an der Projektierung!

Ich würde nicht versuchen, beides gegeneinander abzuwägen, sondern mein Ansatz ist, mir zu überlegen, welche Form der Beteiligung für welche Frage die richtige ist. Manchmal ist es richtig, dass sich die Menschen bereits in der Planung und Ausgestaltung aktiv beteiligen und ihre Ideen mit einbeziehen können. Manchmal reicht es hingegen aus, weil alles schon diskutiert und entsprechend darüber informiert wurde, einfach nur noch abzufragen. Die Antwort aber, ob die eine Methode besser ist als die andere, ist nicht in der Tatsache zu finden, wie viele Antworten man auf eine Frage bekommt oder wie viele Menschen man erreichen kann, sondern ob die Frage, die man stellt, für das Problem, das man gemeinsam lösen will, die richtige ist. – Das wäre volles Verständnis für direkte Demokratie, und das wäre auch volles Verständnis für Partizipation. Beides sollte man auseinanderhalten, denn beide Varianten haben, außer dass die Menschen mittun dürfen, in der Methodik sehr wenig miteinander zu tun, und ich werde nicht aufhören zu versuchen, Ihnen das zu erklären. – Und danke. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Herzog. Ich erteile es ihm.

GR Johann **Herzog** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Vorsitzender! Frau Vizebürgermeisterin!

Es war ganz interessant, jetzt zu hören, wie sich Frau Dr Kickert bemüht, Beteiligung von Bürgern an Umfragen, bei denen sie eine Rücksendung machen müssen, niedrigzureden, herabzureden, herabzustufen. Und interessant und entlarvend war die Bemerkung über den Vergleich von 600 Anwesenden bei einer Diskussion über die Gestaltung auf der einen Seite und die Zahl 3 500 auf der anderen. Wenn festgestellt wird, dass die 3 500 nicht viel tun, wenn sie ein Kreuzerl machen, dann ist das keine sehr freundliche Bemerkung für die Bevölkerung, die daran teilnimmt!

Außerdem wurde gesagt, dass es nicht auf die Zahl ankommt, dass es gleichgültig ist, ob es viel oder wenige sind, dass vielmehr entscheidend sei, dass es das Richtige ist. Mit anderen Worten: Frau Dr Kickert und die GRÜNEN ... *(Zwischenruf von GRin Dr Jennifer Kickert.)* Sie haben das gesagt, Frau Doktor! Genau das haben Sie gesagt! Sie haben festgestellt, dass es nicht darauf ankommt, was die Leute sagen, Hauptsache, sie sagen

das Richtige. – Genau das verstehen Sie unter direkter Demokratie. (*Zwischenruf von GR Dipl.-Ing. Martin Margulies.*)

Aber so ist es, mein Lieber! Genauso läuft es bei euch! Das ist genau die Einstellung zum Thema direkte Demokratie: Die GRÜNEN tun zwar so, als wären sie ganz dafür, aber im Grunde genommen weichen sie vor der Meinung des Volkes zurück und sonst gar nichts! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Partizipation, Dialog, Mediation: Es gibt viele Dinge, die hier diskutiert werden können, keine Frage! Zur Bemerkung, dass eine Volksbefragung keinen verbindlichen Charakter hat, möchte ich feststellen: Sie ist Gegenstand der Stadtverfassung genauso wie die Volksabstimmung. Die Volksbefragung ist eine hoch offiziell in die Stadtverfassung integrierte Angelegenheit. Natürlich muss – im Unterschied zur Volksabstimmung – der Gemeinderat zustimmen. Das steht fest. Ich möchte aber feststellen: Den Gemeinderat schaue ich mir an, der sich dem einheitlichen Willen einer Bevölkerung, die sich glasklar geäußert hat, entgegenstellt! Gesund kann das für die Gemeinderäte, die das tun, nicht sein!

Ich möchte sagen, in Ihrer ersten Wortmeldung haben Sie ein bisschen versucht, eine ätherische Debatte über die direkte Demokratie zu führen. – Ich möchte sagen, konkret sind diese Feststellungen in Bezug auf die Mariahilfer Straße – und über diese möchte ich in erster Linie reden – sicherlich nicht! Es gibt nämlich offensichtlich betreffend die Lösungsansätze der Frau Vizebürgermeisterin eine klare Ablehnung von so ziemlich allen, nämlich einerseits von der Bevölkerung, die beglückt beziehungsweise zwangsbeglückt werden soll, und andererseits auch von Seiten der Kaufleute. Die Kaufleute haben vor einiger Zeit in einer Abstimmung in der Mariahilfer Straße, die durchgängig beantwortet wurde, eine 90-Prozent-Mehrheit gegen Fußgängerzone erreicht. Was wollen Sie denn noch?

Das heißt: Was Sie hier mit den guten Mitteln von Partizipation, Dialog und Ähnlichem betreiben, ist nichts anders als ein Beruhigungspraktikum beziehungsweise eine Verschleierung, und man muss feststellen, dass damit nur erreicht werden soll, dass die Bevölkerung nicht in die Entscheidungen mit einbezogen werden soll. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Trotz dieser Schleiertänze, die hier jetzt aufgeführt werden, lehnt Frau VBgmin Vassilakou letzten Endes die Mitbestimmung, das heißt, die Zustimmung oder Ablehnung durch die Bevölkerung, ganz einfach deshalb ab, weil sie an ihren Projekten festhalten will und keine anderen mehr zur Kenntnis nehmen will.

Es ist daher derzeit immer nur von drei Varianten die Rede, eine vierte, nämlich der Status quo, wurde in die Verhandlungen noch nicht einmal mit einbezogen und steht auch nicht zur Debatte. Damit ist das Ganze schlicht und einfach eine Verschleierungstaktik. Man spielt eine Machtfrage durch und will sich durchsetzen.

Für uns ist völlig klar: Die FPÖ – das weiß jeder – hält an der jetzigen Lösung fest. Sie scheint die beste zu sein, und zwar verbessert dadurch – wie man natürlich alles verbessern kann –, dass man etwas fußgänger-

freundlich sein kann, indem man die Ampelungen verbessert. Mehr ist nicht zu machen.

Was die Varianten selbst betrifft, hat sich, glaube ich, sehr viel geändert. Die Frau Vizebürgermeisterin hat ihre Meinung oft genug geändert, und es sind verschiedene Meinungen aus einem Mund herausgekommen. Zur Zeit haben wir drei Varianten. Die erste Variante, die im Gespräch war, war die Fußgängerzone selbst. Diese scheint jetzt vom Tisch zu sein. Gegen sie spricht, genauso wie gegen die eine oder andere Lösung, dass zu viele Querungen in der Mariahilfer Straße existieren, um eine Fußgängerzone überhaupt sinnvoll umsetzen zu können. Was viel zu wenig beachtet wird, ist die Tatsache, dass es in der Mariahilfer Straße eine Unmenge von Privatgaragen gibt, zu denen die Zufahrt möglich sein muss, weswegen man – mit anderen Worten – auch gar nicht kontrollieren kann, welcher PKW-Zuzug dort stattfindet.

Die zweite Variante ist eine Teilfußgängerzone. Wenn ich richtig informiert bin, soll sich zwischen Babenbergerstraße und Stiftgasse nichts ändern. Zwischen Stiftgasse und – sonderbarerweise – Andreasgasse soll die Fußgängerzone kommen und dahinter wieder nicht. – Ich frage mich nur, wie diese sogenannte Fußgängerzone, dieses Teilwerkchen, ausschauen wird, wenn man die Neubaugasse mit einbezieht! Wie soll die Lösung des Kreuzungsbereiches Neubaugasse in der Fußgängerzone zwischen Stiftgasse und Andreasgasse funktionieren? – Ich sehe in dem Ganzen im Grunde genommen nur ein dilettantisches Stückwerk. Das Ganze ist Aktionismus pur, weil man die Dinge aus irgendeinem Grund halt ändern will. Wie lange das aber gelten wird, werden wir erst sehen!

Die dritte Idee ist wahrscheinlich überhaupt eine Notlösung – weil man sich vor der Kritik retten musste, die ausgebrochen ist –, nämlich Shared Space. Shared Space ist ein völlig unklarer Begriff, nicht näher formuliert. Dieser Begriff wurde in Holland vor einigen Jahren entwickelt und hat in Deutschland in irgendeiner kleinen Stadt Verwirklichung gefunden. Das hat sich aber auch dort nicht bewährt. Jetzt wird das hier in die Debatte eingebracht und so getan, als wäre das hier eine brauchbare Lösung.

Nein! Wir sind dafür, dass man Dinge, die gut sind, nicht um des Zwecks willen ändern muss. Wir bleiben bei der Variante, wie sie ist, mit einer Verbesserung für die Fußgänger und sehen sonst keinerlei Notwendigkeit für anderes. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Zur Frage der Verkehrsumleitung in den 6. und 7. Bezirk: Dazu hat die Stadträtin bei der Antwort nichts gesagt. Sie hat sich auf andere Bezirke bezogen, hat also keine Antwort gefunden. Dass eine massive Beeinträchtigung für die Bürger im 6. und 7. Bezirk zweifelsfrei gegeben ist, brauche ich, wie ich glaube, nicht näher zu erwähnen.

Ich glaube, dass diese drei Ideen – oder was noch kommen wird – im Grunde nur dazu dienen, in der Mariahilfer Straße Schaden anzurichten, und zwar an der Einkaufsstraße selbst, an den Bürgern, den Anrainern und auch den Bezirksbewohnern des 6. und 7. Bezirkes.

Und mir selbst sind schon richtig beunruhigende Wortmeldungen zugebracht worden, dass die Unruhe schon längst auf den 8. Bezirk übergreift.

Im Übrigen – vielleicht wird mein Kollege Mahdalik dann mehr dazu erzählen –: Die Gehsteigbreite in der Mariahilfer Straße beträgt 10 m. Was will man? Das sind auf jeder Seite 10 m, also insgesamt 20 m. Das ist so breit wie die Kärntner Straße. Da ist überhaupt nichts zu wollen für die Fußgänger: Sie haben genug! Daher ist die Frage: Cui bono? Wem nützt das? – Vielleicht will die Frau Vizebürgermeisterin wieder ihrer Radfahrideologie huldigen und dort einen Radweg errichten, was natürlich überhaupt die größte Katastrophe wäre. In einer Einkaufsstraße ist das eine gefährliche Angelegenheit, die mit Garantie zu Unfällen führen muss. Mit gutem Grund gibt es naturgemäß weder in der Kärntner Straße noch zum Beispiel in der Favoritner Straße einen Radweg. Wenn sie so etwas plant, dann ist sie meiner Meinung nach für jeden einzelnen Unfall ganz konkret persönlich verantwortlich! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Im Mittelpunkt steht für uns die Bürgermitbestimmung, und nachdem diese Rauchvorhänge, die hochgezogen wurden, für uns jetzt nicht mehr interessant genug sind, stellen wir fest: Wir wünschen eine Volksbefragung gemäß § 112b der Wiener Stadtverfassung. Wir wissen, dass die Variante nicht verbindlich ist. Sie muss vom Gemeinderat abgesegnet werden. Ich glaube aber, dass das bei den Mehrheitsverhältnissen, wie sie jetzt gegeben sind, wahrscheinlich kein Problem sein wird. Und wir werden uns anschauen, wie die Sozialisten und die GRÜNEN gegen einen solchen Volkswillen stimmen und vorgehen!

Ich kann nur dazusagen, die Stadträtin für Bürgerbeteiligung, vor allem, was die Mariahilfer Straße betrifft, fürchtet das Volk eigentlich, und den Namen Bürgerbeteiligungsstadträtin trägt sie nicht einmal mehr als Schmuck.

Ich würde auch noch einen zweiten Punkt nennen, den man wirklich ansprechen muss: Die Mariahilfer Straße leidet unter einem weiteren Problem, das immer wieder ausbricht, nämlich den Dauerdemonstrationen. Die Dauerdemonstrationen in der Mariahilfer Straße sind ein echter Schaden für die Einkaufsstraße. Ich stelle fest: Selbstverständlich sind Demonstrationen ein Grundrecht, das geschützt gehört, keine Frage. Dieses Recht steht jedem Bürger zu. Es müssen aber auch die Rechte anderer geachtet werden, und es ist selbstverständlich, dass eine Rechtsabwägung stattfinden muss. Diese Dauerbelästigung, dass alles und jedes in der Mariahilfer Straße stattfindet und dass alle Demonstrationzüge sich vom Westbahnhof durch die Mariahilfer Straße hinunterbewegen, ist geschäftsschädigend und bringt ein ganzes Viertel in Verruf. Das gehört geändert.

Im Zusammenhang mit diesen Dauerbelagerungen hat es ja groteske Vorkommnisse gegeben. Unter dem Titel Demonstration hat es Dauerbelagerungen von Firmen gegeben, etwa von Kleiderbauer und Peek & Cloppenburg. Ich habe nicht die Absicht, sachlich darauf einzugehen, aber ich stelle fest, dass das sicherlich mit dem Begriff Demonstration nichts zu tun hat. Und

die Feststellungen der Frau Vizebürgermeisterin, dass die Fußgängerzahlen steigend sind, muss man leider dementieren: Sie sind um einige Prozente zurückgegangen, und nicht zwar nicht zuletzt auf Grund dieser Demos,

Ich darf feststellen, dass zum Beispiel Prof Öhlinger ganz klar feststellt, dass es hier um eine Rechtsabwägung geht und dass er in diesem Fall selbstverständlich den Bewohnern und den Geschäftsleuten der Mariahilfer Straße den Vorzug geben würde. Er sieht sogar die Möglichkeit, dass geschädigte Kaufleute Schadenersatz vom Staat verlangen könnten.

Im Großen und Ganzen würde ich sagen, es gibt in der Mariahilfer Straße viele Probleme, die zu lösen sind, etwa die Beleuchtung et cetera. Eine Fußgängerzone wäre jedoch etwas Verwerfliches und für die Menschen sehr Schlechtes. Die Demonstrationen sind schon etwas Schlechtes, und ich würde darum bitten, dem Willen des Volkes Raum zu bieten und dafür Sorge zu tragen, dass dieser einer Verwirklichung zugeführt wird und dass all das, was die Frau Vizebürgermeisterin will, nicht geschieht. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr Sigrig **Pilz**: Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Mag Tanja Wehsely! Ich erteile es ihr.

GRin Mag (FH) Tanja **Wehsely** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Das ist ja wirklich wieder total entlarvend! Ich meine, es ist ja fast schon lustig! Der Kollege von der FPÖ spricht von BürgerInnenbeteiligung, Partizipation und darüber, dass die Bürger einbezogen werden und ihre Meinung äußern sollen et cetera. In einem Handstreich spricht er sich dann in Wirklichkeit aber zugleich für ein Demonstrationsverbot aus. *(Beifall bei der SPÖ. – GR Johann Herzog: Das habe ich nicht gesagt!)*

Es ist ja wohl ein absolut demokratisches Recht, dass man in unserem Staat und in unserer Stadt demonstrieren darf. Er spricht aber von der armen Mariahilfer Straße, die von Demonstrationen geplagt ist. Das ist meiner Meinung nach wirklich eine Chuzpe sondergleichen! Aber ich glaube, deswegen ist nicht mehr zu sagen zur Bürgerbeteiligung und Partizipation, was die FPÖ betrifft!

Es ist wirklich unglaublich und sehr schade, dass ÖVP und FPÖ BürgerInnenbeteiligung und Partizipation ausschließlich gleichsetzen – die Verkehrspolitiker mögen mir das jetzt verzeihen! – mit Verkehr, Verkehrspolitik und dem Parkpickerl et cetera. Sie reden in Wirklichkeit nur von der Methode der Befragung. – Ich sage Ihnen, BürgerInnenbeteiligung und Partizipation ist weit mehr als das, wovon Sie hier schwafeln! Das ist weit mehr!

Sie setzen Demonstrationen mit Randalen gleich! *(Zwischenruf von GR Mag Johann Gudenus, MAIS.)* Natürlich, Herr Gudenus! Demonstration ist gleich Randalen! Wir sehen, wes Geistes Kind Sie sind! Sie können das halt nie verbergen!

Ich sage Ihnen, BürgerInnenbeteiligung und Partizipation sind weit mehr als Befragung. Es geht nicht nur

um das Parkpickerl und die Verkehrspolitik. (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Eure schon!*) Und sie findet nicht nur im Zusammenhang mit Bauvorhaben und Verkehr statt. BürgerInnenbeteiligung und Partizipation sind vor allem ein Prozess. Das ist keine punktuelle Angelegenheit, sondern das findet kontinuierlich statt.

Und das ist die nächste Chuzpe, die sich im Rahmen der Debatte zur Mariahilfer Straße immer wieder zeigt: Gerade die Bezirke 6 und 7 sind wohl Bezirke, wo BürgerInnenbeteiligung groß geschrieben wird, und zwar schon sehr lange. Da zu unterstellen, dass das dort nicht wirklich hochgeschätzt wird, ist weder gegenüber Bezirksvorsteherin Kaufmann noch gegenüber Bezirksvorsteher Blimlinger in irgendeiner Weise gerecht. Überlegen Sie also auch im Hinblick darauf einmal, was Sie sagen!

BürgerInnenbeteiligung und Partizipation bedürfen eines regen Austauschs an Standpunkten und Meinungen. Es ist dies ein Diskussionsprozess. Man braucht Geduld, man braucht Zeit, und man braucht Muße dafür. Es ist wichtig zuzuhören, es ist sehr wichtig zu informieren, man muss einen Gleichstand an Information herstellen, um auf Augeshöhe diskutieren zu können, und es geht um das Ernstnehmen.

Was aber ist BürgerInnenbeteiligung und Partizipation nicht? – Es ist kein nach dem Mund Reden, es ist nicht ein Aufspringen auf die vermeintlich richtige Seite, nur damit man punktet. Es bedeutet nicht, dass es keine politischen Vorgaben mehr gibt. Das ist nicht BürgerInnenbeteiligung und Partizipation! Damit streuen Sie den Leuten Sand in die Augen. Das heißt aber auch nur: Sie haben es einfach nicht verstanden! Das ist auch oft der Fall. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Wir haben in dieser Stadt mannigfaltige Instrumente, Strukturen und Möglichkeiten, die für BürgerInnenbeteiligung und Partizipation ausgerichtet sind, und das auch nicht erst seit gestern, schon in einer langen Tradition. Wir haben Strukturen wie Gemeinwesenarbeit, wir haben Strukturen wie Jugendarbeit, wir haben Strukturen wie Jugendparlamente. Wir haben das in allen Bezirken. Es geht um die Mitsprache und Mitgestaltung insbesondere des Grätzels, damit die Menschen dort, wo sie sich aufhalten, mitgestalten können. Die Magistratsabteilungen sind sehr gut darauf ausgerichtet, insbesondere 13, 42 et cetera. (*Zwischenruf von GR Mag Johann Gudenus, MAIS.*) Ich weiß nicht genau, ob Sie die Nummern zuordnen können. Wir haben die Agenda 21, wir haben die Wohnpartner, wir haben eigene Mietermitbestimmungsstatute bei Wiener Wohnen. Das dürfte Ihnen wahrscheinlich auch schon untergekommen sein, und Sie haben vielleicht auch schon bemerkt, dass das, europaweit gesehen, nicht sehr häufig vorkommt. Wir haben die Gebietsbetreuung und so weiter.

Wir haben also schon lange schlagkräftige und gute Strukturen geschaffen, um Beteiligung und Partizipation in dieser Stadt zu ermöglichen. Es gibt Grätzelsbeiräte, teilweise sogar mit eigenen Budgets für die Bürgerinnen und Bürger und für die Jugendlichen, damit sie auch selbst verwalten können.

Wie gesagt: Das Wichtigste ist der permanente Aus-

tausch und dass wir in Diskussion bleiben. Wir wollen aber keinesfalls das tun, was Sie zu tun versuchen, und das ist in der Regel, die Bürgerinnen und Bürger zu vereinnahmen und zu instrumentalisieren. Aber ich sage Ihnen, die Bürgerinnen und Bürger erkennen das, sie bekommen das mit! Das glauben Sie nicht, aber ich sage Ihnen, es ist so! Sie unternehmen zumindest den Versuch – aber wahrscheinlich scheitert dieser ohnedies –, sich dann, wenn man sozusagen ein bisschen Wind von etwas bekommt, auf die vermeintlich richtige Seite zu werfen und den Leuten Sand in die Augen zu streuen.

Ich sage Ihnen aber, wenn Ihnen die Bürgerbeteiligung und die Partizipation so wichtig sind, dann übernehmen Sie doch Verantwortung (*GR Mag Wolfgang Jung: Genau das tun wir!*) und betreiben Sie nicht dauernd Desinformation! (*GR Mag Wolfgang Jung: Was ist mit den Leuten, die in Kaltenleutgeben auf der Straße sitzen?*) Im Übrigen wäre es wirklich an der Zeit, Herr Jung, letzter Satz, dass Sie zur Kenntnis nehmen, wenn wir schon über Bürgerbeteiligung in dieser Stadt sprechen, dass wir soeben einen der größten BürgerInnenbeteiligungsprozesse gestartet haben, nämlich unsere Wiener Charta des Zusammenlebens. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.* - *GR Mag Wolfgang Jung: Die nächste Bürgerbeteiligung werden die Wahlen sein!* - *GR Mag Dietbert Kowarik: Glauben Sie das wirklich?*)

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Mahdalik. Ich erteile es ihm. (*GR Johann Herzog: Ich habe mich zu einer tatsächlichen Berichtigung gemeldet!*) - Entschuldigen Sie, Herr Kollege Mahdalik. Der Herr StR Herzog (*GR Johann Herzog: Nicht mehr!*), nicht mehr, ehemaliger, jetzt GR Herzog ist zu einer tatsächlichen Berichtigung gemeldet.

GR Johann **Herzog** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren!

Ganz kurz zur Kollegin Wehsely. Sie hat einige Sachen gesagt, die einfach nicht stimmen. Ich wäre für ein Verbot von Demonstrationen eingetreten. Ich habe nur festgestellt, sie müssen nicht alle in der Mariahilfer Straße stattfinden. Also, Differenzierung tut not. Das ist es.

Der Schaden für die Straße ist selbstverständlich da. Wenn jeden Samstag irgendwelche Grüppchen, begleitet von 200 Polizisten, durch die Straße ziehen und sie durch Stunden blockieren, ist das schädlich für die Geschäftswelt, schlecht für die Kunden und schlecht für die Anrainer.

Ich möchte, dass klargestellt wird, dass es ein Rechtsgut ist. Das habe ich auch klar gesagt. Aber es überragt nicht die anderen Güter.

Zum Abschluss möchte ich nur zitieren, was Öhlinger sagt: „Die Interessen der Mariahilfer Kaufleute fallen durchaus unter die Rechte anderer.“ Öhlinger betont die Pflicht der Behörden, zwischen den Interessen der Veranstalter, der Demonstration und anderer Menschen abzuwägen. Jeder, der mit Demonstrationen zu tun hat, weiß, dass es eine Besprechung gibt und Anmeldungen derselben bei den Sicherheitsbehörden. Da kann man selbstverständlich in einem Gespräch feststellen, dass es nicht hier, sondern woanders stattfindet, zum Beispiel vor dem Bundeskanzleramt, vor dem Rathaus oder ei-

nem Ministerium. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr Sigrig **Pilz**: Jetzt ist Herr GR Mahdalik am Wort. Ich erteile es ihm.

GR Anton **Mahdalik** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren!

Gott sei Dank hat uns die Kollegin Wehsely kurz vor Ende der Sitzung noch erklärt, wie es im Rathaus in Wien, in Österreich, in der Welt wirklich rennt. *(GRin Mag (FH) Tanja Wehsely: Dann sag danke!)* - Vielen Dank, sonst müssten wir heute orientierungslos von dannen ziehen. *(GRin Mag (FH) Tanja Wehsely: Das möchte ich nicht! - GR Mag Jürgen Wutzlhofer: Jetzt weiß er, wozu er heute gekommen ist!)* Sie hat auch erklärt, wie bürgernah und partizipativ, vielleicht sogar konsensual die rot-grüne Stadtregierung ist. *(GRin Mag (FH) Tanja Wehsely: Das ist alles nicht neu!)* Es gibt die Charta, es gibt die Schülerparlamente, es gibt Bla und Bla und Bla und Bla und was es nicht alles gibt. *(GRin Mag (FH) Tanja Wehsely: Das ist alles nichts wert!)* Darum gibt es auch so wenig Volksabstimmungen und Bürgerbefragungen, weil die Leute das Blablabla von der angeblichen Bürgerbeteiligung schon bis daher stehen haben. Darum traut ihr euch keine Bürgerbefragungen durchzuführen, weil ihr eine über den Hut kriegt. Das habt ihr im 18. Bezirk gemerkt. In Favoriten habt ihr den Schwanz eingezogen. Gut für euch. *(GR Dipl-Ing Rudi Schicker: Wie bitte?)* 21., 22. Bezirk schon vorsorglich gemacht. 11. Bezirk ist überhaupt heikel. Dort seid ihr in den Umfragen schon hinter die FPÖ zurückgefallen.

Ihr werdet euch bei der nächsten Wahl noch wundern, weil das Blablabla kann keiner mehr hören. Die Inserate, wie gut nicht die Regierung ist, kann schon keiner mehr lesen. Ihr braucht nur einmal abstimmen zu lassen, wie im 18. Bezirk, dann kriegt ihr eine über den Hut, dann habt ihr keine Mehrheit. *(GR Dipl-Ing Rudi Schicker: Mehr Blablabla geht nicht!)* Macht das öfters, dann kriegt ihr öfters eine über den Hut. *(Beifall bei der FPÖ. - GR Mag Wolfgang Jung: Bravo! - GR Dipl-Ing Rudi Schicker: Bleiben Sie beim Blablabla!)*

Ihr habt euch so über das angebliche Demonstrationsverbot echauffiert, das keines ist und auch nicht eingefordert wird. Es sind der Kollegin Wehsely 30 bekiffte Beschäftigungslose wichtiger als zehntausende Kunden der Mariahilfer Straße und hunderte Geschäftsleute samt Familien und dutzende Millionen Umsätze. Daran merkt man, welch Geistes Kind die Kollegin Wehsely ist. Damit möchte ich es schon bewenden lassen. *(GR Karlheinz Hora: Das ist eine Frechheit! Dieser Ton ist nicht angebracht!)* Ihr werdet noch Augen und Ohren machen! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr Sigrig **Pilz**: Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Dr Kickert. Ich erteile es ihr.

GRin Dr Jennifer **Kickert** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren!

Noch eine Begründung zur Ablehnung der beiden eingebrachten Anträge zum Weltkulturerbe Otto-Wagner-Spital: Wichtig ist, dass wir diese Anträge vor allem deswegen ablehnen werden, weil gerade jetzt im Mediationsverfahren eines wichtig ist, nämlich die sogenannte

Ergebnisoffenheit und im Zuge dessen keine Anträge, die die Möglichkeiten einer konsensualen Entscheidung in irgendeiner Weise präjudizieren, angenommen werden können.

Das war mir noch wichtig zu ergänzen, habe ich in meiner vorhergehenden Wortmeldung vergessen. Herr Hadinger, Sie wissen schon warum. Wir haben schon darüber beraten. - Danke. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Vorsitzende GRin Dr Sigrig **Pilz**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Dipl-Ing Stiftner. Ich erteile es ihm.

GR Dipl-Ing Roman **Stiftner** *(ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien)*: Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte hier noch einen Antrag einbringen, und zwar ist das auf Grund der Geschäftsordnung sozusagen erst im Nachklang sinnvoll und möglich gewesen, nämlich betreffend die Einführung eines Parkpickerls in den Außenbezirken ohne Befragung der Bezirksbevölkerung. Sie kennen den Antrag bereits. Ich denke, es ist sinnvoll, noch einmal demonstrativ zu sagen, wer hier für Bürgermitbestimmung ist und welche Fraktionen offenbar drüberfahren wollen.

Ansonsten, glaube ich, sind viele Dinge hier heute noch zu berichtigen, was ich aber nicht durchgehend machen werde.

Aber zur Frau Kollegin Kickert möchte ich schon sagen, wenn sie hier eine Bürgermitbeteiligung, wie sie es genannt hat, auf der Mariahilfer Straße mit einer repräsentativen Umfrage vergleicht, dann ist das, glaube ich, wirklich eine unzulässige Vermischung. Erstens wissen wir aus verlässlichen Quellen, dass sehr selektiv eingeladen worden ist bei diesen sogenannten Mitwirkungsmöglichkeiten. Es ist heute auch von der Frau Stadträtin bestätigt worden, dass es dabei nicht um Informationsaustausch ging, sondern sozusagen um ein Mitwirken in irgendeiner Art, in einer unstrukturierten und ohne Spielregeln vorgegebenen Art und Weise, selektiv eingeladen, also offensichtlich besonders rot-grüne Sympathisanten in einer gewissen Übergewichtung. Viele, die dort wohnen, haben dazu keine Einladung bekommen. Also, wie auch immer, das ist auf jeden Fall nicht das, was man unter einer repräsentativen Umfrage versteht. Das haben wir gemacht. Das Ergebnis ist deshalb auch ein ganz anderes und es ist Ihnen nicht angenehm. Aber Ihre Ideen kommen schlicht und einfach bei der Bevölkerung nicht an, sehr geehrte Damen und Herren!

Zur Frau Stadträtin und ihrer grundsätzlichen Bemerkung, weil die Fragebeantwortung, die da mehr oder weniger abgelesen wurde, hat kaum neue Erkenntnisse gebracht, außer dass offenbar die Dinge, die wir abfragen, sehr unangenehm sind. Sie hat die Grundsätze eingebracht, dass ihr die Gesundheit und das Ende der Abhängigkeit von Benzin und Diesel wichtig sind. Das sind die Hauptmotive der Verkehrspolitik der GRÜNEN.

Dann hat sie hineingehauen und gesagt, der motorisierte Individualverkehr ist eigentlich das Problem und die Autofahrer seien schlichtweg dumm. Ich weiß nicht, wie ich hier noch höflich replizieren soll, aber wenn man sich in irgendeiner Art und Weise wirklich ernsthaft mit Verkehrspolitik und vor allem Modalitäten im Bereich der

City-Logistik auseinandersetzt, dann sollte man zumindest ein bisschen nachdenken, ob es nicht Alternativen gibt und die Dinge nicht einfach vermischt werden. Weil Sie vermischen hier Spritpreis mit Diesel, mit ökologischen Aspekten und vor allem mit Ihrer eigenen Ideologie. Wenn Ihnen die Emission ein solches Anliegen ist und wenn Ihnen der Dieselpreis oder auch der Benzinpreis ein solches Problem ist, was er in der Tat ist, dann wäre doch das Erste, was ich an Ihrer Stelle als Stadträtin beginnen würde, ein E-Mobility-Konzept aufzusetzen, wo ich Elektrotankstellen mit solarversorgter Energie aufbaue, darauf schaue, dass ich emissionsfreie Elektromobilität in der Stadt fördere. Dann sichere ich die Mobilität der Menschen, aber die Emissionen habe ich nicht mehr. Wenn das die Situation ist, dann haben Sie eine leichte Chance, hier wirklich anzusetzen. Aber Ihre Variante ist eine ganz andere. Sie hassen alles, egal, welchen Antrieb es hat, das vier Räder hat oder wie auch immer es motorisiert ist.

Sie wollen unbedingt was auch immer fördern, seien es Fahrräder, sei es nicht einmal öffentlichen Verkehr, weil auch da sind Sie wirklich auf der Bremse, was den U-Bahn-Ausbau betrifft, sodass ich Ihre Verkehrspolitik beim besten Willen nicht nachvollziehen kann. Sie ist ein Flickwerk. Sie ist nicht wirklich durchgehend angesetzt. Ich möchte das Wort dumm in keinsten Weise zurückgeben, weil das verbieten mir meine Höflichkeit und meine Erziehung, aber es ist zumindest mit wenig Kompetenz einer Stadtregierung ausgestattet, wenn man eine solche Verkehrspolitik ausübt. *(Beifall bei ÖVP, FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Auch Carsharing wird in keinsten Weise die Emissionen vermindern, weil es ziemlich egal ist, ob man mit dem eigenen Auto oder mit einem gehärteten Car unterwegs ist. *(GR Ernst Woller: Um ein Zehntel!)* Emissionen werden da und dort passieren. Das Einzige, worüber man diskutieren kann, ist der Parkraum, was aber auch nicht funktionieren wird, weil es hier andere Probleme gibt. Es ist einfach eine andere Art der Mobilität, so wie einer ein Auto hat, ein andermal Taxi fährt und dann einmal öffentliche Verkehrsmittel verwendet. Das wird es geben. Das ist sinnvoll. Aber es ist natürlich nicht etwas, was man auf Kosten der Allgemeinheit fördern wird können. Wir werden uns auch sehr genau die Vertragssituation anschauen.

Lassen Sie sich noch ins Stammbuch geschrieben sein, wenn 350 000 Einpendler - die Zahl habe ich heute offiziell gerne mitgenommen, weil es ist einmal gut, das auch wirklich von einer Vertreterin der Stadtregierung zu hören - jeden Tag hier einpendeln, dann wäre die erste Aktivität, die ich setzen würde, der Ausbau des öffentlichen Schnellverkehrsnetzes ins Umland. Ich kann mir diese ständigen Ausreden, dass die Kommunikation mit Niederösterreich so schwierig ist, nicht mehr anhören und auch nicht erklären. Weil ich selbst habe mit den zuständigen Landesräten in Niederösterreich gesprochen, die mir versichert haben, sie wären interessiert. Aber sie haben mir auch den Grund gesagt, warum es nicht dazu kommen wird, weil es eine wirklich gemeine, und ich muss sagen, auch vollkommen kontraproduktive

Politik der Wiener Landes- und Stadtregierung gibt, die nämlich in keinsten Weise in irgendeiner Art der Kofinanzierung kooperativ ist, sondern man versucht, sich gegenseitig zu blockieren. Es kommt deshalb nicht zur Ausweitung zum Schaden der Wienerinnen und Wiener. An Niederösterreich liegt es nicht. An den Menschen liegt es nicht.

Die Menschen haben gesagt, was sie wollen, nämlich zu mehr als zwei Drittel kein Parkpickerl. Ich denke, das ist Bürgermitbeteiligung genug, wenn man das auch deutlich ausspricht. Sehr geehrte Damen und Herren von Rot-Grün, halten Sie sich an das, was die Bürgerinnen und Bürger wirklich wollen! *(Beifall bei ÖVP, FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Rubik. Ich erteile es ihr.

GRin Silvia **Rubik** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Freiheitliche Partei!

Blablabla hat der Toni gerade so schön gesagt. *(GR Mag Dietbert Kowarik: Das hat schon die Kollegin gesagt!)* Das ist genau der Ausdruck. Blablabla waren seine Worte. Das ist genau der Ausdruck, den man Ihrer Fraktion zusagen kann. *(GR Mag Dietbert Kowarik: Das beruht auf Gegenseitigkeit!)* Wir haben heute den ganzen Tag einen roten Faden übers OWS-Weltkulturerbe gehabt.

Blablabla sind die Worte, wenn man einen Herrn Mahdalik wortwörtlich zitiert. Ich will nur vom 21. Oktober 2011, das ist vielleicht doch schon eine Zeit her, kurz zitieren. Herr Kollege Mahdalik hat sich am Rednerpult dafür ausgesprochen, dass die Flächenwidmung Otto-Wagner-Spital auch im Ostteil eine sehr positive Richtung ist, die ganz einfach unterstützt gehört.

Blablabla ist auch eine Wortmeldung, die schon einige Zeit zurückliegt, und zwar aus dem Jahre 2006, vielleicht kann er sich auch nicht mehr daran erinnern, wo ich wieder kurz wortwörtlich zitieren möchte: „Was droht denn den AnrainerInnen aus dem 14. Bezirk jetzt wirklich durch die neue Flächenwidmung? Es drohen fürchterliche Dinge. Sie bekommen mehr Grünraum. Bisher nicht zugängliche Flächen des Otto-Wagner-Spitals werden künftig auch zugänglich sein.“ - Toni, dein Blablabla, deine Partei, deine Fraktion. Das sind die Worte. Wenn man dazunimmt, dass ihr 2006 einem Widmungsplan für das OWS sehr wohl zugestimmt habt und heute ein Weltkulturerbe einfordert, dann frage ich mich, wie das zusammenpasst. Entweder könnt ihr euch nicht mehr erinnern, was 2006 geschehen ist und wo ihr zugestimmt habt *(GR Armin Blind: Sagt das eurem Koalitionspartner!)* oder ihr wisst heute nicht mehr, wie die Realität dessen war, was seinerzeit euer Geschehen und eure Handhabe war. *(GR Armin Blind: Euer Koalitionspartner weiß nicht einmal mehr, was voriges Jahr war!)*

Zur ÖVP möchte ich ganz kurz sagen, auch da bin ich sehr über diesen Antrag verwundert, der jetzt eingelangt ist. Es gab seinerzeit, 2006, den Beschlussantrag, das war das Plandokument 7572, im Dezember 2006. Da ist es um die Festsetzung der Schutzzone, § 7 der

Bauordnung, und um eine Widmung der denkmalschützenden Anlage gegangen. Auch da hat komischerweise, man kann es nicht glauben, die ÖVP dagegen gestimmt. Heute stehen Sie da, verlangen ein Weltkulturerbe und dann machen Sie einen Antrag auf leere Worte der Frau Vizebürgermeisterin. Ich frage mich jetzt: Wo sind Ihre Worte, die Sie seinerzeit von sich gegeben haben?

Es gibt auch noch einen Antrag aus dem Jahr 2008, der seinerzeit von Herrn Dr. Ferdinand Wolf und Herrn Mag. Gerstl eingebracht wurde. Wir reden jetzt über Juni 2008, wo es um eine sinnvolle Nutzung des Areals gegangen ist und in dem gestanden ist, dass 270 frei finanzierte, geförderte Wohnungen und insgesamt 350 Wohnungen entstehen sollen. Auch da, möchte ich festhalten, war die ÖVP seinerzeit bei diesem Antrag und hat ihm zugestimmt. Ich weiß nicht, ob Herr Gerstl jetzt im Nationalrat vergessen hat, was er im Gemeinderat mitbeschlossen hat. Aber anscheinend ist der Wechsel von einem Haus ins andere auch ein bisschen damit verstrickt, dass man manche Sachen, die man selbst beschlossen hat, aus dem Gedächtnis streicht.

Ich will auch nicht auslassen, dass 2008, und da zitiere ich wieder, Herr GR Walter eine Aussage getätigt hat, wo er mit Frau StRin Wehsely sehr wohl den Prozentsatz der Wohnungen und der Eigentumswohnungen an die Gesiba und im Otto-Wagner-Spital als sehr loblich bezeichnet hat.

Das ist nur ein Auszug aus dem, wo wir heute wieder aus der Geschichte lernen, zwischen Blablabla oder leeren Worten.

Ich will auch nicht auslassen, dass es seinerzeit einen Antrag gegeben hat, und das ist auch schon sehr lange her, wo Herr GR Deutsch über den Verkauf zwischen der Stadt Wien und der Gesiba eine Wortmeldung eingebracht hat. Wir reden noch einmal vom Jahr 2006, um das Gedächtnis ein bisschen aufzufrischen, weil es doch schon länger her ist. Ich meine, immerhin kann man nach sechs Jahren einiges vergessen oder sich ganz einfach nicht mehr daran erinnern, wenn man sich nicht daran erinnern will. Aber auch da stand seinerzeit schon beim Verkauf fest, dass es um geförderte Wohnungen geht. Auch damals war die Abstimmung schon so, falls Sie es jetzt noch einmal replizieren wollen, es gab Zustimmung von der ÖVP, es gab Zustimmung von den Freiheitlichen und es gab keine Wortmeldungen der beiden Parteien dazu.

Also, wie schaut es aus mit Blablabla? Wie schaut es aus mit leeren Worten? Und wie schaut es mit Forderungen aus, die Sie heute stellen, von denen Sie heute nicht mehr wissen, was Sie damals gesagt haben, die Sie heute neu einfordern? (*GR Heinz Hufnagl: Nichts haben sie dazu gesagt!*)

Ich wollte nur ganz kurz noch einmal auf die Geschichte eingehen, falls Sie nicht mehr wissen, wie es die letzten Jahre war. Sie sollten vielleicht Protokolle nachlesen. Sie sollten sich vielleicht auf Worte besinnen, die Sie hier vom Rednerpult aus getan haben. Und Sie sollten vielleicht nicht die Menschen verunsichern, die heute nicht wissen, was Sie vor sechs Jahren gesagt haben, weil Sie heute ganz einfach danach reden, wie

Ihnen das Ergebnis jetzt am besten in den Kram passt. Ich weiß schon, die Freiheitliche Partei und auch ein Teil der ÖVP sind bemüht, Parteistimmen zu gewinnen, aber mit dieser Art, Stimmen zu gewinnen, werden Sie nicht durchkommen, denn die Menschen wissen ganz einfach, können es nachlesen, können sich informieren, was Sie 2006 von sich gegeben haben, und wissen auch, wie Sie heute dazu stehen.

Ich möchte aber noch einmal kurz festhalten, es wurde heute in der Fragestunde schon sehr deutlich und klar vom Herrn Bürgermeister gesagt, aber ich sage es noch einmal, wer in der Früh nicht da war oder wer um die Uhrzeit noch nicht wirklich zuhören konnte, weil es noch zu zeitig war, es gibt ein Mediationsverfahren. (*GRin Henriette Frank: Aber die Bürger sind nicht gefragt!*) Es gibt 3 Bürgerinitiativen, mit denen wir im 14-Tages-Takt zusammensitzen. Ein Herr sitzt seit 10 Uhr Vormittag auf der Galerie. Ich bewundere die Hartnäckigkeit und das Sitzfleisch. Aber ich muss ehrlich gestehen, es hat eine Diskussion begonnen, wir sind auf dem richtigen Weg, wir werden schauen und wir sind alle sehr bemüht, sowohl die Bürgerinitiativen - ich sage es in der Mehrzahl, weil es verschiedenste Anliegen sind - als auch wir, die wir dort sitzen, dass wir zu einem gemeinsamen Nenner kommen. Ich begrüße, dass wir jetzt die Chance haben, mit den Beteiligten die Probleme, die von ihrer Seite kommen, auch ernsthaft durchzudiskutieren. Es ist uns ein Anliegen. Wir sind auf einem guten und richtigen Weg. Ich denke, wir werden auch eine Lösung finden, und zwar eine Lösung, die auch der Herr Bürgermeister heute richtig gesagt hat. Wir müssen zuerst ein Ergebnis abwarten. Wir werden einmal schauen, wie, was dieses Mediationsverfahren ergibt. Wir haben Respekt vor dem Ergebnis. Ich erwarte mir auch, dass wir diesen Schutzmechanismus, den wir derzeit schon im OWS haben, den es schon gibt, alle gemeinsam tragen, dann auch das Ergebnis, das bei der Bürgerinitiative herauskommt.

Sollte dann ein Thema herauskommen, wo man noch immer über Weltkulturerbe sprechen kann, und das hat auch heute der Herr Bürgermeister gesagt, dann kann man Überlegungen anstellen, aber erst dann, wenn die Forderungen und in berechtigtem Sinne auch Wünsche und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger eingebracht und ausdiskutiert sind. Wenn man dann zu einem Ergebnis kommt, sollte man fairerweise erst überlegen, ob Weltkulturerbe oder nicht. Vorher, würde ich sagen, ist alles andere Polemik. Vorher ist alles andere, was jetzt an Anträgen eingebracht wurde, nichts anderes als, wie schon in den Vorzeiten, Blablabla und leere Worte.

Ich verstehe nicht, warum Sie heute eine Dringliche Anfrage an die Frau Vizebürgermeisterin mit leeren Hülse und leeren Worten vorschlagen, wo Sie sich selbst als Opposition eigentlich an der Nase nehmen und darüber nachdenken sollten, was Sie und Ihre Kolleginnen und Kollegen aus dem Gemeinderat zwei, drei oder vier Jahre, oder auch schon länger her, einmal von sich gegeben haben. Denn das finde ich nicht ganz fair.

Aber noch einmal, abschließend, ich finde, der Herr Bürgermeister hat heute zu Recht in der Früh vermeint, man sollte, und dazu sind wir in diesem Haus eigentlich

verpflichtet, auch über einen Tellerrand hinausschauen können. Man sollte auch die Menschen, die Anliegen haben, sich jetzt bemühen und schon sehr lange bei der Bürgerinitiative ihre Besorgnisse einbringen, ganz einfach zur Kenntnis nehmen und schauen, welche Ergebnisse wir dabei erzielen und was wir dabei in beiderseitigem Einvernehmen als bestmögliche Möglichkeit dieses Areals schaffen. Aber es ist klar, wir sind dafür da, dass wir die beste Lösung für die Zukunft des Otto-Wagner-Spitals holen, ohne irgendwelche Forderungen zu stellen, die im Vorhinein nicht erfüllbar sind, oder wo man ganz einfach aus polemischen Gründen, dass man vielleicht die eine oder andere Stimme wiedergewinnt, sich holt, sagt, das machen wir jetzt, aber im Grunde genommen auf die Bürgerinnen und Bürger der Stadt nicht hört. - Danke schön. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte über die Beantwortung der Dringlichen Anfrage ist somit beendet.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Beschluss- und Resolutionsanträge. Es liegen zwei vor.

Der erste Beschluss- und Resolutionsantrag kommt von den ÖVP-Gemeinderäten und Gemeinderätinnen Leeb, Dworak, Feldmann und betrifft Jugendstilensemble Otto-Wagner-Spital als UNESCO-Weltkulturerbe. In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung ver-

langt. Ich bitte also jene Damen und Herren des Gemeinderates, die diesem Antrag die Zustimmung erteilen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Der Antrag wird von ÖVP, FPÖ und Dr Aigner unterstützt und hat somit nicht die erforderliche Mehrheit.

Wir kommen somit zum Beschluss- und Resolutionsantrag der ÖVP-Gemeinderäte Stiftner, Dworak betreffend keine Einführung des Parkpickerls in den Außenbezirken ohne Befragung der Bezirksbevölkerung. Auch für diesen Beschlussantrag wird in formeller Hinsicht die sofortige Abstimmung verlangt. Ich bitte also jene Damen und Herren des Gemeinderates, die diesem Antrag ihre Zustimmung erteilen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Der Antrag wird von ÖVP, FPÖ und Dr Aigner unterstützt und hat somit ebenfalls nicht die erforderliche Mehrheit.

Damit ist die öffentliche Sitzung des heutigen Gemeinderates geschlossen.

Wir kommen somit zur nichtöffentlichen Sitzung. Ich bitte die Herrschaften der Bürgerinitiative oder wer immer noch uns mit großer Geduld gefolgt ist. - Herzlichen Dank und schönen Abend! Wir kommen zur nichtöffentlichen Sitzung und ich bitte Sie daher, unsere Sitzung zu verlassen.

*(Schluss um 19.27 Uhr.)*